Dienstag, 6. Mai 1986 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 104 – 19. W – Preis 1,20 DM – I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 400,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 Tl.

Heute in der WELT

Wie gefährlich sind die Tschernobyl-Strahlen?

In der Bevölkerung geht Besorgnis um: Wie gefährlich ist die Rest-Strahlung des sowjetischen Reaktors in Tschernobyl? Wie niedrig sind die Unbedenklichkeitswerte bei Milch und Gemüse? Wie schwer wird das Knochenmark geschädigt? Welche Heilungschancen gibt es? Dazu Berichte. Seite 11

Adenauer und die Stalin-Note

Konrad Adenauer habe zur Recht die Stalin-Note (Wiedervereinigung bei Neutralität) vom 10. März 1952 abgelehnt, schrieb Professor Wilhelm Grewe in der WELT (7. April). In der Entgegnung behauptet Professor Rolf Steininger: „Hätte Adenauer Stalin auf die Probe stellen wollen, die Chance war gegeben. Aber Adenauer wollte nicht." Seite 7

POLITIK

Kulturabkommen: Das zwischen Bonn und Ost-Berlin vereinbarte Kulturabkommen wird heute unterzeichnet. Die getroffenen Vereinbarungen reichen vom Studentenaustausch bis zur Zusammenarbeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten. Berlin ist unter Hinweis auf das Vier-Mächte-Abkommen in die Vereinbarungen eingebunden worden. (S. 4)

Fähre: Die „DDR" richtet auch in diesem Sommer wieder eine Fährverbindung zwischen der Insel Rügen und der dänischen Insel Bornholm ein. Mit dieser Fährverbindung hat sich die „DDR"-Reichsbahn nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN auf die Urlaubswünsche vieler Urlauber aus Berlin und der Bundesrepublik eingerichtet.

Anschlag: Erheblicher Sachschaden entstand bei einem Brandanschlag auf eine Tankstelle der US-Streitkräfte in der Nordpfalz. Die Täter benutzten einen Sprengsatz mit Zeitzünder.

Ausgewiesen: Offenbar im Gegenzug zur Ausweisung von fünf Tschechoslowaken aus Schweden – sie sollen Militär- und Industriespionage betrieben haben – verwies Prag zwei schwedische Diplomaten des Landes.

Nahost: Erhöhte Kriegsgefahr befürchten hohe israelische Militärs, wenn es zu einem Militärbündnis zwischen Syrien und Jordanien kommen sollte. Präsident Assad und König Hussein haben sich gestern zum erstenmal nach neun Jahren in Amman getroffen, um über verstärkte politische Koordination zu beraten. (S. 6)

Irland: Die Mehrheit der irischen Regierungskoalition unter Führung von Garret FitzGerald ist auf eine einzige Stimme geschrumpft. Jedoch ist sie optimistisch, bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst kommenden Jahres durchhalten zu können. (S. 5)

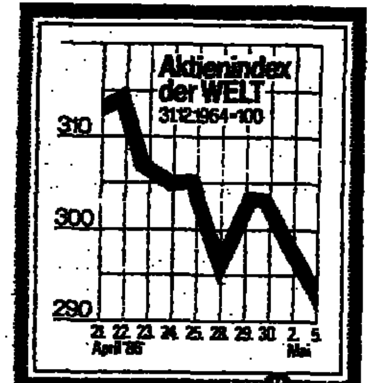
Afghanistan: Der neue, 39 Jahre alte afghanische Parteichef Nadschibullah gilt als rücksichtsloser Anhänger Moskaus. Nach dem sowjetischen Einmarsch Ende 1979 wurde er mit dem Aufbau des Staatssicherheitsdienstes „Khad" betraut. (S. 2 und 12)

Verbindungen: Die peruanische Polizei hat in einem Vorort von Lima ein Versteck der Untergrundorganisation MRTA entdeckt, in dem Hinweise auf Verbindungen zwischen Guerrilla-Organisationen Perus, Kolumbiens, Ecuadors und Argentiniens gefunden wurden.

WIRTSCHAFT

Wohnungsbau: Bund und Länder sind vom Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer nachdrücklich aufgefordert worden, die staatliche Förderung des Mietwohnungsbaus ganz einzustellen und das Sonderrecht für die bestehenden Sozialwohnungen aufzugeben. Eine „drohende Immobilienkrise und Wertevernichtung größten Ausmaßes" müsse verhindert werden. Bei Instandsetzung und Modernisierung seien jedoch verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen erforderlich. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktien gaben zu Wochenbeginn auf breiter Front nach. Der Rentenmarkt litt unter Inlandsabgaben. WELT-Aktienindex 294,30 (298,77). BHF-Rentenindex 107,240 (107,884). BHF-Performance-Index 104,383 (104,981). Dollarmittelkurs 2,1834 (2,2062) Mark. Wegen des Feiertags in London gab es gestern keine Gold-Notierung.



KULTUR

Mährisches Requiem: Yuri Ljubimow inszenierte in Zürich Janáčeks „Jenufa". Der Regisseur leistet hier im Westen ein enormes Arbeitspensum, er fährt die Ernte seines Theaterlebens ein. Die Zeit der Experimente ist vorbei (S. 23)

Sternheim: Applaus, Erfolg für einen schier total vergessenen Sternheim, „Die Marquise von Arcis" im Berliner Schloßpark-Theater. Dies Stück, im Jahr 1917 geschrieben, war den Bühnen ganz aus den Augen geraten. (S. 23)

SPORT

Fußball: Das zweite UEFA-Pokal-Finale zwischen dem 1. FC Köln und Real Madrid wird heute abend vom ZDF von 20.15 Uhr an aus dem Berliner Olympiastadion live übertragen. Das erste Spiel hatte Madrid mit 5:1 gewonnen.

Tennis: Steffi Graf ist nicht zu stoppen. Die 16 Jahre alte Heidelbergerin gewann auch das Grand-Prix-Turnier in Indianapolis gegen Gaby Sabatini und feierte damit ihren dritten Turniersieg hintereinander. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Preis: Dem Kölner Architekten Gottfried Böhm (Foto) ist der mit 100 000 Dollar dotierte Pritzker-Preis, der „Nobelpreis für Architektur", in New York zuerkannt worden. Seine Bauten – Kirchen, Theater, Museen und öffentliche Gebäude – haben über Deutschland hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Der Preis, eine Bronze-Skulptur von Henry Moore, wird morgen in der Londoner Goldsmith Hall überreicht. (S. 24)



Ostern: Viele Gläubige hatten sich auf den Weg gemacht über tausende von Kilometern zur heiligen Ostermesse in Sagorsk. Das orthodoxe Fest am vergangenen Wochenende kam spät dieses Jahr. Aber: „Wer in Sagorsk nicht betet, hat keine Seele", sagen die Alten. Die Straßen waren von Milizionären streng bewacht, doch Rußlands Kirche existiert und prosperiert. (S. 24)

Die Sieben verurteilen Libyen als Komplizen des Terrorismus

Kanzler Kohl setzt sich in Tokio mit einer Erklärung zu Tschernobyl durch

BERND CONRAD, Tokio

Die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio haben gestern ihre Absicht bekräftigt, „den Terrorismus durch entschlossenes, ausdauerndes, sachgerechtes und geduldiges Handeln wirksam" zu bekämpfen. Restriktive Maßnahmen entsprechend den Luxemburger Beschlüssen der europäischen Gemeinschaft sollen gegen alle Staaten – „insbesondere Libyen" – angewendet werden, die den internationalen Terrorismus finanzieren und unterstützen.

Die Bekanntgabe der Erklärung gegen den Terrorismus hatte sich gestern nachmittag verzögert, weil bis zum letzten Augenblick um die direkte Erwähnung Libyens gerungen worden war. Ein von den „Sherpas", den persönlichen Beauftragten der Staats- und Regierungschefs, vorgelegter Entwurf hatte Libyen als Anstifter des Terrorismus nicht erwähnt. Verantwortlich dafür waren vor allem die Italiener und Japaner, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Libyen und anderen arabischen Staaten nicht gefährden wollten. Die Amerikaner legten jedoch besonderen Wert auf die Nennung Libyens: Die Deutschen, die Briten und die Franzosen hatten nichts dagegen, weil die vom Wirtschaftsgipfel übernommenen diplomatischen Sanktionen der EG-Außenminister ausdrücklich gegen Libyen gerichtet waren.

Am Ende gaben Nakasone und Craxi nach und akzeptierten die Formel, daß Maßnahmen wie eine Waffenexportsperre, eine Begrenzung diplomatischer Vertretungen und Einreisebeschränkungen für alle Staaten gelten sollten, „die offenkundig an der Finanzierung und Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt sind" – „insbesondere Libyen, bis dieser Staat seine Komplizenschaft mit dem Terrorismus oder dessen Unterstützung aufgibt".

SEITEN 2, 3 UND 14:
Weitere Beiträge

Gleichzeitig appellierten die Staats- und Regierungschefs an die Sowjetunion, Informationen über Reaktor-Unfälle künftig schneller und vollständiger weiterzugeben, als dies nach dem Unfall von Tschernobyl geschehen sei. In einer internationalen Übereinkunft sollten möglichst bald alle Staaten zur Berichterstattung und zum Informationsaustausch im Falle nuklearer Notsituationen verpflichtet werden.

Mit der Annahme dieser Erklärungen und einer Stellungnahme zu den Ost-West-Beziehungen wurden gestern in Tokio die von aktuellen Ereignissen bestimmten politischen Beratungen abgeschlossen. Bundeskanzler Helmut Kohl konnte es sich als Erfolg anrechnen, daß auf seine Initiative ein deutliches Wort zum Reaktorunfall von Tschernobyl zustande gekommen war.

In einer allgemeinen politischen Erklärung würdigten die Gipfelteilnehmer die Verhandlungsbemühungen der Vereinigten Staaten in Genf und riefen die Sowjetunion zu einer „positiven Verhandlungsführung" auf. Grundsätzlich bekräftigten sie den Wunsch nach einem „stabileren und konstruktiveren Verhältnis zwischen Ost und West".

Nach Verabschiedung der politischen Erklärungen widmeten sich die Staats- und Regierungschefs gestern den Wirtschaftsproblemen.

Gipfel lobt Bonner Wirtschaftspolitik

Finanzminister dringen auf Wechselkursstabilität / Reagan will Haushaltsdefizit verringern

Mk./Sbt. Tokio

In der Bundesrepublik Deutschland werden weder Maßnahmen zur Senkung der Zinsen noch zur Ankurbelung der Nachfrage ergriffen. Bundeskanzler Helmut Kohl überzeugte auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio die anderen Staats- und Regierungschefs davon, daß dieses wegen des kräftigen Konjunktur-Aufschwungs nicht notwendig sei.

Auch unter den Finanzministern der „großen Sieben" wurde lange über mögliche Zinssenkungen diskutiert, niemand drängte jedoch Gerhard Stoltenberg zu irgendwelchen Schritten. Mehrfach wurde darauf verwiesen, daß „Deutschland seine Schulaufgaben" des Bonner Gipfels 1985 am besten gemacht habe, wirtschaftlich am stärksten von allen Teilnehmern vorangekommen sei.

Präsident Ronald Reagan versprach noch einmal das riesige amerikanische Haushaltsdefizit zu verringern. Der japanische Ministerpräsident Nakasone sagte Maßnahmen gegen die explodierenden Leistungsbilanzüberschüsse zu, während bei den europäischen Staaten der Abbau der Arbeitslosigkeit und mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt im Vordergrund standen.

Am intensivsten wurden gestern Währungsprobleme besprochen. Alle Teilnehmer betonten die Notwendigkeit für eine vertiefte Zusammenarbeit in der Konjunktur-, Geld- und Fiskalpolitik. Der Zug fährt in Richtung auf mehr Stabilität der Wechselkurse. Japan und die Bundesrepublik setzten sich mit ihrer Ansicht, der Dollar sei genug gesunken, nicht durch. US-Finanzminister James Baker bestand darauf, die Kurse dem Markt zu überlassen. Hart gearbeitet wird in den kommenden Monaten an der „erweiterten Überwachung" der nationalen Wirtschaftspolitiken.

Die Forderung Italiens und Kanadas, die Fünfergruppe – diesem währungspolitischen Führungsklub gehören die Finanzminister der USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Japan an, die in vertraulichen Sitzungen über Zins- und Währungsfragen abstimmen – zu erweitern, löste heftige Auseinandersetzungen aus. Der Kompromiß sieht vor, daß diese Gruppe im Kern erhalten bleibt und die Länder nur hinzugezogen werden, wenn sie direkt betroffen sind.

Schon gestern wurde von den Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit einer neuen Liberalisierungsrunde für den Welthandel betont. Dieses Thema wird heute wie auch die Verschuldung der Entwicklungsländer behandelt werden. Diese Probleme werden neben einer engeren wirtschaftspolitischen Kooperation den Schwerpunkt des heutigen Abschluß-Kommuniqués des 12. Wirtschaftsgipfels bilden.

Überraschend hat die US-Regierung in Tokio den Lizenzentzug der in Libyen tätigen amerikanischen Ölfirmen angeordnet. Sollte Tripoli das Eigentum der Gesellschaften beschlagnahmen, werden die Firmen aus den in den USA eingefrorenen libyschen Bankguthaben entschädigt.

Muß Moskau für Schäden aufkommen?

Bonn prüft Forderungen an Ostblock-Länder / Regierungserklärung zum Reaktorunglück

E. N./D. G. Bonn

Die für Deutschland zu erwartende Strahlendosis aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl bei Kiew liegt unter dem Grenzwert der Europäischen Gemeinschaft und ebenso deutlich unter den Störfallplanungswerten der Bundesrepublik. Auf diesen Umstand hat gestern Innenminister Zimmermann auf einer Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses hingewiesen.

Zimmermann machte deutlich, daß Informationen aus der Sowjetunion über das Unglück für die Einschätzung der möglichen Folgen eine wesentliche Grundlage gewesen wären. Doch gebe es bis heute trotz amtlicher und offiziöser Anfragen in Moskau keine Informationen aus der UdSSR, „die ein zuverlässiges Bild des Unfallablaufs und der Verhältnisse am Unfallort erlauben". So könne man sich nur „auf Abschätzungen unserer Experten stützen".

Nach allem, was man heute wisse, müsse man davon ausgehen, daß es in dem sowjetischen Reaktor wahrscheinlich zum Kernschmelzen und zum Brand des Graphitmoderators gekommen sei. Dies habe zu „einer erheblichen Freisetzung von Radioaktivität" geführt. „Selbstverständlich können wir nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen, daß in unseren Anlagen nukleare Gefahren auftreten können. Aber in solchen Fällen ermöglichen die getroffenen Vorkehrungen, den Gefahren innerhalb der Anlagen zu begegnen und Schäden

SEITE 2:
Weitere Beiträge

von der Umgebung fernzuhalten", sagte Zimmermann vor dem Ausschuß.

Nach Angaben des Ministers haben erste Meßergebnisse und deren Bewertung durch Strahlenschutzexperten gezeigt, daß eine akute Gefahr für die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht zu erwarten gewesen wäre. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne kritisierten die Informationspolitik der Bundesregierung über Vorsorgemaßnahmen. Nach Angaben von Regierungssprecher Schäfer will Bundeskanzler Kohl am Mittwoch nächster Woche vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zu Tschernobyl und den Folgen abgeben.

Nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums forderte der frühere Innenminister Baum Hilfen für solche landwirtschaftlichen Betriebe, die verseuchten Salat und Gemüse nicht mehr verkaufen dürfen. Die Bundesregierung müsse sich darum kümmern, denn es gebe ja leider keine Adresse in Moskau, wo die Betroffenen ihre Schadensrechnungen präsentieren können. Bonn sagte zu, Forderungen auf Schadenersatzansprüche an Ostblock-Länder zu prüfen.

Gesundheitsministerin Süssmuth hat die Bundesländer ersucht, frisches Blattgemüse nur noch dann zum unmittelbaren Verzehr freizugeben, wenn ein Strahlenwert von 250 Becquerel Jodaktivität pro Kilogramm nicht überschritten ist.

Steinkühler schließt kein Bündnis aus

MICHAEL JACH, Hannover

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) schwelenden Meinungsverschiedenheiten über die Position der Arbeitnehmerorganisationen und der SPD gegenüber den Grünen lassen sich nicht länger unter der Decke halten. Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat der internen Debatte mit seinen „Bündnis"-Äußerungen Auftrieb gegeben.

In der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse" plädierte Steinkühler dafür, ein Zusammengehen von SPD und Grünen nicht grundsätzlich auszuschließen. Als Gewerkschafter könne er sich weder Freunde noch Gegner aussuchen, sagte der IG-Metall-Funktionär, der auch der SPD-Programmkommission angehört. „Wenn man in der Politik Interessen vertreten will, ist zuallererst der Wille notwendig, in eine Situation zu kommen, in der man Interessen gestalten kann." So dürfe auch eine Kooperation mit den Grünen, die wegen des propagierten „Ausstiegs aus der Industriegesellschaft" von Gewerkschaftern als arbeitsplatzfeindlich eingestuft wurden, nicht von vornherein abgelehnt werden.

Steinkühlers Vorstoß richtet sich offenbar gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der nach eigenem Versprechen nicht mit Unterstützung von Grünen regierungsfähig werden möchte. In Gewerkschaftskreisen gilt es aber als sicher, daß Steinkühler seine „Parteirolle" auch dazu benutzt hat, entsprechende Meinungsverschiebungen im DGB voranzutreiben.

Die Debatte im DGB hatte im Februar das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen ausgelöst, als er auf dem Bundesparteitag der Grünen in Hagen zu einem Zweckbündnis mit den Gewerkschaften gegen die Änderung des Paragraphen 116 aufrief. Janßen hatte dafür die volle Rückendeckung des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mayr erhalten. Vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit ist aus dem Dezember 1985 das Verdikt überliefert: „Die Grünen sind für uns kein Partner."

Für die Position des DGB-Hauptvorstandes, mit Grünen nicht auf Parteiebene zu sprechen, machte sich gestern angesichts der Steinkühler-Äußerungen die Spitze der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) stark. Auf Nachfrage der WELT verwies Manfred Hönig, Sprecher des NGG-Vorsitzenden Günter Döding, auf dessen Reaktion angesichts des Janßen-Auftritts bei den Grünen im Februar. Unter Hinweis auf deren Forderung nach einem „Ausstieg aus der industriellen Verarbeitung von Lebensmitteln" hatte Döding am 20. Februar erklärt: „Unseren Mitgliedern kommt das kalte Grausen ..."

Nach Angaben des NGG-Sprechers gibt es für den Vorstand seiner Gewerkschaft „darüber hinaus weiterhin keine neuen Erkenntnisse". Das heißt im Klartext: Steinkühlers Vorgehen wird mit großer Sorge beobachtet.

DER KOMMENTAR

Heikle Themen

BERNT CONRAD

Gipfel-Erklärungen sind in der Regel nicht dazu geeignet, Begeisterung auszulösen. Wer sieben Meinungen unter einen Hut bringen will, muß Rücksichten auf die Partner nehmen, Kompromissen zustimmen. Das gilt auch für die politischen Aussagen des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio.

Umso bemerkenswerter ist es, daß die führenden westlichen Industriestaaten einschließlich Japans überhaupt eine gemeinsame Marschroute für so heikle Themen wie den Terrorismus, die sowjetische Reaktor-Katastrophe und die West-Ost-Beziehungen gefunden haben.

Das ist zu einem guten Teil der Selbstbeschränkung Ronald Reagans zu verdanken. Er hat darauf verzichtet, seine Partner mit für sie schwer verdaulichen Forderungen in der Auseinandersetzung mit Khadhafi zu konfrontieren. Dies mindert keineswegs die moralische Wirkung des Appells zur Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Völker gegen die Geißel des gewalttätigen Extremismus. Libyen wird im Text trotz zäher Bedenken Italiens und Japans ausdrücklich erwähnt. Das ist das mindeste, was zu erwarten war.

Nun müssen den Worten Taten folgen. Dazu könnte auch die Idee Helmut Kohls gehören, persönliche Beauftragte der Staats- und Regierungschefs zu ernennen, die in der Lage wären, auf „kurzem Weg" aktuelle Informationen zu übermitteln und koordinierte Blitzaktionen gegen Terroristen zu veranlassen.

Fast schon blitzartig war die schnelle Reaktion der Gipfelteilnehmer auf den sowjetischen Reaktor-Unfall. Niemand wird an der ernsten Mahnung von Tokio vorbeikommen: Wer Kernenergie erzeugt, ist für die Gewährleistung der Sicherheit international verantwortlich. Die sofortige Bekanntgabe von Unfällen ist dringendes Gebot. Für viele besorgte Menschen in der Welt hat der Gipfel mit diesem Aufruf seinen Sinn schon erfüllt.

„Stabilität ist hausgemacht"

DW. Bonn

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) rechnet für den Jahresdurchschnitt 1986 mit einer Teuerungsrate von weniger als einem Prozent. In seiner Studie „Stabilität überwiegend hausgemacht" führt das IW diese günstige Entwicklung bei den Preisen zum größten Teil auf „Sparsamkeit und Zurückhaltung" von Bundesregierung, Bundesbank und Tarifpartnern zurück. Sinkende Einfuhrpreise seien erst in jüngster Zeit dazugekommen.

Seite 13: Hausgemachter Erfolg

Plädoyer für „Bürgersteuer"

HH. Bonn

Der Staat käme mit einem Spitzensteuersatz von nur 30 Prozent (heute 56) aus, wenn er den Vorschlägen des Kronberger Kreises – ein Gremium marktwirtschaftlich engagierter Professoren – für eine „Bürgersteuer" folgte. Danach soll nicht mehr das Jahres-, sondern das Lebenseinkommen besteuert werden. Der laufenden Besteuerung unterlägen nur das konsumierte Einkommen, während das angesparte Vermögen erst nach dem Tod bei den Erben belastet wird.

Seite 13: Alle entlasten

„Vorwürfe haben Waldheim genutzt"

DW. Wien

„Ohne die Anschuldigungen aus dem Ausland hätte Waldheim bestimmt nicht so viele Stimmen bekommen." Dies erklärte der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Wiesenthal, nach den Präsidentschaftswahlen in Österreich. Waldheim (49,6 Prozent) hatte die absolute Mehrheit nur um 16 746 Stimmen verfehlt. Am 8. Juni gibt es eine Stichwahl zwischen ihm und dem SPÖ-Kandidaten Steyrer (43,6).

Seiten 2 und 12: Weitere Beiträge

Warnstreiks der Metallarbeiter

DW. Düsseldorf

Etwa 5000 der rund eine Million Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen haben gestern morgen für eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. Es waren die ersten Warnstreiks in der Tarifrunde dieses Jahres, nachdem die Friedenspflicht in der vergangenen Woche ausgelaufen war. Nach Angaben des IG-Metall-Sprechers Jörg Barczynski waren insgesamt sieben Betriebe in Neuss, Hagen und Lippstadt von dem Ausstand betroffen.

Glasfaser durch den Ärmelkanal

DW. Bonn

Mit deutscher Beteiligung ist jetzt das erste Glasfaser-Seekabel durch den Ärmelkanal – von Ostende zum englischen Broadstairs – verlegt worden. Von den 40 Millionen Mark Gesamtkosten übernimmt die Bundespost 21 Prozent. Den größten Anteil trägt mit 50 Prozent die private Fernmeldegesellschaft British Telecom. Das 122 Kilometer lange Kabel dient dem Telefon-, Text- und Datenverkehr und kann für Videoübertragungen genutzt werden.

Der Papst kommt im Mai 1987

DW. Rom

Papst Johannes Paul II. wird voraussichtlich vom 1. bis 3. Mai nächsten Jahres zum zweiten Mal nach Deutschland kommen. Wie aus dem Vatikan zu erfahren ist, wird er während seines Aufenthaltes Köln, Essen und den niederrheinischen Marienwallfahrtsort Kevelaer besuchen. In Köln soll er die vom Judentum zur katholischen Kirche übergetretene Philosophin und Karmeliternonne Edith Stein seligsprechen, die 1942 in Auschwitz ermordet wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Was könnte sein, wenn ...

Von Günter Zehm

Die Informationsverweigerung der Sowjets in Sachen Tschernobyl ist skandalös und unzivilisiert, aber die Panikmacherei vieler westlicher Medien und Parteien wirkt auch nicht gerade einnehmend. Obwohl die Menschen in West- und Mitteleuropa, dem übereinstimmenden Urteil der Experten zufolge, zu keiner Zeit gesundheitlich gefährdet waren, wurde vielerorts ein Trara veranstaltet, als sei der Tag der Apokalypse angebrochen. Bestimmte Figuren der Öffentlichkeit blühten dabei richtig auf, konnten sie ihre Hysterie doch nun endlich einmal ungeschützt herausbrüllen.

Peinlich und verantwortungslos auch die Wichtigtuerei vieler behördlicher Instanzen, die blindlings mit den verschiedensten Meßwerten herumfuchtelten und Selbstverständlichkeiten wie Händewaschen, Schuhe abputzen und nicht aus Tümpeln trinken zu offiziösen Ratschlägen hochstilisierten. Man fragt sich voller Bangigkeit, wie dieses ganze Verbundnetz aus Behördenanmaßung, medialer Sensationsgier und parteipolitischer Süppchenkocherei reagieren würde, wenn es wirklich einmal einen Ernstfall gäbe. Ließe sich die Öffentlichkeit dann noch wirksam alarmieren? Alle Alarmstufen sind doch heute schon längst verbraucht. Dabei ging es bisher immer nur um Konjunktive, um die Frage: Was könnte sein, wenn ...

Die Politik des Konjunktivs, das Reagieren auf Zustände, die noch gar nicht eingetreten sind, sondern vielleicht irgendwann einmal irgendwie eintreten könnten, entwickelt sich allmählich zum Krebsschaden der offenen Gesellschaft. Der Bürger wird durch sie nicht nur in Angst und Ratlosigkeit gestürzt, sondern letztlich auch demotiviert und gleichgültig gemacht. Hypersensibilisierung schlägt um in Abstumpfung, was man demnächst unter anderem daran wird erkennen können, daß das Interesse für Zivilschutz und Ernstfall-Training sofort wieder auf Null sinken wird, sobald „Tschernobyl" aus den Schlagzeilen verdrängt ist.

Moral: Man kann Informationsverweigerung auch durch Überreaktion betreiben. Wer das tut, arbeitet den Informationsverweigerern aus diktatorischer Absicht direkt in die Hände.

Was noch 1978 galt

Von Günther Bading

Wieder einmal wurde im Bereich des Verfassungsschutzes „Skandal" gerufen. Wieder einmal sollte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, zum Bösewicht abgestempelt werden, der demokratische Parteien und ihre Abgeordneten bespitzeln läßt. Und wieder einmal bricht, *wie schon beim nicht haltbaren Vorwurf unzulässiger* Beobachtung der Grünen, das Halbwahrheitengebäude bei Betrachtung des wahren Sachverhalts in sich zusammen.

Der Verfassungsschutz hat nichts weiter getan als seine Pflicht. Und zu der gehört es, die Versuche von Extremisten – im konkreten Fall der DKP - zu verzeichnen, sich Einfluß auf demokratische Organisationen und Parteien zu verschaffen. Staatssekretär Spranger hatte seinen Auftrag, für den er in der Geschäftsverteilung des Innenministeriums zuständig ist, klar eingegrenzt. Die Aktivitäten der DKP sollten beschrieben werden, nicht die der SPD, wie jetzt fälschlich behauptet wird.

Daß die Auflistung der „Erfolge" aus DKP-Sicht in einen solchen Bericht gehört, kann niemand ernsthaft bestreiten. Wenn dabei nun die betroffenen SPD-Politiker aufgeführt werden, so mag das dem einen oder anderen – manchem vielleicht nicht – peinlich sein. Zum Bumerang wird die Lancierung eines solchen Berichts allerdings, wenn, ob von den Weiterleitfiguren gewollt oder nicht, vom niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Schröder bekannt wird, daß er an einer solchen Aktionsgemeinschaft mit der DKP teilnahm.

Spranger wird nun, wieder einmal, vorgeworfen, er habe nicht verfassungskonform gehandelt. Aus der SPD-Ecke noch dazu – aber als Spranger noch Abgeordneter war und zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion eine kleine Anfrage an die damals von SPD und FDP gestellte Bundesregierung nach der Bündnispolitik der DKP richtete, erhielt er folgende Antwort: Deren Beobachtung sei schon deshalb notwendig, weil diese Annäherungspolitik der DKP „der Verwirklichung der verfassungsfeindlichen kommunistischen Ziele" dienen solle. Das galt für die SPD-Regierung am 15. März 1978. Heute wird „Skandal" gerufen – ein Beweis für sich, wie notwendig der von Spranger angeforderte Bericht gewesen ist.

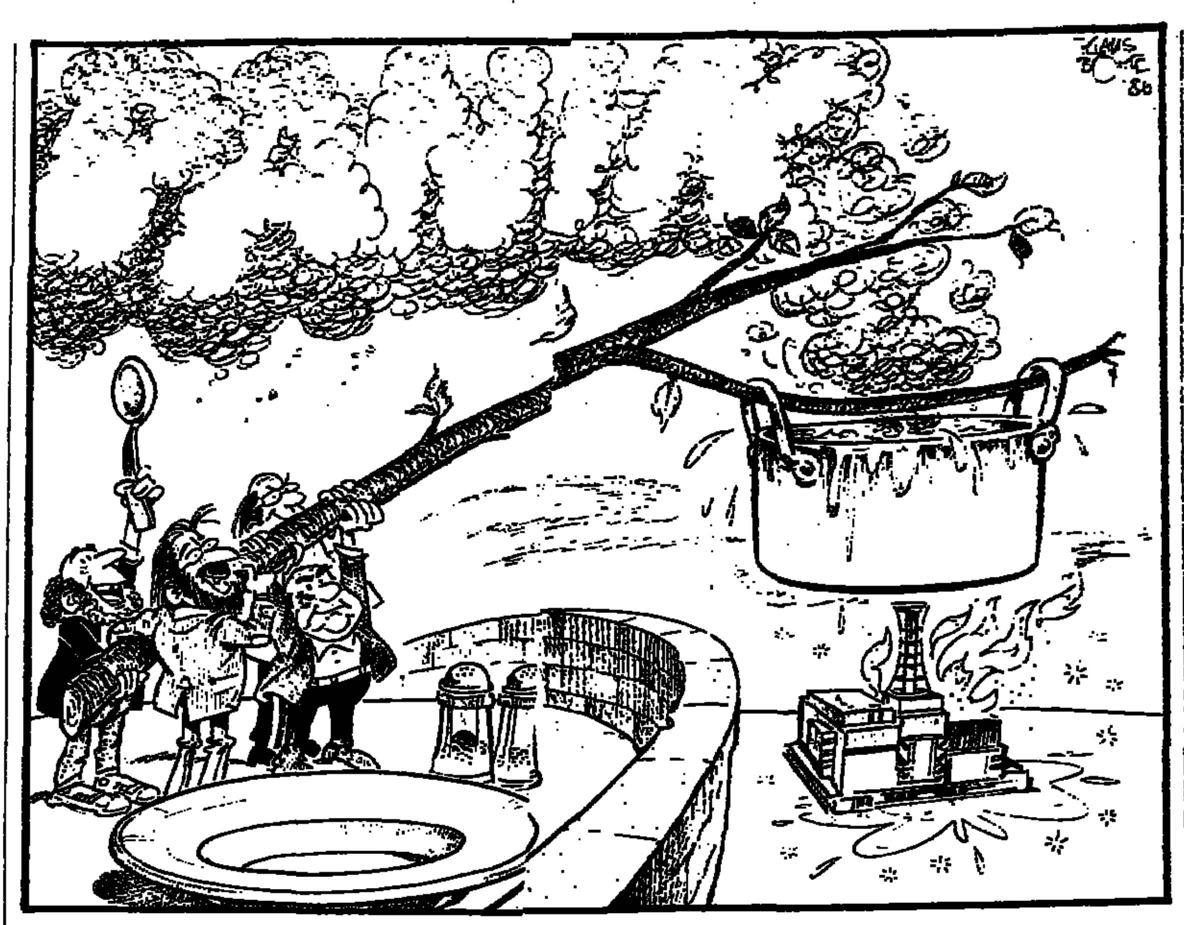
Auch vom Geheimdienst

Von Enno v. Loewenstern

Der neue Parteichef in Kabul hat erst gar nicht versucht, Versöhnlichkeit oder Eingehen auf westliche Forderungen nach afghanischer Selbstbestimmung vorzutäuschen; er fordert eine Stärkung der Streitkräfte und begründet das mit dem „fortgesetzten unerklärten Krieg, den der Imperialismus und die regionale Reaktion gegen unser Land führen". Die regionale Reaktion schließt aus dieser Wortwahl und Programmatik mit Recht, daß Najibullah eine „Marionette der Sowjetunion" ist und daß er den Vernichtungskrieg gegen seine Landsleute im bisherigen Stil weiterbetreiben wird.

Daß er Babrak Karmal nur deswegen ablöste, weil dieser erkrankt ist, läßt sich aus dem Vorgang jedoch nicht zwingend ableiten. Dafür hat sich die „Prawda" jüngst etwas zu nachdrücklich über „Unzufriedenheit mit dem, was bislang getan wurde, scharfe Kritik an den Unzuträglichkeiten, die den revolutionären Prozeß in Afghanistan behindert haben", ausgelassen, auch über „die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Basis der Revolution zu verbreitern". Aber kaum jemand wird ausgerechnet dem Geheimpolizeichef zutrauen, daß er die Popularität genießt, die Afghanen zu gewinnen. Vielmehr fällt auf, daß Gorbatschow seine Vorliebe für Geheimpolizisten in der Tradition seines verstorbenen Gönners Andropow nunmehr auf die besetzten Gebiete ausdehnt. Lenin fürchtete nichts so sehr für seine Bewegung wie den Bonapartismus; an den Fouchéismus hat er anscheinend nie gedacht.

Der neue Mann tritt ein schweres Erbe an. Nicht die Ablösung selbst, wohl aber ihre Begleitumstände signalisieren, daß die von Moskau regelmäßig ausgestreuten und im Westen oft begierig aufgegriffenen Gerüchte über den baldigen Endsieg des revolutionären Prozesses in Afghanistan keine Grundlage haben. Ein brutales Regime muß, wenn es schon nichts Gutes zu bieten hat, wenigstens Selbstbewußtsein und Siegesgewißheit ausstrahlen. Nach fast einem Jahrzehnt an der Macht, davon mehr als die Hälfte blutigen Krieges, und nach dem dritten spektakulären Führungswechsel sieht man nur einen Fortschritt: der Abgesetzte wurde diesmal nicht auch gleich umgebracht.



Die Süppchen-Kocher KLAUS BÖHLE

Sieg in der Schlammschlacht

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß Österreich eine politische Wende bevorsteht, ein Zurückdrängen oder gar ein Ende der sechzehnjährigen Herrschaft der Sozialisten, diese Aussicht läßt sich nach der Bundespräsidentenwahl vom vergangenen Sonntag kaum noch leugnen. Zwar errang der von der christlich-demokratischen ÖVP unterstützte „parteilose" Kandidat Kurt Waldheim nicht die erhoffte absolute Mehrheit im ersten Wahlgang, wohl aber mit 49,7 Prozent der Stimmen einen großen persönlichen und politischen Erfolg. Für die Stichwahl in wenigen Wochen bringen Waldheim und die Volkspartei alle Voraussetzungen für einen Sieg mit – vorausgesetzt, sie taktieren geschickt und ruhen sich nicht auf ihren Lorbeeren aus.

Während Waldheim fast überall gegenüber bisherigen ÖVP-Wahlergebnissen beträchtlich zulegen konnte – in Kärnten gewann er zehn Prozent, im „roten" Wien durchschnittlich 5,5 Prozent dazu –, erreichte sein sozialistischer Gegenkandidat Kurt Steyrer fast nirgends die Stimmenzahl seiner Partei aus den letzten, ohnedies für die SPÖ nicht sehr günstigen Parlamentswahlen. Vor allem aber: In den traditionellen sozialistischen Hochburgen, den Wiener Arbeiterbezirken, aber auch im Industriegebiet der Steiermark und Oberösterreichs mußte der SPÖ-Kandidat Stimmeneinbrüche bis zu sieben Prozent hinnehmen. Dagegen gewann der von der sozialistischen Propaganda als „Herrenreiter" abqualifizierte bürgerliche Kandidat gerade in den roten Hochburgen beträchtlichen Zuwachs. Ein Teil der bisherigen sozialistischen Wähler muß also – sei es aus Zorn über die Einmischung des Auslandes in den österreichischen Wahlkampf, sei es aus Protest gegen die eigene Partei – Waldheim die Stimme gegeben haben.

Wenn es Waldheim dennoch nicht gelungen ist, gleich im ersten Anlauf die Ernte in die Scheuer zu fahren, so gibt es dafür zwei Erklärungen. Erstens die mit ungeheurem Einsatz gegen ihn geführte Kampagne, bei der – abgesehen vom Ausland – auch die meisten österreichischen Medien einschließlich des heimischen Fernsehens eher gegen ihn Front bezogen.

Zweiter gab es noch ein Ereignis, das niemand voraussehen konnte: Die sowjetische Atomkatastrophe von Tschernobyl. Beides hat Stimmen von Waldheim abgezogen. Vor allem Tschernobyl könnte der „grün-alternativen" Präsidentschaftsandidatin Freda Meisner-Blau, die mit mehr als fünf Prozent einen Achtungserfolg erzielte, Punkte gebracht haben. Es fällt auf, daß dieser „grüne" Stimmenanteil besonders in bürgerlichen Wahlbezirken recht hoch war.

Für die SPÖ ist das gestrige Wahlresultat die schwerste Niederlage seit zwanzig Jahren. Die Rechnung der sozialistischen Wahlkampfstrategen, den ehemaligen UNO-Generalsekretär durch einen Strudel von Beschuldigungen untergehen zu lassen, ist nicht aufgegangen. Jene Wahlhelfer, die Dokumente über den angeblichen Nazi und womöglich „Kriegsverbrecher" Waldheim aus den Archiven ausgruben, haben statt eines Fangschusses einen Rohrkrepierer zuwege gebracht. Der Versuch ausländischer Organisationen und Medien, sich in den Wahlkampf eines anderen Landes einzuschalten, ist problematisch und produziert oft das Gegenteil des Beabsichtigten.

Zumal dann, wenn die erhobenen Vorwürfe, wie im Falle Waldheim, offensichtlich an den Haaren herbeigezogen werden müssen. Jene jüdischen Organisationen in New York, die aus dem ehemaligen Wehrmachts-Oberleutnant und Ordonnanzoffizier Waldheim partout einen Nazi und Kriegsverbrecher machen wollten, haben damit nicht nur einen Mangel an Augenmaß an den Tag gelegt, sondern der Sache, die sie vertreten, keinen guten Dienst erwiesen. Dies um so weniger, als Waldheim die Wähler der pro-westlichen, pro-amerikanischen Schichten anzusprechen suchte. Die österreichischen Sozialisten stehen den USA und besonders der Regierung Reagan weitaus kritischer, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber.



Gute Ausgangsposition für den 8. Juni: Waldheim FOTO: DPA

Wie soll es jetzt in Österreich weitergehen? Die sozialistische Ära, die einst durch Bruno Kreiskys magische Kraft in die Höhen absoluter Mehrheiten geführt wurde, zeigt offenkundig Ermüdungserscheinungen. Nicht nur Unzufriedenheit – etwa in der Industriearbeiterschaft, vor allem im krisengeschüttelten verstaatlichten Sektor – macht sich breit. In Kernschichten der SPÖ stößt man auf Unmut und Mißvergnügen. Die österreichischen Sozialisten befinden sich lange schon nicht mehr in der Offensive. Vor allem: Es gibt nichts mehr zu verteilen. Bundeskanzler und SPÖ-Chef Fred Sinowatz gerät zudem in Schwierigkeiten, weil auch sein kleinerer Koalitionspartner, die FPÖ, Verfallserscheinungen an den Tag legt. Das aber könnte auf die Dauer die Wiener Koalition ernsthaft gefährden.

Die ÖVP, die in den letzten Jahrzehnten mit Wahlerfolgen nicht verwöhnt wurde, hat offenbar neues Selbstbewußtsein gewonnen. Waldheim ist es gelungen, das bürgerliche Österreich zu mobilisieren. Seinen sozialistischen Gegnern bleibt nur die Hoffnung auf den „Portugal-Effekt": In Lissabon hatte ja auch ein christlich-demokratischer Kandidat im ersten Wahlgang die meisten Stimmen, wurde aber dann in der Stichwahl vom Sozialisten Mario Soares mit Hilfe aller anderen Linksgruppen überrundet. Gerade das aber ist in Österreich eher unwahrscheinlich. Sechs Prozent Vorsprung in wenigen Wochen aufzuholen – das wäre für die österreichischen Sozialisten ein Wunder. Wenn aber Waldheim es im zweiten Anlauf schafft, dann wird es in Wien spannend.

IM GESPRÄCH Ian Smith

Ende eines Reservats

Von Volker S. Stahr

Bischof Muzorewa ist in der Versenkung verschwunden, Joshua Nkomo an den Rand gedrängt – nun holt Premierminister Robert Mugabe gegen seinen letzten großen Gegner aus, den Weißen-Führer Ian Smith. Er werde, verkündete Mugabe, die Reservierung von zwanzig aus hundert Sitzen für die Weißen im Parlament von Zimbabwe aufheben, die im Lancaster-House-Vertrag von 1979 festgelegt wurde.

Das ist rechtlich kein Problem, denn die Reservierung war sowieso auf maximal zwei Legislaturperioden befristet. Aber was ergibt sich daraus für Smith? Der Ex-Premier hat einmal gesagt, wenn den Weißen die Plätze im Parlament nicht mehr gesichert würden, werde er gehen. Jetzt nahm er Mugabes Ankündigung nur „zur Kenntnis". Zimbabwe ist derzeit relativ stabilisiert, es genießt einen kleinen Aufschwung – die zeitweise recht starke Abwanderung der Weißen ist weitgehend zum Stillstand gekommen, auch wenn Mugabe sein Ziel einer marxistischen Einparteienregimes praktisch verwirklicht hat.

Im Frühjahr 1982 waren neun von zwanzig Abgeordneten der Smith-Partei „Republikanischen Front/RF" (die einzige damals die Weißen repräsentierende Partei) ins Lager seines politischen Todfeindes Mugabe übergelaufen. Zwei von ihnen wurden bald Minister. Gut drei Jahre danach feierte Smith bei den Wahlen Ende Juni 1985 ein glänzendes Comeback. Von den zwanzig Sitzen für Weiße errang seine Partei fünfzehn.

So kehrte ein Totgesagter auf die politische Bühne zurück. Sein Name ist untrennbar verbunden mit Rhodesien, dem Vorgängerstaat von Zimbabwe. Dort wurde er 1919 als Sohn eines aus Schottland eingewanderten Fleischers geboren. Dort wurde er nach dem Studium an der Cecil-Rhodes-University ein wohlhabender Farmer und Viehzüchter.

Und dort machte er seit Ende der vierziger Jahre Politik: Er erlebte und gestaltete die Eingliederung des damaligen „Süd-Rhodesien" in die (britische) „Zentralafrikanische Föderation" genauso mit wie deren Auseinanderbrechen 1963. Kurz zuvor hatte Smith die dominierende Partei der Weißen, die UFP, wegen der Einführung des Wahlrechts für Schwarze verlassen und die RF gegründet.



Dableiben, auch ohne gesicherte Plätze im Parlament? Smith FOTO: DPA

Dieses Schwarzen-Wahlrecht wurde so nur im Nordteil der Föderation eingeführt, im heutigen Sambia, das 1964 unabhängig wurde. Dem von Weißen beherrschten Rhodesien verweigerte London die Selbständigkeit. So erklärte der dort mittlerweile zum Premier aufgestiegene Smith 1965 die „Einseitige Unabhängigkeit".

In den vierzehn Jahren des Bestehens Rhodesiens sollte er damit international zwar nur sehr bedingt Anerkennung finden – doch für die Weißen war der kompromißlose Smith ein Volksheld, zumal er das Land durch eineinhalb Jahrzehnte des Wohlstandes führte. Erst der zunehmende äußere Druck ließ ihn 1979 einlenken und ein schwarz dominiertes Zimbabwe akzeptieren. Doch auch im neuen Staat blieb er der führende Kopf der Weißen.

Sein Wahltriumph 1985 verschärfte die Konfrontation mit Robert Mugabe. Smith wollte „mit allen Mitteln Mugabes Alleinherrschaft verhindern". Nun scheint Mugabe das Mittel gefunden zu haben, um Smith zu verhindern.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Neckar-Zeitung

Die Heidelberger Zeitung geht auf die Abrüstungs-Gespräche nach Tschernobyl ein:

Der Zusammenhang zwischen dem Unglück und dem Thema Abüstung ist kein willkürlicher oder gar böswilliger. Der Moskauer Parteichef Jelzin, Ehrengast auf dem Hamburger Parteitag der DKP, hat den Dreh selbst gefunden und die westliche „Lärmkampagne" den sogenannten Abrüstungsgegnern aufs Konto geschrieben. Dem kann man nur noch entgegenhalten, daß die Gemeingefährlichkeit des sowjetischen Verhaltens im Fall Tschernobyl nahelegt, künftig nicht nur über Atomwaffen, sondern auch gleich über Kernkraftwerke zu reden.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie kommentiert die Entmachtung Babrak Karmals:

Gorbatschow hat schon bald nach seinem Amtsantritt keinen Hehl daraus gemacht, daß er mit der Entwicklung in Afghanistan sehr unzufrieden ist ... An den Machtwechsel sollten jedoch keine großen Hoffnungen auf Frieden in Afghanistan geknüpft werden. Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjets ihre Truppen zurückziehen und den Afghanen das Recht auf Selbstbestimmung einräumen werden. Der Geheimdienstchef wurde neuer Generalsekretär. Dadurch stellt Moskau sicher, daß es in Kabul keine ideologische Aufweichung geben wird. An einen Versöhnungskurs ist nicht zu denken.

Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung meint zum Gipfel in Tokio:

Amerikas Angriff auf Libyen war zumindest als eine Antwort auf den Terrorismus gedacht, hat zugleich aber in aller Schärfe zwischen den Vereinigten Staaten und Europa unterschiedliche Einstellungen zutage gefördert. Sechs der sieben Führer – die Gastgeber ausgenommen – sind Mitglieder der Atlantischen Gemeinschaft. Tokio würde zur ungenutzten Gelegenheit, wenn nicht einige der Beteiligten, ganz informell und möglicherweise unter vier Augen, vorhandene Befürchtungen ausräumen und die Atmosphäre ein wenig verbessern könnten.

KURIER

Die Wiener Zeitung wertet die Präsidentenwahl:

Dieses Ergebnis ist auf jeden Fall ein Schlag ins Gesicht für die SPÖ. Die Wähler haben gezeigt, daß sie mit dem Stil der Regierungspartei ganz und gar nicht einverstanden sind. Mit dem Stil im Wahlkampf um die Bundespräsidentschaft und dem Stil überhaupt. Es ist ein Protest-Ergebnis. Der Zorn der Bevölkerung kam natürlich Kurt Waldheim zugute, der mit 5 Prozent vor Kurt Steyrer liegt. Aber auch in starkem Ausmaß der „grünen" Protestkandidatin Freda Meissner-Blau. Signifikant sind deren Ergebnisse in den „roten Hochburgen". Diese Stimmen für Meissner-Blau kamen aus dem Fleisch der SPÖ.

Nach sechs Tagen ein paar hohe Herren am Unglücksort

Noch immer keine Auskunft über die Konsequenzen von Tschernobyl / Von Rose-Marie Borngäßer

Gut eine Woche, nachdem über die Staatsagentur „Tass" in fünf dürren Zeilen das Reaktorunglück in Tschernobyl in der Ukraine verkündet wurde, weiß die sowjetische Bevölkerung immer noch keine Einzelheiten: weder über die Ursache, noch über die Folgeschäden, noch über die Konsequenzen. Nur tröpfchenweise – und dies auch nur unter dem Zwang der westlichen Berichterstattung – wurden einige knappe Informationen bekanntgegeben: zwei Tote, 197 Verletzte, die in Krankenhäuser eingeliefert wurden, unter ihnen achtzehn Schwerverletzte. Dabei gab der Moskauer Parteisekretär Jeltsin im Westen andere Zahlen bekannt.

Informationspolitik im Sinne Lenins: Krisenpublizität kommt nicht vor – es sei denn, Ursprung und Handlungsort liegen im kapitalistischen Ausland. Anstelle eines Lageberichts aus der Ukraine nur minuziöse Details über Kernkraftwerksunglücke in den USA, Frankreich und Großbritannien. Und Angriffe auf die westliche Presse, der „Angstkampagnen" vorgeworfen werden, um „vom Sternenkrieg abzulenken".

Nach außen also hat man die „Sündenböcke" gefunden. Dennoch dringt einiges aus den Mauern des Kreml. Daß es erhebliche Unstimmigkeiten innerhalb der Sowjetführung über die Informationspolitik gibt, machte die Tatsache deutlich, daß drei Tage nach dem Reaktor-Unfall „speziellen" westlichen Korrespondenten spezielle Nachrichten über den Unglückshergang zugespielt wurden. Sie besagten, daß in Tschernobyl ein Schmelzvorgang im Reaktorkern eingetreten sei, allerdings nur bei einem Brennstab. Jene „inoffizielle" Quelle warf auch den lokalen Behörden „Verzögerung" und „Schlamperei" vor.

Außerdem machten diese Informanten aus dem Dunkel das für die Reaktorsicherheit verantwortliche Staatskomitee verantwortlich. Ein Komitee, das erst 1983 nach erheblichen Unstimmigkeiten in der größten Produktionsstätte für Atomkraftwerke „Atommasch" in Wolgodonsk geschaffen wurde.

Sechs Tage nach dem Bekanntwerden des Unglücks fuhr der sowjetische Ministerpräsident Nikolaj Ryschkow gemeinsam *mit* ZK-Sekretär Jegor Ligatschow an die Stelle des Unglücks – nachdem man der sowjetischen Bevölkerung unablässig Normalität vorgegaukelt hatte. Die beiden Spitzenfunktionäre, von Haus aus Ingenieure, können die Situation in der Ukraine wohl richtig einschätzen.

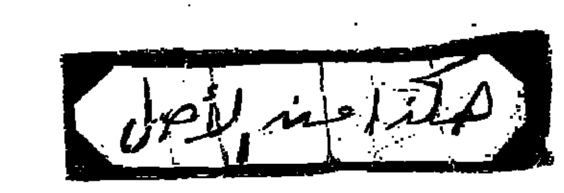
Begleitet wurden sie unter anderem von dem ukrainischen Parteichef und Politbüro-Mitglied Wladimir Schtscherbitskij (69). Er, ein Protegé Breschnews, war bei der von Gorbatschow betriebenen Kampagne zur Verjüngung und Disziplinierung trotz eines Scherbengerichts in der Ukraine auf seinem Posten verblieben und wurde sogar auf dem XXVII. Parteitag wieder ins Politbüro gewählt. Sein Verharren im Amt und seine Wiederwahl hatten Spekulationen ausgelöst, welche Gruppierungen ihn wohl stützen. Nach Tschernobyl machen diese Gerüchte, die nun von seinem endgültigen Sturz wissen wollen, erneut die Runde.

Vorstellbar wäre, daß sein Nachfolger der bisherige stellvertretende *Ministerpräsident* und zweimalige Lenin-Ordensträger Boris Enidokinowitsch Schtscherbina würde. Er stammt aus der Ukraine, ist fünfundsechzig Jahre alt und hat ein Studium als Eisenbahningenieur abgeschlossen. Er war bereits Minister für Anlagenbau in der Öl- und Gasindustrie. In Tschernobyl leitet er derzeit die Regierungskommission.

Moskauer Beobachtern erscheint ziemlich sicher, daß der seit 1962 amtierende Vorsitzende des Staatskomitees für die Nutzung der Atomenergie, Andronik Melkonowitsch Petrosiant, seinen Posten verlieren wird. Er hatte bereits zwei Tage nach der Explosion verkündet, daß das Feuer unter Kontrolle sei. Eine Behauptung, die durch westliche Informationsquellen widerlegt wurde.

Ins Rampenlicht trat durch Tschernobyl der Erste Stellvertretende Außenminister Anatolij Gawrilowitsch Kowaljow (63), Chef der Planungsabteilung. Er war es, der die westlichen Botschafter auf Drängen von deren Regierungen über den *„Vorfall"* zu unterrichten hatte. Allerdings wich Kowaljow auch nicht vom kargen Tass-Text ab.

Den größten Prestigeverlust hat Generalsekretär Michail Gorbatschow durch die unbegreifliche Moskauer Informationspolitik erlitten. Was soll man nun von der sowjetischen Bereitschaft halten, in Fragen der Abrüstung Kontrolle und Inspektion „vor Ort" zuzulassen? Daß Gorbatschow selbst nicht ein Wort der Aufklärung, nicht ein Wort des Bedauerns zu den Betroffenen fand – obwohl sein Ideal der Öffentlichkeit bei entscheidenden Vorgängen (Glasnost) bei den Maifeierlichkeiten noch zitiert wurde –, ist von seinen Landsleuten durchaus vermerkt worden. Er braucht nicht zu glauben, daß das Auswechseln einiger Köpfe etwas daran ändert, daß Angst vor dem nächsten „Tschernobyl" sich ausbreitet, wo immer das liegen mag.





Weltwirtschaftsgipfel in Tokio: Erklärungen gegen den Terror und für sichere Kernkraftwerke

Stundenlang wurde um das Wort „Libyen“ gestritten

Von BERNT CONRAD

Der Terrorismus ist in Tokio lebendige Gegenwart. Das spürt, wer sich dem Gipfelgeschehen rund um den Akasaka-Palast und dem Hotel „New Otani“ nähert. Selbst die massiven Absperrungen beim Wirtschaftsgipfel in Bonn 1985 waren ein Kinderspiel gegen die Konsequenz, mit der die japanische Polizei Straßen sperrt, den Verkehr blokkiert, Personen kontrolliert und die Gipfel-Teilnehmer zu Lande, im Wasser und aus der Luft absichert. Sogar Bundeskanzler Helmut Kohl wurde von der Polizei in den Hotel-Garten abgedrängt, als er einmal draußen spazieren gehen wollte.

Aber was nutzte das alles? Niemand konnte verhindern, daß fünf *selbstgebastelte Raketen* ausgerechnet während der Eröffnungs-Zeremonie über den Akasaka-Palast hinwegschossen. Zwar spielen die Japaner den Schock herunter. Tatsächlich ist ja auch nichts passiert. Aber die Vorstellung, zumindest eines der Geschosse linksextremistischer Stadtguerrillas wäre vor dem Akasaka-Palast explodiert, als beispielsweise Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone gerade Präsident Reagan begrüßte, ist erschreckend.

Drastischer hätte die Notwendigkeit, gemeinsam gegen den Terrorismus und seine Förderer vorzugehen, nicht unterstrichen werden können. *Deshalb waren auch alle zufrieden,* als gestern eine handfeste Aussage gegen die „Geißel der Menschheit“ zustande kam.

Gewiß stellt die Erklärung von Tokio nicht das Maximum dessen dar, was Reagan nach seinem militärischen Schlag gegen Libyen gern in *einer solchen Stellungnahme* gesehen hätte. Aber da er wußte, daß mehr für ihn nicht zu erreichen war, stellte er gar nicht erst weitergehende Anträge. So endete die politische Diskussion auf dem Gipfel – nach einem letzten Ringen um das Wort „Libyen“ – in allgemeiner Harmonie.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte dies schon auf dem Flug nach Japan vorausgesehen. Reagan werde nicht „nachkarten“ und den Europäern im Zusammenhang mit der Bombardierung Libyens Vorwürfe machen, hatte er prophezeit. Genau dies traf ein. Dem amerikanischen Präsidenten ging es um Übereinstimmung und nicht um Rechthaberei. So forderte er von den europäischen Partnern und den Japanern in Tokio weder einen Wirtschaftsboykott Libyens noch eine nachträgliche Unterstützung seiner Militäraktion: Er kritisierte auch nicht die Weigerung Frankreichs, amerikanische Bomber auf dem Weg von England nach Libyen französisches Territorium überfliegen zu lassen, und er verzichtete darauf, die Empörung der öffentlichen Meinung in den USA über die abwartende Haltung der übrigen Europäer, mit Ausnahme Margaret Thatchers, wiederzugeben.

Einen sehr indirekten und auch nur vorübergehend sichtbaren Ausdruck fand der amerikanische Unmut allerdings in 15 Punkten, die unter den Gipfel-Teilnehmern kursierten. Es handelte sich um ein „Non-Paper“, *das heißt um ein offiziell gar* nicht vorhandenes Papier. Faktisch war es aber doch da und enthielt 15 „mögliche Maßnahmen“ gegen Libyen. Dazu gehören eine Schließung der libyschen Botschaften („Volksbüros“ genannt), der Boykott libyschen Öls, die Streichung westlicher Kredithilfen, die Überwachung aller mit Libyen zusammenhängenden Finanz-Transaktionen, ein Einlaufverbot für libysche Schiffe, ein Landeverbot für libysche Flugzeuge und die Streichung aller westlichen Flüge nach Libyen sowie ein Rückruf der Botschafter aus Tripolis.

In den Delegationen der übrigen Teilnehmer-Staaten wurde das „Non-Paper“ aufmerksam gelesen. „Das ist eine Drohgebärde gegenüber Khadhafi“, hieß es da zum Beispiel. Weder bei den Gipfel-Beratungen der „Chefs“ noch in den Sitzungen der Außenminister forderten die Amerikaner eine Realisierung der 15 Punkte. Offiziell waren sie wirklich nicht vorhanden. Deshalb tauchte auch nichts davon in der schließlich verabschiedeten Erklärung auf.

Was die Staats- und Regierungschefs am Sonntag abend bei ihrem ersten Kamin-Gespräch als Entwurf *der „Sherpas“, ihrer persönlichen Be*auftragten, vorgefunden hatten, war ihnen allerdings als etwas zu schwach erschienen. Deshalb beauftragten sie die „Sherpas“, über Nacht konkreter zu werden. Frau Thatcher regte an, die Luxemburger Beschlüsse der EG-Außenminister, die von der Bundesregierung schon weitgehend verwirklicht worden sind, in die Tokioter Erklärung aufzunehmen. Alle stimmten zu.

Und so geschah es: Gestern morgen präsentierten die Beauftragten einen neuen Entwurf, der die ganze Skala von Luxemburg enthielt – von der Einstellung aller Waffenlieferun*gen an Staaten, die Terroristen unterstützen,* bis hin *zur Begrenzung der* Stärke und der Bewegungsfreiheit diplomatischer Missionen, der Einreise-Verweigerung für verdächtige Personen, verbesserter Auslieferungs-Verfahren und „engstmöglicher bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsorganen“.

Das fanden alle gut. Auch der im Text verlangte stärkere Informations-Austausch „über aktuelle und potentielle Bedrohungen“ wurde akzeptiert, desgleichen die Aufforderung an alle „gleichgesinnten Völker“ *zur Zusammenarbeit. Nur das Wort* „Libyen“ kam in dem Entwurf nicht vor. Italiener und Japaner hatten Bedenken. Könnte nicht ein derart direkter Hinweis ihre speziellen Beziehungen, vor allem wirtschaftlicher Art, zu Libyen stören?

Stundenlang wurde um das eine *entscheidende Wort gerungen.* Schließlich setzten sich die Amerikaner durch: Der Staat Khadhafis kam in den Text hinein. Die erwähnten Maßnahmen gegen ihn werden zwar nicht als obligatorisch bezeichnet, sondern „stehen jeder Regierung offen“. Tatsächlich werden die Teilneh*mer, nachdem sie sich selbst zu* „größtmöglichen Anstrengungen im Kampf gegen diese Geißel“ verpflichtet haben, um konkrete Schritte kaum herumkommen.

Bundeskanzler Helmut Kohl aber hat noch mehr im Sinn: Ihm schwebt vor, daß die Regierungschefs – entsprechend ihren Gipfel-„Sherpas“ – persönliche Beauftragte für die Terroristen-Bekämpfung ernennen, die im Notfall für schnelle gemeinsame Reaktionen sorgen können. Der Japaner Nakasone und der Amerikaner Reagan waren damit sofort einverstanden. In den Gipfel-Text wurde *der Plan nicht aufgenommen* – er soll unter der Hand verwirklicht werden. Um der Effizienz willen.



Vor dem Essen das obligatorische Familienfoto

Schon am zweiten Tag des westlichen Wirtschaftsgipfels in Tokio gingen die Teilnehmer auf Socken: Beim Mittagessen der Delegationschefs im Gästehaus neben dem Akasaka-Palast mußten Margaret Thatcher und ihre männlichen Kollegen die Schuhe ausziehen und auf den aus Stroh geflochtenen Tatami-Matten zu Tisch schreiten. Ein reines Vergnügen war das Essen nicht für alle, denn der Tisch war nach japanischer Sitte nur 30 Zentimeter hoch, und einige der schwergewichtigeren Herrschaften hatten sichtlich Mühe, ihre Beine unterzubringen. Vorher hatte es das traditionelle „Familienfoto“ gegeben, vor den klassischen japanischen Gartenanlagen um den Palast. Von links nach rechts: EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, Italiens Ministerpräsident Bettino Craxi, der holländische Regierungschef und Ratspräsident der EG Ruud Lubbers, Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Präsident Ronald Reagan, Japans Regierungschef Yasuhiro Nakasone, Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, Großbritanniens Regierungschefin Margaret Thatcher und der kanadische Regierungschef Brian Mulroney. (DPA)

Die Rechnung des Gastgebers geht nicht auf

Von FRED de LA TROBE

Bei Halbzeit auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio wirkte am Montag das Gastgeberlächeln des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone etwas gequält. Die Japaner mußten inzwischen einsehen, daß ihre Hauptanliegen auf der Konferenz keine Chancen haben, von der Mehrheit der Teilnehmer befürwortet zu werden. Damit hat das Programm Nakasones, der sich vom Gipfel eine *Profilierung* und einen schwungvollen Auftakt für seine Kampagne zur Verlängerung seiner im Oktober ablaufenden Amtszeit erhofft hatte, einen kräftigen Rückschlag erlitten.

Trotz einer von den Gipfel-Teilnehmern auf Harmonie eingestimmten „Tokio-Erklärung“, die sich auf sehr allgemeine, von allen bejahte demokratische und freiheitliche Bekenntnisse beschränkt, ergaben sich schon bei den Gesprächen im Vorfeld der eigentlichen Konferenz in den einschlägigen Sachfragen einschneidende Meinungsunterschiede. Da die japanische Währung seit dem vergangenen Herbst gegenüber dem Dollar um 43 Prozent gestiegen ist, die Wettbewerbsstärke der Exportindustrie sinkt und zahlreiche kleinere Unternehmen Konkurs anmelden mußten, richteten sich die Wünsche Japans vor allem auf gemeinsame Stützungs-Aktionen für den Dollar.

Nur bei Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Stoltenberg stieß Nakasone aber auf Verständnis in dieser Frage. Die Deutschen und Japaner einigten sich auf die Formel, daß die Mark und der Yen gegenüber dem Dollar genügend gestiegen seien. Die Teilnehmer der fünf anderen Staaten verhielten sich dagegen ablehnend. Präsident Reagan erklärte, der starke Yen sei nützlich für den Abbau der großen japanischen Handelsbilanz-Überschüsse. Finanzminister Baker sprach sich ebenfalls gegen gemeinsame Interventionen zur Stützung des Dollars aus, regte aber eine Konferenz an, auf der ein System zur Stabilisierung der Währungs-Relationen ausgearbeitet werden sollte.

Auch dem japanischen Vorschlag, schon im September eine neue Runde multilateraler Handelsgespräche im Rahmen des Gatt zu beginnen, stimmten die übrigen Gipfel-Teilnehmer nicht zu. Tokio hofft, durch ein solches Treffen den Aufbau von protektionistischen Schranken gegen seine Exporte zu verhindern. Hinsichtlich der hohen japanischen Export-Überschüsse gerieten die Japaner zwar bisher nicht auf die Anklagebank, *besonders seitens* der Amerikaner und der EG wurde aber gefordert, daß Tokio starke Stimulierungs-Maßnahmen zur Steigerung der Inlandnachfrage ergreife.

Die „Trumpfkarte“ Nakasones, der „Maekawa“-Report zur Umstrukturierung der japanischen Wirtschaft, den eine private Kommission ausgearbeitet hat, stach bei den anderen Teilnehmern nicht recht, der Bericht stieß eher auf Skepsis. Der „Maekawa“-Report, der Kritik an Japans chronischen Export-Überschüssen unterlaufen soll, zielt darauf ab, die *Export-Abhängigkeit Japans zu ver*mindern und die Binnenwirtschaft des Landes zu stärken. Führende Politiker in Nakasones liberaldemokratischer Partei beklagten sich aber schon darüber, daß sie vom Ministerpräsidenten über dieses Programm nicht ausreichend konsultiert worden seien. Die in dem Bericht vorgesehene Liberalisierung der Landwirtschaft, der Abbau des steuerbegünstigten Sparens und die Aufgabe der inländischen Kohleförderung würden die Erfolgschancen der Liberaldemokraten bei den Wahlen im Juni sehr beeinträchtigen.



Die geballte Faust gegen die großen Sieben: Anti-Gipfel-Demonstration in Tokio FOTO: AP

In seiner Stellungnahme zum internationalen Terrorismus sah sich Nakasone zu einem Stellungswechsel gezwungen, der in der japanischen Öffentlichkeit nicht populär ist. Wegen seiner Importabhängigkeit von Öl aus den arabischen Staaten war Tokio bisher um eine neutrale Haltung bei den Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und Libyen bemüht. Unter starkem amerikanischen Druck erklärte der Ministerpräsident aber jetzt, er habe „ein Gefühl des Wohlwollens“ für die amerikanischen Luftangriffe auf libysche Positionen.

Auch die Hoffnung Nakasones, die Gipfelkonferenz werde sich unter vorbildlichen Sicherheitsvorkehrungen abspulen lassen, löste sich durch *den Raketenangriff der japanischen* Linksradikalen in Enttäuschung auf. (SAD)

Eine dringende Aufforderung an die Sowjetunion

Von FRED de LA TROBE

Die Staats- und Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio richteten gestern in einer zurückhaltend wirkenden Erklärung über die jüngste sowjetische Reaktorkatastrophe in Tschernobyl einen Appell an Moskau, derartige Unfälle unverzüglich bekanntzugeben. *Sie betonten auch ihre* Bereitschaft zu medizinischer und technischer Hilfe, soweit sie darum gebeten würden.

Der japanische Außenminister Abe, der die Erklärung erläuterte, sagte, alle Gipfel-Teilnehmer seien der Ansicht gewesen, daß die mit dieser Katastrophe zusammenhängenden Fragen die ganze Menschheit angehen. In der Runde sei man sich auch einig gewesen, daß die Haltung der Sowjetunion bei diesem Unfall falsch gewesen sei. Dennoch sei man der Meinung gewesen, daß man Moskau in diesem Fall nicht in die Ecke treiben solle. Aus dieser Einschätzung heraus erklärt sich auch der zurückhaltende Ton.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. *Wir, die Staats- und Regierungs*chefs der sieben Industriestaaten und die Vertreter der europäischen Gemeinschaften, haben die Auswirkungen des Unfalls im Kernreaktor von Tschernobyl erörtert. Wir sprechen den Betroffenen unsere tiefe Anteilnahme aus. Nach wie vor sind wir insbesondere zu medizinischer und technischer Hilfe bereit, soweit wir darum gebeten werden.

2. Die Kernkraft ist, und bei richtiger Handhabung bleibt sie, eine immer breiter genutzte Energiequelle. Für jedes Land stellt die Gewährleistung der Sicherheit eine internationale Verantwortung dar, und jedes Land, das Kernenergie erzeugt, ist für die Sicherheit von Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung seiner Anlagen voll verantwortlich.

Jedes unserer Länder erfüllt anspruchsvolle Sicherheitsnormen. Des weiteren ist jedes Land für eine prompte Bereitstellung eingehender und vollständiger Informationen über nukleare Notsituationen und Unfälle verantwortlich, insbesondere, wenn mit ihnen mögliche grenzüberschreitende Konsequenzen einhergehen. Jedes unserer Länder akzeptiert diese Verantwortung, und wir fordern die Regierung der Sowjetunion, die dies im Fall von Tschernobyl unterließ, dringend zur Lieferung solcher Informationen auf, wie unsere und andere Länder sie erbeten haben.

3. Wir nehmen befriedigt zur Kenntnis, daß die Sowjetunion in dieser Woche zu Gesprächen mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bereit ist. Wir erwarten, daß diese Gespräche zu einer Beteiligung der Sowjetunion an der erwünschten nachträglichen Analyse des Unfalls führen werden.

4. Wir begrüßen und ermutigen die Bemühungen der IAEO, die internationale Zusammenarbeit mit Bezug auf die Sicherheit von Kernanlagen, die Bewältigung von Nuklearunfällen und ihren Folgen und die Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe *zu* verbessern.

In Fortführung der einschlägigen IAEO-Richtlinien treten wir nachdrücklich für die baldige Ausarbeitung einer internationalen Übereinkunft ein, in der sich die Vertragsparteien zur Berichterstattung und zum Informationsaustausch im *Falle* nuklearer Notsituationen oder Unfälle verpflichten. Dies sollte binnen denkbar kurzer Frist geschehen.“

Laut Außenminister Abe waren die Vertreter der sieben westlichen Staaten übereinstimmend der Ansicht, daß der ganze Komplex der Reaktor-Katastrophe kein Thema auf den ostwestlichen Abrüstungsgesprächen sein solle.

Gemeinsamer Kampf gegen Leiharbeit

DW. Düsseldorf

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen mit der Metallindustrie ein Abkommen zur Eindämmung der *illegalen Leiharbeit* geschlossen. In der schriftlichen Verabredung mit dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) hat sich der Arbeitgeberverband bereiterklärt, Gesetzesverstöße durch Vertragsfirmen zukünftig noch stärker zu erschweren.

Ziel der Verabredung ist es, daß die Vorschriften und Gesetze zum Arbeitsschutz, zur Arbeitssicherheit

und zum Sozialversicherungsrecht auf den Werksgeländen der Eisen- und *Stahlindustrie auch von Fremdfirmen* eingehalten werden.

Gegen den Mißbrauch von Leiharbeit forderte Heinemann zudem grundsätzlich auch eine Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen. Bei Kontrollen durch die mobile Einsatzgruppe der Gewerbeaufsicht habe sich gezeigt, „daß wir es mit einem völlig undurchsichtigen grauen Arbeitsmarkt zu tun haben, auf dem Rechtsverstöße an der Tagesordnung sind", sagte Heinemann.

Gegen Hunger und Gewalt hift nur eine wirksamere Entwicklunshilfe

Von JÜRGEN WARNKE

„Ungelöst wird dieses Problem alle unsere anderen Probleme unlösbar machen" – das schrieb Aldous Huxley über die Bevölkerungsexplosion. Das menschliche Dasein ist aus der Balance geraten. Das natürliche Gleichgewicht von Leben und Tod besteht nicht mehr. Jede Stunde, jeden Tag, jedes Jahr werden fast dreimal so viele Menschen geboren wie sterben. 1985 gab es weltweit 49 Millionen Tote und 127 Millionen Babys. Der Unterschied war *Überschuß: Bevölkerungsexplosion* – die wohl größte Herausforderung, der sich die Menschheit je gegenübersah.

Das jedenfalls ist die These des Buches von Claus Jacobi: „Uns bleiben 100 Jahre – Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion" (Ullstein-Verlag, Berlin. Siehe auch WELT vom 27.2.). Die „Beweismittel" des Autors sind über den Anlaß des Buches hinaus der Beachtung wert:

- Einst verstrichen 800 Jahre – von Jesus Christus bis Karl dem Großen –, ehe die Menschheit um 50 Millionen Exemplare zugenommen hatte. *Heute passiert das gleiche in acht Monaten.*
- Am Ende des Zweiten Weltkrieges, des bisher blutigsten Waffenganges der Geschichte, lebten mehr Menschen auf Erden als bei seinem Beginn.
- Allein in den letzten drei Jahrzehnten hat die Weltbevölkerung um mehr Menschen zugenommen, als um die Jahrhundertwende insgesamt auf Erden lebten.

Zu viele Menschen aber trägt und erträgt diese Erde noch nicht. Das technische Wissen der Menschheit reicht dazu noch nicht aus. Zu viele Menschen schaffen zu große Dichte, Kants ungesellige Geselligkeit. Sie zeugt Armut, Hunger und Gewalt. Sie erhöht die Gefahr eines atomaren Holocaust. Sie macht Menschen und Tiere aggressiv, brutal und krank, ihre Sitten *zerfallen*.

Obgleich fast alle Entwicklungsländer Programmen für Familienplanung Vorrang einräumen, wächst die Menschheit noch immer in atemberaubendem Tempo. Selbst die optimistischen Prognosen der UNO, die für die nächsten 100 Jahre von sinkenden Zuwachsraten der Weltbevölkerung ausgehen, sehen eine Verdoppelung der Menschheit in 65 Jahren vor (die Hochrechnungen des „World Population Council" in 55 Jahren).

Das würde bedeuten: In 65 Jahren wird die Menschheit ihren Besitzstand verdoppeln müssen, um nicht schlechter dazustehen als heute.

Es muß doppelt soviel geerntet und produziert werden. Das bringt

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Jürgen Warnke FOTO: SVEN SIMON

aber die Gefahr mit sich, daß doppelt so viele Abwässer die Ozeane verseuchen, doppelt so viele Abgase zum Himmel qualmen. Wirtschaft und Politik, wir alle sind gefordert.

Das *Bevölkerungswachstum ist* eine Herausforderung für die ganze Menschheit. Manchem Bürger unseres Landes ist dies nicht ohne weiteres einsichtig, denn wir leben im Wohlstand, und wir sind die Inhaber des negativen Weltrekords im Bevölkerungswachstum.

Was bringt die Zukunft aber für ein Land wie Kenia? Mit fast vier Prozent Bevölkerungswachstum hält Kenia den Spitzenplatz auf der entgegengese:n Seite der Weltskala des Bevölkngswachstums.

Und schonute leiden viele Menschen dort Hger.

Die Weltbølkerung wird weiter anwachsen, øst wenn eine ins Gewicht fallenc'erringerung des Geburtenzuwaces erzielbar wäre. Die Eltern des ires 2010 sind heute schon gebor Der Bevölkerungszuwachs findeu 90 Prozent in den Entwicklun ändern statt.

Daraus zie ich folgende Konsequenzen:

1. Eine verbesserte Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe ist zur Vermeidung von Hunger und Gewalt unabdingbar. Es ist fünf Minuten vor zwölf. Der Bevölkerungsexplosion muß eine Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe entsprechen.

2. Selbstverständlich ist es der Mühe wert, die Wachstumskurve abzuflachen. Deshalb wird die Bundesregierung geeignete Maßnahmen der Familienplanung im Rahmen ihrer Entwicklungshilfe unterstützen.

Als Ergänzung der Entwicklungspolitik ist also Familienplanung sinnvoll und unabdingbar. Sie ist jedoch kein Ersatz für Entwicklungspotik.

Greifn wird Familienplanung aber er: dann, wenn die Entwicklungsläder selbst alle erforderli*chen Eigenanstrengungen* ergreifen, um die Ernährung der heutigen und der künftigen Bevölkerung sicherzustellen. Dabei wird die Bundesrepublik Deutschland den Entwicklungsländern helfen.

Nützen wir die „100 Jahre Galgenfrist", de uns laut Jacobi zur Lösung des Problems bleiben, bei uns wie in der Dritten Welt. Unser Planet braucht dann weder vergiftet noch geplündert zu werden.

Weizsäckers Rede zum 8. Mai wurde ein Bestseller

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Ein Jahr nach der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 und damit zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa gehen noch wöchentlich etwa 180 Anforderungen nach dem Text beim Bundespräsidialamt und beim Bundespresseamt ein. Die Rede ist inzwischen, außer den Veröffentlichungen in Tageszeitungen, in 1,5 Millionen Exemplaren verbreitet worden.

Über 50 000 Briefe und Postkarten erreichten den Bundespräsidenten und das Presseamt bisher, einer der längsten Briefe ist 39 Schreibmaschinenseiten lang. Alle Schreiben, in denen auch direkte Fragen an das Staatsoberhaupt gestellt wurden, sie füllen etwa 18 dicke Ordner, sind auch individuell beantwortet worden, wobei im Bundespräsidialamt viele Überstunden notwendig wurden. Nach einer Umfrage, die von der Nachrichtenagentur AP bei ihrer Kundschaft angestellt wurde, galten dort als „wichtigste Themen des Jahren 1985" in der Reihenfolge: Der Katalysator und Tempo 100, die Weizsäcker-Rede vom 8. Mai, und die Tatsache, daß Boris Becker Wimbledon-Tennis-Sieger wurde.

Die Hauptauflage der Text-Verbreitung wurde durch die Bundeszentrale für politische Bildung mit 863 000 Stück gemeldet, das „Bulletin" der Bundesregierung druckte 325 000 Stück, das Bundespresseamt 100 000, der Siedler-Verlag 75 000, der Verlaug Knauer 32 000. Außerdem gibt es die Rede als Kassette, als Schallplatte und als Video-Film, unterlegt mit Aufnahmen aus der Zeit von 1933 bis 1945. Die Firma Philipps verteilte ihre Platte (Auflage 20 000) als Firmengeschenk, die Firma „Hanseatische Tonträger" verkaufte bis April 1986 rund 43 000 Stück ihrer Platten, die 12,90 Mark kostet.

Besonders groß war und ist das Echo auf die Weizsäcker-Rede im Ausland, zum Beispiel erschien sie in Japan als Buch in 30 000 Exemplaren, die New York Times druckte den gesamten Text ab, und in Polnisch und Russisch wurde sie bei den Weltjugendfestspielen 1985 in Moskau von deutschen Teilnehmern verteilt. Die Rede ist inzwischen in zwölf Sprachen übersetzt worden. Das positive Echo aus Israel wird in Bonn für besonders wertvoll gehalten.

Streibl sieht historische Chance beim Steuerrecht

Der bayerische *Finanzminister* legt Leistungs-Bilanz vor

PETER SCHMALZ, München

In der nächsten Legislaturperiode des Bundestags besteht nach Ansicht des bayerischen Finanzministers Max Streibl „die historische Chance für eine durchgreifende Wende hin zu einem leistungsgerechten und wachstumsfreundlichen Steuerrecht". Der von ihm ins Gespräch gebrachte „Tarif 90" mit einem Entlastungsvolumen von 38 Millionen Mark habe gute Erfolgsaussichten, erklärte Streibl vor Journalisten in München. Die CSU stehe zu der Reform, aus der CDU komme zunehmende Unterstützung, und auch Bundesfinanzminister Stoltenberg sei inzwischen bereit, sie mitzutragen.

Schwerpunkt seines Vorschlags ist die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs durch *Senkung* aller Steuersätze: Einkommen bis 21 000 bei Verheirateten bleiben steuerfrei, der Eingangsteuersatz, der von der SPD von 19 auf 22 Prozent angehoben wurde, wird auf 20 Prozent gesenkt, die Progressionskurve flacht ab, und die Progression endet unter der „Schmerzgrenze" von 50 Prozent. Die Anregung der FDP, den Spitzensteuersatz auf 35 Prozent zu begrenzen, bezeichnete Streibl als unmöglich. Die Kosten der Reform dürfen auch nicht durch die Erhöhung anderer Steuern wie zum Beispiel der Umsatzsteuer kompensiert werden.

Entschieden wandte sich der Minister gegen den Versuch, über eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht den Länderfinanzausgleich dahingehend zu ändern, daß er nach dem Bedarf und nicht mehr nach der Finanzkraft eines jeweiligen Landes gezahlt wird. Streibl: „Dann wäre der Damm gebrochen, und jeder müßte Schulden machen, daß es nur so kracht."

Den Freistaat präsentierte der Finanzminister im Landtagswahljahr als Musterländle: mit einem Wirtschaftswachstum von 3,9 Prozent deutlich über dem Schnitt der übrigen Länder von zwei Prozent, die geringste Arbeitslosenquote nach Baden-Württemberg und Hessen, per saldo in den letzten zehn Jahren einen Arbeitsplatzgewinn von 5,2 Prozent, dem ein Verlust von 7,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen gegenübersteht und außerdem dank der Kernenergie die niedrigsten deutschen Strompreise.

Für Flughafen-Polizei

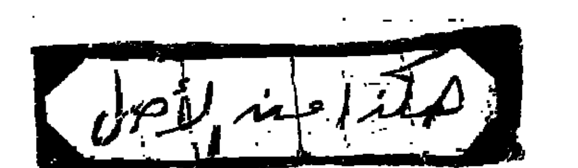
PanAm fordert höchste Priorität zum Schutz der Airports

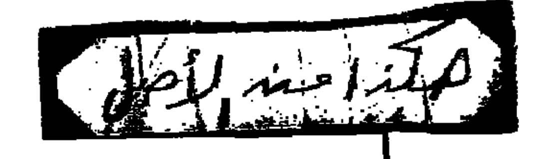
HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Regierungen sollen eine eigene Flughafen-Polizei zur Bekämpfung des Terrorismus schaffen, die auf jedem internationalen Flughafen stationiert sein muß. *Diese Forderung* erhob gestern Martin Shugrü, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Pan American World Airways vor Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden in Hamburg. Diese Flughafen-Polizei *müßte* eine Spezialschulung in Terroristen-Taktik durchlaufen.

Der Vizepräsident nannte als Schwerpunkte eines Sicherheits-Programms *gegen terroristische* Aktivitäten folgende Forderungen: Regierungen sollen den Luftverkehrsgesellschaften die gleichen Rechte und den selben Schutz angedeihen lassen, wie sie ausländische Missionen besitzen. Alle Regierungen sollen Sicherheits-Maßnahmen auf Flughäfen höchste Priorität einräumen. Regierungen, die auf ihren Flughäfen terroristische Aktionen gegen die Zivilluftfahrt zulassen, sollen vom internationalen *Luftverkehr* boykottiert werden. Die Regierungen sollen ihre Flughafen-Kontrollen mit der besten verfügbaren Ausrüstung für die Überprüfung von Passagieren, Gepäck und Fracht ausstatten.

In dem Meinungsaustausch mit Hamburger Sicherheits-Experten wies Shugrü daraufhin, daß im vergangenen Jahr weltweit rund 900 Menschen terroristischen Anschlägen auf den Flugverkehr zum Opfer gefallen sind, von ihnen waren nur 23 Amerikaner. Daher sei die Bekämpfung kein speziell amerikanisches Problem, sondern eine Aufgabe auf Regierungs-Basis.





Kulturabkommen als Etappenziel

Heute Unterzeichnung in Ost-Berlin / Wunschliste in Ost und West / Moskauer Querschüsse

DIETHART GOOS, Bonn

Wenn Staatssekretär Hans Otto Bräutigam als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik *heute in Ost-Berlin* gemeinsam mit dem stellvertretenden „DDR"-Außenminister Kurt Nier das deutsch-deutsche Kulturabkommen unterzeichnet, ist ein wichtiges, lange erwartetes Etappenziel erreicht. Dennoch beschränken sich beide Seiten auf eine rein geschäftsmäßige Prozedur. Wichtiger als große Reden sei nun die Ausfüllung des Kulturabkommens unter Einbeziehung West-Berlins in möglichst vielfältiger Form, erläuterte ein verantwortlicher Deutschlandpolitiker im Kanzleramt der WELT.

Jetzt stellt sich die Frage, wie man trotz ständiger Moskauer Querschüsse die innerdeutschen Beziehungen weiterentwickeln kann. Die Wunschlisten hüben wie drüben sind lang, zugleich können Hindernisse nicht geleugnet werden.

Attacken wegen SDI

So ist die politische Großwetterlage gegenwärtig alles andere als günstig. Führende Moskauer Politiker lassen keine Gelegenheit ungenutzt, die Bundesrepublik wegen der vereinbarten SDI-Zusammenarbeit mit den USA *auf das heftigste zu attackieren*. Dem schließen sich die Falken im SED-Politbüro ergeben an.

KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow feuerte auf dem 11. SED-Parteitag im letzten Monat in Ost-Berlin gezielte Breitseiten gegen Bonn. Boris Jelzin, Kandidat des Politbüros *der KPdSU und 1. Sekretär der Moskauer* Parteileitung, folgte auf dem Hamburger DKP-Parteitag seinem Chef und erging sich in rüden Angriffen gegen die Bundesregierung. Bonn wie Washington hätten keine Bereitschaft, die sowjetischen Abrüstungsvorschläge aufzugreifen gezeigt. Dabei könnte die Bundesrepublik eine bedeutsame Rolle spielen. Doch der Kurs Bonns entferne sich immer weiter von loyaler, friedliebender Partnerschaft. „Die Bundesregierung möchte ihr eigenes Gesicht in der Außenpolitik haben; aber sie hat es nicht. Es ist einfach das Doppelgesicht Washingtons." Und mit schneidender Stimme fügte Jelzin hinzu: „Deshalb ist es für uns schwer, unsere Beziehungen zu verbessern."

SED-Politbüromitglied Hermann Axen als Leiter der Ostberliner Delegation auf dem DKP-Parteitag blieb eher moderat und ließ erkennen, daß der SED-Spitze offenbar nicht an totaler Konfrontation mit Bonn gelegen ist. „Die Völker Europas und der Welt erwarten und verlangen, daß die Bundesrepublik Deutschland endlich mit Verantwortung und Besonnenheit die Friedenspflicht erfüllt, die beiden deutschen Staaten aus historischen, geografischen und moralischen Gründen auferlegt ist."

Axen, der im SED-Politbüro eher zu den Verfechtern eines harten West-Kurses gehört, gab in Hamburg keinen Hinweis auf den lange erwarteten Honecker-Besuch *in Bonn*. *Für* maßgebliche Kreise der Bundesregierung ist dieses Thema noch nicht erledigt, obwohl man drüben nicht antichambriert.

Kreml will Ergebnisse

Trotz der harten Linie habe Gorbatschow Honeckers Reisepläne offensichtlich nicht vereitelt. Moskau werde dann nicht njet sagen, wenn der SED-Chef mit substantiellen Ergebnissen aus Bonn zurückkehre, lassen hier Regierungskreise verlauten. Das könnten etwa Festlegungen im Abschlußkommuniqué über beiderseitige Initiativen zur Abschaffung chemischer Waffen sein.

Zugleich wird auf Bonner Wünsche für weitere Abkommen verwiesen, an denen auch die „DDR" interessiert sei. Aussichtsreich *verhandelt* man über Umweltschutz und die längst überfällige Werra-Entsalzung. Das Unternehmen Wintershall hat mit „DDR"-Betrieben schon über die Lieferung der notwendigen Entsalzungsanlagen beraten. Und schließlich gewinnen Vereinbarungen über den *dringend notwendigen Informations*austausch zur Sicherheit nukleartechnischer Anlagen vor dem Hintergrund der Katastrophe von Tschernobyl herausragende Bedeutung.

„Austausch" findet nicht statt

MICHAEL JACH, Hannover

Die niedersächsische CDU-Landesregierung will das deutsch-deutsche Kulturabkommen mit dem gemeinsam mit der Stadt Hannover geplanten ‚*Forum für Kunst und Kultur in der DDR*' (WELT v. 26.2.) „mit Leben erfüllen". „Wir haben den Ehrgeiz, aus dem Forum eine Einrichtung mit bundesweiter Ausstrahlung zu machen," erklärte der Landesminister für Wissenschaft und Kunst, Johann-Tönjes Cassens, gestern zur heutigen Unterzeichnung des Abkommens. Cassens betonte ausdrücklich, daß „der Bund unserem Vorhaben positiv" gegenüberstehe. Die wechselseitige Einrichtung regierungsoffizieller Kulturinstitute hatte die „DDR" in den Verhandlungen über das Abkommen verweigert.

Besonderen Akzent legte der Minister auf die Widmung des hannoverschen Forums für Kultur „in" der „DDR". Daran werde deutlich, daß es sich nicht um ein Institut ‚der DDR' handele; vielmehr müßten die hier anzusiedelnden Präsentationen aus Mitteldeutschland „nach unseren Freiheitsgrundsätzen abgewickelt" werden. Diesen Vorsatz angesichts des „DDR"-Auswahlmonopols für „Kulturexporte" und des erfahrungsgemäßen Ausschlusses ideologisch mißliebiger Künstler durchzuhalten, werde *allerdings* sicher eine „Gratwanderung" erfordern; auf „Fingerspitzengefühl" und „Behutsamkeit" komme es an.

Die Landesregierung sieht die Aufgabe ihre „Forums" vorrangig im „Abbau unserer Informationsdefizite" über das kulturelle Leben des anderen Staates in Deutschland. Cassens räumte ein, daß „aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen hier und dort" eine Gleichgewichtigkeit, die das Wort „Austausch" rechtfertigen würde, vorerst ein Wunschziel bleibe. Doch bestehe Grund zur Zuversicht, daß erbrachte Vorleistungen längerfristig Wirkung zeigten auf den „guten Willen" der anderen Seite.

Insgesamt wird das Kulturabkommen in Hannover begrüßt als „Chance", die im Grenzland Niedersachsen ohnedies vielfältig „bestehenden Kontakte zu vertiefen". Regelungsbedarf habe insofern bestanden, als nun auf Ostberliner Seite „die Entscheidungswege verkürzt" würden und „Kontinuität" in den beiderseitigen Absprachen eintrete, wo bisher „mehr oder weniger der Zufall" beim Zustandekommen von Austauschprojekten regiert habe.

Mainz p nt Eignung sts für die Hoc hulen

Nea. Mainz

Die Hochschule n Rheinland-Pfalz sollen künftig e Studiengänge mit erhöhtem pruchsniveau einrichten und Stu ten dafür einem speziellen Eig gstest unterziehen dürfen. Dies t der Entwurf eines neuen Hochs gesetzes vor, den Kultusminister eorg Gölter (CDU) in dieser Wo im Landtag einbringt und der no vor der Landtagswahl 1987 verabs edet werden soll.

Gedacht ist vor alle n sogenannte Brücken-Studiengä e, Kombinationen aus mehreren hern, in denen von den Studen besondere Leistungen und Vork tnisse verlangt werden. Auf dies eise soll an den einzelnen Universi en die Qualität von Forschung un ehre durch Spezialisierung und W bewerb zusätzlich verbessert wer n. Dies sei in den nächsten Jahre wenn die Zahl der Studienanfän stark zurückgehen wird, eine de ichtigsten Aufgaben, sagte der Min er.

Der Gesetzentwurf sie im übrigen keine Abkehr von d Präsidialverfassung vor, die sic n Rheinland-Pfalz im Unterschie anderen *Bundesländern bewährt t. Grund*sätzlich erhalten die H hschulen mehr Eigenverantwortlich it bei der Gestaltung des Studiums. eu ist für wissenschaftliche Mitarb er nach ihrer Habilitation die Mög keit, als Oberassistent oder als Ho schuldozent eine Anstellung als B mter auf Zeit, in Ausnahmefällen so r auf Lebenszeit. Dadurch soll d in den neunziger Jahren zeitweilig rohende Lücke an qualifizierten H chschullehrern geschlossen werde

Um die Chancen der w iblichen Wissenschaftler zu verbess n, sollen die Universitäten in Rhein nd-Pfalz Frauenbeauftragte oder Fr enkommissionen bestellen. In ein Vorab-Anhörung hat der Gesetzen wurf mit Ausnahme der studentische Vertretungen bei allen Gruppen berwiegend Zustimmung gefunde

DIE WELT (USPS 603-590) is publi ed daily except sundays and holidays. The su scription price for the US is US-Dollar 365. 0 per annum. Distributed by German Langu ge Publications, Inc., 56 Sylvan Avenue, E glewood Cliffs, NJ 07632. Second class posta e is paid at Englewood, N 07631 and at addi onal mailing offices. Postmaster: send add ss changes to: DIE WELT GERMAN LANGUA GE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Ave e, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Basis der irischen Regierung bröckelt ab

Noch eine Stimme Mehrheit / Neue Partei sorgt für Unruhe

REINER GATERMANN, Dublin

Die Mehrheit der irischen Regierungskoalition unter Führung von Garret FitzGerald ist auf eine einzige Stimme geschrumpft, nachdem die im Dezember 1985 wie ein Wirbelwind in die irische Politik eingebrochenen Neuankömmlinge, die Progressiven Demokraten (PD), nun auch ihren ersten Abgeordneten von der größten Regierungspartei Fine Gael für sich gewinnen konnten. Dennoch zeigt man sich im Lager FitzGeralds optimistisch, die Legislaturperiode bis zum Ende – Herbst 1987 – durchhalten zu können.

Dafür spricht einmal, daß die PD, die sich noch im organisatorischen und politischen Aufbau befindet, nicht sonderlich an einer vorgezogenen Wahl interessiert ist und zum anderen, so die Fine Gael, „jetzt eigentlich keine größeren kontroversen Fragen mehr anstehen".

Sie weiß allerdings auch, daß die Zeit wahrscheinlich für sie arbeitet. Jetzt, wo neben der Inflationsrate auch die Arbeitslosenquote spürbar rückläufig ist und der Außenhandel einen Exportüberschuß ausweist, glaubt man in der Fine Gael die lange Wirtschaftsrezession hinter sich zu haben und den Gürtel wieder etwas lockern zu können. Das soll spätestens im Staatsbudget 1987/88 geschehen, hauptsächlich in Form von Steuersenkungen. Danach, so meinen die Parteistrategen, sei im Sommer des kommenden Jahres *die Zeit* reif für eine Neuwahl. Irische Regierungen hatten bisher bei einer Legislaturperiode von fünf Jahren nur eine durchschnittliche Lebensdauer von 3,5. Die Rechts-Links-Koalition hätte dann eine beachtliche Leistung vollbracht.

Viertstärkste Fraktion

Bis Ende vergangenen Jahres stand das Stimmungsbarometer für die konservative Fine Gael – sie vergleicht sich gern mit der deutschen CDU – eindeutig auf tief. In den Meinungsumfragen lag sie weit hinter der größten Oppositionspartei Fianna Fáil („Wir sind keine ideologisch einspurigen Sozialisten, sondern pragmatische Sozialdemokraten") zurück. Aber dann kamen die Progressiven Demokraten, die, um mit den alten noch aus den Zeiten des Bürgerkrieges Anfang der zwanziger Jahre herrührenden Parteitraditionen aufzuräumen, nicht einmal bereit waren, sich einen irischen Namen zuzulegen („Wer spricht denn heute noch Irisch?"). Nachdem nun auch der Fine-Gael-Abgeordnete Michael Keating übergelaufen ist, stellt die PD mit fünf Mitgliedern – vier kamen von der Fianna Fáil – die viertstärkste Fraktion. Dazu meint jedoch die PD-Abgeordnete Mary Harney: „Wir sind nicht so sehr darauf aus, jetzt Abgeordnete abzuwerben, wir wollen bei den nächsten Wahlen so viele wie möglich ins Parlament bringen."

Keine Koalitionsaussage

Ihren ersten Höhenflug hat die Partei allerdings bereits hinter sich: Ihr Stimmenanteil in den Meinungsumfragen schrumpfte von 25 auf 16 Prozent. Die Attraktion des Neuen ist erst einmal vorbei, einige unpopuläre Stellungnahmen sorgten ebenfalls für einen Rückgang. Politische Beobachter in Dublin sind jedoch überzeugt, daß die PD, nach eigenem Bekunden „in der Wirtschaftspolitik für Privatinitiative und geringeres staatliches Engagement, in der Sozialpolitik liberal" ein Machtfaktor bleiben wird. Sie will *sich jedoch noch nicht* auf Koalitionsaussage festlegen. Das Schicksal des derzeitigen kleineren Fine-Gael-Partners, die Labour Party, die in Gefahr schwebt, aufgerieben zu werden, wird als Warnung für ein allzu enges Engagement genommen.

Was die Beziehungen zu Nordirland anbetrifft, so kann Garret FitzGerald jedoch mit der vollen Unterstützung der PD rechnen, ein weiterer Grund, warum jetzt, wo Dublin und London gemeinsam um das Überleben ihres Hillsborough-Abkommens für Ulster kämpfen, von dieser Seite keine Attacke auf die Regierung zu erwarten ist.

Mit zwiespältigen Gefühlen betrachtet der Premierminister den Wunsch seiner britischen Amtskollegin Margaret Thatcher an die USA, die Auslieferungsbestimmungen so zu ändern, daß mutmaßliche IRA-*Terroristen* der britischen Justiz überstellt werden können. Offiziell verhält sich Dublin hier neutral. In Regierungskreisen wird jedoch kein Hehl daraus gemacht, daß man eine Sonderregelung für London für nicht gerechtfertigt hält und man zudem eine Schädigung irischer Interessen befürchtet.

Moskau stärkt Elite-Truppen vor Norwegen

schi. Oslo

Bislang war die 196 Kilometer lange Grenze zwischen Norwegen und der UdSSR eine friedliche, fast verschlafene Oase im Ost-West-Kontext. Zwei Bauern leben im letzten Dorf Europas mit dem Namen Grenze Jakobselv direkt am Stacheldrahtzaun, dessen Schilder westliche Besucher warnen, die Russen auf der anderen Seite weder zu beleidigen oder Dinge zu unternehmen, die als solche ausgelegt werden könnten. Doch was hinter der arktischen Bergwelt nur wenige Kilometer weiter norwegischen Augen anscheinend entzogen liegt, hat mit Naturromantik und nordischer Idylle nichts mehr zu tun. Die UdSSR hat eine Spezialbrigade der Marineinfanterie, deren Ausbildung rein offensiven Charakter hat, an die norwegische Grenze verlegt. 3000 Elitesoldaten mit den nötigen Sturmpanzern, Angriffshubschraubern und Schiffskapazität liegen einer Grenzpatrouille der Norweger von hundert Mann gegenüber. „Wir dürfen uns nicht wundern", betont Generalmajor Martin Vadseth, der Kommandant der nordnorwegischen Streitkräfte, „wenn diese geheim gehaltene Brigade bei einem eventuellen Angriff plötzlich vor uns steht. Eigentlich sollte ja das, was bekannt ist, schon mehr als genug sein". Da gibt es bereits tausend Soldaten der Speznaz-Eliteeinheit, verstärkt mit 3000 Marinejägern. Das macht mit den geheimgehaltenen Soldaten *schon 7000*.

Das norwegische Atlantik-Komitee hat in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Militärbalance" zum erstenmal nachgewiesen, daß es auf der Kola-Halbinsel in einem Bereich von nur 100 bis 200 Kilometer von der norwegischen Grenze entfernt zwölf größere Marine-Basen mit Häfen gibt. Hinzu kommen 16 Flugplätze. Auf der Base Gremikha sollen auch vier U-Boote des neuesten Typs Typhoon stationiert sein. Diese U-Boote können unter dem Eis operieren und mit ihren Raketen Ziele in den USA erreichen. *Zum erstenmal* hat nun die Sowjetmarine vor der nordnorwegischen Küste ein Manöver mit ihrer Marineinfanterie durchgeführt. Der Manöver-Angriff lief ab, nachdem die Boote bis zu 600 Kilometer an der norwegischen Küste entlanggefahren waren, direkt an der norwegischen Grenze im russischen *Volkovojafjord*.



In Thailand neigt sich die Ära Prem dem Ende zu

Neuwahlen am 27. Juli / Ministerpräsident amtsmüde?

PETER ISELI, Bangkok

Zwei Putschversuche durch Teile des Militärs hat der thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanond in seiner siebenjährigen Regierungszeit unbeschadet überstanden. Nun brachten ihn rebellierende Politiker aus dem eigenen Lager an den Rand des Rücktritts: Unter der Führung des ehemaligen Vizeministerpräsidenten Boontheng Thongsawasdi stellten sich vergangene Woche rund 60 Abgeordnete des wichtigsten Koalitionspartners, der „Sozialen Aktionspartei" (SAP), gegen eines von neun Regierungsdekreten, die eine bessere Kontrolle und finanzielle Absicherung von Finanzinstituten bezwecken. Der Ministerpräsident verfehlte die Mehrheit um fünf Stimmen.

Wer erwartet hatte, die Regierung trete daraufhin zurück, wurde allerdings enttäuscht. Um einem Mißtrauensantrag der Opposition zuvorzukommen, löste Prem nach einem Gespräch *mit König Bhumibol* das Parlament auf und setzte für den 27. Juli Neuwahlen an.

Obwohl die Maßnahmen der Regierung zur Stabilisierung des zerbrechlichen Banken- und Finanzsystems einigen einflußreichen Leuten wehtun und schon allein deshalb nicht unumstritten sind, waren sie nicht der eigentliche Auslöser der Regierungskrise. *Sie hatte sich schon* im Januar angebahnt, als der charismatische ehemalige Ministerpräsident Kukrit Pramoj überraschend den Vorsitz der SAP abgab.

Bestechung vorgeworfen

Außenminister Siddhi Sawetsila übernahm interimistisch diesen Posten *und ersetzte Boontheng als einen* von vier stellvertretenden Ministerpräsidenten – eine Zurücksetzung, die der Mitbegründer der SAP nicht verwinden konnte. Mit viel Energie und – so sagt zumindest die Regierung – auch mit Geldversprechen von umgerechnet bis zu 100 000 Mark, ging der berufsmäßige Regierungsstürzer – wie sich Boontheng selbst nennt – daran, genügend Abgeordnete zur Ablehnung zumindest eines der Dekrete zu bewegen.

Die Debatten im thailändischen Parlament waren schon seit einiger Zeit vom Kampf um die Plätze für die kommenden Wahlen geprägt. So hatte vor allem die SAP von der Regierung eine Lockerung der strengen Austeritätspolitik und mehr staatliche Subventionen für die Reisbauern gefordert, wohl vor allem, um beim Wähler Popularität zu schinden. Prem und Finanzminister Sommai Hoontrakul sperrten sich dagegen, im Wissen um eine beunruhigende Verschuldung, die mehr als ein Viertel der Deviseneinnahmen verschlingt.

Die Parlamentsauflösung erscheint zur Zeit als die eindeutig vernünftigste Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen. Nach einem Rücktritt Prems wäre die Bildung einer neuen Interimsregierung bis zu den Wahlen in einem Jahr aufgrund der jetzigen Kräfteverhältnisse so schwierig gewesen, daß eine völlige Destabilisierung der innenpolitischen Lage kaum zu vermeiden gewesen wäre.

Wechsel beim Militär

Der parteilose Ministerpräsident, der 1979 als Oberkommandierender der Streitkräfte durch einen stillen Putsch an die Macht kam, hat sich noch nicht geäußert, ob er bei den kommenden Wahlen als Mitglied einer Partei kandidieren will und bereit wäre, sich an die Spitze einer neuen Regierung zu stellen. Seine Berater sprechen von einer gewissen Amtsmüdigkeit, die nach sieben Jahren im Spannungsfeld zwischen der früher übermächtigen Armee und einer langsam aufkeimenden parlamentarischen Demokratie kaum erstaunt.

Prem hat Thailand mit seiner Kompromißfähigkeit nach den stürmischen 70er Jahren Ruhe und Stabilität gebracht. Seine besonnene Hand ist auch weiterhin notwendig. In den *Streitkräften stehen Ende September* die bedeutendsten Umbesetzungen seit Jahren an: Der Oberkommandierende Arthit tritt ein Jahr nach dem Erreichen des Pensionsalters auf Anordnung Prems in den Ruhestand, mit ihm die drei weiteren ranghöchsten Armeeführer. Zwar gibt es für die Nachfolge einen Favoriten, den Prem-Anhänger und demokratisch gesinnten General Chaovalit Yongchaiyuth, doch gerade in den vergangenen Tagen wurde Besorgnis laut, ob der 53jährige derzeitige Stabschef seine Position schon so weit festigen konnte, daß ein reibungsloser Generationswechsel möglich ist.

Assads Pläne beunruhigen Israel

Reise zu König Hussein nach Jordanien / Amman spricht von „Aktionsgemeinschaft"

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Den Zustand erhöhter Kriegsgefahr sagen israelische Militärs für den Fall voraus, daß es zu einem Militärbündnis zwischen Syrien und Jordanien kommt. Die Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen dem syrischen Präsidenten Assad und König Hussein ist nach Husseins Besuch in Damaskus Ende Dezember so weit fortgeschritten, daß Amman gestern beim Staatsbesuch Assads von dem „Ziel der Koordinierung, Verständigung und der Aktionsgemeinschaft" sprechen konnte.

Dieser erste Besuch Assads in Amman seit fast zehn Jahren wird daher in Israel aufmerksam beobachtet. König Hussein hatte eine der syrischen Vorbedingungen schon Ende Februar erfüllt, nämlich den Bruch mit der Arafat-PLO. Während die Jordanier seitdem die Hauptbüros der PLO und Arafats Kommandozentrale bei Amman geschlossen haben und rund einhundert PLO-Funktionäre auswiesen, unterstützen die Syrer schiitische, libanesische und palästinensische Terrorgruppen in Südlibanon bei Aktionen gegen Israel.

Noch trennt der Gegensatz im Golfkrieg Assad und Hussein, betonen israelische Militäranalytiker. Syrien hilft Iran, Jordanien liefert Waffen und Nachschub an Irak. König Hussein hat bisher keinen prosyrischen Stellungswechsel gegen Irak angekündigt und scheut auch davor zurück, da damit die Unterstützung der Sa und Kuweitis verlieren würde. drängt im Gegenteil Präsident Ad, aus dem iranischen Kriegs-Cam auszuscheiden und auch ohne Iyen in die gesamtarabische „Karane" zurückzukehren.

Ein Endes Golfkrieges, so urteilen israelie Militärbeobachter, würde ebenls die Kriegsgefahr verschärfen, dann Syrien ebenso wie Irak freie nd zu Aktionen gegen Israel hätt. Am meisten fürchten israelische ilitärs, daß Präsident Assad seinMilitärmacht überschätzen könnt Von einem Krieg, den keiner wich will, der aber noch dieses Jal aus einer falschen Einschätzunger *israelischen* Stärke heraus enehen könnte, warnte unlängst destellvertretende Generalstabschef Dan Schomron. Mißtrauisch vzeichnen die Israelis, daß die Hauptacht der syrischen Armee mit sech motorisierten Divisionen und 2000modernen Panzern des Sowjettyps -72 zwischen dem Golan-Gebiet d Damaskus massiert ist. Dazu kmen neue Angriffs-Hubschraub und Sowjetraketen SS-21, die Tel iv erreichen können.

Währnd Syrien mit Moskauer Hilfe u trotz Wirtschaftskrise weiter rüstund die modernsten Kampfflugzeu MiG-29 und MiG-31 erwartet, gehdie Militärstärke Israels zurück. Ir Verteidigungsetat wurde 1986 a 2,53 Milliarden Dollar gekürzt, ebenso die Zeit für Reserveübungen und die Bevorratung vieler Munitionssorten. Mehr als 2000 Berufssoldaten müssen dieses Jahr entlassen werden. Zudem sagen israelische Militärbeobachter voraus, daß Israel aus innenpolitischen Gründen und aus Rücksicht auf die USA keinen Präventivkrieg gegen Syrien führen könne, selbst wenn ein syrischer Angriff unmittelbar bevorstünde. Israelische Offiziere rechnen im Kriegsfall mit einem überraschenden und schnellen Vorstoß der Syrer auf den Golan-Höhen, um in sofortigen Verhandlungen jeden Geländegewinn absichern zu können.

Nachdem Präsident Assad im März *erklärt hatte, die syrische Hauptstadt* Damaskus werde eines Tages nicht mehr im Süden, sondern im Zentrum Syriens liegen, sind nicht nur Libanesen und Jordanier, sondern natürlich auch die Israelis darauf gestoßen worden, daß sie einmal zum Großsyrischen Reich Assads gehören sollen.

Assad, der im nächsten Jahr den 800. Jahrestag des arabischen Siegs über die Kreuzfahrer 1187 bei Hittin (heute Israel) mit großem Pomp feiern will, sieht sich selbst in der Rolle des arabischen Einigers und Siegers Sultan Saladin. Am Grabe Saladins (der Sarkophag ist ein Geschenk des deutschen Kaisers Wilhelm II.) neben der Omayaden-Moschee in Damaskus läßt Assad Militärwachen aufziehen und militärische Zeremonien feiern.

Pazifisten wurden in Polen verhaftet

dpa, Warschau

Rund 30 polnische Pazifisten der Bewegung „Freiheit und Frieden" *sind am Sonntag in der Nähe des* Dorfes Machowa bei Tarnow festgenommen und gehindert worden, eine Gedenkfeier am Grab des Wehrmachtssoldaten Otto Schimek zu veranstalten.

Der aus Wien stammende Schimek soll sich nach Angaben seiner Schwester geweigert haben, Polen zu erschießen. Im November 1944 wurde er dagegen wegen angeblicher Desertation hingerichtet. Viele Polen verehren ihn als Sinnbild für Gewissensfreiheit und Widerstand gegen Befehle. Die polnische Presse spricht von einer „Legende" um den Soldaten der Wehrmacht.

Alte Garde hat nicht ausgedient

DW. Peking

Die lte Garde in der chinesischen Führug bleibt, trotz aller Verjüngun*gen in er Parteispitze seit* 1982. Politbürontglied Hu Qili erklärte, daß auch nch den Neuwahlen auf einem Parteitg 1987 „einige alte Revolutionäre nit reicher Erfahrung und großem Ansehen" das Boot weiter steuern wirden. Im September 1985 waren mehr als 100 ältere Funktionäre auf einem Sonderparteitag durch jüngere Leute ersetzt worden. Deng Xiaoping (81) sowie *seine* wichtigsten Vertrauten, Ministerpräsident Zhao Ziyang (66) und Parteichef Hu Yaobang (70) werden jedoch wohl selbst nach einem denkbaren Ausscheiden aus dem Politbüro eine entscheidende Rolle in Chinas Politik spielen.

Der Kreml und die „Offenheit"

dpa, Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat anläßlich des „Tages der Presse" und ungeachtet des Schweigens zum Reaktorunfall in Tschernobyl die Rolle der Medien als „Instrument der Offenheit und der gesellschaftlichen Kontrolle" betont.

Die Unterdrückung der Kritik und die Unterordnung der Tätigkeiten der Zeitungen unter „engstirnige" behördliche Interessen müsse unterbunden werden. Die Äußerungen beziehen sich offenbar *auf das Luft*fahrtministerium, das vor kurzem die Veröffentlichung kritischer Artikel verhindern wollte. Der „Tag der Presse" geht auf das Erscheinen der ersten „Prawda"-Nummer vom 5. Mai 1912 zurück.

USA: Methodistenkirche verurteilt Atomstrategie

Scharfe Erklärung / „Diskussionsgrundlage" / Gegen SDI

FRITZ WIRTH, Washington

Die Bischofskonferenz der amerikanischen Methodistenkirche hat sich mit einer bemerkenswert scharfen und radikalen Erklärung an die Spitze der amerikanischen Antinuklearbewegung gesetzt. Die Bischöfe beschlossen einstimmig, ihre Position zur Nuklearfrage in einem Brief zu veröffentlichen, der in den kommenden Wochen in allen amerikanischen Methodistenkirchen der Vereinigten Staaten verlesen werden soll. Er soll außerdem den 79 Mitgliedern der Vereinigten Methodistischen Kirche im amerikanischen Kongreß zugeleitet werden.

„Kein gerechter Krieg"

Die Methodisten sind nach den Katholiken und Baptisten die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in den USA. Ihre Standortbestimmung in der Nuklearfrage geht weit über das hinaus, was die katholischen Bischöfe vor drei Jahren *in ihrem* umstrittenen Hirtenbrief zum gleichen Thema formuliert hatten. Die Methodisten-Bischöfe verurteilten scharf die gegenwärtige amerikanische nukleare Waffenpolitik und -strategie und lehnten zugleich die Pläne der Reagan-Administration über eine Weltraumverteidigung (SDI) ab, obwohl Reagan mit diesem SDI-Programm genau die Strategie der nuklearen Abschreckung überwinden möchte.

„Die Ideologie der nuklearen Abschreckung kann nicht den Segen der Kirche erhalten", heißt es in der Entschließung der Methodisten-Bischöfe wörtlich. Es bestehe keine Möglichkeit, die Drohung der nuklearen Vernichtung zu rechtfertigen, auch nicht unter der traditionellen Doktrin vom „gerechten Krieg". Es gebe keinen gerechten nuklearen Krieg, ist die Logik der Methodisten-Bischöfe, weil ein nuklearer Krieg niemals zu einem gerechten Frieden führen könne. „Wir sagen deshalb klipp und klar und bedingungslos nein zum nuklearen Krieg und zum Gebrauch nuklearer Waffen", *heißt es wörtlich in* der Erklärung der Bischöfe, die ein unverzügliches Testverbot für nukleare Waffen, eine multilaterale und verifizierbare Einfrierung und schließlich die Abschaffung aller Nuklearwaffen fordern.

Die Bischöfe haben ihre Position in zweijähriger Diskussion erarbeitet. Ihr Dokument trägt die Überschrift: „Zur Verteidigung der Schöpfung: die nukleare Krise und der gerechte Frieden". Obwohl die Bischöfe es einstimmig billigten, ist es innerhalb der amerikanischen Methodistenkirche bereits auf scharfe Kritik gestoßen. Einige dieser Kritiker nennen die Methodisten-Bischöfe „uninformiert, naiv und arrogant". Ihre Position zur Nuklearfrage komme praktisch einer unilateralen nuklearen Abrüstung gleich. Die Bischöfe hätten mit ihrem Dokument die Position der methodistischen Kirche geschwächt und sie unglaubwürdig gemacht.

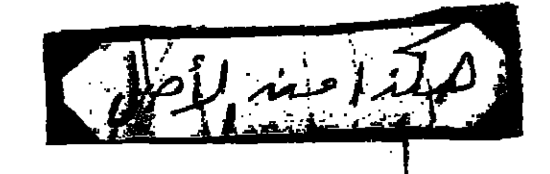
Die Bischöfe haben ihren Kritikern bisher nur geantwortet, daß ihr Papier noch nicht den offiziellen Standort ihrer Kirche darstelle sondern zunächst nur als Diskussionsgrundlage innerhalb der Methodistenkirche gemeint sei.

Die amerikanische Methodistenkirche umfaßt *9,5 Millionen Gläubige*. Eine weitere Million lebt im Ausland. Das Dokument, so sagen die Bischöfe, soll zugleich bewirken, den gegenwärtigen Stillstand in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen zu überwinden. Die Methodisten-Bischöfe fordern die Reagan-Administration außerdem auf, auf sowjetische Abrüstungsvorschläge einzugehen, die ernst gemeint zu sein scheinen. Außerdem rufen sie die Reagan-Administration zu „vertrauensbildenden Maßnahmen" gegenüber den Sowjets auf.

Überlegung bei Katholiken

Die katholischen Bischöfe der USA hatten vor drei Jahren in ihrem Hirtenbrief jeden Gebrauch nuklearer Waffen verurteilt, zugleich jedoch erklärt, daß die Lagerung solcher Waffen erlaubt sei, solange sich die amerikanische Regierung um ernsthafte Verhandlungen über die Abschaffung dieser Waffen bemühe.

Aus Kreisen der katholischen Kirche der USA ist zu erfahren, daß eine Überprüfung des vor drei Jahren verabschiedeten Hirtenbriefs zur Nuklearfrage erwogen wird. Es gibt Bestrebungen in der Kirche, die seinerzeit bedingte Akzeptierung der nuklearen Abschreckungsstrategie schärfer und klarer zu formulieren.



Konrad Adenauer habe zu Recht die Stalin-Note (Wiedervereinigung bei Neutralität) vom 10. März 1952 abgelehnt, schrieb Professor Wilhelm Grewe, Staatsrechtler und ehemaliger Botschafter in der WELT (7. April). In seiner Entgegnung behauptet Professor Rolf Steininger: „Hätte Adenauer Stalin auf die Probe stellen, die Note ausloten wollen, die Chance war gegeben. Aber – und das ist entscheidend – Adenauer wollte nicht." Professor Steininger, der sich auf freigegebene britische und amerikanische Akten beruft, meint: „Die Akten zeigen auch, daß die Westmächte an einer Wiedervereinigung überhaupt nicht interessiert waren."

„Mit jedem Schritt Adenauers wurde der Spielraum enger"

Von *ROLF STEININGER*

Die Sachlage ist weitgehend bekannt: Am 10. März 1952 bot Stalin ein wiedervereinigtes, um die Gebiete östlich von Oder und Neiße verkleinertes Deutschland an, ohne wirtschaftliche und politische Auflagen mit einer Nationalarmee zur Selbstverteidigung. Einzige Bedingung: Das Land durfte nicht Mitglied einer Militärallianz sein. Diese Note ist damals nicht „ausgelotet" worden und ist damit „ein Stück unbewältigter nationaldeutscher Vergangenheit" geblieben, „hier einmal wirklich und nicht nur deklamatorisch", wie dies Andreas Hillgruber formuliert hat. Drei Fragen waren und sind von besonderem Interesse:

1. Wie steht es mit der „Ernsthaftigkeit" des sowjetischen Angebotes?

2. Von welchen Vorstellungen, Zielen und Kalkülen haben sich die Westmächte leiten lassen?

3. Welche Rolle hat Adenauer bei der Notenpolitik der Westmächte tatsächlich gespielt, wobei diese Frage zum Kern des Gesamtproblems führt, nämlich, wie hat es Adenauer damals tatsächlich mit der Wiedervereinigung gehalten?

Ohne Kenntnis der Akten konnte keine dieser Fragen bisher befriedigend beantwortet werden. Nun habe ich die freigegebenen britischen und amerikanischen Akten zu diesem Thema veröffentlicht (Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Bonn 1985, 2. Auflage 1986), und die Aufregung ist groß, insbesondere bei den Adenauer-Anhängern. Die Diskussion nimmt inzwischen schon fast groteske Formen an; Wilhelm Grewe, einer der engagiertesten Kritiker – und damals einer der engsten Mitarbeiter Adenauers – spricht in einem Artikel dieser Zeitung, auf den im folgenden eingegangen wird, gar von einer Bewußtseinsspaltung und unterstellt unsauberes wissenschaftliches Arbeiten (WELT vom 7. 4. 1986). Offensichtlich wurde mit dieser Dokumentation ein empfindlicher Nerv getroffen und ein liebgewonnenes Weltbild etwas angekratzt. Das gilt insbesondere für die oben genannten Fragen 2 und 3, wo die Dokumente eindeutige Antworten geben. Also richtet sich die ganze Kritik zunächst im Zusammenhang mit Frage 1 auf einen Punkt, der geradezu gebetsmühlenhaft wiederholt wird (unter anderem von Gerd Bucerius), obwohl er gar nicht das Entscheidende an dieser Dokumentation ist, worauf auch Hillgruber schon hingewiesen hat. Ich meine jenes Gespräch zwischen dem italienischen Sozialistenchef Pietro Nenni und Stalin im Kreml im Juli 1952; darin geht es um die Äußerung Stalins über seine ernsthafte Bereitschaft, bei Annahme seines Angebotes durch den Westen das kommunistische Regime in der DDR zu opfern. Dieses Telegramm ist in der Tat kein Protokoll einer Politbürositzung – was ich übrigens deutlich gesagt habe –, aber ich halte es dennoch nach wie vor für ein Indiz, das *mit* Aufschluß über Stalins Intentionen gibt. Vertrauliche Äußerungen, die *auch* in diese Richtung gehen, etwa des Vertreters der sowjetischen Botschaft in Washington, werden von Grewe erst gar nicht erwähnt; dafür ist für ihn die Authentizität der Äußerung Stalins „äußerst fragwürdig" – unter Hinweis auf J. Rupieper, der in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte ein entsprechendes Telegramm des damaligen amerikanischen Botschafters Kennan veröffentlicht hat.

Satz unterschlagen

Ich kann in diesem Telegramm keinesfalls die Beweisführung von Grewe nachvollziehen, das Gegenteil ist eher der Fall, zumal Grewe auch noch einen entscheidenden Satz in diesem Telegramm unterschlägt. Kennan schrieb nämlich auch an das State Department: „Mein Informant sagt, Nenni habe ihm auch mitgeteilt, daß er vor einiger Zeit (ich nehme an, vor einigen Monaten) mit Pieck und Grotewohl gesprochen habe, die ihm damals gesagt hätten, daß die sowjetische Regierung eine Politik verfolge, die große Opfer von ihnen verlangen werde und daß sie schon bald in Deutschland in eine Situation gebracht werden könnten, die mit jener Nennis in Italien vergleichbar sei ..." Für Grewe bleibt dies alles „ohne jede Beweiskraft".

Für ihn haben die amerikanischen und britischen Akten, „bei Lichte besehen", nichts zutage gefördert, was man nicht ohne dokumentarischen Nachweis im einzelnen schon längst vermutet hätte. Wie das? Offensichtlich hat Grewe die Akten im Dunkeln angesehen; wenn nicht, wird es für die damaligen Akteure – mithin auch für Grewe – wohl noch schwieriger, ihre Politik zu rechtfertigen, denn dann haben sie ja wohl vermutet, was in den Akten steht. Die Akten beantworten die oben gestellte Frage 2 nämlich eindeutig. Demnach steht wohl fest – und das ist in der Tat eine bittere Wahrheit: Die Westmächte waren davon überzeugt, daß, wie es im Quai d'Orsay hieß, die Stalin-Note „ein ernstgemeinter, aber sehr gefährlicher *Versuch* (war), die deutsche Frage zu lösen". Die Akten zeigen auch, daß die Westmächte an einer Wiedervereinigung überhaupt nicht interessiert waren. Ihre öffentlichen Bekenntnisse zur Wiedervereinigung waren lediglich Lippenbekenntnisse, nicht mehr als diplomatische Pflichtübungen. Ihnen ging es in erster Linie darum, die Westdeutschen militärisch und ökonomisch so an sich zu binden, daß, wie es Präsident Eisenhower im Dezember 1953 einmal intern formulierte, „sie nicht mehr ausbrechen können". Und Adenauer war – das hatten die Briten schon im November 1950 insgeheim konstatiert, der beste Kanzler, den man sich zur Durchsetzung der westlichen Politik denken konnte. Im Westen war die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland groß, der Rapallo-Komplex saß tief.

Worum es bei den Westverträgen in Wirklichkeit ging, macht nichts deutlicher als eine interne Äußerung des britischen Außenministers Lord Salisbury aus dem Jahr 1953 gegenüber Premierminister Churchill: Mit diesen Verträgen habe man „alles nur Menschenmögliche getan, um ein deutsch-russisches Zusammengehen zu verhindern"; dies sei der „eigentliche Sinn" der Verträge.

Bleibt Adenauer – und damit kommen wir zu der oben gestellten Frage 3: Welche Rolle hat er im Zusammenhang mit der Stalin-Note gespielt? Wie hielt er es überhaupt mit der Wiedervereinigung? Und da wird die Sache nun wirklich spannend und erklärt auch die Aufgeregtheit der Adenauer-Anhänger. Die Akten zeigen nicht nur einen Adenauer, der gegen ein wiedervereintes, neutrales, blockfreies, aber bewaffnetes Deutschland war, nach dem Motto: „Neutralisierung heißt Sowjetisierung" (was der amerikanische Geheimdienst übrigens ganz anders einschätzte) – so noch in seinen „Erinnerungen" –, er war auch gegen ein auf der Grundlage freier, gesamtdeutscher Wahlen zustandegekommenes Deutschland, das innen- und außenpolitisch völlige Handlungsfreiheit gehabt hätte (wenn es denn dazu überhaupt gekommen wäre). Die Westbindung war für ihn wichtiger als selbst ein solches Deutschland. Der Grund dafür: Er mißtraute den Deutschen zutiefst und befürchtete, eine gesamtdeutsche Regierung würde sich, wenn er einmal nicht mehr da war, *auf ein Geschäft mit den Sowjets* einlassen.



Professor Dr. Rolf Steininger ist Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck FOTO: FRISCHAUF

Diese Grundeinstellung erklärt auch sein Verhalten in jenen Wochen, in denen es um die Stalin-Note ging. Schon vor Jahren hat der Politologe Waldemar Besson betont, damals habe Adenauer seine „gesamtdeutsche Unschuld" verloren. Wie dies geschah, ist in den Akten nachzulesen.

Wie schön wäre es – und Adenauer damit exkulpiert –, wenn die Westmächte für alles verantwortlich wären, was damals gelaufen ist. In seinen „Erinnerungen" wollte Adenauer offensichtlich genau diesen Eindruck vermitteln. Über das Treffen mit den Hohen Kommissaren am 11. März schreibt er da: „Ich begrüßte es daher sehr, daß die drei Westmächte unmittelbar nach Bekanntwerden der russischen Note mir durch die Hohen Kommissare am 11. März erklärten: ‚Wir werden in unseren Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den Deutschlandvertrag so fortfahren, als ob es die Note nicht gäbe!'" In Wirklichkeit war es genau umgekehrt: Adenauer stellte unmißverständlich fest, daß die Stalin-Note an seiner Politik nichts ändern werde; und er machte auch *klar*, daß eine Viererkonferenz für ihn nicht in Frage kam.

Man kann mit Grewe der Meinung sein – so in einer Talkshow in SAT 1 –, daß es doch völlig egal sei, wer hier wann was gesagt habe, verkennt dann aber ganz bewußt einen wichtigen Punkt. Es geht hierbei nämlich um die Frage, ob es eine Chance zum „Ausloten" gegeben hat. Bucerius geht gleich zweimal auf diesen Punkt ein (in der „Zeit" am 29. 11. 1985 und 28. 3. 1986) und verweist auf ein Gespräch des damaligen Leiters der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Sir Frank Roberts, mit mir. Was Bucerius falsch zitiert, greift Grewe auf.

Lückenhafte „Erinnerung"

Roberts hat in dem Gespräch das bestätigt, was er am 11. März 1952 (!) zu Papier gebracht hat, daß man nämlich in London – allerdings bevor Adenauers Reaktion bekannt war – die Möglichkeit nicht ausschloß, wie es dort heißt, „frühzeitigen Viermächteverhandlungen zuzustimmen, in der Hoffnung, ziemlich schnell zeigen zu können, daß eine Einigung nicht möglich sei, um dann die Verhandlungen mit der Bundesregierung fortzusetzen". Dieses Dokument ist für jeden nachlesbar. Ein anderer Punkt, der begreiflicherweise auch nicht in Adenauers „Erinnerungen" auftaucht: Ende April war es der amerikanische Außenminister selbst, der Gespräche mit den Sowjets auf der Ebene der Hoch-Kommissare in Berlin vorschlug. Acheson wörtlich: „Wenn die Sowjets wirklich bereit sind, die Ostzone zu öffnen, dann sollten wir sie zwingen (ihre Karten auf den Tisch zu legen). Wir können nicht zulassen, daß unsere Pläne vereitelt werden lediglich aufgrund von *Spekulationen*, wonach die Sowjets möglicherweise bereit sind, tatsächlich einen hohen Preis zu zahlen." Adenauer aber war wieder „amerikanischer als die Amerikaner", wie ihm der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, schon in der Kabinettssitzung am 11. März vorgeworfen hatte. Allerdings brauchte er diesmal noch den ganzen Tag und „die halbe Nacht", wie er es gegenüber dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy formulierte: Dann kam wieder eine glatte Ablehnung. Sechs Wochen später wollten die Franzosen eine Außenministerkonferenz; Adenauer lehnte wieder ab. Wenn ich von „vertaner Chance" spreche, um auf den zweiten Buchtitel ohne Fragezeichen zu kommen, dann meine ich in erster Linie, daß die Chance zum Ausloten vorhanden war, was, wer will, allerdings auch jeder nachlesen kann. Hätte Adenauer Stalin auf die Probe stellen, die Note „ausloten" wollen, die Chance war gegeben. Aber – und das ist entscheidend – Adenauer wollte nicht!

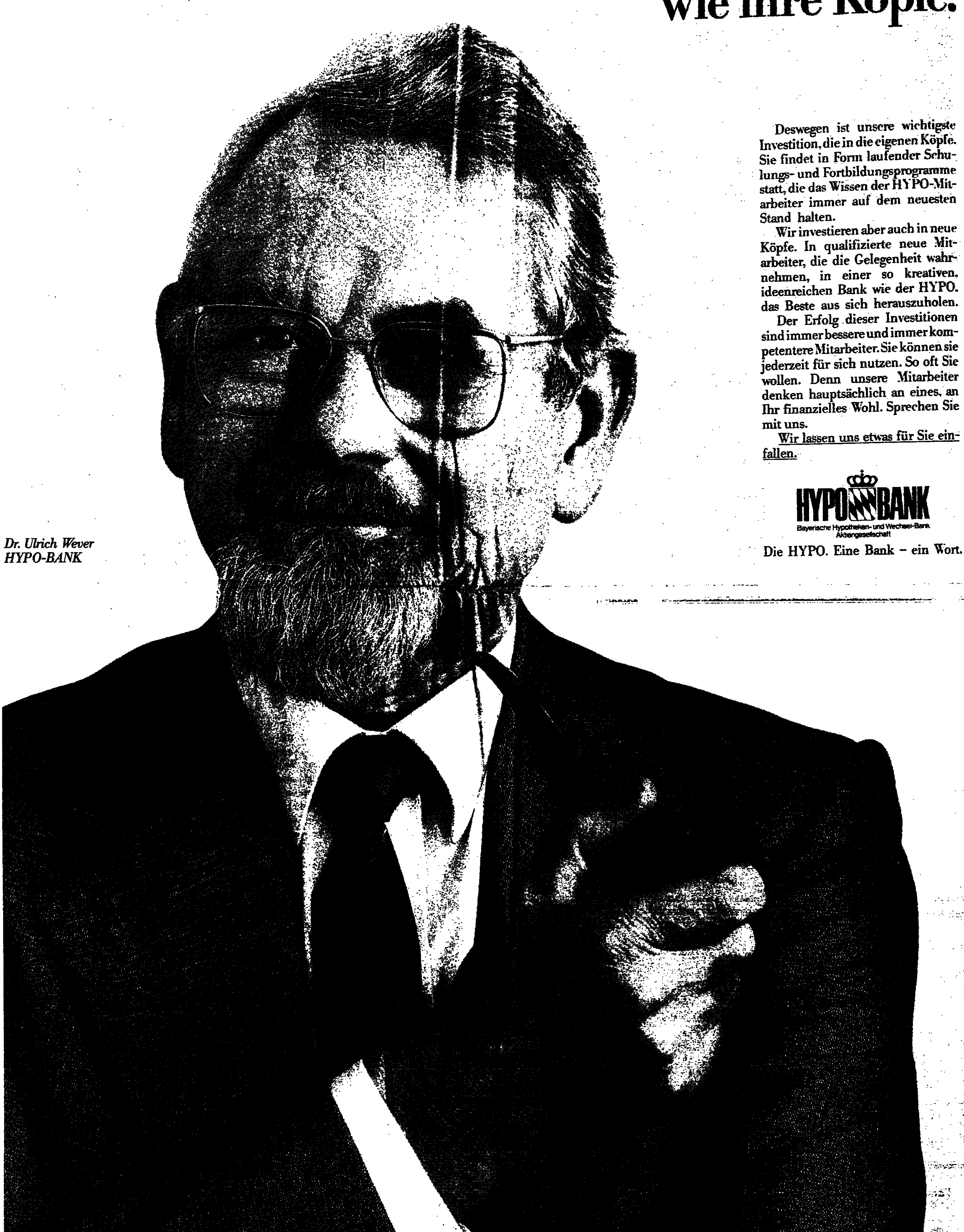
In der erwähnten Fernsehsendung stellte Grewe fest, die Wiedervereinigung sei damals eben „nicht in den Karten" gewesen, Stalins Angebot sei nicht akzeptabel gewesen. Auf die Frage, was denn wohl ein akzeptables Angebot gewesen wäre, blieb er die Antwort schuldig. Immerhin gestand er zu – bemerkenswert genug! – daß die damaligen Wiedervereinigungsbeteuerungen lediglich „Sonntagsreden" gewesen seien, worauf Bucerius entrüstet reagierte, man habe doch damals daran geglaubt.

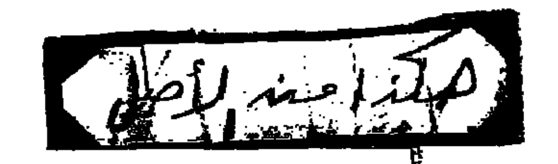
Grewes „persönliche Vermutung" ist es, daß Adenauer entschlossen war, die deutsche Frage für eine fernere Zukunft offenzuhalten. Das muß schon eine sehr ferne Zukunft gewesen sein, und es fällt nach Lektüre der Akten schwer, daran noch zu glauben. Mit jedem Schritt Adenauers wurde jedenfalls der Spielraum in dieser Frage enger; mit den Worten von Kennan: „Ein Beitritt zur EVG oder NATO hieß ganz einfach, diese Fragen ohne Verhandlungen zu beantworten, wobei es nicht möglich sein würde – und es ist ja auch nicht mehr möglich gewesen – herauszufinden, was die Russen für eine annehmbare Lösung gezahlt hätten."

Dies ist – und das ist wohl wahr – nicht zu Lasten der Bundesbürger gegangen, sondern einzig und allein zu Lasten jener von Adenauer so vielbeschworenen „Brüder und Schwestern in der Zone" – von daher war seine Grundsatzentscheidung auch moralisch um so anfechtbarer.






Eine kreative Bank ist so gut wie ihre Köpfe.
Deswegen ist unsere wichtigste Investition, die in die eigenen Köpfe. Sie findet in Form laufender Schulungs- und Fortbildungsprogramme statt, die das Wissen der HYPO-Mitarbeiter immer auf dem neuesten Stand halten.
Wir investieren aber auch in neue Köpfe. In qualifizierte neue Mitarbeiter, die die Gelegenheit wahrnehmen, in einer so kreativen, ideenreichen Bank wie der HYPO, das Beste aus sich herauszuholen.
Der Erfolg dieser Investitionen sind immer bessere und immer kompetentere Mitarbeiter. Sie können sie jederzeit für sich nutzen. So oft Sie wollen. Denn unsere Mitarbeiter denken hauptsächlich an eines, an Ihr finanzielles Wohl. Sprechen Sie mit uns.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Dr. Ulrich Wever
HYPO-BANK



STAND●PUNKT / *PR-Arbeit*

Es ist schon erstaunlich, welche Dinge in einem Fußball-Klub plötzlich Bedeutung erlangen, *wenn es an den eigenen Geldbeutel* geht. Da entwickelt sich ein Klub wie der 1. FC Köln, sonst eher distanziert und kühl, auf einmal zu einer Firma mit einer richtig arbeitenden PR-Abteilung.

Dabei versuchen die Kölner, heute möglichst viele Berliner ins Olympiastadion zu locken. Die Mannschaft machte gestern vormittag noch einen Spaziergang auf dem Ku'damm, verteilte rot-weiße Nelken und versuchte mit den Berlinern ins Gespräch zu kommen. Aus dem Lautsprecher ertönte die Stimme des gebürtigen Berliners Pierre Littbarski, der um Unterstützung beim Versuch bat, das 1:5 im zweiten UEFA-Pokalfinale gegen Real Madrid noch wettzumachen.

Je mehr Zuschauer kommen, um so geringer wird der finanzielle Verlust des 1. FC Köln sein, den sie durch die Verlegung des Spiels in die alte Reichshauptstadt hinnehmen müssen. *Aber* warum sollen jetzt die Berliner die Kölner Vereinskasse füllen und dafür bezahlen, daß sich die Kölner Fanatiker im Halbfinale in Kortrijk danebenbenahmen, so daß die UEFA dieses Strafmaß verhängen mußte?

Nachtigall – ick hör dir trapsen. Wer sonst nicht die Volksnähe sucht, wer sonst stets glaubte, sich nicht um den Zuschauer bemühen zu müssen, der muß sich nicht wundern, wenn die plötzliche Überrumpelung nicht zieht.

Die Leidtragenden werden heute die Kölner Spieler sein, die sich dieses (einmalige) Erlebnis anders vorgestellt haben. Vielleicht kann der Kölner Vorstand dies seinen Anhängern einmal klarmachen. Das wäre eine viel nützlichere, wichtigere PR-Arbeit. ULRICH DOST

NACHRICHTEN

Langer konnte aufholen

Las Vegas (GAB) – Durch eine gute Schlußrunde erkämpfte sich Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) mit 70+70+71+69+66=346 Schlägen noch den mit 15 000 Dollar honorierten 19. Rang in Las Vegas. Bei dem mit 1,2 Millionen Dollar höchstdotierten Turnier der US-Tour kassierte der Sieger Greg Norman (Australien) 207 000 Dollar für seine 73+63+68+64+65=333 Schläge.

Ehrung für Koch, Bubka

Barcelona (dpa) – Zwei Leichtathleten wurden in Barcelona von der Internationalen Sportpresse (AIPS) als Welt-„Sportler des Jahres" 1985 gekürt: Marita Koch, die die Weltrekorde über 200 und 400 Meter hält, und der Stabhochsprung-Weltrekordler Sergej Bubka (UdSSR). Als beste Mannschaft wurde Juventus Turin ausgezeichnet.

Derwall-Klub nur 1:1

Istanbul (sid) – Galatasaray Istanbul, Klub des früheren Bundestrainers Jupp Derwall, kam beim Spitzenspiel der türkischen Meisterschaft gegen den *Lokalrivalen* Besiktas nicht über ein 1:1 hinaus. Dank der besseren Tordifferenz führt in der Tabelle Besiktas vor dem Derwall-Klub.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Testspiele: Israel – Argentinien 2:7, Spittal – Ungarn 0:2, Mexiko – Hamburger SV 2:0, Guadalajara – Südkorea 2:0, Paraguay – Independiente de Avellaneda 3:1.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Madrid, Finale: Nystroem – Carlsson (beide Schweden) 6:1, 6:1. – **US-Hartplatz-Meisterschaften,** Herren, Finale: Gomez (Ecuador) – Tulasne (Frankreich) 6:4, 7:6. – Doppel: Gomez/Gildemeister (Ecuador/Chile) – Fitzgerald/Stewart (Australien/USA) 6:4, 6:3. – **Damen,** Finale: Graf (Deutschland) – Sabatini (Argentinien) 2:6, 7:6, 6:4. – Doppel: Graf/Sabatini – White/Fernandez (USA) 6:2, 6:0.

RAD

Spanien-Rundfahrt, 12. Etappe: 1. Dietzen (Deutschland) 7:15,27 Std., 2. Madiot (Frankreich), 3. Fuerte (Spanien), 4. Hernandez (Kolumbien), 5. Iwanow (UdSSR), 6. Parra (Kolumbien) alle gleiche Zeit, 7. Kelly (Irland) 25 Sek. zur. – Gesamtstand: 1. Pino (Spanien) 54:40,29 Sek., 2. Millar (England) 33 Sek. zur., 3. Delgado 1:52, 4. Lejarreta (beide Spanien) 2:20, 5. Dietzen 3:28, 6. Kelly 3:33.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 21. Spieltag: Weiche-Handewitt – Lemgo 21:19, Dortmund – Günzburg 15:17, Essen – Hofweier 22:9, Minden – Reinickendorf 25:23, Schwabing – Gummersbach 19:21.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 0, 2, 2, 0, 1, 1, 0, 0. – **Rennquintett:** Rennen A: 2, 14, 1. – Rennen B: 27, 26, 29. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Die Bundesliga wird durch einen Weltstadt- und durch einen Provinzklub bereichert

Homburg – Sicherheit hat weiterhin Vorrang

ULLA HOLTHOFF, **Homburg**

17 Jahre lang hat der Geschäftsmann Udo Geitlinger (Hotels, Immobilien) auf die Erfüllung eines Traumes gewartet. „Einmal in die Bundesliga" – das war sein erklärtes Ziel, als er 1970 den Vorsitz des Fußballvereins FC 08 Homburg übernahm. Am Sonntag hat er sein Ziel erreicht. Ganz Homburg stand kopf, als der *Aufstieg besiegelt war.* Die Stadt gab einen Empfang, Freunde und Förderer organisierten ein Volksfest.

Allein Udo Geitlinger sah noch keinen Grund zu feiern: „Bei uns lief alles ganz ruhig. Wir haben ja noch ein Spiel auszutragen, und das wollen wir noch mit Anstand über die Bühne bringen. Erst dann werden wir unsere Aufstiegsfeier starten. Schließlich muß alles seine Ordnung haben."

Homburg (43 000 Einwohner) ist die kleinste Stadt, die je in der Fußball-Bundesliga vertreten war. Ein Provinznest im Saar-Pfalz-Kreis, unmittelbar an der Grenze zwischen dem Saarland und der Pfalz. Wie überall in der Provinz zählen auch hier Sicherheit, Bescheidenheit und Ordnung zu den wichtigsten Tugenden. Sie dienen der Orientierung in der Konfrontation mit unüberschaubaren, neuen Situationen.

Weil Präsident Geitlinger in dieser saarländischen Provinz groß geworden ist, hat er sich das Prinzip von Ordnung und Sicherheit zu eigen gemacht. Obwohl er, Besitzer eines Flugzeuges und einer Yacht, seinen Wohnsitz in die südfranzösische Kulturmetropole Cannes verlegt hat. Von dort bringt er stets einen Hauch der großen, weiten Welt nach Homburg. Jetzt hat er dafür gesorgt, daß künftig auch die Großen der Fußballwelt nach Homburg reisen werden.

Für Geitlinger bedeutet das, daß „demnächst noch mehr Arbeit auf mich zukommen wird. Aber ich habe es ja nicht anders gewollt." Schon im Frühjahr hat er mit der Planung für die Erstklassigkeit begonnen und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) einen Haushaltsentwurf über 2,3 Millionen Mark vorgelegt. Das sind nur 900 000 Mark mehr als in dieser Saison. Ein Mini-Etat verglichen mit branchenüblichen Summen.

Überhaupt wirkt der FC Homburg wie die Miniatur-Ausgabe einer Erstliga-Mannschaft. Das Stadion, Baujahr 1937, faßt nur 18 100 Besucher. Eine Kurve ist wegen Baufälligkeit gesperrt, und die Tribüne mit den 398 Sitzplätzen hat Homburgs früherer Trainer Klimaschefski einmal als „Wurstbude" bezeichnet.

Jetzt ist Klimaschefskis letzter Verein, der saarländische Nachbar 1. FC Saarbrücken, aus der Bundesliga abgestiegen, wovon der 1. FC Homburg gleich doppelt profitieren könnte. „Einige Spieler aus Saarbrücken wären für uns schon interessant. Finanziell passen sie aber nicht in unser Konzept", sagt Udo Geitlinger und setzt statt dessen auf die Zuschauer, die künftig statt nach Saarbrücken ins Homburger Waldstadion kommen werden. Weil die Stadt das Stadion für 2,2 Millionen Mark renovieren läßt und die Tribünenkapazität auf 2000 Plätze verfünffacht wird, kalkuliert Geitlinger mit einem Schnitt von 7500 Besuchern, fast doppelt so viele wie in dieser Saison (3800).

Die Spieler sollen dann mit einem zuschauerbezogenen Finanzmodell bezahlt werden. Das Vollprofitum wird in Homburg allerdings noch nicht eingeführt. Präsident Geitlinger wird „in den nächsten Wochen mit den Arbeitgebern wegen einer Halbtagesbeschäftigung verhandeln. Das ist zumindest in der ersten Saison die sinnvollste Lösung. Ich möchte nicht, daß Spieler ihre Existenz ruinieren und ihren Arbeitsplatz verlieren wegen eines Abenteuers, dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist." Sicherheit ist das oberste Gebot für den Klub, den vor zehn Jahren nur eine Stadtbürgschaft von einer Viertelmillion Mark rettete.

Finanzielle Experimente werden seitdem vermieden. Weshalb auch keine spektakulären Neuverpflichtungen zu erwarten sind, obwohl vier Stammspieler zu ersetzen sind. Die drei Senioren Manfred Lenz (38), Gerd Schwickert (36) und Jesper Petersen (35) beenden ihre Laufbahn, Kay Friedmann unterschrieb am Freitag beim FC Kaiserslautern. Trotzdem bleibt Geitlinger gelassen: „Wir werden uns gezielt verstärken. Zunächst werde ich mit unseren eigenen Spielern alles klarmachen und die Verhandlungen mit unseren Sponsoren, Karlsberg-Brauerei und DETAG sowie einigen neuen Interessenten führen. Erst danach sehen wir uns auf dem Spielermarkt um. Denn Spieler gibt es immer mehr als Geld."

Blau-Weiß euphorisch: „Bayern, wir kommen"

DIETER DOSE, **Berlin**

Tennis Borussia abgestiegen, Hertha BSC kaum noch zu retten, Blau-Weiß 90 Aufsteiger in die Bundesliga! Fußball-Berlin zwischen Katzenjammer und Riesenjubel. „Drin! Drin! Drin!" feierte die „BZ" auf ihrer ersten Seite in sechs Zentimeter großen Lettern den Aufstieg der Blau-Weißen. Nach drei Jahren hat Berlin wieder einen Bundesligaverein.

Das „blau-weiße Wunder" hat Begeisterung ausgelöst. Zu den letzten beiden Heimspielen des Aufsteigers kamen zusammen fast 75 000 Zuschauer. Einige Wochen zuvor, Blau-*Weiß* war Fünfter, *hatte* Torwart Reinhard Mager noch geklagt: „Stellt euch vor, wir steigen auf, und keiner in Berlin merkt es." Da war die Mannschaft schon auf Aufstiegskurs – nur 3400 Zuschauer gegen Solingen.

Abstiegskandidat Hertha BSC, ungeachtet früherer Skandale und der permanenten Mißerfolge in den letzten Jahren, fand in der Öffentlichkeit jedoch immer noch mehr Aufmerksamkeit. Von einem Tag zum anderen *aber änderte sich das – nachdem* Blau-Weiß zum erstenmal an der Tabellenspitze der 2. Liga stand.

„Spielerisch klar die beste Mannschaft der Liga." Lob von der Konkurrenz schon, als Blau-Weiß noch im *Mittelfeld rangierte. Ob zu Hause* oder auf fremden Plätzen, Blau-Weiß präsentierte Angriffsfußball. Gelegentlich so ungestüm, daß es nicht einkalkulierte Punktverluste gab. „Einfach nur hinten drinstehen wie *die meisten anderen Klubs, das* können wir nicht", sagt Mannschaftskapitän Peter Stark. Mit 75 Treffern stellt der Aufsteiger den erfolgreichsten Angriff. Allein Leo Bunk (25) und Mattern (15) trafen öfter als *Mannschaften wie Duisburg* und Bayreuth insgesamt...

Der Grundstein zum Aufstieg wurde bei Blau-Weiß schon in der vergangenen Saison (Tabellensiebter) gelegt. Die Mannschaft spielt in derselben Formation wie 1984/85. Ein Ensemble ohne Stars, das vor zwei Jahren in der Zweiten Liga antrat. Mit Spielern von den Reservebänken der Bundesliga wie den Ex-Bochumern Mager und Gerber, dem von Eintracht Frankfurt gekommenen Mattern oder dem Münchener Ex-Bayern Dinauer. Ehemalige Amateure wie der aus Delmenhorst gekommene Hellmann und der Augsburger Haller, Sohn des ehemaligen Nationalspielers Helmut Haller, wären wohl ebenso wie der für 650 000 Mark Ablösesumme vom VfB Stuttgart verpflichtete Bunk auch ohne Aufstieg in der Bundesliga aufgetaucht. Angebote gab es.

Nun bleiben sie. Für Bunk allerdings muß ein Nachfolger gesucht werden. „Wir wollen uns verstärken, aber wir werden nicht wie wild kaufen", sagt Präsident Manfred Kursawa. „Mehr Masse als Klasse", urteilt Trainer Bernd Hoss über den Briefstapel von Spielern, die Blau-Weiß *ihre Dienste anbieten. Der 46jährige* Schwabe Hoss hat den größten Erfolg seiner 17jährigen Trainer-Wanderschaft errungen. Als ihn Blau-Weiß drei Monate nach dem Aufstieg anheuerte, war er gerade arbeitslos.

Sportlich am Ziel, auf die Lizenz aber wird in Berlin-Mariendorf, wo der Klub zu Hause ist, noch gewartet. „Ich sehe keine Probleme", gibt sich Kursawa zuversichtlich. Vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) wird restlose *Aufklärung* darüber verlangt, welche Rolle Geldgeber im Hintergrund spielen. Zudem forderte der DFB eine finanzielle Bürgschaft.

Wirtschaftliche Hilfe erwartet Kursawa vom kürzlich gegründeten „FC Berlin", *hinter dem sich ein* Fußballförderklub zur Konzentration der Kräfte im Berliner Fußball verbirgt. Ein Verein mit bisher 41 honorigen Mitgliedern, aber ohne Mannschaft und Basis. Politiker, vor allem aber *Leute aus Industrie und Handel,* wollen dem Fußball auf die Sprünge helfen. Von Fusionen mehrerer Klubs ist nicht mehr die Rede. Der neue Bundesligaklub bietet sich als einziges Objekt geplanter Finanzspritzen an.

Denn so negativ Hoss auch die Qualität auf dem Transfermarkt beurteilt, ohne Verstärkungen droht Blau-Weiß ein ähnliches Schicksal wie den Vorjahresaufsteigern Hannover 96 und dem 1. FC Saarbrücken. Die Euphorie des geschafften Aufstiegs (Kapitän Stark: „Bayern – wir kommen") wird ab August schnell vom Bundesliga-Alltag eingeholt.

Im neuen Trainervertrag von Hoss aber gibt es eine Klausel, die ihm beim Erreichen eines zur Teilnahme am UEFA-Cup berechtigenden Tabellenplatzes eine Prämie gewährt...

TENNIS

Steffi Graf: Auch großer Rückstand schockte sie nicht

sid, **Indianapolis**

Diese Steffi Graf ist wirklich für jede positive Überraschung gut. 2:6, 2:5 und 30:40 lag die 16jährige Heidelbergerin im Finale der Internationalen US-Sandplatz-Meisterschaften in Indianapolis gegen die ein Jahr jüngere Gabriela Sabatini scheinbar hoffnungslos im Rückstand. Und die bildhübsche Argentinierin hatte bei diesem Matchball, der immerhin 375 wichtige Grand-Prix-Punkte und vor allem 87 400 Mark Siegprämie gebracht hätte, auch noch Aufschlag. Doch mit eisernen Nerven legte die Weltranglisten-Dritte das ganze Risi*ko in einen einzigen Schlag, gewann* den Satz schließlich noch mit einer begeisternden Aufholjagd im Tie-Break (7:1) und den dritten Durchgang schließlich mit 6:4.

Steffi Grafs Superserie auf ihrer *fast neunwöchigen* US-Tournee begann mit dem Erreichen des Finales beim New Yorker Masters Mitte März. Seit dieser Niederlage gegen Martina Navratilova gewann sie 15 Spiele hintereinander, holte nicht nur *ihren ersten, sondern* gleich drei Turniersiege als Profi, schlug alleine in diesem Jahr alles aus den Top Zwölf der Weltrangliste außer Martina Navratilova.

„Ich hatte ja praktisch schon verloren", *lachte sie anschließend,* „am Anfang klappte überhaupt nichts, und ich habe Gabi eigentlich nur irgendwie in Bewegung gehalten. Sie spielte ja wirklich super, und für mich war nichts drin. Bei ihrem *Matchball habe ich einfach voll drauf*gehalten und Glück gehabt. Bei 3:5 dachte ich dann erstmals, daß ich das Match vielleicht doch noch herumreißen kann, obwohl sie ja dann Aufschlag hatte."

Was dann kam, ließ die 4500 Fans im Tennisstadion von Indianapolis schier aus dem Häuschen geraten. Ein hochklassiges Match ohne langweilige Grundlinien-Duelle. Steffi Graf: „Mir war klar, daß die meisten *Fans hinter Gabi stehen würden,* aber das hat mir nichts ausgemacht."

Während Vater Graf nach dem Matchball minutenlang am Rande des Centre Courts seine Tochter umarmte, meinte Steffis Mutter Heidi noch eine Stunde nach diesem Super-Endspiel: „Ich kann immer noch gar nicht begreifen, wie sie das noch geschafft hat."

Mit tiefer Erschütterung geben wir Kenntnis vom plötzlichen und für uns *alle unfaßbaren Tod unseres langjährigen Mitarbeiters,* Herrn

Karl-Heinz Cremer

Werbeleiter der Deutsche Renault AG

Er starb am 1. Mai 1986 kurz vor Vollendung seines 50. Lebensjahres.

Herr Karl-Heinz Cremer begann am 1. 2. 1969 als Gruppenleiter in der Werbeabteilung seinen Dienst bei der Deutschen Renault. 17 Jahre lang *haben seine Kreativität, sein Fachwissen, seine Genauigkeit, seine Einsatz*bereitschaft weit über das geforderte Maß hinaus und seine Liebe zum Auto die Werbung und Absatzförderung für Renault in Deutschland geprägt und vorangetrieben.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied. Wir werden Herrn Karl-Heinz Cremer stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand, Betriebsrat und alle Mitarbeiter

der

Deutsche Renault AG, Brühl

Wer glaubt, fürchtet sich nicht.

Gott der Allmächtige nahm heute, getröstet mit den hl. Sterbesakramenten, unsere geliebte Schwester, Mutter und Großmutter nach langem und mit großer Geduld ertragenem Leiden zu sich in sein himmlisches Reich.

Elisabeth von Maubeuge

geb. Schaube

* 19. 10. 1919 Raschen † 4. 5. 1986 Gettorf

Gott helfe weiter.

Eva Hübner geb. Schaube
Bernd und Monika Luchterhand geb. v. Maubeuge
Melanie, Nina, Boris
Ferdinand und Christine v. Gymnich-Rosenberg geb. v. Maubeuge
Miriam, Laura, Anna
Harald Graf v. Saurma-Jeltsch
Viktoria Gräfin v. Saurma-Jeltsch geb. v. Maubeuge
Verena, Felix, Marius

Friedrichsorter Str. 26, 2303 Gettorf
Niedeck 5, 3414 Hardegsen

Trauerfeier und Beisetzung am Freitag, dem 9. Mai 1986, 10.00 Uhr, in der Friedhofskapelle zu Gettorf. Requiem am Sonnabend, dem 10. Mai 1986, 18.00 Uhr, in der kath. Kirche, Eckernförde, Windebyer Weg.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lubke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bern: Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Umstrittenes Ehrenmal

„Jedes Volk bedarf einer Gedenkstätte": WELT vom 26. April

Wenn heute „ein deutsches Ehrenmal künstlerisch kaum zu bewältigen" ist, dann soll man den Plan in die Schublade legen, bis sich der Nebel verzogen hat. Unsere toten Kameraden und wir Übriggebliebenen verzichten lieber ganz auf eine Gedenkstätte in Bonn, wenn diese vornehmlich dazu dienen soll, daß Staatsgäste das Gefühl bekommen, mit ihren Kränzen an der richtigen Stelle zu stehen. Uns genügt hier in Hamburg „ein" geschändetes Denkmal für die Gefallenen im Ersten Weltkrieg. Masochistisch ist die Idee, statt eines Ehrenmals einen Schandpfahl zu setzen, ein „Unehren"mal zu bauen. Die Opfer der Tyrannei sollen auch weiterhin an den Stätten geehrt werden, wo sie gelitten haben und gestorben sind. Das ganze deutsche Volk trauert um sie. Hier geht es um ein Symbol für die Liebe zum Vaterland, um eine Erinnerungsstätte für die Toten, die „ihr Leben gaben für ihre Brüder" – um einen Ausdruck des Dankes und der Verehrung.

Hans-Gotthard Pestke, Hamburg 55

*

Bei der Erörterung um ein Mahnmal scheint noch niemand auf die Idee gekommen zu sein, an der Tradition der Stadt Bonn mit ihrer fast 2000jährigen Geschichte anzuknüpfen. Unmittelbar neben der Straße „Am Römerlager" wartet der Augustusring noch immer auf einen würdigen Abschluß. Hier könnte in einer Parkanlage auf historischem Boden ein solches Mahnmal erstehen, das sich in seinen Proportionen der Umgebung anpassen sollte. Ich denke da an eine hohe Säule, die an ihrem Sokkel in Latein und Deutsch die Inschrift trägt: Zum Gedenken an die Opfer aller Kriege und Verfolgungen. Ähnlich der Trajanssäule auf dem Forum Romanum könnte sich nun dieser Spruch in die Sprachen der Welt übersetzt um den Säulenschaft wikkeln, beginnend mit den Sprachen der UNO – Chinesisch, Englisch, Französisch und Russisch – und dann in der Reihenfolge, wie weitere Delegationen in Bonn empfangen worden sind. Die Säule sollte jedoch kein Kapitell tragen, sondern abgebrochen werden als Symbol dafür, daß auch Krieg und Verfolgung einmal ihr Ende finden werden. Zudem erinnert diese Form der Säule an unsere besondere Verpflichtung gegenüber den Opfern des jüdischen Volkes. Der israelische Friedhof liegt nahebei. Mit sieben Schulen, zwei Ministerien und zwei Botschaften im Umkreis dürfte das Mahnmal an dieser Stelle nicht um Besucher verlegen sein.

Horst Lahmann, Krefeld 11

*

Wenn auch Täter und Opfer so nicht gegeneinander ins Feld geführt werden sollten, so ist das nur deswegen möglich, weil hier tatsächlich Unvereinbares in Eins gebracht wird und zusammen gestaltet werden soll. Meine Heimatdiözese gedenkt auf einer Tafel in einer Wallfahrtskapelle der NS-Opfer unter ihren Geistlichen. Dabei steht der Name eines Dorfpfarrers, der nach dem Einmarsch der Franzosen erschossen im Wald aufgefunden wurde. Man muß annehmen, daß die Franzosen ihn erschossen haben, und nicht die zurückgehende SS. Er ist sicher ein Kriegsopfer, wenn auch kein NS-Opfer. Auf derselben Tafel steht der Name des Gründers der Christkönigsgesellschaft. Am gleichen Tag, an dem er vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde, ist mein Schulkamerad und Mitabiturient in Rußland als Leutnant gefallen. Auch andere Angehörige der Christkönigsgesellschaft sind als Soldaten gefallen, zwei dagegen verweigerten den Kriegsdienst – offenbar radikale Pazifisten wie der Gründer auch – und verloren so ihr Leben. Daß aller NS-Opfer gedacht werden soll, steht außer Zweifel. Daß aber der Gefallenen nur in deren Schatten und zusammen mit oder nach ihnen gedacht werden kann, ist ein Unding, eine Überforderung. Wir haben Raum und Geld und Künstler genug, um auch die Opfer der NS-Gewaltherrschaft gleich würdig zu ehren.

Josef Schülzle, Burladingen

*

Gedenktafel für Bonn: Allen Opfern der Gewalt und des Krieges – wo und wie auch immer sie starben.

R. Paulsen, Mölln

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Zu vie Nitrat

„Wasserwirtschaft verbreitet ‚haarsträubenden Unsinn'": WELT vom 28. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

der kardinale Denkfehler der Union bei der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes besteht darin, daß die CDU annimmt, es würde genügen, den Nitrateintrag nur in den Wasserschutzgebieten zu reduzieren. Wasserschutzgebiete werden aber nach einer 50-Tage-Linie" ausgewiesen. Eine Fließdauer von 50 Tagen bis zum Entnahmebrunnen des Trinkwasserwerks reicht vielleicht aus, um Bakterien im Grundwasserstrom absterben lassen.

Um Nitrate aus einer überzogenen Düngung zu eliminieren, ist die „50-Tage-Linie" jedoch völlig ungenügend. Die Umweltschutzverbände sind deshalb für eine extensivere Landwirtschaft, und zwar nicht nur in den Wasserschutzgebieten, sondern flächendeckend auf dem gesamten landwirtschaftlich genutzten Areal der Bundesrepublik. Daß eine Beschränkung der Düngepraxis nur in den Wasserschutzgebieten nicht ausreicht, haben auch einige wenige kluge Köpfe in der Union erkannt – beispielsweise der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer.

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Biol. Nikolaus Geiler, Freiburg/Br.

Wort des Tages

„Viele Schriftsteller trüben ihre Gewässer, damit sie tief erscheinen."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Starkes Stück

„In Hessen Wirbel um eine ‚Abtreibungsklinik'": WELT vom 26. April

Es ist schon ein starkes Stück, was die rot-grüne Koalition in Hessen (Wiesbaden) und im Kreis und der Stadt Gießen beginnen. Kaum hat Gießen einen SPD-Oberbürgermeister, der von den Grünen mitgewählt wurde, schon kommen die Pläne aus den Schubladen, die Pro Familia eine Abtreibungsklinik finanzieren wollen.

Wer die Diskussion der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß der hessische Sozialminister Clauss zwar im Moment eine Wartestellung zwecks Bewilligung der Gelder eingeschlagen hat, aber um sich dem Vorwurf der Grünen nicht auszusetzen, er stelle die rot-grüne Koalition aufs Spiel, wird er die Gelder bewilligen. Das allerdings wäre eine Entscheidung über die Köpfe der Bürger hinweg.

Die evangelische Allianz (nicht die evangelische Kirche) und die katholische Kirche haben in bewundernswerter Weise Unterschriften gegen diese Abtreibungsklinik gesammelt. Über 20 000 Bürger haben die Errichtung der Klinik abgelehnt.

Es ist doch unverantwortlich, daß man auf der einen Seite für den Erhalt der Umwelt eintritt, sich für jede Kröte einsetzt, Demonstrationen veranstaltet, weil Tiere für Versuche getötet werden, aber das menschliche Leben bei diesen „Volksvertretern" keinen Wert hat.

Renate Baake, Asslar

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

GEBURTSTAG

Professor **Herbert Giersch**, der seit 1969 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) an der Kieler Christian-Albrechts-Universität ist, vollendet am Sonntag sein 65. Lebensjahr. Der ordentliche Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften, der auch das Institut für Theoretische Volkswirtschaftslehre leitet, ist durch zahlreiche Publikationen, Ämter und Würdigungen weit über die Bundesrepublik Deutschland hinaus bekannt geworden. Er gehörte zu den Gründern des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ist seit 1960 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bonner Wirtschaftsministerium.

EHRUNGEN

Adolf Kabatek, Verleger und einer der beiden Geschäftsführer des zur dänischen Egmond H. Petersen Fonds-Stiftung zählenden Ehapa-Verlags, ist im Auftrag des französischen Kulturministers als „Chevalier des Arts et des Lettres" ausgezeichnet worden.

*

Professor **Walther Killy** aus Wolfenbüttel ist für seine Verdienste um die 1984 abgeschlossene Überarbeitung der umstrittenen Übersetzung des Neuen Testaments von Martin Luther aus dem Jahr 1975 mit der Von-Canstein-Medaille der Deutschen Bibelgesellschaft (Stuttgart) ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde in Anwesenheit des hannoverschen Landesbischofs **Eduard Lohse** im Kloster Loccum überreicht. Bischof Lohse ist der Vorsitzende der Deutschen Bibelgesellschaft. Die Auszeichnung ist nach Carl Hildebrand von Canstein benannt, der vor 276 Jahren im preußischen Halle die erste Bibelanstalt der Welt gründete.

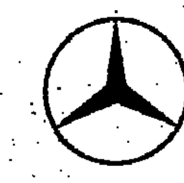
WAHL

Dr. **Jürgen Meyer-Wilms** (59), Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken in West-Berlin, ist zum neuen Vizepräsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden. Meyer-Wilms ist in dieser Funktion Nachfolger des Hamburger Rechtsanwaltes und Aufsichtsratsvorsitzenden der Axel Springer Verlag AG Professor Dr. **Bernhard Servatius**, der sein Amt als ZdK-Vizepräsident aus beruflichen Gründen zur Verfügung gestellt hat.

GESTORBEN

Weihbischof **August Peters** ist nach schwerer Krankheit im Alter von 55 Jahren in Aachen gestorben. Peters studierte Theologie in Bonn und Freiburg im Breisgau sowie am Priesterseminar in Aachen. Er war in Setterich, Schiefbahn und Krefeld als Seelsorger tätig. Am 10. April 1981 ernannte ihn Papst **Johannes Paul II.** zum Titularbischof von Acque Sirensi (Algerien) und Weihbischof in Aachen. In der Deutschen Bischofskonferenz war Peters Mitglied der Kommission für weltkirchliche Aufgaben.







Zahlreiche Gemüseproben werden jetzt auf ihre radioaktive Belastung untersucht FOTO: AMW

Kontrolleure eilten von Stand zu Stand

Aktionen gegen den Verkauf von Freilandgemüse im Bundesgebiet / Beispiel Bonn

Von HANS KRUMP

Die Kisten mit den hellgrünen Salatköpfen aus holländischen Treibhäusern, die die Verkäuferin in ihrem Stand auf dem Bonner Marktplatz aufgestellt hat, stehen im Gewirr der Obst- und Gemüseangebote dezent im Hintergrund des Zeltes, so als wollte man sich für die Ware entschuldigen. „In den ersten Stunden konnte ich überhaupt nichts von dem Salat verkaufen", sagt die Dame, die seit 20 Jahren den Bonnern Frischobst und -gemüse feilbietet, „die Leute waren sehr zurückhaltend nach den Rundfunkmeldungen über verseuchtes Gemüse". Dann kam sie auf die Idee, die an ihrem Stand („Täglich frisch Obst und Gemüse") den gestrigen Salatverkauf doch noch rettete: Das Schild „Treibhaussalat ohne Schadstoffe", das sie an den Salatkisten anbrachte und viele Kunden weniger mißtrauisch werden ließ.

Freilandsalate und -spinate dagegen gab es gestern in der Bundeshauptstadt nicht zu kaufen, so wie in vielen anderen Kommunen auch nicht. Als die ersten Obst- und Gemüsestände aufgebaut wurden, waren auch schon die Beamten des Bonner Lebensmittel-Überwachungsamtes zur Stelle und untersagten den Verkauf dieser Ware. Die Kisten mit den Salatköpfen von den Feldern der umliegenden Anbaugebiete, die sich hinter den Gemüseständen stapelten, zeugen davon. Die Regenfälle in Nordrhein-Westfalen am Samstag und Sonntag hatten zu einer radioaktiven Belastung des Freilandgemüses geführt, die teilweise oberhalb der zulässigen Richtwerte lag. Die Lebensmittelkontrolleure, die in regelmäßigen Abständen von Stand zu Stand eilen, lassen sich die Lieferzettel der Verkäufer zeigen, die auf den Großmärkten in Bonn, Köln oder im Umland ausgefüllt wurden. Bis zum frühen Nachmittag sind nach Auskunft des Lebensmittel-Überwachungsamts in der Bundeshauptstadt keine Verstöße gegen die Aufforderung aus Düsseldorf, nicht zu verkaufen, registriert worden. Bei einigen Ständen brauchten die Kontrolleure nicht tätig zu werden. „Nach den Nachrichten am Samstag habe ich schon geahnt, daß Freilandgemüse gefährdet sein könnte, deshalb habe ich beim Großhändler gar nichts gekauft", sagt eine Dame am Nachbarstand. Sie macht sich über Verluste weniger Sorgen als die, die noch die nichtverkäufliche Ware gekauft haben. „Ich fürchte, daß ich das Geld für das Freilandgemüse in den Kamin schreiben kann", klagt ein Gemüsebauer.

Mit dem Geigerzähler läuft auf den Märkten oder in den Geschäften niemand herum; damit tasteten die Kontrolleure die Ware schon in den Großmärkten ab. Dort geht es nach den Auskünften der Verkäufer ohnehin stets seriös zu. Freilandgemüse – in dieser Jahreszeit in der Minderzahl – könne dort niemandem untergeschmuggelt werden. Eine Verkäuferin: „Ich habe original verpackten Treibhaussalat aus Holland gekauft, da sind keine Kontrollen mehr nötig."

Verunsicherung beim Verbraucher

Die Informatione der Bundesregierung über die Strahlenbelastung reichen nicht aus

LUDWIG KÜTEN, Bonn

Die Bundesregierungat am Sonntag die Vorsorgemaßnımen gegen radioaktive Belastunge durch das Reaktorunglück im ·rainischen Tschernobyl erweitert. ·uf Empfehlung der Strahlenschut·ommission setzte sie auch für frisces Blattgemüse Grenzwerte fest. ·s darf nur dann zum Verzehr freig·eben werden, wenn die Aktivität ·n Jod 131 unter 250 Becquerel (B· pro Kilogramm liegt. Nach Angaen des Innenministeriums sahen sh die Verantwortlichen zu dieser ·laßnahme genötigt, nachdem im Bo·n und auf Pflanzen erhöhte Werte gemessen worden waren. Bereits ·a Freitag war für Frischmilch ein ·renzwert festgelegt worden (500 Bq)

Das Ministerium betontedie Maßnahmen dienten ausschlie·lich dem „vorbeugenden Gesundhei·schutz". Eine „akute Gesundheitsge·ährdung für die Bevölkerung" beste·e nicht. Die Belastung der Luft nehn· zudem laufend ab. Die erhöhte Akt·ität auf dem Boden gehe offenbar au· die Regenfälle der letzten Tage zurück, durch die Staubteilchen aus ·er Luft ausgewaschen worden seien.

Die Vorsichtsmaßnalmen sind dem Bürger unkar

Trotz dieser Beschwichti·ungen wird von vielen Seiten Kritik·an der Informationspolitik der Bundesregierung laut. Der Bevölkerung is· offenbar nicht klar geworden, war·m Beschränkungen beim Verka·f und Verzehr von Lebensmitteln a·geordnet wurden, obwohl versichert ·erde, daß keine Gesundheitsgefahr bestehe. Der Vorsitzende des Bund·stags-Innenausschusses, der SPDAbgeordnete Axel Wernitz, forde·te die Bundesregierung auf, für alle ·Bürger schnelle und nachvollziehbare Informationen bereitzustellen. Er ·meldete Zweifel an, ob die technischen und personellen Kapazitäten ausre·chten, um die notwendigen Kontroll·en der Lebensmittel vornehmen zu k·nnen.

Die Schwierigkeit bei der ·Festlegung von Gren·werten für Str·hlung liegt darin, daß bis heute wissenschaftlich nicht geklärt werden konnte, ob sehr kleine Strahlungsmengen möglicherweise langfristig zu körperlichen Schäden führen können. Es ist unter Experten umstritten, ob man die bei höheren Strahlungsdosen feststellbaren Schädigungen einfach umrechnen und daraus das Ausmaß der Gefahr bei niedrigen Dosen ableiten darf. Die Maßnahmen der Bundesregierung sind somit als Vorsichtsmaßnahme zu verstehen. Es soll so weit wie möglich verhindert werden, daß die Bürger zusätzlicher Strahlung ausgesetzt werden.

Unter Wissenschaftlern ist heute weithin akzeptiert, daß bei einer Erhöhung der Strahlenbelastung um 1 rem (rem ist die Einheit für die Energie, die mit der Strahlung in den Körper gelangt) langfristig mit 200 zusätzlichen Todesfällen durch Krebs auf einer Million Einwohner zu rechnen ist. Da in jedem Jahr etwa 2500 Krebstote pro eine Million Bürger registriert werden, führt diese Strahlendosis also zu einer Erhöhung der Krebsrate um etwa 10 Prozent.

Die durchschnittliche Strahlungsdosis, die zur Zeit von der Bevölkerung zusätzlich aufgenommen wird, liegt jedoch ganz erheblich unter diesem Wert. Nach Angaben des Kernforschungszentrums in Karlsruhe (KfK) beträgt sie unter Berücksichtigung der Werte in der Luft, der Ablagerungen auf dem Boden und der Aufnahme im menschlichen Körper etwa 3,7 Millirem (Tausendstel rem) für Erwachsene und 5,1 Millirem für Kleinkinder.

Selbst bei einer wetterbedingten örtlichen Erhöhung der radioaktiven Ablagerungen an Boden um das Zehnfache lägen, so das KfK, die Strahlendosen noch immer im Bereich der natürliche Schwankungen. Pro Jahr nehme jeder Bürger aufgrund der natürlichen Radioaktivität, die aus dem Bodengestein und aus der Weltraumstrahlung stammt, zwischen 150 und 400 Millirem (Mittelwert 220 Millirem) auf.

In diese Berechnung sei nicht nur das in diesem Zusammenhang besonders wichtige Element Jod 131 eingerechnet, sondern auch die – in äußerst geringen Mengen – registrierten Caesium 137 und 134. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß Jod 131 nur verhältnismäßig kurzlebig ist (seine Aktivität halbiert sich alle 8 Tage), während die Halbwertzeit z. B. bei Caesium-137 33 Jahre beträgt.

Das Hauptproblem liege, so Klaus Körting, der Sprecher des KfK, in der Anreicherung der Radioaktivität in der Nahrungskette. So sei etwa die Belastung der Milch deshalb verhältnismäßig hoch, weil die Kühe sehr große Flächen abgrasen und dabei die Radioaktivität in ihrer Milch konzentrieren.

Nur einige Gemüsesorten unterliegen dem Verbot

Blattgemüse ist nur dann mit Strahlung belastet, wenn es im Freiland angebaut wurde. Durch den Regen sind radioaktive Partikel vor allem auf die Oberfläche der Pflanzen gelangt. Die Aufnahme der Teilchen aus dem Boden ist dagegen wesentlich geringer und langsamer. Die von der Bundesregierung verfügte Einschränkung gilt nur für Gemüse, dessen oberflächliche Teile verzehrt werden, nicht jedoch für Wurzel- oder Sproßgemüse wie Spargel, Möhren, Radieschen oder Kohlrabi.

Einige Bundesländer haben inzwischen eigene Empfehlungen veröffentlicht. So forderte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Organisationen, die Gemüse vermarkten, auf, den Verkauf von Blattgemüse einzustellen. Die baden-württembergische Landesregierung appellierte an die Bürger, auf den Genuß von Blattgemüse aus dem Freilandanbau zu verzichten.

Der Stuttgarter Wirtschaftsminister Gerhard Weiser erklärte, die Landesregierung werde in den nächsten Tagen dafür sorgen, daß Freiland-Blattgemüse auf den Märkten des Landes nicht verkauft werde. Bei Großkontrollen von Lastwagen durch die Polizei wurde gestern bereits Gemüse aus dem Verkehr gezogen.

NOTIZEN

Ölfresser im Schaum

Bad Eilsen (DW.) – Kleinere Ölunfälle, verursacht von Werkstätten, Tankstellen oder Hobby-Bastlern, können jetzt erstmals vom Normalverbraucher mit einem „Bioverschäumer" bekämpft werden. Das Gerät arbeitet wie ein Feuerlöscher. Sein Schaum besteht aus Milliarden für die Natur völlig ungefährlicher Mikroorganismen, deren Hauptnahrung Öl ist und die somit die Schadstoffe biologisch zersetzen. Das Verfahren reicht bis in eine Tiefe von 30 cm und kann je nach Ölkonzentration mehrmals wiederholt werden.

Antarktis im Winter

Hamburg (zy.) – Das deutsche Forschungsschiff „Polarstern" verließ gestern den Hafen von Punta Arenas in Südchile zu einer sechswöchigen Reise in die Antarktis. Mit dieser Expedition betreten die sich an Bord befindenden Forscher wissenschaftliches Neuland, da bis heute keine Informationen über die Krill- und Fischvorkommen der Antarktis im Winter vorliegen. Die Ergebnisse dieser Reise dienen den Bemühungen um den Schutz der lebenden Meeresschätze dieser Region, zu denen sich die Bundesrepublik in einem internationalen Abkommen verpflichtet hat.

Computer im Hotel

Berlin (W. K.) – In Berlin laufen die Planungen für ein Luxushotel mit angeschlossener „Computer-Dauermesse". Grundlage des Projekts, das gegenüber dem Congress Centrum errichtet werden soll, ist die Unterbringung aller namhafter Hard- und Software-Anbieter der Computerbranche unter einem Dach. Gleichzeitig sollen ein umfangreiches Seminarprogramm sowie Jugendcomputercamps angeboten werden. Man rechnet mit 300 000 Besuchern und 60 000 Seminarteilnehmern. Der interessierte Kunde kann sich somit an einem Ort zugleich informieren, ausbilden und weiterbilden.

Verwandte Spender sind gesucht

Die Transplantation von Knochenmark kann die Strahlenopfer von Tschernobyl retten

Von VERA ZYLKA

Der amerikanische Spezialist für Knochenmarktransplantationen, Professor Robert Gale, den die Sowjetunion um Hilfe bei der Rettung der Unglücksopfer von Tschernobyl gebeten hat, erwartet, daß die vollen Auswirkungen des Kernkraftwerkunglücks von Tschernobyl frühestens in drei bis vier Wochen auftreten. Gale erklärte auf seiner Reise in die Sowjetunion, daß seine Hilfe vor allem auf die Menschen ziele, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt waren und bei denen in nächster Zeit Knochenmarkerkrankungen zu erwarten seien.

Weltweite Hilfe

Bei der Bereitstellung von Transplantat sei man auf internationale Hilfe angewiesen, meinte der Mediziner, der zu der in 60 Nationen einschließlich der Bundesrepublik vertretenen „Gesellschaft für Knochenmarktransplantationen" gehört. Nach seinen Worten gibt es weltweit 128 Spezialisten für Knochenmarkerkrankungen. Die jeweiligen Transplantationszentren hätten sich inzwischen zur Hilfe bereit erklärt.

Infolge hoher Strahlendosen werden im menschlichen Knochenmarkgewebe, der „Produktionsstätte" für die Blutzellen und die Zellen der Immunabwehr, deren Stammzellen unwiderruflich zerstört. Für den Patienten bedeutet dies das mögliche Auftreten von Infektionen und Blutungen im gesamten Organismus.

Einen Ausweg aus dieser Situation bietet bislang nur die Transplantation von Knochenmarkgewebe. Dabei wird dem Spender unter Narkose aus den Hohlräumen der großen Knochen wie Brustbein, Becken- und Oberschenkelknochen etwa ein Liter Knochenmarkblut und -gewebe abgesaugt. Dieses Substrat wird filtriert und dem Empfänger wie eine Blutkonserve in eine Vene eingespritzt. Die so übertragenen Stammzellen siedeln sich in den leeren Knochenmarkräumen des Patienten an, vermehren sich innerhalb weniger Wochen und übernehmen dann die Bildung der Blut- und Immunzellen.

Für den Empfänger gibt es in dieser kritischen Situation zwei Gefahren: Einerseits besteht die Möglichkeit, daß das transplantierte Knochenmark im Empfänger-Organismus als fremd erkannt und von den Abwehrkräften seines Körpers abgestoßen wird. Zum anderen kann das transplantierte Knochenmark mit den von ihm erzeugten Abwehrstoffen den Wirtsorganismus angreifen und im Extremfall zerstören. Dies ist die von den Medizinern gefürchtete „Spender-gegen-den-Wirt"-Reaktion, die sich in Fieber, Hautausschlägen sowie Leber- und Darmschäden äußert.

Um einer solchen Reaktion vorzubeugen, verwendete man zunächst ausschließlich Knochenmarkgewebe von Spendern mit weitestgehender Übereinstimmung der zellulären Oberflächenstrukturen. Dies sind im Idealfall eineiige Zwillinge, ansonsten Eltern und Geschwister.

In den letzten Jahren ist man aufgrund neuer Erkenntnisse in der Grundlagenforschung (Säuberung des Spendermarks von T-Lymphozyten) dazu übergegangen, auch Knochenmark von nicht mit dem Emfänger verwandten Personen zu übertragen.

Gute Heilungschancen

Die Chancen der Heilung werden mit 60 Prozent angegeben, eine Quote, die als hoch angesehen werden muß, wenn man bedenkt, daß die Strahlenkrankheit dieses Stadiums fast immer tödlich verläuft.

Während die erste erfolgreiche Knochenmarktransplantation 1968 in den USA durchgeführt wurde, gelang dieser Eingriff deutschen Ärzten in München erstmals 1975. Heute gibt es in der Bundesrepublik Transplantationszentren neben München in Ulm, Tübingen, Essen, Kiel und Berlin. Die größte Transplantationsklinik der Welt befindet sich im amerikanischen Seattle, wo sechzig Spezialbetten ständig belegt werden.

Das aktuelle Fachbuch

Ärztlicher Rat aus erster Hand

Auf über 80 Titel ist inzwischen die Reihe „Ärztlicher Rat" des Thieme-Verlages angewachsen. Von der Anleitung zur Gymnastik oder für Reisen in tropische Länder über den Ratgeber für Alkoholsüchtige bis hin zu Hilfen für Patienten, Ärzte und Angehörige bei schweren chronischen Erkrankungen bietet die Reihe umfassende und verständliche Informationen.

Drei Bände seien hier stellvertretend für die anderen vorgestellt. Sie befassen sich mit einem besonders aktuellen und bewegenden Thema, dem Krebs. „Krebs – Entstehung und Vorbeugung" ist eine Zusammenfassung des aktuellen Wissens über Krebserkrankungen und wendet sich vor allem an den interessierten Laien. Die heute bekannten Ursachen von den Krebsviren bis zu psychischen Faktoren werden ebenso behandelt wie Maßnahmen, mit denen jeder einzelne sein persönliches Risiko vermindern kann. Zum Schluß berichten zwei renommierte Krebsforscher in einem Interview über den aktuellen Stand der Wissenschaft. Zu kurz kommt allerdings die Beschreibung der heutigen Therapiemöglichkeiten.

Dem Band ist anzumerken, daß sich eine medizinisch gebildete Naturwissenschaftlerin und ein Pädagoge zusammengetan haben. Der Text ist auch für den Laien leicht verständlich, ohne dabei den zum Teil schwierigen Fakten Gewalt anzutun. Grafiken und Informationskästen erleichtern das Verständnis der Zusammenhänge.

Der Brustkrebs bei Frauen ist in den letzten Jahren stark in die öffentliche Diskussion geraten. Über Erfolg und Mißerfolg der Vorbeugeuntersuchungen wurde ebenso heftig gestritten wie über die Frage, ob und wann Amputationen der weiblichen Brust notwendig sind. Krebserkrankungen ist daher der größte Teil des Bandes „Ärztlicher Rat bei Erkrankungen der weiblichen Brust" gewidmet.

Besondere Sorgfalt verwendet der Autor, Radiologe und Spezialist für Brusterkrankungen, darauf, die Möglichkeiten der Vorbeugung und Früherkennung zu beschreiben, mit denen jede Frau Warnzeichen rechtzeitig erkennen kann. Es folgen Ausführungen über die verschiedenen Erkrankungen der Brust mit dem Schwerpunkt der Krebsformen, Hinweise auf die Therapie und ausführliche Hilfestellung für die besonders wichtige medizinische, soziale und psychologische Nachbehandlung von Brustkrebspatientinnen.

Zu den ebenfalls gefürchteten Krebserkrankungen gehören die Leukämien, die leider gerade bei Kindern verhältnismäßig häufig auftreten. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß sich einer der Ratgeber speziell den Eltern krebskranker Kinder zuwendet. Die Autoren, eine Psychotherapeutin und eine Kinderärztin, zeigen mit viel Einfühlungsvermögen, was die Betroffenen nach der zunächst erschreckenden Diagnose tun können. Dabei wird klar, daß zwar die Heilungschancen – im Verhältnis zu anderen Krebsformen – heute bereits sehr gut sind, daß aber die Behandlung und ihre Nebenwirkungen eine enorme Belastung für die betroffenen Kinder und ihre Angehörigen darstellt. LUDWIG KÜRTEN

„Krebs – Entstehung und Vorbeugung", von A. Anders und H.-J. Altheide, 1986, 19,80 DM.

„Ärztlicher Rat bei Erkrankungen der weiblichen Brust", von Volker Barth, 2. Aufl., 1986, 19,80 DM

„Ärztlicher Rat für Eltern leukämie- und tumorkranker Kinder", von Eva Pichler und Renate Richter, 1985, 22,80 DM. Thieme Verlag, Stuttgart

Geständnis im Galen-Prozeß widerrufen

rtr, Frankfurt

Der ehemalige Leiter des Vorstandssekretariats der Ende 1983 beinahe zusammengebrochenen SMH-Bank, Ralph-Renee Lucius, hat vor dem Frankfurter Landgericht sein Geständnis widerrufen. Aufgrund dieses Schuldbekenntnisses war er wegen Beihilfe zu schwerem Betrug zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Lucius, der als Zeuge im Prozeß gegen den Bankier Ferdinand Graf von Galen aussagte, begründete sein früheres Geständnis mit „prozeßökonomischen Gründen". Er habe sich einen Prozeß mit 100 Verhandlungstagen nicht leisten können. „Die Verurteilung war leichter zu verkraften als der Offenbarungseid", sagte der 39jährige Unternehmensberater, dessen Verfahren von dem Galen-Prozeß nach dem Geständnis *abgetrennt und nach zwei* Tagen beendet worden war. Lucius hatte damals ausgesagt, ihm sei bereits im Frühjahr 1983 bekannt gewesen, daß die Betriebsverluste des Baumaschinenkonzerns IBH für 1982, in dem sich die SMH-Bank mit fast einer Milliarde Mark engagiert hatte, weit höher gewesen seien als bis dahin angenommen.

„Ein Zeichen für den Medienort Hamburg"

dpa, Hamburg

Künftige private Anbieter von Hörfunk- und Fernsehprogrammen können in Hamburg mit geringeren Abgaben an die öffentlich-rechtliche Hamburgische Anstalt für neue Medien (HAM) rechnen, als gesetzlich möglich ist. Der Vorstand der HAM, *die für die künftigen Anbieter zuständig ist*, hat eine jährliche Abgabe von zwei Prozent der Werbeeinnahmen beschlossen. Möglich sind drei Prozent. Dieser Satz liegt nach Angaben der HAM unter der entsprechenden Rundfunkabgabe im Nachbarland Schleswig-Holstein, wo 2,5 Prozent verlangt werden. Mit dem Kostenvorteil wolle die Hamburgische Anstalt „ein Zeichen zugunsten des Medienstandorts Hamburg setzen", hieß es in einer Mitteilung des Vorstands.

Moskaus neuer Mann in Kabul soll seine Geheimdiensterfahrung ausspielen

DW. Bonn

Die Ablösung von Babrak Karmal als afghanischer Parteichef wird offensichtlich nicht, wie einige Kommentatoren vorschnell spekulierten, zu einem Kurswechsel in Kabul führen. In Kreisen des Widerstandes wird die Ernennung von Mohammad Nadschibullah zum neuen Generalsekretär der Einheitspartei eher als Indiz dafür gedeutet, daß eine Verstärkung der militärischen Aktionen gegen die Untergrundkämpfer zu erwarten ist.

Nadschibullah, früherer Chef der gefürchteten Sicherheitspolizei, stützte persönlich diese These. Er will seine Erfahrungen im Geheimdienst nutzen, „um die Schlagkraft der Streitkräfte zu verbessern, den Kampf gegen die Rebellen zu intensivieren, das Blutvergießen zu stoppen *und Frieden und Ruhe herzustellen*".

In der Tat kann Nadschibullah mit Erfolgen aufwarten. Dem Geheimdienst Chad war es unter seiner Leitung gelungen, Teile der Widerstandsbewegung zu durchsetzen und einige Stämme im Grenzgebiet zu Pakistan auf die Seite des Regimes zu bringen. Offensichtlich vertraut man im Kreml jetzt darauf, daß der Nachfolger des vergleichsweise schwachen Karmal die Fäden besonders fest in der Hand hält und eine Lage schaffen könnte, die einen allmählichen Abzug der Roten Armee ermöglicht. Michail Gorbatschow hatte auf dem XXVII. Parteitag den seit 1979 andauernden Krieg der Sowjets gegen das afghanische Volk als eine „blutende Wunde" bezeichnet. Die Präsenz der Roten Armee im Nachbarland bedeutet für die UdSSR eine enorme wirtschaftliche Belastung. *Als Bedingung für einen Truppenabzug* nannte Gorbatschow die „Beendigung des unerklärten Krieges gegen Afghanistan" (damit werden allgemein Pakistan und die USA gemeint) und Garantien, daß sich die „äußere Einmischung" nicht wiederhole. Mit fast denselben Worten trat jetzt der neue Parteichef in Kabul sein Amt an.

Der Führungswechsel ist, wie der prominente Widerstandsführer Buhran Ud Din Rabbani, gestern anmerkte, „normal für Marionettenregime". Moskau pflege jemand für einen gewissen Zeitraum zu ernennen, „um diesen dann wie einen unnützen Gegenstand wegzuwerfen". Solange sowjetische Truppen in Afghanistan stünden, sei es gleichgültig, wer in Kabul an der Macht sei.

Karmals Rücktritt vom Amt des Parteichefs wurde offiziell mit seinem Gesundheitszustand begründet. Es gab aber seit Wochen Hinweise auf die Unzufriedenheit der Sowjets mit dem 57jährigen. Ausgerechnet am achten Jahrestag der kommunistischen *Machtübernahme* in Kabul tadelte die „Prawda" die bisherige Kabuler Führung. Das Blatt der KPdSU warf ihr Erfolglosigkeit beim Kampf gegen die „Rebellen" vor. Die Spekulationen verstärkten sich, als Karmal von der Bildfläche verschwand.

Nadschibullah war bereits vor fünf Monaten in das Amt eines ZK-Sekretärs für Sicherheitsfragen berufen worden. So konnte er sich auf die Übernahme der Parteiführung vorbereiten. Karmal behielt seinen Sitz im Politbüro und bleibt weiterhin nominelles Staatsoberhaupt. Auf dem ZK-Plenum wurde eine schriftliche Erklärung des Entmachteten verlesen, die in einer Lobpreisung der UdSSR gipfelt: „Ich halte es für meine patriotische und internationale Pflicht, der Führung der KPdSU, der sowjetischen Regierung und dem sowjetischen Volk meinen tiefempfundenen Dank für die allseitige, staatenübergreifende und uneigennützige Hilfe für unser viel geplagtes Volk auszudrücken."

Der politische Aufsteiger Nadschibullah, ein promovierter Mediziner, wurde den Führungsorganen der Partei von Ministerpräsident Sultan Ali Keschtmand als „großer Freund" Moskaus vorgestellt. Die Nummer eins der afghanischen *Partei hat der* Delegation seines Landes beim XXVII. KPdSU-Kongreß angehört. Gorbatschow hat also seinen neuen Statthalter in Kabul persönlich kennengelernt. Die jetzt wieder in Genf aufgenommenen indirekten afghanisch-pakistanischen Außenminister-Gespräche unter dem Dach der UNO werden am ehesten Aufschluß darüber geben, ob mit dem neuen Namen eine veränderte Politik verbunden ist. Ein Befehl zum Truppenabzug ist allerdings erst dann zu erwarten, wenn sich der Kreml vorher abgesichert hat, daß die Fäden in Kabul fest in seiner Hand bleiben.

Mohammad Nadschibullah FOTO: DPA

Bislang war es aber den Marionetten Moskaus nicht gelungen, das Volk auf ihre Seite zu ziehen. Das amerikanische Außenministerium kommentierte die Nachricht von der Ablösung Karmals mit dem Satz: „Das Problem der Sowjets sieht weiterhin so aus: Sie müssen einen Nachfolger für Karmal finden, der mehr Erfolg bei dem Bemühen hat, eine weitgehende Unterstützung für eine von der Roten Armee gestützten Regierung zu erhalten." Karmal hatte in den letzten Monaten seiner Amtszeit den Versuch unternommen, durch die Herausstellung sogenannter parteiloser Persönlichkeiten Sympathien für sein Regime zu gewinnen. Auch damit ist er gescheitert.



Spranger fragte nach der Bündnispolitik der DKP

Verfassungsschutz: Kommunisten beeinflussen die SPD

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) in ihrer Politik der „Aktionseinheit" mit SPD und DGB auf vier Feldern Erfolge erzielt:

- bei der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und DGB-Gewerkschaftern in der „Friedensbewegung" gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß,
- bei den Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag *der deutschen Kapitulation* vom 8. Mai 1945,
- in „Arbeiterkämpfen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, im Streik der Drucker und Metaller für die 35-Stunden-Woche", und
- im Kampf gegen die angebliche „Weltraumrüstung" der USA.

Diese Einschätzung ist in einem Bericht des BfV für den Innenstaatssekretär Spranger enthalten, der – nachdem er im Spionage-Untersuchungsausschuß von der SPD angefordert wurde – im März vom Bundesinnenministerium als „vertraulich" an den Ausschuß gegeben wurde. Spranger hatte im August 1985 über die zuständigen Sachbearbeiter beim BfV einen Bericht über „Erfolge kommunistischer Aktionseinheitspolitik – Bündnispolitik gegenüber der SPD und den Gewerkschaften – in *den letzten beiden Jahren* aus der Sicht der DKP" angefordert.

Bericht war stets „offen"

Der Bericht sollte „veröffentlichungsfähig", also nicht vertraulich eingestuft sein. Dieser Bericht wurde Spranger zugeleitet, ging an einige Journalisten und wurde im März auf Anfrage des Spionage-Untersuchungsausschusses des Bundestags an dessen Vorsitzenden Jahn gegeben. Die Ausschußmitglieder erhielten damit Zugriff auf das – ohnehin „offene" – Material, das jetzt unter dem Tenor veröffentlicht wurde, der Verfassungsschutz habe die SPD bespitzelt. Dem widerspricht aber die klare Aufgabenstellung durch Spranger, der ausdrücklich nach der Bündnispolitik der DKP gefragt hatte. Als Beispiele für eine aus DKP-Sicht erfolgreiche Annäherungspolitik werden im dem Bericht angeführt:

- Als die SPD im Juni 1983 die „Friedensbewegung" zum „Bundesgenossen" erklärte, kommentierte die DKP, nun gebe es für bisher noch zögernde Sozialdemokraten keinen Grund mehr, sich nicht zusammen mit Kommunisten, an der „Friedensbewegung" zu beteiligen.
- Als Beweis für zunehmende Bündnisfähigkeit veröffentlichte die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" (UZ) unter anderem ein Foto vom Ostermarsch Ruhr 1983, das Oskar Lafontaine neben DKP-Vorstandsmitglied Vera Achenbach zeigte.

Gemeinsame Auftritte

- Der SPD-Politiker Egon Bahr erklärte – laut UZ – im Interview mit einer internationalen kommunistischen Zeitschrift, für die Sicherung des Friedens seien „im atomaren Zeitalter Kommunisten unentbehrliche Partner".
- Im „Friedensherbst 84" sprachen Kommunisten zusammen mit Sozialdemokraten auf Kundgebungen, so in Hamburg, wo der SPD-Bundestagsabgeordnete und niedersächsische Spitzenkandidat seiner Partei Gerhard Schröder zusammen mit dem DKP-Präsidiumsmitglied Irmgard Bobrzik auftrat. Mit von der Partie: Ilse Brusis, Vorstandsmitglied des DGB und SPD-Mitglied. Der DKP-Vorstand wertete die Herbstaktionen als Bestätigung, daß die „Möglichkeiten zur Vertiefung der Aktionseinheit" wachsen.
- So urteilte auch Wadim Sagladin vom ZK der KPdSU, der die zunehmende Beteiligung von Sozialdemokraten als eine „neue bedeutsame Erscheinung" bezeichnete.
- Und an einer von DKP und ihren Vorfeldorganisationen vorbereiteten Podiumsdiskussion in Heilbronn nahmen neben DKP-Präsidiumsmitglied Karlheinz Schröder die SPD-Bundestagsabgeordneten Scheer und Spöri teil.

Bonn rechnet mit 500 Millionen für Landwirte

dpa, Braunschweig

Voraussichtlich am 14. Mai steht im Bundeskabinett eine erste Entscheidung über nationale Hilfsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft nach den Luxemburger EG-Beschlüssen an. Die zu erwartenden Zuschüsse zu den bäuerlichen Soziallasten dürften etwa 500 Millionen Mark betragen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern. Eine Entschädigung für stillzulegende Produktionsflächen und die Förderung benachteiligter Gebiete wird im Gegensatz zu einer Preissenkung vor allem für Getreide als geeigneteres Mittel zur Senkung der Überschußproduktion betrachtet.

Proteste gegen neues Abtreibungszentrum

idea, Wiesbaden/Gießen

Die hessische Landesregierung stimmt der Auffassung zu, daß „jede Abtreibung eine zuviel" sei. Bei der Entgegennahme von über 20 000 Unterschriften gegen das geplante Abtreibungszentrum in Gießen gab der hessische Sozialminister Armin Clauss (SPD) ein Versprechen ab: Der vom Land Hessen bereits bewilligte Zuschuß von 93 000 Mark für die Einrichtung des Zentrums von Pro-Familia werde erst ausgezahlt werden, wenn sichergestellt sei, daß dort nicht gegen Recht und Gesetz verstoßen werde. In der geplanten Kombination von Beratung und Eingriff in dem Pro-Familia-Zentrum liege ein rechtliches Problem. Die entsprechende Prüfung durch das Regierungspräsidium Gießen stehe noch aus. Die Kontroverse geht auf eine Ankündigung einer Gießener Pro-Familia-Mitarbeiterin zurück, im neuen Familienplanungszentrum sollten von Sommer 1986 an jährlich rund 1000 Schwangerschaftsabbrüche ambulant vorgenommen werden. Die Koalition aus SPD und Grünen begrüßt das Projekt und bezuschußt die Pro-Familia-Beratungsstelle in diesem Jahr mit 12 200 Mark.

Wahlschlappe für SPÖ

Waldheim verfehlte absolute Mehrheit um 16 000 Stimmen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Für die österreichischen Sozialisten bedeutet die Präsidentschaftswahl, *bei der Kurt Steyrer nur auf* 43,6 Prozent kam, die schwerste Niederlage seit zwei Jahrzehnten. Sowohl in der Steiermark wie in Oberösterreich und auch in Wien mußte ihr Kandidat vor allem in den SPÖ-Hochburgen starke Einbußen hinnehmen.

Der Kandidat der ÖVP, Kurt Waldheim, verfehlte die absolute Mehrheit nur um rund 16 000 Stimmen. Er erhielt 290 000 Stimmen oder sechs Prozent mehr als sein Gegenkandidat. Insgesamt konnte der ehemalige UNO-Generalsekretär 49,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Der Arzt Otto Scrinzi, ein eher großdeutsch gesinnter, kam auf 1,2 Prozent. Die grün-alternative Kandidatin Freda Meissner-Blau erzielte einen Achtungserfolg mit 5,5 Prozent. Wahlberechtigt waren 5,4 Millionen Österreicher, von denen 4,8 Millionen ihre Stimme abgaben.

Das Ergebnis vom Sonntag macht einen zweiten Wahlgang am 8. Juni notwendig, bei dem die beiden stimmenstärksten Kandidaten, Waldheim und Steyrer, gegeneinander antreten werden. Die konservative Österreichische Volkspartei will die Stichwahl auf den 28. Mai vorverlegen.

Bis zuletzt war der österreichische Wahlsonntag von dramatischer Spannung gekennzeichnet, weil es immer wieder aussah, als könnte Kurt Waldheim doch noch die 50-Prozent-Hürde *knapp überspringen*. Zeitweise mußte auch das Rechenzentrum kapitulieren, weil durch das ungewöhnliche und unterschiedliche Wählerverhalten eine Prognose nicht mehr zuverlässig zu erstellen war. So kam es, daß die Österreicher zum ersten Mal seit vielen Jahren den Wahlausgang nicht mehr durch Hochrechnung, sondern durch die amtliche Bekanntgabe durch Innenminister Karl Blecha erfuhren.

Während im sozialistischen Parteihauptquartier in der Wiener Löwelstraße *tiefe Betroffenheit und Nervosität* herrschte, die durch die Aussicht auf einen zweiten Wahlgang nur oberflächlich einer etwas besseren Stimmung Platz machte, gab man sich im Parteihaus der Volkspartei hoch erfreut über den sich fast überall für Waldheim abzeichnenden Erfolg. Das Wahlergebnis wurde von politischen Beobachtern als „Erdrutsch" zu Gunsten der ÖVP und als schwere Niederlage der Sozialisten und ihres Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Fred Sinowatz, gewertet.

Die SPÖ scheint entschlossen, für den zweiten Wahlgang alle Kräfte zu mobilisieren, um Waldheim dennoch zu schlagen. Man erwartet daher eine weitere Verschärfung des nun verlängerten Wahlkampfes. Besonders interessant ist das – möglicherweise unter dem Eindruck von Tschernobyl – bemerkenswerte Abschneiden der „grün-alternativen" Kandidatin. Die grünen Stimmen dürften bereits die Zahl der Anhänger der FPÖ – des Gegenstücks zur deutschen FDP – überflügelt haben. Kurt Waldheim zeigte sich überzeugt, auch aus dem zweiten Wahlgang als Sieger hervorzugehen. Er rechnet aber auch mit weiteren ausländischen Einmischungen in den Wahlkampf.

Militärseelsorge wird aufgewertet

KNA, Rom

Der Wehrdienst ist nach Auffassung des Papstes ein „nützlicher und oft unverzichtbarer Dienst für Frieden und Freiheit, auch wenn legitime, alternative Entscheidungen respektiert werden müßten". Darauf wies der italienische Militärbischof Gaetano Bonicelli bei der Vorstellung einer neuen Apostolischen Konstitution über die Militärseelsorge hin.

Über die Haltung der Kirche zur Wehrdienstverweigerung oder zu Formen passiven Widerstandes im Kriegsfall sagt das neue Dokument nichts aus. Diese Probleme werden ebenso wie zum Beispiel das Recht auf bewaffneten Widerstand für Freiheit und Gerechtigkeit noch in der für die Militärordinariate zuständigen Bischofskongregation beraten, erklärte Bonicelli. Zu den Neuerungen gehört unter anderem, daß die Vikariate durch die Erhebung zum Militärordinariat kirchenrechtlich aufgewertet werden. Neu ist auch, daß den Militärordinariaten von jetzt an das Recht auf die Ausbildung von Militärkaplanen in eigenen Seminaren zugebilligt und daß die Militärseelsorge auch auf alle Familienangehörigen und Verwandte erweitert wird. Der Militärbischof sollte nach den neuen Bestimmungen von allen anderen Aufgaben freigestellt werden. Manche in dem Schreiben enthaltenen Neuerungen können jedoch in Ländern, in denen bereits ein Kirche-Staat-Vertrag über die Militärseelsorge besteht, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, nicht angewandt werden. Derzeit gibt es 29 Militärordinariate, davon zwölf in Amerika, neun in Europa, drei in Afrika, drei in Asien und zwei in Ozeanien.

Rektoren-Plädoyer gegen „Stoffhuberei"

DW. Heidelberg

Große Skepsis gegenüber der Tendenz, der Vermittlung von Fachwissen absoluten Vorrang vor der klassischen Vorstellung von Bildung einzuräumen, wurde auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Heidelberg geäußert. Die zunehmende Spezialisierung der Fachwissenschaften führe dazu, daß der Student sonst den Blick für das gesamte Gefüge von Wissenschaft und Gesellschaft verliere. „Unverbundene Wissensanhäufung und Stoffhuberei" verengten das Blickfeld in einer immer komplizierter werdenden Welt, hieß es.

Zum Auftakt der Beratungen der Rektorenkonferenz sagte WRK-Präsident Professor Theodor Berchem, *über die Vermittlung von Kenntnissen* und Fertigkeiten hinaus müsse auch die Fähigkeit erwartet werden, „im demokratischen Rechtsstaat verantwortlich zu handeln".

Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), der Bremer Bildungssenator Horst-Werner Franke (SPD), sagte, die „aufwendigste und qualifizierteste Ausbildung", die sich die Gesellschaft leiste, müsse „zweifelsfrei auch soziale Verantwortung und demokratische Tugenden" bei den jungen Menschen fördern. Es sei sicherlich nicht strittig, daß die Befassung mit Wissenschaft zu Objektivität, Toleranz, kritischem Abwägen und Selbstdiziplin erziehe und damit auch persönlichkeitsbildend wirke. Franke äußerte aber Zweifel daran, daß aus der Wissenschaft selbst auch Gemeinsinn oder demokratische Gesinnung erwachse.

Der KMK-Präsident warnte eindringlich vor Überlegungen in einigen Landesparlamenten, die rückläufigen Studienanfängerzahlen jetzt als Vorwand für Sparmaßnahmen zu mißbrauchen. Die Hochschulen brauchen jetzt aus Sicht Frankes „jede Mark" für die Stärkung ihrer Forschungskapazitäten, nachdem in den vergangenen Jahren die Ausgaben vornehmlich zur Bewältigung der geburtenstarken Jahrgänge eingesetzt worden seien.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) verlangte nach der Phase der Hochschulexpansion jetzt eine qualitative Neuorientierung in Lehre und Forschung. Angesichts der neuen Aufgaben, die die Hochschulen zu bewältigen hätten, sei sicherlich das alte deutsche Universitätssystem mit der fächerverbindenden Philosophie nicht ohne weiteres auf die Neuzeit zu übertragen. Dennoch müsse die Hochschule mehr sein als nur eine Einrichtung der Wissensvermittlung.

Frau Wilms sprach sich dafür aus, den Hochschulen künftig mehr Möglichkeiten zu geben, die Studenten selbst auszuwählen. Dies könnte zumindest dort geschehen, wo die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) in Dortmund gegenwärtig nur die örtliche Verteilung von Bewerbern auf die einzelnen Hochschulen vornimmt. Dies bedeute eine schrittweise Abschaffung der ZVS, deren Aufgaben sich aber angesichts der rückläufigen Anfängerzahlen ohnehin verminderten.

Nützliche Indikatoren?

ed. – Größere Wechselkursstabilität, deren Notwendigkeit der Tokioter Gipfel gestern beschworen hat, ist gewiß wünschenswert. Und alle Anstrengungen, diesem Ziel durch mehr Kooperation der großen Wirtschaftsmächte näherzukommen, sind zu begrüßen. Fraglich ist jedoch, ob dabei „objektive Indikatoren", wie sie in Tokio im Rahmen einer Überwachung des internationalen Währungssystems durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) diskutiert wurden, weiterhelfen können.

Wann es wo welche wirtschafts-, fiskal- oder geldpolitischen Fehlentwicklungen gibt, die unerwünschte Ausschläge der Wechselkurse zur Folge haben, blieb noch nie verborgen. Was allerdings fehlt, ist eine konsequente Politik, die daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zieht. Wenn der IWF die „Sünder" *zu einer Umkehr* veranlassen soll, muß man fragen: Wie will der IWF zum Beispiel Washington zum Abbau des Haushaltsdefizits oder Tokio zu einer Reduzierung des gewaltigen *Außenhandels*überschüsse zwingen, damit die derzeit größten Ungleichgewichte beseitigt werden, die ihre Spuren in den Wechselkursen hinterlassen?

Solange die Wirtschaftsgroßmächte nicht von sich aus den Willen zu einer Umorientierung ihrer Politik aufbringen, können auch die raffiniertesten „objektiven Indikatoren" dem IWF nicht mehr Schlagkraft verschaffen. Freilich kann es nichts schaden, wenn immer wieder darauf hingewiesen wird, wo etwas getan werden muß, damit sich die Wechselkurse stabilisieren können.

Reise-Pflicht

Ha. (Brüssel) – Reisediplomatie gehört zur modernen Politik wie das Klappern zum Handwerk. Warum sollen da gerade die EG-Kommissare auf regelmäßige Ortswechsel verzichten und sich nur über langweilige Akten beugen? Der Terminkalender der Mitglieder der Europa-Exekutive liest sich jedenfalls manchmal wie ein Ferienprospekt: Nicht weniger als elf der 17 Kommissare begeben sich in dieser Woche auf Reisen. Über den Nutzen der Teilnahme am Weltwirtschaftsgipfel in Tokio kann gewiß ebenso wenig Zweifel bestehen wie an Gesprächen von Karl-Heinz Narjes in Israel oder Claude Cheysson in Griechenland. Auch daß der Brite Lord Cockfield in Portugal und der Luxemburger Nicolas Mosar in Spanien nach dem Rechten sehen, *spricht für ihren Fleiß. Der Italiener* Ripa di Meana folgt einem Wunsch seiner Hörer, in Siena Gedanken über „Kultur und neue Technologien" zu entwickeln. Da wird niemand dem Agrarkommissar Frans Andriessen verübeln, wenn er im italienischen Parma bei einem Kongreß das Wort ergreift.

Makler-Querelen

Von HANS BAUMANN

Die Sonne war der gute Stern, unter dem der 51. Deutsche Maklertag auf Norderney stand. Doch wo sie verschwenderisch scheint, da zeichnet sie auch scharfe Schatten. Gesprächsthema am Rande der Jahrestagung des Rings Deutscher Makler (RDM), die heute in Hamburg im Anschluß an den Maklertag beginnt, wird daher die Verjüngung des Bundesvorstandes sein, die der wiedergewählte Vorsitzende des RDM, Rudolf Hübenthal, mit seiner bulligen Autorität durchgeboxt hatte; nicht ganz in Einklang mit seinem rheinischen Landesverband, aus dem sogar aufmüpfige, separatistische Töne zu hören waren.

Das ist für den RDM *zwar* nichts neues, aber als „übliche Verbandsquerelen" sollten sie gerade beim Ring Deutscher Makler mit seinen mehr als 3000 Mitgliedern nicht abgetan werden. Die Macht der Fürstentümer haben bisher noch alle Präsidenten des RDM zu spüren bekommen, aber bis heute ist es niemandem gelungen, dagegen eine erfolgreiche Therapie zu entwickeln. Rudolf Hübenthal konnte auf Norderney einen eindrucksvollen Rekord seiner vierjährigen Präsidentschaft vorlegen. Bleibt zu hoffen, daß es ihm in den nächsten vier Jahren gelingt, die in den Landesverbänden ruhenden Kräfte im Interesse der Vorstandsarbeit auf Bundesebene zu bündeln. Diese Aufgabe hat absoluten Vorrang, weil sich mit ihrer Lösung automatisch alle anderen Fragen leichter beantworten lassen.

Wie, so wird man fragen müssen, soll der Bürger im Lande zu *den Maklern tieferes Vertrauen fassen*, wenn diese Makler nicht bereit sind, sich einer zentralistischen Führung zu unterwerfen und ihren Stand mit einer Stimme zu vertreten? Welches Bild *vermittelt* ein Bundesvorstand im politischen Raum, der nun schon seit 1978 um ein Maklerrecht ringt, das nicht zu einem Verbraucherschutzgesetz entartet und die Makler von vornherein diskriminiert, wenn Landesverbände nicht müde werden, ein solches Gesetz in Bausch und Bogen abzulehnen? Wenn schon das Makler-Vertragsrecht neu geordnet werden soll, was sicherlich der Rechtssicherheit förderlich wäre, dann ist es doch nur sinnvoll, wenn dies mit den Maklern geschieht und nicht an ihnen vorbei oder gar gegen sie.

Was aber hindert die Makler, sich entsprechend ihren selbstverordneten, harten Standesregeln im Markt so honorig zu präsentieren, daß ihre Dienstleistung gern und bedenkenlos *vom Bürger angenommen wird* – vergleichbar der des Rechtsanwaltes oder des Steuerberaters etwa? Es muß doch nachdenklich stimmen, daß der weitaus größte Teil der Immobiliengeschäfte am Makler vorbei von Bürger zu Bürger abgewickelt wird. Ein riesiger Markt wartet darauf, erschlossen zu werden. Der Schlüssel dazu ist der Makler selbst. Mit einem Gesetz allein bekommt man diese Tür nicht auf.

Ein weiteres schizophrenes Thema ist der Wettbewerb der Kreditinstitute am Markt der Immobilien. *Hier gibt es zwar im RDM* eine einheitliche Meinungsbildung mit dem Ziel, die Kreditwirtschaft in ihre Finanzierungsschranken zu verweisen, Vermittlung, Beratung und Service aber den Fachleuten des Maklergewerbes zu überlassen. Über deren Finanzierungspläne kämen die Kreditinstitute dann automatisch ins Geschäft. Doch wer die Freiheit des Marktes predigt, der eigentliche Lebensraum der Makler, der kann die Kreditinstitute nicht gleichzeitig um diese Freiheit bringen. Und da einige Landesverbände des RDM diese Problematik erkannt haben, setzen sie mit ihren Mitgliedern bereits auf Kooperation mit der Kreditwirtschaft. Wer kann begreifen, daß sich eben diese Verbände auf Bundesebene für einen harten Kurs gegen die Kreditwirtschaft im Maklergeschäft engagieren?

Dies war nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Aufgabenkatalog, den Präsident Hübenthal in seiner zweiten Amtsperiode abzuarbeiten hat. Der Zustrom vieler neuer, junger Makler kann ihm bei der Lösung behilflich sein. Diese unverbrauchte Generation fähiger Immobilienkaufleute hat es in der Hand, dem Maklerberuf neuen Glanz zu verleihen. Sie haben erkannt, daß es relativ leicht ist, Makler zu werden, daß es jedoch harter, solider Arbeit bedarf, Anwalt der Bürger in dem so sensiblen Bereich der Immobilie zu sein.

IW / Teuerungsrate liegt in diesem Jahr voraussichtlich bei unter einem Prozent

Der Abbau des Preisanstiegs ist ein hausgemachter Erfolg der Politik

HEINZ HECK, Bonn

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) rechnet für den Jahresdurchschnitt 1986 mit einer Teuerungsrate von voraussichtlich weniger als einem Prozent. Es sieht in der Eindämmung des Verbraucherpreisanstiegs der letzten Jahre vor allem einen gemeinsamen Erfolg der Finanz-, Geld- und Lohnpolitik. Erst in jüngster Zeit seien die Wirkungen des hausgemachten Stabilitätskurses durch sinkende Einfuhrpreise verstärkt worden.

Der Abbau des Preisanstiegs von 5,3 Prozent (1982) auf 2,2 Prozent (1985) sei *nur zu einem Zehntel auf* preisgünstigere Einkäufe im Ausland zurückzuführen, heißt es in einer IW-Untersuchung „Stabilität überwiegend hausgemacht". Für die übrigen neun Zehntel hätten Bundesregierung, Bundesbank und Tarifpartner „durch Sparsamkeit und Zurückhaltung" gesorgt.

Die gesamtwirtschaftlichen Stück*kosten, die das Tempo des Preisan*stiegs prägen, hätten sich 1985 nur noch um zwei Prozent erhöht – 1980 noch um neun Prozent. Besonders deutlich werde die hausgemachte Stabilisierung bei den Arbeitskosten, deren Dynamik von 1983 bis 1985 um 1,8 Prozentpunkte habe zurückgeführt werden können.

Als Ergebnis sei die Teuerungsrate *merklich zurückgegangen; die zuvor* geschrumpften Ertragsmargen der Unternehmen hätten sich verbessert. „Damit stehen die Zeichen für eine spannungsfreie Finanzierung der lebhaften *Investitionskonjunktur* günstig", schreibt das der Wirtschaft nahestehende Institut.

Läßt man die Wirkung der sinkenden Energiepreise einmal unberück*sichtigt, so beträgt das Teuerungs*tempo der Lebenshaltung zur Zeit 1,7 Prozent, heißt es. Bemerkenswert erscheint dem Institut im internationalen Vergleich, „daß die Verbilligung der importierten Energie den deutschen Verbraucher besonders rasch erreicht hat".

Die Wirkung der inzwischen praktisch erreichten Preisstabilität ver*deutlicht das Institut mit folgenden* Zahlen: Mußte noch 1982 ein Haushalt mit 2500 Mark monatlichem Konsumaufwand wegen steigender Preise rund 130 Mark Kaufkrafteinbuße hinnehmen, so verringerte sich dieser Verlust im ersten Jahresdrittel 1986 auf knapp 13 Mark.

Im ersten Quartal 1986 habe die Teuerungsrate 0,7 Prozent betragen. *Ein so hoher Stabilitätsgrad sei zu*letzt 1959 gemessen worden. Aber auch ohne Energieeinfluß sei der Stabilitätsfortschritt beachtlich. Vom Rückgang der Teuerungsrate in der *Zeitspanne von 1982 bis 1985 von 5,3* auf 2,2 Prozent oder um 3,1 Punkte entfielen 2,8 auf die hausgemachte und nur 0,3 Prozentpunkte auf die importierte Komponente.

Neben der Intensität findet das Institut auch die Dauer der Stabilitätsphase beachtlich. Denn der Trend sinkender Inflationsraten halte jetzt fünf Jahre an. Im Durchschnitt der Jahre 1984/86 werde die Teuerungsrate etwa 1,8 Prozent betragen. Abgesehen von den 50er Jahren habe es eine so lange Stabilitätsphase nur noch 1967/69 gegeben, als die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent gestiegen seien.

Zu den importierten Faktoren *schreibt das Institut:*

– die Weltmarktpreise für Rohstoffe lagen 1985 um 18 Prozent unter dem Niveau von 1981.

– Der Rohölpreis ist in diesem Frühjahr nur noch halb so hoch wie 1981.

– Der DM-Außenwert gegenüber dem Dollar ist binnen Jahresfrist um 36 Prozent gestiegen.

Die Veränderung der Energie- und Rohstoffpreise schlägt allerdings nur abgeschwächt auf die gesamte Teuerungsrate durch. Dies erklärt sich mit dem relativ geringen Gewicht, mit dem der Teilindex Energie und Kraftstoffe in den Gesamtindex eingeht (derzeit zehn Prozent). Zum Vergleich: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren haben einen Anteil von *25 Prozent am Gesamtindex, Mieten* 15 und Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit 14 Prozent.

HAUSEIGENTÜMER

Wohnungsmarkt sollte von Bürokratie befreit werden

ARNULF GOSCH, Bonn

Der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer hat die Bundesregierung aufgefordert, die soziale Marktwirtschaft endlich auch im Bereich des Wohnungswesens einzuführen. Wie Verbandspräsident Theodor Paul gestern in Bonn erklärte, sollten die mit Gesetzen und Verordnungen überfrachtete Wohnungswirtschaft endlich von diesen bürokratischen Fesseln befreit und die ordnungspolitisch notwendigen Entscheidungen gefällt werden.

Wenn die staatlichen Eingriffe in den Wohnungsmarkt unvermindert fortgesetzt würden, sei eine Immobilienkrise und eine „Wertevernichtung ungeahnten Ausmaßes" zu befürchten. Allein die Reglementierungen seien die Ursache für die erkennbar vielfältigen Schwierigkeiten im Wohnungswesen, und zwar ebenso für die wachsenden Leerstände wie für den Preisverfall bei gebrauchten Eigenheimen und Eigentumswohnungen. Leider handelten Bund, Länder und *Gemeinden aber immer noch nach* dem in Paragraph 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes erteilten Auftrag, den Wohnungsbau als vordringliche Aufgabe zu fördern.

Zu den erforderlichen *Liberalisie*rungsmaßnahmen zählt der Hauseigentümerverband in erster Linie

- die Beendigung der Subventionierung des Mietwohnungsneubaus auch durch die Länder,
- die Überführung der Sozialwohnungsbestände in die allgemeinen Wohnungsmärkte,
- eine *Liberalisierung des Mietrech*tes verbunden mit einer Vereinheitlichung des Mietenbegriffs („Marktmiete"),
- eine Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts und die Wiederherstellung der Chancengleichheit im Wettbewerb der Wohnungsanbieter sowie schließlich
- verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für Instandsetzung und Modernisierung. So müßten auch steuerfreie Rücklagen für derartige Maßnahmen in der Weise zugelassen werden, daß pro Jahr 50 Prozent der Mieteinnahmen steuerfrei bleiben. Nach fünf Jahren seien die Rücklagen nachzuversteuern, die nicht dem begünstigten Zweck entsprechend verwendet worden seien.

Über kurz oder *lang* sollte nach Pauls Meinung auch die Abschaffung der Bausparförderung gefordert werden. Wenn es nicht schnell zu ordnungspolitischen Weichenstellungen *komme, würden möglicherweise* weitere Milliardenbeträge fehlinvestiert. Das zunehmende Überangebot an Wohnraum führe auch langsam aber sicher zu einer Einengung des wirtschaftlichen Rahmens der Eigentümer für Instandsetzung und Modernisierung. Derzeit flössen etwa 40 Milliarden Mark jährlich in die Wohnungsmodernisierung. Wenn sich dieser Marktanteil verringerte, würde es zu erheblichen Auswirkungen auf das Baugewerbe kommen.

AUF EIN WORT

„Der Einsatz moderner Technik in einer dynamischen Branche wie *der Druckindustrie hat* eine positive Beschäftigungswirkung. Neue Technologien sind Grundlage für Wohlstandssteigerung, Schonung der Ressourcen, aber auch für die weitere Humanisierung der Arbeit."

Dr. Manfred Beltz Rübelmann, Vizepräsident des Bundesverbandes Druck e. V., Wiesbaden — FOTO: DPA

„Fördergebiete verringern"

dpa/VWD, Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat Bund und Länder aufgerufen, die Fördergebiete in der Bundesrepublik besser abzugrenzen. Durch eine Verringerung der Förder*gebiete müßten Subventionen abge*baut werden. Der DIHT wies darauf hin, daß gemessen am Bevölkerungsanteil 47 Prozent des Bundesgebietes gefördert würden. Er schlug vor, die Förderung *auf die tatsächlichen* arbeitsmarkt- sowie einkommenspolitischen Problemfälle zu konzentrieren. Die Arbeitslosenquote sollte mit 50 Prozent, die Bruttowertschöpfung und das Einkommen mit jeweils 25 Prozent gewichtet werden.

TECHNOLOGIE

„Intelligente Maschinen" beschäftigen das Parlament

A. G. Bonn

Die Enquete-Kommission „Technologiefolgen-Abschätzung" will sich am kommenden Montag in einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema „menschliche Kreativität und künstliche Intelligenz" beschäftigen. Im Klartext geht es um die Computer der fünften Generation, *die jetzt „intelligent"* werden. Diese intelligenten Maschinen, auch „Expertensysteme" genannt, können das Fachwissen eines Experten speichern und dann ähnlich wie ein Mensch Schlüsse ziehen und konkrete Sachverhalte beurteilen.

Wie Enquete-Kommissions-Vorsitzer Josef Bugl (CDU) gestern erläuterte, soll in dieser Anhörung versucht werden, im Dialog mit Experten und den über 150 Mitgliedern von sechs Bundestagsausschüssen sich der Frage zu nähern, in welchem Umfang die Maschinen der fünften Generation schöpferisch kreative Akte des Menschen ergänzen oder ob die Gefahr *besteht, daß der bislang allein* schöpferisch tätige Mensch zu einem Anhängsel der ihm wissensmäßig überlegenen Maschine zu werden droht.

Gleichzeitig soll mit dieser Veranstaltung aber auch eine für die Verhältnisse des Deutschen Bundestages neuartige Form einer solchen Anhörung erprobt werden. Versucht wer*den soll eine Art „Kreuzverhör"* zwischen Parlamentariern und Experten. Anders als bisher üblich sind die Sachverständigen von allen Fraktionen gemeinsam ausgewählt und eingeladen worden, und eine Beschränkung der Redezeit werde es nicht geben. Die vom Parteiengezänk geprägten Anhörungen alten Stils hält Bugl für überholt.

LANDWIRTSCHAFT

Stimmungstief überschattet Klima der DLG-Ausstellung

dos, Hannover

Die derzeit schwierige Lage der Landwirtschaft ist das beherrschende Thema im Vorfeld der DLG-Ausstellung '86, die am 7. Mai in Hannover eröffnet wird. Hermann-Adolf Ihle, Hauptgeschäftsführer der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, fürchtet, daß das Jahr 1986 für die Landwirtschaft „eine Abwärtsbewegung bringen wird". Ihle: „Die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft ist gering. Wachstumschancen sind nicht in Sicht. Dieses Tief wird das Ausstellungsklima bestimmen."

Vor diesem Hintergrund erkläre sich zugleich die geringere Beteiligung, meinte Ihle. In Hannover zeigen 1021 Aussteller und 327 zusätzlich vertretene Firmen aus drei Ländern ihr Angebot. Auf der letzten DLG-Ausstellung 1984 in Frankfurt waren es insgesamt 540 Aussteller mehr. Vor allem im Landtechnik-Bereich fehlen diesmal eine Reihe wichtiger Unternehmen. Dies allerdings dürfte weniger auf die schlechten Absatzaussichten zurückzuführen sein, sondern auf die Verselbständigung der Landtechnik in der Fachausstellung Agritechnica in Frankfurt.

Nach den Worten Ihles ist eine Entscheidung über das künftige Schicksal der DLG-Ausstellung noch immer nicht gefallen. Der Trend gehe aber weg von der Wanderausstellung. Vieles spreche für Frankfurt als festen Standort. Den Ausschlag dürfte die Besucherbefragung bringen, die in Hannover vorgenommen wird. Auf der sieben Tage dauernden DLG-Ausstellung werden rund 300 000 Besucher erwartet. Technische Problemlösungen, der Einsatz von Elektronik und Datenverarbeitung und Umwelt- und Bodenschutz stehen neben der Tierschau *im Mittelpunkt* der Schau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Raffineriekapazitäten der deutschen Mineralölindustrie sind im abgelaufenen Jahr um rund 18 Millionen Tonnen oder 17 Prozent abgebaut worden. Das Ausmaß der Anpassung war *damit größer als in allen* Vorjahren. Die Gesamtkapazität der Rohölverarbeitung belief sich Ende 1985 nur noch auf 87,25 Millionen Tonnen. Nach den bereits angekündigten weiteren Anpassungsmaßnahmen soll die Kapazität der Rohölverarbeitung bis 1987 auf knapp unter 80 Millionen Tonnen sinken. Das wäre dann die Hälfte des Ende 1978 erreichten Höchststandes von 159,43 Millionen Tonnen. QUELLE: MWV

Bundesbank gibt neue Liquidität

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank bietet der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe in Form von Wertpapierpensionsgeschäften mit einer Laufzeit von 28 Tagen. Diese Wertpapierpensionsgeschäfte haben die Form eines „Mengentenders" mit einem Festzins von 4,35 Prozent. Die Laufzeit reicht vom 7. Mai bis 4. Juni. Diese Wertpapierpensionsgeschäfte stellen eine Prolongationsmöglichkeit dar, da die Kreditinstitute am Mittwoch 9,0 Mrd. DM auslaufende Wertpapierpensionen an die Bundesbank zurückzahlen müssen, die zuvor ebenfalls zum Zins von 4,35 Prozent gewährt worden waren.

„Nobelmühle": 334 Mark

Frankfurt (DW) – Die Aktien der Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf, wurden gestern an der Frankfurter Börse zum Kurs von 334 Mark amtlich eingeführt. Der Ausgabepreis der sieben Millionen Aktien (Plazierungsbetrag 1,995 Mrd. Mark) hatte 285 Mark betragen. Im Vorfeld der amtlichen Notierung waren die Kurse zeitweise bis auf 400 Mark geklettert.

Höhere Strompreise

Essen (VWD) – Das Rheinisch-*Westfälische Elektrizitätswerk* (RWE) will ab 1. Juli die allgemeinen Tarifpreise um durchschnittlich 4,9 Prozent erhöhen. Einen entsprechenden Antrag hat das Unternehmen beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Im Durchschnitt der Haushalte ergibt sich eine monatliche Mehrbelastung einschließlich Ausgleichsabgabe und Mehrwertsteuer von rund 4,50 DM, berichtet RWE. Das RWE begründet die Preisanhebungen in erster Linie mit den hohen Umweltschutzkosten.

Dollar fällt

Frankfurt (AP) – Offenbar im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio hat der amerikanische Dollar gestern wieder gegenüber allen anderen bedeutenden Währungen an Wert eingebüßt. Der Handel wartete nach eigenen Angaben auf mögliche Auswirkungen der Tokioter Gipfelbeschlüsse auf die Wechselkurse. In Frankfurt fiel der Dollarkurs um fast drei Pfennig auf einen amtlichen Mittelwert von 2,1834 DM (Freitag 2,2062).

Berlin ausgenommen

Hamburg (dpa/VWD) – Nach den Benzinpreisen sind jetzt auch die Gaspreise in der Bundesrepublik auf breiter Front ins Rutschen geraten. Lediglich die Berliner von der Entwicklung ausgenommen. Bis zum Herbst 1985, als Berlin an das sowjetische Erdgasnetz angeschlossen wurde, gewann die Berliner Gasag das Stadtgas ausschließlich aus Kohle und Leichtbenzin. Die Einsparungen beim Kauf des billiger gewordenen Erdgases von 70 bis 100 Mill. DM sollen zum Abbau der Subventionen dienen.

Gleiche Zinsberechnung

Bonn (VWD) – Die Vereinheitlichung der Zinsberechnungs- und Erfüllungsmodalitäten bei Geschäften über festverzinsliche Wertpapiere hat der Zentrale Kreditausschuß durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen angemeldet. Die Empfehlung sieht vor, daß sowohl im Emissionsgeschäft als auch beim Handel mit festverzinslichen Wertpapieren der *Übergang des Zinsan*spruchs auf den Erwerber am Tag der Bezahlung des Kaufpreises erfolgt. Die Empfehlung soll zum 1. Juli 1986 ausgesprochen werden.

ZAHLUNGSMORAL

Rechnungen werden wieder pünktlicher beglichen

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zahlungsmoral der deutschen Unternehmen hat sich nach einer Untersuchung der Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, im ersten Quartal dieses Jahres wieder gebessert. Trotz der erreichten Preisstabilität war sie jedoch noch deutlich schlechter als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Rechnungen pünktlich bezahlten, lag mit 67,8 Prozent um 1,4 Prozentpunkte höher als im vierten Quartal 1985, jedoch um 2,3 Punkte niedriger als ein Jahr zuvor. 21,6 Prozent der Unternehmen beglichen als „langsame Zahler" ihre Rechnungen bis zu zwei Monaten zu spät. Im ersten Quartal 1985 hatte ihr Anteil 20,3 Prozent, im vierten Quartal 23,4 Prozent betragen.

Immerhin 7,2 Prozent ließen sich mehr als 60 Tage beim Bezahlen Zeit und 3,3 Prozent gaben zu „ernsten Beanstandungen" Anlaß, waren also insolvent oder mußten gemahnt werden. Vor einem Jahr hatten lediglich 6,4 (viertes Quartal: sieben) Prozent „schleppend" bezahlt, „ernste Beanstandungen" gab es bei 3,1 (3,1) Prozent.

Besonders kritisch war die Zahlungsweise am Bau. Nur 45,2 Prozent der Betriebe zahlten im ersten Quartal pünktlich – 0,4 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor. In der Textilindustrie gab es mit 2,1 (2,2) Prozent die geringsten Beanstandungen; 64,8 (67,3) Prozent der Betriebe zahlten vereinbarungsgemäß. Der Großhandel war der einzige Bereich, in dem sich die Zahlungsmoral auch gegenüber dem vierten Quartal 1985 verschlechterte. Der Anteil der pünktlichen Zahler sank hier in drei Monaten um 0,4 Punkte auf 65,0 Prozent.

KRONBERGER KREIS / Grundlegende Änderung des Steuersystems empfohlen

„Bürgersteuer" soll alle entlasten

HEINZ HECK, Bonn

Die im Kronberger Kreis zusammengeschlossenen marktwirtschaftlich engagierten Professoren, darunter Wolfram Engels, Armin Gutowski und Walter Hamm, denken radikal. Gestern haben sie eine grundlegende Umgestaltung unseres Steuer- und Umverteilungssystems empfohlen. In einer sogenannten „Bürgersteuer" *sollen nicht nur die Einkommen-*, Lohn-, Körperschaft-, Vermögen-, Erbschaft- und Schenkungssteuer aufgehen, sondern auch alle Sozialleistungen wie Kinder- und Wohngeld, Ausbildungsförderung, *Sozialhilfe*, Sparprämien und -zulagen.

Für ihren Vorschlag führen sie wesentliche Pluspunkte ins Feld: Die Bürgersteuer sei außerordentlich einfach (benötige nur ein Zehntel der heutigen Gesetzestexte), und die Steuersätze seien bei gleichem Aufkommen viel niedriger.

Drei Ideen kennzeichnen das Reformkonzept, einmal die negative Einkommensteuer: Die Einkommensteuer wird zum zentralen Verrechnungsinstrument zwischen Bürger und Staat. Abgabepflichten und Unterstützungsansprüche des Bürgers werden saldiert. Nur dieser Saldo wird als Steuer erhoben oder – falls negativ – als Unterstützung ausgezahlt. In diese Negativsteuer können *alle Ansätze des sozialen Ausgleichs* eingehen, zum Beispiel Kinderfreibeträge, Vergünstigungen für Behinderte, aber auch Objektsubventionen mit dem Ziel der Umverteilung wie sozialer Wohnungsbau.

Besteuert wird nicht das jährliche, sondern das Lebenseinkommen. Dieses muß sich entweder als Konsum- oder als Vermögenszuwachs niederschlagen. Der laufenden Besteuerung unterliegen nur die konsumierten Einkommensbeträge, während das angesammelte Vermögen erst nach Lebensende mit dem gleichen Steuersatz belastet wird.

Mit der Teilhabersteuer erreicht man schließlich die steuerliche Gleichbehandlung aller Rechts- und Finanzierungsformen von Unternehmen. Juristische Personen werden nicht mehr definitiv besteuert. Vielmehr wird das Einkommen von Körperschaften in die Steuerpflicht *der Anteilseigner* einbezogen.

Bisher wird die Steuerbemessungsbasis immer mehr ausgehöhlt, so daß auf die verbleibende hohe Steuersätze erhoben werden müssen. Beim Kronberger Modell ist es umgekehrt. Jeder Bürger erhält ein nach persönlichen Merkmalen gestaltetes „Basisgeld". Darauf werden Einkünfte zu 50 Prozent angerechnet, so daß beim Doppelten dieses Betrags (Unterstützungsgrenze) weder Steuerpflicht noch Unterstützungsanspruch besteht. Einkommen darüber hinaus werden besteuert.

EG

Positive Antwort vom Comecon

Ha. Brüssel

Eine positive Antwort hat der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) der EG-Kommission auf ihren Brief von Ende Januar gegeben: Er erklärte sich damit einverstanden, daß die Gemeinschaft parallel zur Entwicklung *offizieller Beziehungen* zum kommunistischen Wirtschaftsverbund auch Handelsabkommen mit den einzelnen Comecon-Mitgliedstaaten abschließt.

In der Antwort von Comecon-Sekretär Sytschow an den für Außenbeziehungen zuständigen EG-Kommissar de Clercq heißt es, „verschiedene Mitglieder" der Ostblock-Organisation seien „grundsätzlich bereit", ihre Beziehungen mit der Gemeinschaft

auf einer bilateralen Grundlage zu regeln. Um welche Staaten es sich dabei handelt, wird nicht gesagt. Als erstes Land hat jedoch bereits Rumänien Ende März seine Bereitschaft signalisiert, die bestehenden Vereinbarungen über Teilbereiche des Handels in ein umfassendes Abkommen umzuwandeln.

Der Dialog zwischen EG und Comecon geht auf 1977 zurück. Damals scheiterten Verhandlungen an dem Wunsch der Ostblockorganisation, in das vorgesehene Rahmenabkommen eine handelspolitische Klausel aufzunehmen und einen gemeinsamen Ausschuß zur Steuerung des Warenverkehrs zu schaffen.

WIRTSCHAFTSGIPFEL / Neue Indikatoren zur Kursstabilisierung – Fünfergruppe wird um Italien und Kanada erweitert

Wirtschaftspolitik soll stärker abgestimmt werden

H.-A. SIEBERT, Tokio

Genauer abgesteckt worden ist in Tokio der Weg, der zu einer größeren Stabilisierung der Wechselkurse führen soll. Die Finanzminister der „großen Sieben" einigten sich am ersten Gipfeltag darauf, den Zwang zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken zu verschärfen. Von selbst aufhören würden dann die zeitweise unkontrollierten Erdbeben an den Devisenmärkten.

Nach Ansicht der Minister ist eine Verbesserung des Währungssystems um so dringender, als die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte trotz der bisherigen Wechselkursanpassungen zunächst noch zunehmen. So wird für 1986 mit einem weiteren Anstieg des US-Leistungsbilanzdefizits auf 130 Milliarden Dollar gerechnet, *während die Überschüsse* Japans und der Bundesrepublik auf 77 und 27 Milliarden Dollar schnellen. Im amerikanischen Kongreß wird bereits der Ruf nach Handelsschranken wieder lauter, das Repräsentantenhaus bastelt zur Zeit an einem protektionistischen Außenhandelsgesetz.

Andererseits erschüttern die wirtschaftlichen und innenpolitischen Folgen der rapiden Dollar-Abwertung – in nur sieben Monaten verteuerte sich der Yen gegenüber der US-Währung um 40 Prozent – das japanische Inselreich. Auch nach deutschem Urteil sind die Grenzen der *Yen-Aufwertung erreicht. Langfristig* ist zwar ebenfalls eine Korrektur im Verhältnis Yen/Mark nötig, erst einmal muß die japanische Wirtschaft jedoch die Exporteinbrüche im Dollarraum verkraften.

Im Währungsbereich bilden die Bundesrepublik und Japan mithin eine gemeinsame Font. In der deutschen Delegation hieß es, mit einem Kurs von 2,30 Mark je Dollar könne man leben. Zu starke Ausfuhrverluste, vor allem auch in die Entwicklungländer, müßten indes vermieden werden. Nicht vergessen wurde der Hinweis, daß der realistischere Dollarwert eine Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom amerikanischen Markt verhindert.

USA für mehr Ordnung

Erreicht werden soll die größere Kursstabilität an den Devisenmärkten durch die Entwicklung sogenannter objektiver Indikatoren, die anzeigen, wenn der internationale Währungsfonds (IWF) die in den Statuten vorgeschriebene Überwachung durchführt. Offen ist noch, welche Indikatoren verwendet werden. Denkbar sind der Wechselkurs eines Staates, seine wirtschaftliche Wachstums- und Inflationsrate sowie die Salden der Handels- und Leistungsbilanz. Ausmaß und Richtung der Indikatoren würde über die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen wie Konsolidierung des Haushalts oder Zinseingriffe entscheiden. Weit auseinander klaffen aber immer noch die Ansichten über die „rechtliche" Bedeutung der Indikatoren. Das heißt, man kann sie entweder als Entscheidungshilfe oder als Auslöser einsetzen.

Die Amerikaner, die auf eine rasche Verwendung von Indikatoren bei der Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken dringen, versprechen sich von ihnen eine Stärkung der Währungsordnung, weil sie die Regierungen ermuntern, eine gesunde, wachstumsorientierte und konsistente Politik zu betreiben, und zwar auf symmetrische Weise: Zur Anpassung gezwungen werden sowohl die Überschuß- als auch die Defizitländer, egal wie groß sie sind. Als weitere „Qualität" nennen sie die Breite der Maßnahmen; das heißt, abgeklopft und korrigiert wird jede Politik, die ein Ungleichgewicht hervorgerufen hat. Damit ist neben der Geld- und Fiskalpolitik auch die Strukturpolitik einbezogen. Außerdem schwebt den USA eine Art Anpassungsmechnismus vor, wobei die radikale Lösung das betroffene Land zum Eingreifen verpflichten würde. Weniger drastisch wäre die Einberufung einer Konferenz, in der das Problem diskutiert würde.

IWF-Studie abwarten

Daß in Tokio keine Nägel mit Köpfen gemacht werden, ist den Deutschen und Japanern zu verdanken. Beide Delegationen setzten durch, daß man zunächst die Studie abwartet, die der IWF im September im Auftrag der Finanzminister des Interimsausschusses vorlegen *soll. Erteilt* wurde der Auftrag im April. Bonn und Tokio sind auch gegen eine automatische Verpflichtung zum Handeln. Mit Recht wurde darauf verwiesen, daß so etwas in Demokratien nicht funktioniert und besonders nicht in den USA, wo der Präsident über keine Mehrheiten im Kongreß verfügt.

Erörtert wurde die Erweiterung der Fünfergruppe, der die USA, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Japan angehören, um Italien und Kanada. Nach anfänglichen Unstimmigkeiten entschieden die Finanzminister, die bisherige Fünfer- in eine Siebenergruppe umzuwandeln. Rom hatte aus Prestigegründen schon lange darauf gedrängt.

DRALLE / Japanische Tochter wurde zum Glanzlicht

Bald eigene Friseurgeschäfte

JAN BRECH, Hamburg

Der Haarpflegespezialist Dralle GmbH, Hamburg, letzter Mittelständler im hart umkämpften Markt für Körperpflegemittel, bleibt auch für dieses Jahr optimistisch. Wie die geschäftsführenden Gesellschafter Rolf, Jörg und Frank Breckwoldt betonen, setze das Unternehmen im Wettbewerb mit den Riesenkonzernen ausschließlich auf das qualitative Element, da man jede Materialschlacht verlieren würde. Trotz aller Risiken und ständiger Übernahmeangebote der Konkurrenz soll Dralle als *selbständiges Familienunternehmen* in vierter Generation erhalten bleiben.

Bislang habe Dralle mit den Hauptmarken Dralle Beauty, Birkin und Sulfrin ein Umsatzplus von 2,6 *Prozent erzielt.* Dabei stagnierten die Teilmärkte Shampoo und Festiger. Neue Aktivitäten startet Dralle auch im Friseurgeschäft. Einmal ist der Vertrieb für diesen Teilbereich mit der Dralle-Inlandsabsatzorganisation verschmolzen worden. Das führe zwar zur Zeit zu geringen Umsatzeinbußen, stärke aber die Ertragskraft, erklärt F. Breckwoldt. Zum anderen ist Dralle eng mit der neu gegründeten Ryf-Coiffeur GmbH, Norderstedt, verbunden, die eine Kette von Friseursalons in der Bundesrepublik aufbauen will. Zu diesem in der Branche mit Unruhe aufgenommenen Vorhaben erklärt Breckwoldt, daß Dralle konzeptionell und auch vom Management voll zu dieser Aktivität stehe. Die neue Gesellschaft sei aber kapitalmäßig keine Tochter von Dralle.

Das Friseurgeschäft macht bei Dralle *rund 15 Prozent* vom Inlandsumsatz aus. Aus den Verbrauchermärkten und Kaufhäusern stammen 65 Prozent, aus dem klassischen Fachhandel, in dem Dralle marktführend ist, 20 Prozent. An dieser Vertriebsstruktur habe sich 1985 nichts verändert, betont Breckwoldt. Im Berichtsjahr ist Dralle im Inland real um 3,2 Prozent auf 71 Mill. DM gewachsen. Der Auslandsumsatz stieg um 5,7 Prozent auf 54 Mill. DM.

Glanzlicht im Ausland ist die japanische Tochter, die 20,8 Prozent mehr umsetzte und den Gewinn deutlich steigerte. Probleme hatte Dralle dagegen mit der aufgekauften Schweizer Ryf-Gruppe, die mehr als erwartet reorganisiert werden mußte und deutliche *Verluste erlitt.* Das Gesamtergebnis von Dralle bezeichnet Breckwoldt aber als befriedigend. Es sei entsprechend der Geschäftsausweitung gewachsen. Die Eigenkapitalquote habe sich auf mehr als 30 Prozent verbessert.

Nächste Gatt-Runde wird in Tokio vorbereitet

HANS-J. MAHNKE, Tokio

Die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen des Westens haben sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio noch einmal für eine neue Liberalisierungsrunde im Welthandel stark gemacht. Aus deutscher Sicht laufen die Vorbereitungen für eine solche Runde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) „ermutigend". Das Signal von Tokio wird positiv gewertet. Die endgültige Entscheidung fällt auf einer Gatt-*Ministertagung Mitte* September.

Der Kampf gegen den Protektionismus ist für Bundeskanzler Helmut Kohl, wie er gegenüber den anderen Regierungschefs erklärte, auch eine Frage der Glaubwürdigkeit des Westens. Im Gegensatz zum Bonner Gipfel vor einem Jahr sprach sich jetzt auch der französische Ministerpräsident Mitterrand eindeutig für eine Gatt-Runde aus. Im Vorfeld des Gipfels hatten vor allem Japan und die USA darauf gedrängt, in Tokio bereits *einen Termin für den Auftakt* der Runde zu nennen. Andere Delegationen sahen darin eher eine Gefahr, daß jene Entwicklungsländer, *die sich, angeführt von Brasilien und* Indien, immer noch gegen eine Runde wenden, provoziert würden. Formell soll die Gatt-Ministertagung die neue Runde einläuten. Die eigentlichen Verhandlungen würden dann Anfang nächsten Jahres anlaufen.

Einigkeit besteht, und darüber mußte in Tokio gar nicht mehr lange gesprochen werden, über die großen strategischen Ziele. Dies sind: Stärkung des multilateralen Gatt-Welthandelssystems, Einhaltung des Protektionismus und Abbau von Handelshemmnissen. Erhebliche Differenzen mit den Entwicklungsländern bestehen noch bei der Einbeziehung neuer Bereiche unter das Dach des Gatt. Bisher ging es vor allem um Dienstleistungen und den Schutz gewerblicher und geistiger Eigentumsrechte (Nachahmungen). In jüngster Zeit ist die amerikanische Forderung nach handelsrelevanten Investitionsmaßnahmen hinzugekommen. Die Entwicklungsländer befürchten – *nach Ansicht der deutschen Delegation* zu Unrecht – einseitige Nachteile. Die anderen Industriestaaten halten zumindest die Einbeziehung der *Dienstleistungen für unverzichtbar.*

Der Agrarhandel, worauf die Japaner jetzt noch einmal nachdrücklich gedrängt haben, steht als neues Gatt-Thema fest. Hier wird die EG wegen ihrer restriktiven Importpolitik und ihrer subventionierten Exporte unter den konzertierten Druck der anderen Industriestaaten und der Entwicklungsländer geraten.

Um den jüngsten Konflikt mit den USA nach dem Beitritt Spaniens und Portugals zur EG zu entschärfen, hat jetzt der gegenwärtige EG-Ratspräsident, der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers, bilaterale Verhandlungen vorgeschlagen. Auf deutscher Seite werden Gespräche innerhalb des Gatt favorisiert. Trotz des Gipfels wird es in Tokio nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Amerikaner ihre zunächst auf den 1. Mai und dann wegen des Gipfels verschobenen Gegenmaßnahmen zum Teil in Kürze einseitig in Kraft setzen werden. Die Hoffnungen richten sich *darauf, daß die Eingriffe* nicht so stark ausfallen, so daß die EG nicht reagieren müßte. Damit wäre Zeit für die Verhandlungen gewonnen. Damit *würde auch die Gatt-Runde nicht gefährdet.*

Der Fahrplan für sie sieht so aus: Die Vorbereitungsarbeiten für das Ministertreffen, wozu auch die Tagesordnung zählt, sollen im Frühsommer abgeschlossen sein. Ende Juni findet ein Treffen der Handelsminister in Seoul statt, wo die Chance für die Lösung von Streitfällen besteht. Die dann noch offenen Fragen müssen auf der Ministertagung Mitte September abgehakt werden.

Das Thema Liberalisierung spielt neben den Währungsproblemen in Tokio vor allem für die USA eine große Rolle. Im September 1985 konnte dem internen protektionistischen Druck in den USA dadurch begegnet werden, daß die führenden westlichen Industriestaaten sich auf koordinierte Interventionen am Devisenmarkt verständigten. Danach sank der Dollarkurs. Gegenwärtig wird jedoch im Kongreß an einem neuen protektionistischen Handelsgesetz gearbeitet. Um dieses zu verhindern, sind die Vorbereitungen für eine neue Gatt-Runde so wichtig.

STAHLINDUSTRIE / Firmen bestellen weniger Bohrinseln

Druck durch Ölpreisverfall

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Markt für Stahlerzeugnisse, die in der Mineralölwirtschaft verwendet werden, ist unter dem Druck des Ölpreisverfalls zusammengebrochen, stellt das Stahlkomitee der OECD fest. Das gilt vor allem für Bohrinseln. Sie werden wegen der vielfach unrentabel gewordenen Off-shore-Suche kaum noch bestellt. Für die internationale Stahlkonjunktur bedeutet das einen schweren Schlag.

Betroffen sind die USA, deren Stahlindustrie in diesem Sektor stark engagiert ist. Bereits 1985 war der Bestand der von den US-Konzernen betriebenen Bohrinseln von 2300 auf 1900 zurückgegangen. Inzwischen sind es nur noch 917. In Kanada schrumpfte die Zahl der Bohrinseln gegenüber 1985 von 400 auf 100.

Nachdem der sichtbare Verbrauch von entsprechenden Stahlerzeugnissen (Bohrinseln und Bohrmaterial) in den USA von 3,3 Mill. Tonnen 1984 auf 2,4 Mill. Tonnen 1985 zurückgegangen war, wovon 1 Mill. Tonnen den Vorräten entnommen wurden, erwartet die OECD für dieses Jahr eine weitere Abschwächung auf 1,5 Mill. Tonnen. Noch vor zwei Monaten hatte man auf 2,3 Mill. Tonnen gesetzt. Eine weitere Kürzung um 30 Prozent dürfte nach Ansicht der *OECD jetzt fällig werden.*

Dieser „totale Marktzusammenbruch" hat nach Angaben des Stahlausschusses schwere Rückwirkungen auch auf die ausländischen Produzenten von Bohrmaterial. Sie schafften es heute kaum noch, ihre Lieferungen entsprechend dem amerikanischen Auftragsrückgang einzuschränken.

Inzwischen haben die europäischen Mineralölkonzerne (vor allem die in Großbritannien und Norwegen tätigen) Bohrmaterialaufträge annulliert, ebenso wie die Sowjetunion, was neben der EG besonders Österreich trifft. Damit nehmen bei allen Produzenten von Bohrmaterial die schon seit einiger Zeit bestehenden Überkapazitäten weiter zu. Dies um so mehr als immer noch Kapazitätsausweitungen geplant sind.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Cafe Pein GmbH, Monschau; **Bad Homburg:** Racky Baudekoration GmbH, Oberursel; **Berlin Charlottenburg:** Spitra GmbH – Transporte, Düsseldorf; **Bielefeld:** Gertrud Schaekel, Lehrerin, Halle; **Bremen:** Hans-Dieter Zentner; **Bruchsal:** Transport-Ring GmbH, Östringen; **Burgwedel:** a & s Bauges. mbH, Isernhagen; **Celle:** W. Meyer GmbH & Co., Hoch-, Tief- u. Stahlbetonbau; Wilhelm Meyer Verwaltungsges. mbH; **Deggendorf:** Karl Karmann, Kfz.-Meister, Metten-Berg; **Düsseldorf:** Nachl. d. Volker Scholz; **Essen:** Busche GmbH & Co., Sprockhövel 2; **Eutin:** Music Smith GmbH; **Hamburg:** Erna Marie Gertrud Lodding geb. Wedekin; **Hamm:** Möckel Sportbau GmbH, Unna-Massen; **Krefeld:** Mechtilde Janssen; **Limburg:** Hassler GmbH, Bad Camberg-Würges; Hermann Hassler GmbH u. Co. KG, Bad Camberg-Würges; **Lüneburg:** Walter Denecke, Maschinenbaumeister, Bleckede; **München:** ABEG Apparatebau u. Elektroanlagen GmbH, Kirchseeon-Eglharting; Rawaih Kosmetik Handels GmbH i. L.; **Neumünster:** KS Bedachungs GmbH; **Neu-Ulm:** Teja Leibold, Günzburg; Gardinen Studio Ilona Bschorr, Thannhausen; **Nürnberg:** Karl Hubl; Hopfengärtner-Bau GmbH; Bauunternehmung Koch GmbH, Rückersdorf; Claus Wiessler, Landwirt; **Reutlingen:** 1. Kurt Dünkel, 2. Karin Dünkel, Dettingen; **Rosenheim:** Andreas Belcier GmbH & Co., Kiefersfelden; **Siegen:** Buntspecht GmbH Möbel u. Freizeitgeräte, Burbach; **Villingen-Schwenningen:** IWH Immobilien, Wohnungen, Hausverwaltungen, Michael Uhlig GmbH, Bad Dürrheim; **Wiesbaden:** TRANSREAL Bauträger GmbH.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hahn unter Beschuß?

Frankfurt (VWD) – VW-Vorstandschef Carl Hahn steht angeblich unter erheblichem Beschuß seiner Vorstandskollegen. Wie VWD erfahren haben will, möchte Hahn unbedingt VW-Finanzchef Rolf Selowsky aus dem Vorstand drängen. Dessen Vertrag läuft in einem Jahr ab, entsprechende Verhandlungen stehen in diesen Wochen an. Um nun eine Vertragsverlängerung zu verhindern, habe Hahn sich an wichtige Mitglieder des Aufsichtsrates gewandt, ohne seine Kollegen im Vorstand über diesen Schritt zu informieren. Der Rest-Vorstand fühle sich dadurch hintergangen, heißt es, und habe sich gegen *den VW-Chef solidarisiert.*

Stollwerk gibt 7 DM

Köln (VWD) – Eine Dividende von wieder 7 DM je 50-DM-Aktie gibt die Stollwerck AG, Köln, für das Geschäftsjahr 1985. Wie aus der Einladung zur HV am 13. Juni hervorgeht, steht dafür ein Bilanzgewinn von rund 5,7 (5,3) Mill. DM zur Verfügung.

Montedison in Frankfurt

Mailand (VWD) – Der italienische Chemiekonzern Montedison, Mailand, wird in Kürze an der Börse von Frankfurt zugelassen. Präsident Mario Schimberni zufolge will Montedison noch vor Jahresende das Kapital erneut erhöhen. Montedison hat nach zehn Verlustjahren 1985 einen Reingewinn von 101 Mrd. Lire (143 Mill. DM) ausgewiesen.

Aqua Signal wird AG

Bremen (dpa/VWD) – Die mit Lichtquellen für die Schiffahrt zu den bedeutendsten Unternehmen in der Welt gehörende Aqua Signal Ahlemann und Schlatter GmbH & Co KG in Bremen soll Aktiengesellschaft werden. Der Beschluß wird auf einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 18. Juni erwartet. Das Unternehmen erreichte im vergangenen *Jahr einen Umsatz von rund 35* (1984: 30) Mill. DM.

Elbschloss ohne Dividende

Hamburg (VWD) – Die Elbschloss-Brauerei AG, Hamburg, wird für 1985 ebenso wie für das Vorjahr keine Dividende zahlen. Zuletzt hatte das Unternehmen 1983 eine Dividende von 5,50 DM ausgeschüttet.

Großauftrag

Wilhelmshaven (dos) – Das Software-Unternehmen ADV/Orga F. A. Meyer AG, Wilhelmshaven, hat einen Auftrag zur Entwicklung eines Führungssystems für die Obere Bundeswehr-Führung erhalten. Das Auftragsvolumen von knapp 13 Mill. DM beinhaltet die Einführung von Kommunikationskomponenten. Die Auswertung und Verteilung sowie der weitgehend automatisierte Austausch von Informationen zwischen den beteiligten Führungsstellen stehen dabei im Vordergrund. Das Projekt mit dem Arbeitstitel „Rubin" soll im Februar 1988 abgeschlossen sein.

Württ. Leinen erhöht

Blaubeuren (VWD) – Die Württembergische Leinenindustrie AG, Blaubeuren, erhöht die Dividende auf 18 (16) Prozent. Dies geht aus der Einladung zur HV am 18. Juni in Stuttgart hervor. Als Bilanzgewinn werden rund 110 000 (98 000) DM ausgewiesen.

Liquidation beschlossen

Erlangen (dpa/VWD) – Die Gesellschafterversammlung der Bayern Immobilien Treuhand BIT GmbH, Erlangen, hat die Liquidation der Gesellschaft beschlossen. Dies geht aus dem Handelsregisterauszug beim Amtsgericht Fürth hervor. Als Liquidator fungiert seit 30. April der Erlanger Rechtsanwalt Dieter Mandelkow.

Optimismus bei den Dachdeckern

nl. Stuttgart

Trotz des im Gefolge der schwachen Baukonjunktur eingetretenen Beschäftigungsrückgangs im Dachdeckerhandwerk *blickt diese Handwerkssparte* „verhalten optimistisch" in die Zukunft. Wie anläßlich der bevorstehenden „Dach + Wand '86", Internationale Fachausstellung Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik (8. bis 11. Mai) in Friedrichshafen, der größten Fachmesse dieser Art, von Verbandssprechern mitgeteilt wurde, schöpfe man insbesondere aus den verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und aus dem vorhandenen Reparatur-Auftragsstau im *kommunalen Bereich* neue Hoffnung.

Im vergangenen Jahr hatte das Dachdeckerhandwerk – in der Bundesrepublik Deutschland gibt es insgesamt annähernd 6900 Betriebe – einen *Umsatz von rund 5,7 Mrd. DM* (minus sieben Prozent) erzielt. Die Auftragsdecke ist nach Angaben der Branche weiter geschrumpft. Bei Neubauten liege diese im Durchschnitt unter einem Monat, bei Altbauten knapp darüber. Auf der „Dach + Wand '86" präsentieren insgesamt 455 Firmen aus 17 Ländern ihr Angebot.

KOCHS ADLER / Der Aufschwung nimmt Konturen an

Weiterer Kapazitätsausbau

hdt. Bielefeld

Die positive Branchenentwicklung für die Hersteller von Nähmaschinen, die 1984 sichtbar wurde, hat auch 1985 angehalten und setzt sich weiter fort. So konnte die Kochs Adler AG, Bielefeld, ihre zu 99 Prozent mit Industrienähmaschinen und Automaten erzielten Umsätze 1985 um 11,2 Prozent auf 114,8 (103,2) Mill. DM steigern. Der *Gruppenumsatz,* der die in- und ausländischen Tochtergesellschaften einschließt, stieg um 13,5 Prozent auf 147,6 (130,0) Mill. DM.

Die einzelnen Absatzmärkte wiesen jedoch starke Differenzierungen auf. Sehr positiv – mit einem Plus von 15 Prozent – entwickelte sich der Inlandsmarkt. Hier wirkte sich vor allem die gestiegene Investitionsbereitschaft aller Abnehmerkreise aus. Eine ähnliche Entwicklung wurde auch in den meisten anderen westeuropäischen *Ländern* verzeichnet, vor allem in Italien, dem nach den USA größten Exportmarkt, wobei als Abnehmer die lederverarbeitende und die Schuhindustrie dominieren. Dagegen waren auf dem französischen Markt und in Übersee Rückgänge zu verzeichnen. Insbesondere das Liefervolumen nach den USA schrumpfte zusammen.

Die Fertigungskapazitäten, in deren Ausbau 7,8 (5,7) Mill. DM investiert wurden, waren voll ausgelastet. Da die Auftragseingänge noch stärker stiegen als der Umsatz und der Auftragsbestand inzwischen 60 Prozent über dem Vorjahreswert liegt, sollen diese Kapazitäten weiter ausgebaut werden. Die Zahl der Mitarbeiter hatte sich 1985 um 94 auf 1300 *erhöht.*

Der Jahresüberschuß von 2,3 (3,4) Mill. DM lag infolge Steuernachzahlung zwar unter dem Vorjahresergebnis, gestattet jedoch die vorgesehene Dividendenausschüttung von 18 Prozent auf das mit 10 Mill. DM unveränderte Grundkapital. Im Jahr zuvor waren 16 Prozent Dividende und vier Prozent Jubiläumsbonus gezahlt worden.

Der Mehrheitsbesitz am Aktienkapital ging inzwischen von Arend Oetker an die FAG Kugelfischer, Schweinfurt, über, die auch Muttergesellschaft der Dürkoppwerke AG ist, dem zweiten Bielefelder Nähmaschinen-Hersteller. Durch diese Maßnahme, der das Kartellamt noch zustimmen muß, wird eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erwartet, nicht zuletzt durch eine gegenseitige Programmergänzung.

NAMEN

Leo Benz, geschäftsführender Gesellschafter der Zettler-Firmengruppe, München, vollendet am 7. Mai 1986 sein 80. Lebensjahr.

Dr. **Peter Adolff**, Mitglied der Geschäftsleitung der Allianz Versicherungs-AG, München, wurde als Nachfolger von Dr. **Günther Fahr** zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Dinkelacker Brauerei AG, Stuttgart, gewählt. Adolff war bereits stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und gehört dem Dinkelacker-Aufsichtsrat seit 15 Jahren an.

Günter Becker, geschäftsführender Gesellschafter der Vereinigte Beckersche Werkzeugfabriken GmbH & Co. KG, Remscheid, wurde als Nachfolger von **Peter Wilhelm Rentrop** zum Präsidenten des Wirtschaftsverbandes Eisen, Blech und Metall verarbeitende Industrie (EBM), Düsseldorf, gewählt.

Dr. **Theodor Bellmann**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Battenfeld Maschinenfabriken GmbH, Meinerzhagen, wurde Vorstandsmitglied der Obergesellschaft SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf.

RASSELSTEIN / Sorgen mit dem Dollarkurs – und mit den Umweltschützern

Gedämpfte Musik im Blechgeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Letztmals ungewöhnlich hoch führt die Rasselstein AG, Neuwied, aus ihrer mit Thyssen-Vormaterial bestrittenen Weiß- und Feinblechproduktion für 1984/85 (30. 9.) an ihre beiden paritätischen Organmütter Thyssen- und Otto-Wolff-Konzern einen Nettogewinn von 25,2 (43,1) Mill. DM ab. Darin spiegelt sich die letzte Rate von 12 (28) Mill. DM öffentlicher Investitionszulage für die vollendete Durchlaufglühe-Großinvestition. Den Gesamtbetrag dieser Zulage nutzten die Eigentümer zu einer Aufstockung des Aktienkapitals auf 146 (106) Mill. DM.

Besser als im Vorjahr, erstmals wieder schwankungsfrei auch in der Beschäftigung und nach dem Urteil des Vorstands insgesamt „zufriedenstellend" verlief aber auch das Blechgeschäft. Bei einer den vorjährigen kleinen Rückschlag mehr als aufholenden Steigerung des Gesamtversands um 2,8 Prozent auf 1,13 Mill. Tonnen – davon 737 000 (724 000) Tonnen Weißblech/Feinstblech und 389 000 (379 000) Tonnen Feinblech – stieg auch dank leichter Preisaufbesserung der Umsatz beschleunigt um 6,2 (2,1) Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Erstmals wurde auch die Belegschaftszahl wieder etwas auf 3568 (3505) aufgestockt. Weiterhin leistet sich die Firma eine ungewöhnlich hohe Lehrlingsquote von 10,9 Prozent der Stammbelegschaft.

Ansehnlicher noch als beim Umsatz besserte sich der um den Personalaufwand gekürzte Rohertag um 12,8 (2,2) Prozent auf 265 (235) Mill. DM. Dieses Plus im Ertragsspielraum wurde vor allem genutzt, um auf Sachanlagen bei nur noch 51 (84) Mill. DM Investitionen 60 (46) Mill. DM abzuschreiben, darunter eine erstmals volle degressive Jahresabschreibung *auf die neue Durchlaufglühe.*

Deutlich gedämpfter als 1984/85 sieht der Vorstand bislang die Aussichten für das laufende Jahr. Dies zumal für das Weißblech, wo 1984/85 der mit 56 (54,6) Prozent exportierte Gesamtversand dieses hier größten EG-Produzenten immerhin nun um 16 Prozent größer als selbst im letzten Stahlboomjahr 1973/74 ausfiel. Aus der immer noch anhaltenden, mit unsachlichen Umweltschutz-Argumenten geführten Diskussion um die Einwegverpackung (Getränkedosen) könnten sich für das künftige Geschäft „erhebliche Belastungen" ergeben. Im Exportgeschäft müsse man aus Dollarkursabfall und US-Protektionismus nun mit „deutlich" negativem Einfluß auf Mengen und Erlöse rechnen.

Verhalten auch der Ausblick auf das Feinblechgeschäft, wo Rasselstein 1984/85 mit seinem zu 41 (40) Prozent aus Exporten stammenden Gesamtversand (29 Prozent weniger als 1973/74) das branchentypische Krisenopfer trägt. Der Vorstand richtet sich auf leichten Absatzrückgang ein und erwartet auch mit Blick auf den Dollarkursrückgang keine Besserung der bislang auf „unbefriedigendem" Niveau liegenden Preise.

K+S-Opposition fordert 12 Mark

dos, Hannover

Die Schutzgemeinschaft freier Kali und Salz Aktionäre in Hannover wird auf der Hauptversammlung der K+S AG am 20. Juni in Kassel zu zwei Punkten der Tagesordnung Gegenanträge stellen. Im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung (7 DM) fordert die Schutzgemeinschaft für die freien Aktionäre eine Dividende von 12 DM *je 50-DM-Aktie;* der Rest des Bilanzgewinns von 35 Mill. DM soll dem „Großaktionär Wintershall Beteiligungs GmbH" zufließen. Zur Begründung heißt es, bei der Übernahme der Salzdetfurth AG durch die Wintershall AG *hätten die freien Aktionäre* „erheblichen Schaden erlitten", wie die Wertsteigerung der eingebrachten Vermögenswerte zeige. Dies müsse nunmehr ausgeglichen werden.

Außerdem wird beantragt, dem K+S-Vorstandsvorsitzenden *Otto* Walterspiel die Entlastung zu verweigern, weil er seinen Aufgaben nicht nachgekommen sei. So habe es Walterspiel versäumt, die Bundesregierung für Projekthilfen bei der Kalidüngung zu gewinnen.

FICHTNER / Umsatzsteigerung durch Umwelttechnik

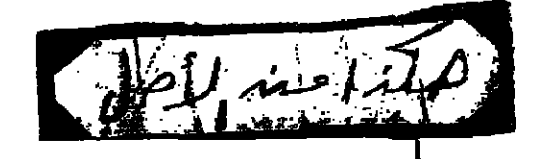
Marktchance durch TA Luft

nl. Stuttgart

Von der in diesem Jahr in Kraft *getretenen neuen Technischen Anleitung* (TA) Luft sind hierzulande rund 50 000 Anlagen in fast allen Industriebereichen mit den unterschiedlichsten Emissionsquellen (Hochöfen, Glasschmelzöfen, Gasturbinen, Mahl- und Trocknungsanlagen) betroffen. Mit etwa 20 000 Anlagen stellen die Feuerungsanlagen zur Dampf- und Heißwassererzeugung die größte Kategorie dar. Nach Einschätzung eines der führenden Consulting-Unternehmen, der Fichtner Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG, Stuttgart, ergibt sich im Bereich der Feuerungsanlagen unter 50 MW Leistung je nach mittelfristiger Entwicklung des Ölpreises ein Investitionsaufwand zwischen sechs und zehn Mrd. DM.

Hinzu kommen für Entstaubungsanlagen in der Bundesrepublik Investitionen von rund drei Mrd. DM. Einen dritten Schwerpunkt sieht Rainer F. Elsässer, Vorsitzender der Fichtner-Geschäftsführung, in den Petrochemieanlagen mit rund einer Mrd. DM erforderlicher Investitionen. Alles in allem beinhalte die TA Luft, deren Grenzwertfeststellung aus eigener Sicht als vertretbarer Kompromiß akzeptiert werden könne, „eine gute Marktchance für Aufträge aus dem In- und Ausland".

In 1985 erzielte Fichtner, der schon sehr früh und intensiv in den Markt der Umwelttechnik eingestiegen ist, eine Umsatzsteigerung um knapp zwei Prozent auf 94,8 (1984: 93) Mill. DM. Der Inlandsanteil lag bei 26 Prozent mit steigender Tendenz. Einschließlich Beteiligungen beläuft sich der Umsatz auf gut 100 Mill. DM. Für 1986 rechnet Fichtner mit einem ähnlich hohen Umsatzvolumen. Das Ergebnis bezeichnet Elsässer als „*einigermaßen zufriedenstellend*". *Beim* Ausbau der technologischen Basis konzentriert sich Fichtner besonders auf Luftreinhaltung, Entsorgungs- und Recyling-Techniken, Prozeßleittechnik, Energieumwandlungsverfahren.



UNTERNEHMENSWERBUNG

Strategisches Element für Imagebildung und Umsatz

A. DEMUTH, Frankfurt

Unternehmenswerbung, oder wie die Amerikaner sagen, Corporate Advertising, kann ein entscheidender Bestandteil eines unternehmenspolitischen Gesamtkonzepts sein, weil das Unternehmen den Inhalt, das Medium, den Zeitpunkt und die Nuancen seiner Botschaft selbst bestimmen kann. Im Unterschied zur Öffentlichkeitsarbeit, bei der immer ein Mittler eingeschaltet ist, hat es der Unternehmer in der Hand, wann, was, wo und wie er etwas sagen will.

Der Erfolg von Unternehmenswerbung hängt sehr wesentlich davon ab, daß sie als Klammer für die Vielzahl der Kommunikationsmaßnahmen begriffen wird, durch die sich ein Unternehmen der Öffentlichkeit präsentiert. Unternehmenswerbung trägt durch die Herstellung von Synergieeffekten zwischen Produktwerbung, Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeiterkommunikation dazu bei, Elemente der Unternehmenskultur nach innen zu verstärken und sie gleichzeitig nach außen sichtbar zu machen.

Mit der Wirkung von Unternehmenswerbung haben sich Untersuchungen in den USA beschäftigt. Eine davon wurde vom Wirtschaftsmagazin „Business Week" durchgeführt. Untersucht wurden Unternehmen, die in den Rezessionsjahren 1974 und 1975 ihre Unternehmenswerbung reduziert oder ganz eingestellt haben. Man verglich sie mit Firmen, die im selben Zeitraum ihre Werbung nicht reduziert hatten.

Klarer Zusammenhang

Die Resultate zeigen einen klaren Zusammenhang von Unternehmenswerbung und Umsatz. Unternehmen, die während der Rezessionsphase weiterwarben, erreichten in dieser Periode einen klaren Umsatzvorsprung, der später von ihren Konkurrenten nicht mehr einzuholen war.

Eines der interessantesten deutschen Beispiele für Unternehmenswerbung ist Esso. Das Unternehmen startete seine erste Kampagne während der Ölkrise im Oktober 1973. Bis zum Ende dieses Zeitpunktes waren 52 Prozent der Deutschen davon überzeugt, daß die arabischen Förderländer die Schuld an der Krise hätten. Nur 18 Prozent suchten die Schuld bei der Mineralöl-Industrie. Im Frühjahr 1974, also nur ein halbes Jahr später, zeigte sich aufgrund der inzwischen spürbar gewordenen Ölpreissteigerung ein anderes Bild: Die „Schuldquote" der Förderländer sank von 52 Prozent auf 45 Prozent, die „Schuldquote" der Industrie stieg von 18 Prozent auf 36 Prozent!

Die Esso-AG verschob mit ihrer Kampagne „Es gibt viel zu tun. Pakken wir's an" die Gewichte bereits bis Ende 1974 wieder in die andere Richtung: Die Schuldquote der Industrie sank von 35 auf 23 Prozent, während die Schuldquote der Förderländer von 45 auf 60 Prozent stieg.

Beispiel Philips

Ein weiteres interessantes Fallbeispiel stellt die Unternehmenswerbung für Philips dar. Sie wird in diesem Unternehmen im vorgenannten Sinne als „Klammer" verstanden, die als verbindendes Element für die unterschiedlichen Kommunikations- und Werbemaßnahmen der 14 Unternehmensbereiche fungiert.

Philips verfolgt mit seiner High Tech-Kampagne *strategische Ziele* der Image-Bildung, wie sie sich aus externen Studien und internen Untersuchungen ergeben haben. In diesen Studien wurde Philips als Konzern mit extrem hohem Bekanntheitsgrad, aber mit schwach ausgeprägten Attributen, beschrieben. Wissen über Philips beschränkte sich bei befragten Zielgruppen in der Vergangenheit schwerpunktmäßig auf den Konsumgüterbereich. Daß Philips in Deutschland bereits über 50 Prozent seines Umsatzes mit Investitionsgütern macht, war beim Start der Unternehmenswerbung nur wenigen Meinungsbildnern bekannt.

Deshab verfolgt die Werbekampagne das Ziel, Philips in Deutschland als forschungsintensives, innovatives und fortschrittliches Unternehmen zu positionieren, das über die Kompetenz eines professionellen Spezialisten in allen seinen Arbeitsgebieten verfügt. Die auffälligen blauen Anzeigen mit ihren signifikanten Oszillogrammen laufen nunmehr seit etwa zwei Jahren in meinungsbildenden Medien. Zahlreiche qualitative und quantitative Untersuchungen haben inzwischen ergeben, daß die Zielgruppe der Entscheider in Wirtschaft und Verwaltung die „High-Tech-Botschaft" versteht.

MOSELWINZER / Der Absatz von Weißweinen ist um ein Drittel zurückgegangen

In Leiwen werden neue Wege für Qualität und Vermarktung gesucht

gb. Leiwen

Aus den deutschen Weinanbaugebieten ertönen seit einiger Zeit Klagerufe. Der Absatz von Weißweinen ist seit den Skandalen in Österreich und Italien um gut ein Drittel zurückgegangen, die Exporte eher noch stärker. Die Verbraucher, vor allem die von billigen Massenweinen, halten sich zurück. Besonders betroffen sind die Gemeinden an der Mosel, wo zahlreiche Winzer schon in Not geraten sind. In vielen Fällen sind die Fässer voll mit unverkauften Weinen. Und wenn schon einmal ein Händler vorbeikommt, bietet er Preise, die weit unter den Gestehungkosten liegen.

Die Reaktionen auf diese schlimme Entwicklung sind allerdings recht unterschiedlich. Während die Mehrzahl nach staatlicher Hilfe ruft, nach schärferen Kontrollen und Reglementierungen, gibt es eine Minderheit, die herausgefunden hat, daß die Situation eher nach Selbsthilfe verlangt. Zu ihnen gehören die Jungwinzer des Moselortes Leiwen.

Leiwen, etwa halbwegs zwischen Bernkastel und Trier gelegen, gehört nicht zu den ganz großen Namen an der Mosel wie Bernkastel, Zell, Zeltingen, Wehlen, Graach, ist aber mit einer Anbaufläche von 440 Hektar die größte Weinbaugemeinde des Gebietes. 55 Jungwinzer aus Leiwen haben sich nun zusammengeschlossen, um, wie ihre Sprecher sagen, „neue Wege bei Weinqualität und Weinvermarktung zu gehen."

Diesem Verhalten liegt die Erkenntnis zugrunde, daß der gegenwärtige Mißstand beim Absatz durch die Weinskandale im Ausland nur bloßgelegt, aber nicht von ihnen verursacht wurde. Die Ursache liege vielmehr beim deutschen Weingesetz von 1971, das die Menge, nicht die Qualität begünstige. Dies habe dazu geführt, daß edle, aber weniger ertragsschwache Traubensorten wie der Riesling von frühreifenden und ertragsstarken Neuzüchtungen verdrängt wurden, die dann von Großkellereien zu wenig sorten- und gebietsypischen Massenweinen verschnitten und von Supermarktketten billig vertrieben wurden.

Dies war für viele Winzer, die heute klagen, ein bequemer Weg. Sie verkauften ihre Ware auf dem Faß und brauchten sich um die Mühsal der Vermarktung nicht zu kümmern. Sie kümmerten sich freilich auch nicht darum, was aus ihren Weinen in den Großkellereien wurde und wurden somit mitschuldig an dem Imageverfall, den gerade der Moselwein in den letzten Jahrzehnten erlebt hat.

Hier wollen die Leiwener Jungwinzer ansetzten. Der Anteil des Rieslings auf ihrer Lage „Klostergarten" die 420 Hektar umfaßt, liegt jetzt bei 65 Prozent; sie soll nach und nach erhöht werden. Ansonsten werden auf Grenzböden noch Müller-Thurgau und Kerner angebaut, von denen, wenn auch ohne große Überzeugungskraft gesagt wurde, daß sie zum „Moseltyp" passen. Darüberhinaus haben sie sich vorgenommen und praktizieren es auch, statt Chemie für die Bodenpflege aufwendig organischen Dünger zu verwenden.

Die jungen Winzer, die für ihr ganzes Dorf sprechen und sich darum bemühen, auch seine Zustimmung zu ihrem Tun zu finden, haben erkannt, daß Qualitätsstandards nur dann zu sichern sind, wenn sie ihren Wein selbst in Flaschen vermarkten. „Das Problem an der Mosel sind die Faßweinproduzenten" sagt Bürgermeister Löwen. Einer von ihnen klagt: „Auf den Weinbauschulen lernt man alles über die Produktion, aber nichts über Vermarktung." Diesen Mangel müssen sie in der Praxis und mit mancherlei Rückschlägen nun selbst beseitigen.



Viele Moselwinzer sind in den letzten Jahren in Not geraten – einige haben jetzt herausgefunden, daß ihre Situation nach Selbsthilfe verlangt. QUELLE: DIE WELT

Dabei haben sie erkannt, daß sich auch mittlere bis gehobene Qualitäten (vier bis fünf Mark), wie sie etwa auf der Lage Klostergarten wachsen, besser verkaufen lassen, wenn man den Kunden auch einen Spitzenwein anbieten kann. Und deswegen haben sich manche von ihnen einer ungewöhnlichen Aufgabe unterzogen: Sie haben die Leiwen gegenüber am anderen Ufer der Mosel liegende Steillage „Laurentiuslay", die ihre Vorgänger teilweise haben verkarsten lassen, weil die Bearbeitung zu mühselig war, in ebenso gefährlicher wie aufopferungsvoller Arbeit wieder urbar gemacht. Dort wachsen nun wieder Rieslinge, die in guten Jahren einen hervorragenden Wein erbringen.

Jetzt müssen die Leiwener Jungwinzer nur noch das Problem lösen, ihre Taten auch dem weininteressierten Publikum bekanntzumachen. Aber auch da haben sie Ideen. Wie zu hören ist, will der Gemeinderat schon bald über eine Werbekampagne beraten.

DIRECT MARKETING

Die moderne „Tante Emma" kommt nun mit der Post

VOLKER NICKEL, Montreux

„Die Märkte haben sich zu ‚Käufermärkten' gewandelt, in denen ein zunehmend *individualisierter Kunde* immer weniger berechenbar agiert." Professor Anton Dreesmann, Vorstandschef der Firma Vendex International (Amsterdam), zeigte 3000 Experten aus 30 Ländern, wohin der Marketing-Hase in den neunziger Jahren läuft. Ort der Handlung: Montreux, *wo sich* auf dem 18. Direct Marketing Symposium 120 Referenten teils mit gedanklichen Wünschelruten auf der Suche nach der richtigen Zukunft des „Markt-Machens" begeben hatten.

Dreesmann: Die künftige Aufgabe des Marketing liegt vor allem darin, die Wünsche des Verbrauchers aufzuspüren. Weil die Märkte in immer winzigere Sektoren und Strukturen – quer durch alle Einkommensgruppen und soziale Schichtungen – zerfallen, sei der Erfolg „klassischer" Werbemethoden immer häufiger in Frage gestellt. Denn die Streuverluste würden astronomische Höhen erreichen. Wer in den *neunziger Jahren als* Unternehmen Erfolg haben wolle, müsse ganz gezielt vorgehen. Dazu gehöre nicht nur die Spezifizierung des Angebots – das durch eine „Inflation der Wünsche" erzwungen werde –, sondern auch die Kunst, den richtigen Kommunikationsweg zu finden.

Und wie wird man ein guter Marketing-Künstler? Durch „integriertes Marketing" – so das unisono gebrauchte Zauberwort auf diesem weltweit größten Kongreß der Direktwerber, der 1969 mit ganzen 37 Teilnehmern gestartet hatte.

Auch Professor Heinz Weinhold *von der* Handelshochschule St. Gallen rät zur „integrierten Kommunikation". Er versteht darunter ganz schlicht die Kombination von Anzeige, Plakat, elektronischen Medien und des Direct Marketings. Die technischen Möglichkeiten dafür seien gegeben. Eine „Revolution des Marketing" sei die Folge. Vor allem im Dienstleistungsbereich der Agenturen und Berater werde der Zwang zur Integration große Veränderungen auslösen. Dabei werde die Frage zum Kriterium: „Machen oder Kaufen?" Das heißt Spezialisten dazukaufen – oder selbst in neue Abteilungen investieren. Immer häufiger werde man sich dabei für das „Kaufen" entscheiden. Die „Fusionitis" bei den Agenturen werde deshalb nicht ab-, sondern zunehmen.

Lernen konnte der Wissensdurstige in Montreux auch, wer bei diesem immer unberechenbarer werdenden Verbraucher hilft: der Computer. Die Datenbanktechnik war denn auch ein weiteres zentrales Thema des Montreux-Symposions. Diese so unentbehrlich gewordenen Helfer der Menschheit und des „Direct Marketing" böten nicht nur die Möglichkeit, direkter, persönlicher und damit letztlich auch menschlicher zu werben und zu informieren. Nein, sie würden darüber hinaus den Anbieter auch in den Stand versetzen, seine potentiellen Kunden besser kennenzulernen und sie mit speziellen Angeboten zu bedienen – ganz genauso, wie das die „Tante Emma" in ihrem Laden früher tat. Nun kommt sie also per Post.

Fest steht, daß die Zeit undifferenzierter Appelle vorbei ist. Darauf machte in Montreux auch Rose Harper aus New York (The Kleid Company) aufmerksam. Sie ist davon überzeugt, daß in den neunziger Jahren erstmals die Qualität der Information darüber entscheidet, ob ein Unternehmen dauerhaft Erfolg haben wird und daß zweitens demographische und Lebensstil-Merkmale per Datenbank miteinander verknüpft werden müssen. Denn innerhalb der spezifischen demographischen Gruppen gibt es eine große Variation unterschiedlicher Lebensstile und Werte.

Weitere Zinsanstieg

Mit Kursabschlägen bis zu 1,50 Punkten reagierten öffentliche Anleihen und Bundesobligationen auf den schwächeren Bondsmarkt in den USA. Banken berichten von recht massiven Abgaben der Ausländer. Gleichwohl wird noch meist die Ansicht vertreten, daß es sich bei der gegenwärtigen Schwäche lediglich um eine technische Reaktion auf die vorangegangene Zinssenkung handelt und noch nicht um eine Trendwende. DM-Auslandsanleihen leiden weiterhin unter dem angekündigten Mammutemissionsvolumen für Mai. Bei den Pfandbriefen sind die Renditen deutlich gestiegen.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

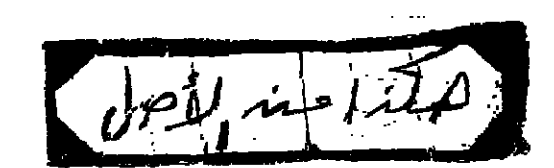
DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Der neue ICE am Tage des Roll-out



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	2.5.	1.5.
Mai	310,00	312,00
Juli	267,00	280,00
Sept.	267,00	280,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif

St.L 1 CW	278,86	288,76
Am Durum	276,71	286,41

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai	100,80	105,50
Juli	104,00	108,80
Okt.	106,50	110,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai	78,10	79,90
Juli	78,50	79,00
Okt.	79,50	80,50

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	101,50	106,00
Juli	108,50	113,50
Sept.	115,25	120,00

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	234,50	235,00
Juli	224,50	227,50
Sept.	205,25	208,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai	88,90	89,50
Juli	89,70	91,00
Okt.	89,70	91,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	2.5.	1.5.
Mai	230,50	230,30
Juli	235,25	234,50
Sept.	239,45	239,00

KAKAO New York ($/t)

	2.5.	1.5.
Mai	1728	1750
Juli	1779	1708
Sept.	1843	1866
Umsatz	2446	2294

ZUCKER New York (c/lb)

Nr 11 Juli	8,75	8,85
Sept.	8,87	8,85
Okt.	8,98	8,90
Jan.	8,95	9,16
März	9,22	–
Umsatz	10795	26251

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	8,46	8,63

KAFFEE London (£/t) Robusta

	2.5.	1.5.
Mai	2209-2210	2202-2205
Juli	2265-2267	2263-2265
Sept	2320-2326	2327-2331
Umsatz	1580	3214

KAKAO London (£/t)

Mai	1321-1325	1302-1305
Juli	1329-1330	1310-1311
Sept.	1352-1353	1333-1335
Umsatz	2184	3122

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	2.5.	1.5.
Aug.	210,00-217,00	211,00-217,00
Okt	212,00-219,00	213,00-217,00
Dez	–	unerh.
Umsatz	10	1

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	5.5.	2.5.
schw.		
Saraw.spez.	785,00	780,00
weiß Saraw.	1175,00	1175,00
weiß Munt.	1190,00	1190,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	2.5.	1.5.
Mai	94,50	94,20
Juli	94,00	95,75
Sept.	92,20	91,70
Nov.	92,25	91,40
Jan.	92,70	91,70
Umsatz 350	600	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	2.5.	1.5.
	26,50	26,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,75	18,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,65	17,90
Juli	17,95	18,27
Aug.	18,03	18,40
Sept.	18,00	18,45
Okt.	18,00	18,40
Dez.	18,38	18,75
Jan.	18,30	18,80

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

	17,00	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	11,00	11,00
Choice white hog 4 % fr. F.	9,75	10,00

TALG New York (c/lb)

top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr.F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	45,90	45,85
Juli	45,70	45,60
Aug.	43,75	43,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Mai	58,70	59,30
Juli	58,85	59,70
Aug.	56,90	57,90

HÄUTE Chicago (c/lb)

	2.5.	1.5.
Ochsen einh. schwere River Northern	67,00	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	533,00	529,50
Juli	533,50	535,00
Aug.	531,00	532,00
Sept.	520,00	524,50
Nov.	518,00	525,00
Jan.	528,00	532,00
März	537,00	542,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Mai	153,20	153,50
Juli	154,00	154,50
Aug.	153,50	154,00
Sept.	152,50	153,20
Okt.	151,50	153,00
Dez.	152,00	153,00
Jan.	152,90	153,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	2.5.	1.5.
Mai	270,40	28,400
Juli	276,90	284,50
Okt.	281,00	291,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	2.5.	1.5.
	12,00	11,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	5.5.	2.5.
jegl. Herk. cif	585,00	590,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	455,00	450,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	340,00	345,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	81,50	84,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	360,00	360,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	220,00	221,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	2.5.	1.5.
Mai	66,25	66,05
Juli	65,89	65,85
Okt.	36,55	37,60
Dez.	36,83	37,70
März	37,70	38,50
Mai	38,55	39,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	39,00	39,00

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.

	5.5.	2.5.
Mai	457-480	500-464
Dez.	515-520	517-516
Aug.	540-542	–
Umsatz	1443	1466

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	5.5.	2.5.
Mai	45,00	unerh.
Juli	45,00	unerh.
Okt.	42,50	unerh.
–	–	–
Umsatz	0	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	1.5.	5.5.
Mai	592-595	595
Okt.	608-614	–
Dez.	617-624	–
Umsatz	20	14

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	5.5.	2.5.
EA	geschl.	680,00
UG		570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	5.5.	2.5.
Mai	geschl.	12384
Juni		12250

KAUTSCHUK London (p/kg)

	2.5.	1.5.
RSS 1 Juni	52,50-53,50	52,50-53,50
RSS 1 Juli	52,50-53,50	52,50-53,50
RSS 2 Juni	51,75-52,75	51,75-52,75
RSS 3 Juni	50,50-51,50	50,50-51,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	5.5.	2.5.
Juni	196,00-198,00	197,50-199,50
Juli	196,50-198,50	–
Nr. 2 Juni	194,50-195,50	–
Nr. 3 Juni	192,50-193,50	–
Nr. 4 Juni	189,00-190,00	–

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	5.5.	2.5.
BWC		395
BWD	geschl.	360
BTC		395
BTD		360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	5.5.	2.5.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	257,58-257,91
dritt. M.		254,21-254,55
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	81,81-80,98
dritt. M.		83,16-83,33
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	895,94-895,62
dritt. M.		914,81-915,15
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	unerh.	138,05-139,73
Prod.-Pr.		161,34
REINZINN 99,9 %	unerh.	geschl.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	5.5.	2.5.
	14,49	14,55

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	5.5.	2.5.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	325,21-327,57	324,91-327,27
BLEI in Kabeln	88,50-89,50	88,50-89,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Randb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	5.5.	2.5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	unerh.	292
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	unerh.	331-338
MS 63	unerh.	316-319

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	5.5.	2.5.
Leg. 225	318-330	330-332
Leg. 226	320-333	332-334
Leg. 231	355-367	367-369
Leg. 233	365-377	377-379

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	2.5.	2.5.
PLATIN (DM/g)	30,80	31,00
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	24760	24760
Rückn.-Pr.	24010	24010
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24750	24800
Rückn.-Pr.	23840	24150
verarbeitet	25960	26020
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24200	24275
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	379,30	373,00
Rückn.-Pr.	359,10	361,70
verarbeitet	395,90	389,40

Internationale Edelmetalle

	5.5.	2.5.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	geschl.	341,60
15.00	geschl.	341,60
Zürich mit.	343,00-343,50	341,50-342,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	77400	77800
SILBER (p/Feinunze) London Kasse		335,85
3 Mon.	geschl.	343,85
6 Mon.		351,65
12 Mon.		364,70
PLATIN (£/Feinunze) London	2.5.	1.5.
fr. Markt	269,95	275,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London	2.5.	1.5.
f. Händl.-Pr.	71,75	72,40

New Yorker Metallbörse

	2.5.	1.5.
GOLD H & H Ankauf	341,60	345,35
SILBER H & H Ankauf	512,50	512,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	421,00-426,00	421,00-426,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	108,00-109,00	109,00-110,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)

April	523,00	512,00
Mai	524,90	512,90
Juli	526,50	514,00
Sept.	534,00	520,00
Dez.	545,00	530,50
Jan.	546,90	534,50
März	553,00	540,60
Umsatz	12000	13500

KUPFER (c/lb)

	2.5.	1.5.
Mai	62,55	62,25
Juni	62,80	–
Juli	63,00	62,45
Sept.	63,30	62,75
Dez.	63,60	63,15
Jan.	63,70	63,20
März	63,90	63,40
Umsatz	7000	10500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)

	2.5.	2.5.
mitt. Kasse	geschl.	765,50-66,50
3 Mon.		756,50-57,50
BLEI (£/t) mitt. Kasse	geschl.	242,00-43,00
3 Mon.		248,50-49,00
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	geschl.	946,50-47,00
3 Monate		[illegible]
ab. Kasse	–	948,00-49,00
3 Monate	–	[illegible]
KUPFER-Standard mitt. Kasse	geschl.	[illegible]
3 Monate		937,00-9[illegible],00
ZINK Highergrade (£/t) mitt. Kasse	geschl.	459,00-4[illegible],00
3 Monate		466,00-46[illegible],00
ZINN (£/t) mitt. Kasse	geschl.	[illegible]
3 Monate		[illegible]
QUECKSILBER ($/FL)	geschl.	226-[illegible]0
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	geschl.	47[illegible]

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	2.5.	1.5.
Juni	42,85-43,15	40,50-40,[illegible]
Juli	40,79	38,60-38,9[illegible]
Aug.	40,65-40,95	38,90-39,1[illegible]
Sept.	41,25-41,50	39,7[illegible]

GASÖL – London ($/t)

	2.5.	1.5.
Mai	158,75-160,00	153,50–
Juni	139,00-139,25	136,75–
Juli	132,50-133,00	130,25-130,50
Aug.	130,25-131,00	–128,00
Sept.	131,00-131,50	128,00–
Okt.	131,20-131,50	127,25–
Nov.	131,50-132,50	120,00-130,00
Dez.	133,50-138,00	120,00-130,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	2.5.	1.5.
Juni	51,40-51,90	50,10-50,50
Juli	49,00-49,45	47,40-47,60
Aug.	46,75	45,00
Sept.	44,40	42,75
Okt.	42,15	40,20

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	2.5.	1.5.
Juni	14,70-14,75	13,75-13,85
Juli	14,25-14,40	13,43-13,52
Aug.	13,95-14,05	13,20-13,25
Sept.	13,90-14,02	13,20
Okt.	13,93	13,14

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	2.5.	1.5.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	13,20	12,40
N. Sea Brent	13,55	12,35
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)

	2.5.	1.5.
Mai	161,50	170,00
Nov.	93,00	92,70
Febr.	101,00	102,00
April	126,00	174,20

New York (c/lb)

	2.5.	1.5.
Mai	2,48-2,51	2,30-2,33
Nov.	3,45-3,50	3,46-3,49
März	3,65-3,68	3,64-3,69
Mai	4,25-4,28	4,24-4,29

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	2.5.	1.5.
Mai	177,00	176,30-176,00
Juli	175,00-174,20	175,60-175,50
Sept.	169,80-170,10	171,00
Nov.	164,00	165,00

Devisenterminmarkt

Im Terminbereich wurden am 5. 5. meist behauptete Kurse genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,50-0,40	1,30-1,20	2,60-2,40
Pfund/Dollar	0,51-0,49	1,36-1,33	2,27-2,22
Pfund/DM	2,50-1,10	5,50-4,10	9,30-7,90
FF/DM	17-1	33-16	55-39

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.5.: Tagesgeld 4,70-4,90 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,40 Prozent, 6 Mon. 4,40 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5.5.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.5.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¾-7	4½-4¾	4⅛-4⅜
3 Monate	6¾-7	4½-4¾	4⅛-4⅜
6 Monate	6¾-7	4⅜-4⅝	4-4¼
12 Monate	6¾-7	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 5.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,75; Verkauf 18,25 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	990,00	o. W.
5 US-Dollar (Indian)**	690,00	845,30
5 US-Dollar (Liberty)	380,00	513,60
1 £ Sovereign alt	183,78	232,28
1 £ Sovereign Elizabeth II.	174,25	221,48
20 belgische Franken	142,75	188,96
10 Rubel Tscherwonez	187,50	241,11
2 südafrikanische Rand	166,50	211,47
Krüger Rand, neu	744,50	888,45
Maple Leaf	762,75	909,44
Platin Noble Man	927,00	1096,48

Außer Kurs gesetzte Münzen*

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	221,25	280,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	161,00	212,04
20 franz. Franken „Napoléon"	164,75	216,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	711,78	866,69
20 österr. Kronen (Neuprägung)	141,75	184,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,75	100,04
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	329,75	410,12
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,50	110,01

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 101,40, Rendite 5,13.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 5.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,40	6,25
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	110,504	6,25
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	58,67	6,00
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	42,69	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,45	6,32
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,70	6,51
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	136,00	8,95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,53	5,30
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,47	5,30
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,86	6,30
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	115,02	6,30
Hbg. Ldbk. A.7	100,00	16.6.96	53,50	6,25
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,74	6,05
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	42,24	6,31
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,24	6,13
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,85	6,51
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,75	6,41
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	58,56	6,00
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,00	6,26
WestLB 601	100,00	2.5.00	unerh.	unerh
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,15	6,61
WestLB 602	100,00	3.10.05	unerh.	unerh
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,20	4,54
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,35	4,92
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,53	4,34
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,95	5,21
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.3.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,35
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,75	8,14
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,75	9,99
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,625	8,75
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61,50	8,70
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,00	8,08
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	50,625	9,15
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,75	9,10
Sears (AA)	100,00	27.3.94	51,75	8,51
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,875	8,71
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,375	8,07

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,50 (4,50)	100,5	101,4	102,3	103,3	104,2	105,2
2	4,77 (4,75)	100,5	102,1	104,0	105,9	107,7	109,6
3	5,10 (5,05)	99,75	102,2	105,0	107,6	110,3	113,0
4	5,32 (5,25)	98,55	102,1	105,6	109,1	112,6	116,1
5	5,61 (5,45)	97,40	101,7	106,0	110,2	114,5	118,7
6	5,72 (5,68)	95,95	101,4	105,9	110,8	115,8	120,7
7	6,00 (6,02)	93,45	99,55	104,6	110,1	115,7	121,2
8	6,30 (6,25)	91,45	98,15	103,7	109,8	116,0	122,0
9	6,47 (6,40)	89,60	96,20	102,9	109,5	116,2	122,8
10	6,51 (6,45)	88,50	95,65	102,8	110,0	117,1	124,3
15	6,75 (6,66)	83,00	92,20	101,4	110,6	119,8	129,0

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,686 (113,950)
Performance-Rentenindex: 242,536 (242,782)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	2. Mai	6,75-7,063
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,70
	60–270 Tage	6,05
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,70
	60 Tage	6,665
	90 Tage	6,55
Certificates of Deposit	1 Monat	6,55
	2 Monate	6,50
	3 Monate	6,50
	6 Monate	6,50
	12 Monate	6,50
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,11
	26 Wochen	6,13
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,52
	30 Jahre	7,62
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	25. April	645,6 Mrd. $ (+ 4,2 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Juni	136,00	135,65
Sept.	137,30	137,00

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	2.5.	29.4.
[illegible] EEC 90	105,625	105,25
[illegible] dgl. 90	111	110,425
[illegible] EIB 95	110	109,625
[illegible] dgl. 91	113,125	112,875
[illegible] dgl. 90	114,375	113,875
[illegible] dgl. 93	120,625	120,375
[illegible] dgl. 96	123,125	122,625
[illegible] dgl. 90	116,375	116,125
[illegible] dgl. 93	126,875	126,75
[illegible] dgl. 96	121,75	121,5
[illegible] Wld Bk 95	114,75	114,5
[illegible] dgl. 88	106,625	106,25
[illegible] dgl. 90	110,25	110,125
[illegible] dgl. 93	116,375	116,375
[illegible] dgl. 92	114	113,75
[illegible] dgl. 88	107,625	107,625
[illegible] dgl. 90	113,125	112,875
[illegible] dgl. 89	109,25	109
[illegible] dgl. 90	113,5	113,125
[illegible] dgl. 93	122	121,784
[illegible] dgl. 94	125,625	125,25
[illegible] dgl. 94	127,75	127,375
6⅞ Sears 91	104	104,25
6¾ Swed.Ex.91	102,875	102,75
7 TRW 94	1102,375	102,375
6¾ Un.Tech.92	102,75	102,75
6¾ World Bk90	106,125	106
6¾ dgl. 94	105,875	105,75
7 dgl. 94	108,875	108,75
7¾ dgl. 95	112	111,875
8 dgl. 95	113,875	113,875

Euro-Yen

	2.5.	29.4.
6[illegible] Al.Corp 91	102,375	102,875
6[illegible] Allied 93	102,125	102
7[illegible] ADB 94	108,875	108,875
7 [illegible]ustria 95	108,125	107,875
7 [illegible]P 92	104,5	104,375
6[illegible] Denmark 92	104,875	104,625
7 [illegible]enm.Bk. 92	104,875	104,875
7 [illegible]ow Chem.94	102,5	102,25
6[illegible] EDF 95	107,25	107
4[illegible] Eurofima86	–	–
6[illegible] dgl. 92	103,125	103,25
6[illegible] dgl. 95	102,625	102,625
7[illegible] dgl. 94	105,875	105,75
6[illegible] Fannie 92	105	104,625
6[illegible] Finl.Rep90	103,375	103,125
6[illegible] GMAC 90	103,875	103,625
7[illegible] Goodyear95	102,625	102,5
6[illegible] dgl. 94	102,375	102,25
6[illegible] ITT 92	102,375	102,25
6[illegible] McDonal.92	102,875	102,625
6[illegible] Montreal95	104,25	104
7[illegible] N.Bruns.95	106,5	106,375
7[illegible] N.Zeala.90	107,5	107,125
7[illegible] dgl. 89	107,625	106,875
7 Pac.Gas 94	103,875	103,875
6[illegible] Penney 92	102,5	102,625
6[illegible] Procter 92	104,375	103,75
6[illegible] Sallie 92	104,5	103,375

Lux. Franc Bonds

	2.5.	29.4.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	98,5	98,5
10½ BFG Lux90	105,25	105,25
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 95	103	103
10½ Coca 94	105	105
11 dgl. 92	103,75	103,75
13 dgl. 91	101	101
12¾ Consol92	105	106
8 Copfel 88	100	100
8¾ dgl. 89	100	100
11 Cr.Lyon.88	103	103
13 dgl. 89	109,5	109,5
7½ Den.Mtg 88	99	99
10¼ Euratom96	109	109
11 dgl. 93	102	102
12¾ dgl. 88	100,5	100,5
12¾ dgl. 92	–	–
9 Eurofima 92	107	107
10 dgl. 91	106	105
10 dgl. 94	105	105
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
9¾ dgl. 95	105,5	105,5
9¾ dgl. 88	102	102
9¾ dgl. 93	103,75	103,75
10¾ dgl. 94	109,75	109,75
11½ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9¾ Hypo Bk.89	102,75	102,75
9¾ Ind.B.F.95	104	104
11 Krediet.93	107	107
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	100	100
8¾ dgl. 87	100	100
10½ Lux Bk.91	101,75	101,75
9 Met.Chim 95	105,75	105,75
10¾ N.Lx.Al92	100	100
12¾ Nord L89	–	–
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8¾ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	102,5	102,5
10¾ Paribas89	101	101
8 Philips 89	99,75	99,75
7¾ Renault 88	100	100
9¾ Sogenal 92	105	105
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
10¾ Stockh.86	–	–
8 Sveriges 88	99,75	99,75
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	106	106
10¾ dgl. 89	107	107

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	2.5.	29.4.
8¾ Cap City91	98,5	98,5
12¾ dgl. 92	102	102
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11¾ Ned. G.88	101	101
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	99	99

ECU

	2.5.	29.4.
9¾ ABN 92	110,625	111,25
All Nippon 95	111,375	111,375
9¾ ANZ 92	110,25	110,375
10¾ Austria95	116,875	117
8¾ B.d.Roma95	102,875	102,625
10 BNDA 92	109,75	109,625
9 M.+Hope 92	107,5	107,875
9 Bk.Hels.96	106,125	106,75
9¾ Bk.Tok.90	108	108
10¾ dgl. 91	–	–
8¾ BNP 95	107,625	107,75
8¾ Bay.Vbk.88	106,5	106,125
8¾ BFCE 95	104,25	104
9¾ dgl. 92	113	113,25
9¾ dgl. 95	113	113,25
9¾ Bull 92	108,75	108,875
9¾ CNT 92	113,125	112,875
9¾ dgl. 96	113,125	113,25
8¾ Cargill 95	108,625	108,875
10¾ Coca 89	109,75	109,875
11¾ dgl. 94	–	–
9 Chrysl. 92	104,875	105
9¾ dgl. 94	107,5	107,625
10 dgl. 91	112	111,5
10¾ dgl. 95	117	116,75
9 ClubMed 88	104,25	104,375
9 Colgate 91	105,5	105,625
9¾ Consol 92	–	–
9 Cop City 95	112,5	112,25
9¾ CCF 95	111	110,375
9¾ CrdNord 91	110,25	110,25
11¾ CrdFonc90	111	110,875
11¾ dgl. 90	113,375	113,125
8¾ CrdNat 96	110	109,875
10¾ dgl. 94	120,625	120,375
8¾ Creanst.94	108,75	109,125
9¾ Credito 92	109	109,125
10¾ Denmark91	106,75	107
9¾ Dresd.bk93	–	–
9 EDF 97	109,625	110
8¾ EEC 95	109,125	109,375
8¾ ELFAqu. 88	103,75	103,75
9 Enso Gut 91	104	104,375
9¾ dgl. 95	105	105,125
10 Euratom 97	116,375	116,375
9¾ Eurofima93	108,375	108,75
11 dgl. 92	113,625	113,625
8¾ EIB 90	109,5	109,875
8¾ dgl. 93	108,5	108,75
8¾ dgl. 92	109,375	109,75
9¾ dgl. 95	115,375	115,5
10¾ dgl. 94	114,25	116,125
10¾ dgl. 94	115,875	115,875
10¾ dgl. 90	116,75	116,875
11¾ dgl. 92	113,75	113,75
11¾ dgl. 94	–	–
9 Estelest 93	108,625	108,375
8¾ Fiat 90	104	104,5
9 IBKFinl 95	107,25	107,125
8¾ Ford C.93	109	109
10¾ Giroz. 95	116,25	116,25
10 IADB 95	114,5	114,75
8¾ IBM 90	106,625	106,75
8¾ IKB 95	103,875	103,875
9 Imatran 96	108	108,25
9¾ Italia 89	106,125	106,375
10¾ dgl. 92	117	117,125
11¾ dgl. 90	115,75	116
9¾ Kansall 92	110	110
9¾ Kbklms 92	114	113,875
10¾ Megal 95	111,875	112
8¾ Mits.Tr.93	107,875	107,5
9 MoetHen.91	108,375	108,375
9¾ Mol 90	104,5	104,375
8¾ Morgan 90	104,75	105,25
8¾ Motorola92	108,75	108,875
9 Nersa 95	107,375	107,75
8¾ N.S.Wal.93	110	110
9¾ N.Zeal. 90	107,875	107,875
9¾ N.Zeal.92	109,5	109,625
9 OstLbk. 89	106,5	106,25
8¾ Olivetti93	108,625	109
8¾ Parbel 89	103	103
10 Pechin.90	108,625	108,625
9 Petroc.93	105,25	105,875
10¾ Peugt. 90	112,75	112
9¾ dgl. 90	109	108,75
8¾ Phibro 96	104,5	104,375
9 Philips 95	111	111
9¾ Piba 92	110,25	110,375
11¾ dgl. 93	–	–
10 Prvbk. 92	108,375	108,75
11¾ dgl. 91	–	–
10¾ RATP 92	108,625	108,5
11 dgl. 94	112	111,5
9¾ Rabobk. 95	118	118
8¾ Reynolds91	106,375	106,375
9 SAS 96	109,375	109,375
9 Sanwa 95	108,5	108,75
8¾ Secpac 90	105,375	105,875
11¾ SNCF 94	118	117,5
9 SNCI 95	108,875	108,875
8¾ Sumitomo92	107	106,75
9¾ dgl. 93	111,25	110,875
9 dgl. 95	111,5	111,75
9 Ucbk.Nor.96	109,75	109,75
8¾ Vict. 90	106,25	106
9¾ WestLB 90	–	–
9¾ Westpac92	109,75	109,625
8¾ Worldbk.96	109,125	109
8¾ dgl. 93	108,125	108,5
9¾ dgl. 92	110,25	110,575
10¾ dgl. 89	109	109
10¾ dgl. 94	112,875	112,75
11 dgl. 93	111,375	111,375

ECU-Tageswerte

	2.5.	30.4.
Dollar	0,971274	0,983329
Bfr	43,8579	43,884
DM	2,14943	2,15005
Hfl	2,42333	2,42292
£	0,639206	0,634665
Dkr	7,94891	7,97087
FF	6,84748	6,8538
Lira	1472,94	1475,98
I-£	0,705611	0,704923
Sfr	1,79948	1,80125
öS	15,1033	15,1334
Peseta	136,27	136,929
Skr	6,88148	6,9261
Nkr	6,81634	6,84151
Kan-$	1,33939	1,35581
Esc	143,263	143,812
Fmk	4,87094	4,88125
Yen	164,922	165,74
Drachme	136,978	135,056

SZR-Wert

	2.5.	1.5.
Dollar	1,16904	1,17509
DM	2,57914	unerh.





Aktien wieder unter Druck

Aber kurssteigernde Käufe bei AEG

DW. – Unter dem Druck zahlreicher Negativfaktoren gaben die Aktien auch am Montag auf breiter Front nach. Wieder waren es keine massiven Abgaben, die zu den Kursverlusten führten, sondern die Käuferzurückhaltung. Dabei fällt das Fehlen ausländischer Aufträge besonders ins Gewicht. Störend machte sich nachträglich der Kursniedergang an der Wall Street sowie die in den USA steigenden Zinsen bemerkbar. Als stimmungsmäßig belastend erwiesen sich die auch Diskussionen über der Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl.

Mit einem weiteren Anstieg um zeitweise 10 DM fiel die Kursbewegung bei AEG aus dem Rahmen. In Börsenkreisen hält man es durchaus für möglich, daß hier gezielt Material aus dem Markt genommen wird. Als möglicher Käufer käme nach ihrer Ansicht Daimler in Frage. Erstmals offiziell wurden Feldmühle-Nobel-Aktien amtlich notiert. Ihr Kurs wurde einheitlich auf 334 DM festgesetzt. Der Zeichnungspreis hatte 285 DM betragen. Außerbörslich waren in der Vorwoche Kurse bis zu 400 DM zu hören gewesen. Leicht verbessern konnten sich nochmals Bertelsmann-Genußscheine. Nach *Zusicherung der Bertelsmann-*Verwaltung sollen ihre Inhaber keinesfalls unter der Absicht der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung leiden, die Ausschüttung auf Genußscheine körperschaftssteuerpflichtig zu machen.

Frankfurt: Binding kletterten um 8 DM, Contigas um 14 DM und Kochs Adler um 11,80 DM. DUB-Schultheiss, und Metallgesellschaft verloren jeweils 10 DM. Noch stärker gedrückt lagen Altana mit minus 15,50 DM und DLW mit minus 14 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel gaben um 20 DM nach, Gildemeister verminderten sich um 9 DM und Mauser um 1,50 DM. Verseidag fielen um 10 DM. Dortmunder Ritter zogen um 10 DM an, Hochtief verbesserten sich um 5 DM und Keramag um 9 DM.

Hamburg: Beiersdorf erlitten einen Verlust von 5 DM, Bremer *Vulkan sanken um 7 DM und Rei*chelt um 3,50 DM. Bavaria stiegen um 5 DM, Hapag Lloyd erholten sich um 0,60 DM und Vereins- und Westbank verloren 2 DM.

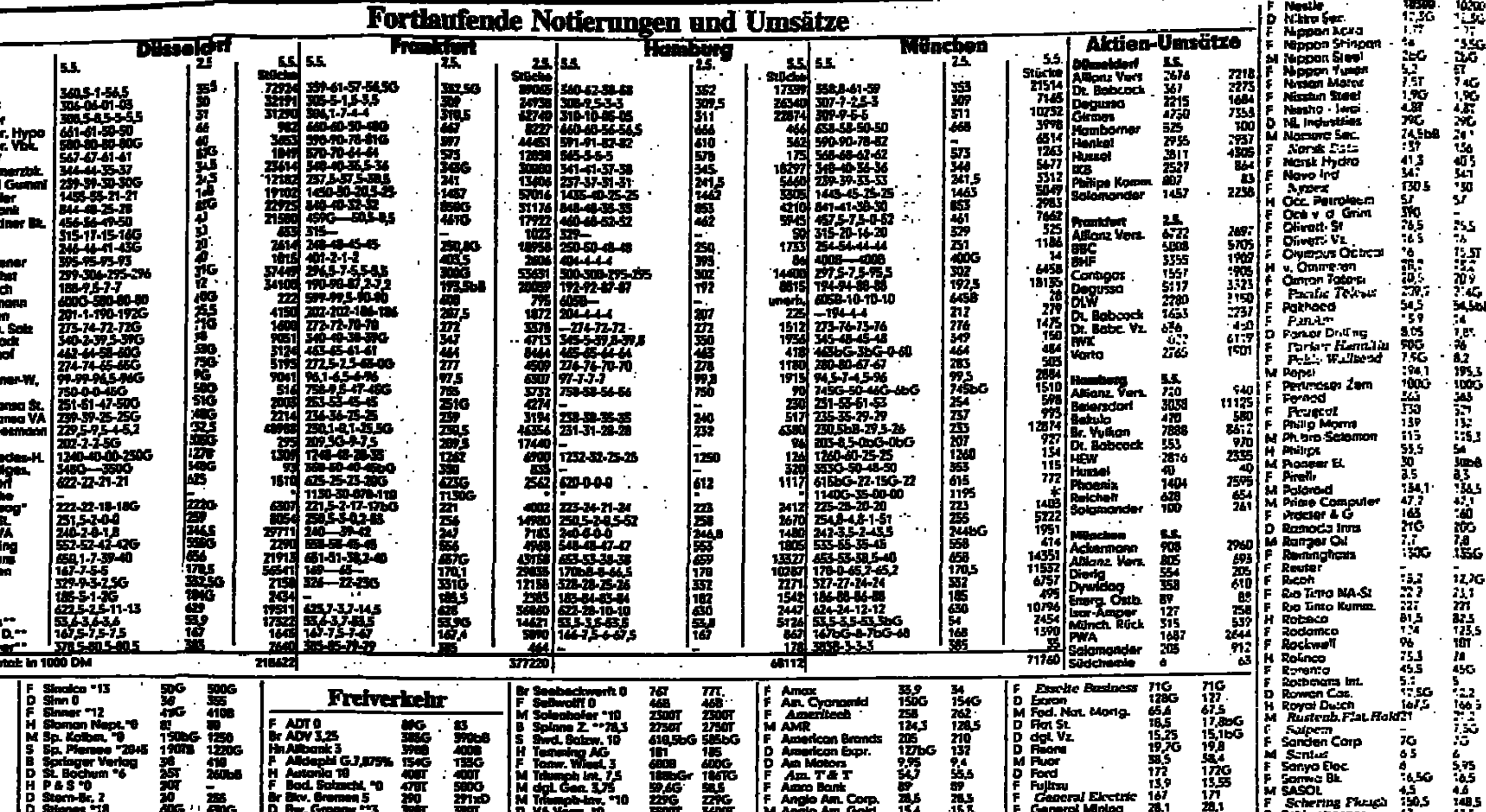
Berlin: Engelhardt zogen um 15 DM, Berliner Elektro und Rheinmetall St. um je 10 DM an. Springer schwächten sich um 12 DM, Schering um 11 DM und DUB-Schultheiss um 7 DM ab.

München: Aigner befestigten sich um 2,50 DM, Audi AG kletterten um 15 DM an und Deckel erhöhten sich um 1 DM. Agrob St. verloren 5 DM, Electro 2000 büßten 4,50 DM, Dywidag 28 DM ein.

Stuttgart: Boss verteuerten sch um 10 DM. Die schwäbischen Automobilbauer, Daimler, Mercedes und Porsche gaben im Gleichklang um je 30 DM nach. Schwäbische Zellstoff waren um 5 DM gedrückt. Die württembergische Hypothekenbank war um 8 DM ermäßigt.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 294,30 (298,77)
WELT-Umsatzindex: 3382 (4065)
Advance-decline-Zahl: 69 (76)


Fortlaufende Notierungen und Umsätze – Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

	5.5.	2.5.
H Aach M Botl. 10	7605	2655
H Aach. M. Vers. 7	1800B	1780
D Aach. Ruck. 9	3350	3350
D Aseag *4	480B	490B
M Ack-Gögg. 6	170	174
H Adco 5	201	200G
D Adler 9	540G	350G
F AEG 0	397,5	351
D AEG KABEL 9	460	480G
S Aesculap 9	475	480TG
F AGAB 5	139	145
D Agrippina *0	415OT	425OT
[illegible]		
F Cobt.Genußsch.	116,1	116,5
D Conc. Chem. 4,5+3	272	786
B Conc. Spinne *0	465bB	464bB
D Contigas 7,5	380	379
D Conti Gummi 3	234,6	241,5
D Dahlb. St. 7,45	303	305
D dgl. Vz. 14,55	430G	450
S Daimler 10,5	1459	1469
M Deckel AG 0	236bG	235
D Dt. Atl. Tel.10+1	900G	900G
H Doag 5	496	490
D Dt. Babcock St. 5	217	218,2
D dgl. Vz 5,5	202	207,5
F Dt. Bank 12	836	853
D Dt. Centrboden 12	900T	910T
[illegible]		
H Hdl. Löb. 9	580	588
Hn Hann. Papier 5,5	221	227
H Harmstorf 0	88,5	87,5
D Harpener 11	395	398
F Hartm. & B.St. 4	1830	1830B
F dgl. Vz. 4	1440	1470B
M Hasen-Bräu 9	1005	975
S Heidelb. Zem. 7	639	635
M Hell & W. 5	265G	265
D Hein. Lehm. *0	330G	330,5
D Heinr. Ind. *14+4	765	768bG
H Hemmoor 0	256G	256G
D Henkel	420	430
F Henninger 7	198,0bB	208,5
B Horlitz 7	197	198
B dgl. Vz. 7,8	173	175,5
[illegible]		
F MAB 6,5	381T	400G
F dgl. Vz. 6,5	380G	390G
D Mannesmann 4	227,5	232
F Mannh. Vers. 8	990T	1030T
H Markt & K. 7	220G	220
F MAN St. 7	208	208
F dgl. Vz. 6	177	184
F MAN-Rol. 20,2	630	615
S M.Mühl.Weing. *0	360bG	358G
D Mauser 0	92	93,5
F Mercedes 10,5	1235	1262
F Metallges. 0	340	350
S Met. u. Lack 0	139,9	139bB
S Müag 6,5	466G	466G
F Moenus 0	113	110bG
F Monachia 5	2850G	2870
[illegible]		

Freiverkehr – Ungeregelt. Freiverkehr – Unnotierte Werte – Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam – Brüssel – Hongkong – Kopenhagen – London – Luxemburg – Madrid – Mailand – New York – Paris – Johannesburg – Stockholm – Singapur – Oslo – Sydney – Tokio – Toronto – Wien – Zürich

[illegible]

Brüssel (Schluß)

	5.5.	2.5.
[illegible]		
Solvay	8210	8600
UCB	7000	6950
Index	3605,69	3585,31

Hongkong

	5.5.	2.5.
China Light + P.	16,7	16,9
Hongkong Land	6,5	6,4
Hongk. + Sh. Bk.	7	7,1
Hongk. Teleph.	11,3	11,3
Hutch. Whampoa	30,5	30,75
Jard Matheson	13,5	13,6
Swire Pac. + A +	13,4	13,3

London (Schluß)

[illegible]		
Midland Bank		589
Nat. Westminster		900
Plessey		234
Reckitt & Colman		827
Rio Tinto-Zinc		669
Rustenburg Plat. 5		–
Shell Transp.		748
Thorn Emi		504
TI Group		569
Trusthouse Forte		173
Unilever		1640
Unitech		253
Vickers		485
Woolworth		845
Financial Times	–	1383,40

Mailand (Schluß)

[illegible]		
Fiat Vz.	11050	10570
Gemina	3310	3330
Generali	143500	141900
IFI Vz.	28900	27800
Italcementi	67800	66880
Italgas	3449	3400
Lloyd Adriatico	27490	27700
Magneti Marelli	4950	4970
Mediobanca	289000	282000
Mondadori A.	11600	–
Montedison	4535	4460
Mira Lanza	46200	45000
Banco Ambrosiano	4310	4260
Olivetti Vz.	11460	11390
dgl. St.	18100	18100

New York (Auszug)

[illegible]		
Celanese	200,5	199,5
Centronics	5,5	5,25
Chase Manhattan	44,875	44,125
Chevron	39,625	39,25
Chrysler	37,625	37,125
Citicorp	58,625	58,25
Clorox	49,875	49,5
Coca-Cola	112	111,875
Colgate	36,625	36,375
Commodore	8	7,875
Commwth. Edison	31,625	31,375
Comm. Satellite	36,25	36,5
Control Data	22,875	22,875
CPC Int.	64,875	65
Curtiss Wright	50,875	51,5
[illegible]		
Merrill Lynch	36,75	36,5
Mesa Petroleum	3	3,125
Minnesota M.	102,75	101,75
Mobil Oil	30	29,75
Monsanto	60,75	60,125
Morgan J.P.	81,75	88,25
Nat. Distillers	39,25	48,375
Nat. Semiconductor	14	14
Nat. Intergroup	23	22,875
Navistar Int. Corp.	10,75	10,75
NCR	50	49,75
Newmont	42,5	42,375

Oslo

	5.5.	2.5.
Bergen Bank	158	156
Borregaard	–	334,5
Den Norske Cred.	149	152
Elkem	104	105
Kreditkassen	157	159
Norsk Data	420	420
Norsk Hydro	131,5	129,5
Storebrand	232,5	232,5
OSE Ind. Index	338,05	339,83

Sydney (Schluß)

[illegible]		
Westpacific Banking	596	596
Bridge Oil	118	122
Bougainville Copper	252	250
Brok. Hill Prop.	762	750
Coles	606	608
CRA	648	640
CSR (Theiss)	325	323
Metals Expl.	32	30
MIM-Holdings	233	233
North Broken Hill	202	202
Oakbridge	89	88
Peko Wallsend	480	485

Tokio (Schluß)

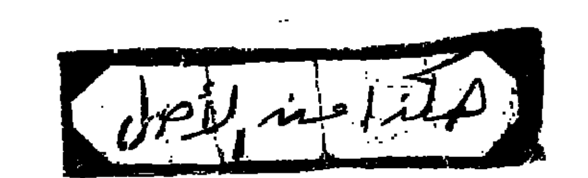
[illegible]	
Bergaf Iron	450
Kansai El. P.	2370
Kao Soap	1470
Kirin Brewery	1160
Komatsu	475
Kubota Iron	350
Matsushita El. Ind.	1610
Matsushita El. Wks.	1550
Minolta Camera	845
Mitsubishi El.	365
Mitsubishi H. I.	375
Nikko Sec.	965

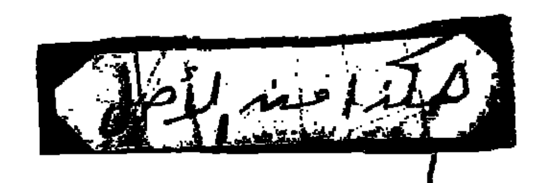
Toronto (Schluß)

[illegible]		
Norcen Energy Res.	11	11,25
Northgate Expl.	4,55	4,4
Northern Telecom.	41,875	41,75
Nova An Alberta 'A'	4,85	5
Nu West Group	0,35	0,33
Oakwood Petrol	–	3,8
Placer Development	22,375	22,5
Provigo Inc.	19,875	19,625
Ranger Oil	4,85	4,8
Revenue Properties	–	–
Rio Algom	24,25	24,5
Royal Bk. of Can.	32,5	32,5
Seagram	79,5	79,25

Zürich (Schluß)

[illegible]		
Schw. Bankverein	575	575
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3780
Schw. Rückv. Inh.	19000	19000
Schw. Volksb. Inh.	2630	2630
Sika -B-	4000	3975
Gebr. Sulzer Part.	615	670
Swissair	1810	1890
dgl. NA	1515	1550
Winterthur Inh.	7050	7150
Winterthur Part.	6350	6250
Zür. Vers. Inh.	8350	8225
Index: Schw. Kred.	539,50	540,90





Inlandszertifikate

	Ausg. 5.5.	Rückn. 5.5.	Rückn. 2.5.
AAR-UBV F I	176,84	146,85	146,85
Adifonds	71,29	67,87	68,04
Adiropa	25,38	24,44	24,46
Adirenta	105,39	100,59	100,42
Adirewa	108,37	105,11	105,27
Adiverba	187,27	178,50	179,90
Aegis Eink. Fds.	40,35	38,40	unerh.
Aegis Wachst.-Fds.	45,97	42,84	unerh.
AGI Fonds	170,89	162,75	162,75
Akkumula	211,10	201,07	200,53
Albingia Renten-Fds.	52,48	50,38	50,47
Alte Kapital Fds.	36,54	35,85	34,37
Allianz-Rentenfonds	125,75	122,48	122,47
Analytik Fonds	35,51	33,82	33,18
Aro-Rendit	59,50	57,77	57,75
AriDeka	58,10	55,37	56,32
Assecura I	95,39	92,95	92,95
Astra-Pazifik	53,25	51,46	51,79
Berenberg-U-Fonds	432,39	419,78	420,99
Berenberg-U-Eff.-F.	53,65	52,09	–
Berenberg-U-Renten	125,70	122,45	122,94
BW-Renta-Univ.	55,26	53,91	53,91
BW-Wertberg-Univ.	141,37	134,55	134,55
Colonia Rentenfonds	52,51	50,53	unerh.
Concentra	39,24	38,35	38,81
dbv-Fonds V I	–	59,27	59,27
DekaFonds	56,15	53,34	54,16
Dekarent	33,90	32,91	32,98
DekaSpezial	257,94	245,05	246,71
DekaTresor	61,37	60,36	60,35
DespaFonds	84,04	79,84	79,84
DEVIF-Invest	107,80	102,43	unerh.
DEVIF-Rent	56,90	55,15	unerh.
DIFA-Fonds	187,00	177,60	177,60
DIFA-GRUND	104,50	99,28	99,28
DIT Fonds f. Verm.	71,45	69,89	70,80
DIT Rohstoffonds	71,22	69,15	69,75
DIT Pazifikfonds	111,97	108,71	108,09
DIT Spezial	74,14	71,98	–
DIT Technologiefonds	82,99	80,57	81,46
DIT Fds. f. Wd. u. Opt. A	135,07	131,78	132,75
Dt. Rentenfonds	85,51	83,85	83,85
Dt. Vermögensb. Fds. A	41,25	39,26	39,81
dgl. I	53,12	50,59	51,12
dgl. II	20,27	17,45	77,44
DWS Bayern Spezial	107,15	102,81	103,34
DWS Energiefonds	85,88	83,67	84,27
DWS Provesta	84,40	80,38	81,85
DWS Rohstoff Fds.	80,05	78,10	78,00
DWS Technologie Fds.	94,18	91,79	92,24
Fondak	76,09	72,47	73,57
Fondirent	88,55	85,97	86,08
Fondis	64,34	61,26	61,25
Fondra	118,50	112,95	114,29
FT Accuzins	143,46	139,57	unerh.
FT Am. Dynamik	24,20	22,14	unerh.
FT Frankf. Eff. F	147,56	140,18	unerh.
FT Interspezial I	90,25	87,68	unerh.
FT Interspezial II	35,04	32,06	unerh.
FT Interzins	46,25	44,80	unerh.
FT Nippon Dynamik	89,14	81,56	unerh.
FT Re Spezial	195,85	186,04	unerh.
Gerling Dynamik	71,77	68,67	69,09
Gerling Rendite	57,83	55,37	55,36
GKD-Fonds	76,70	73,72	74,37
Gothaerent	102,28	98,73	98,74
Grundbesitz-Invest.	73,40	69,85	69,75
Grundwert-Fonds	132,48	125,57	125,57
Hbg.-M. Rentenfonds	59,73	57,43	57,42
Hansainternational	55,55	53,47	53,52
Hansaprofit	–	28,40	28,32
Hansarenta	49,47	47,99	47,98
Hansasecur	70,79	67,42	67,99
Hansazins	50,29	48,59	48,57
Hüls-Invest	71,80	68,12	68,12
IfI-Fonds Nr. 1	115,60	110,80	110,80
dgl. Nr. 2	74,66	71,08	71,08
Industria	64,15	62,26	62,58
INKA-Global	87,30	85,08	85,38
INKA-Rent	56,20	54,38	54,50
INKA-Re-Invest	140,28	136,80	136,80
Inrenta	74,50	72,47	72,48
Interglobal	151,54	147,51	148,09
Inter-Renta	40,85	39,62	39,57
Intervest	104,15	99,17	99,37
Interkapital	29,40	27,40	27,88
Int. Rentenfonds	84,74	82,47	85,45
Investa	72,56	69,86	70,21
Investors Fds.	15,91	14,79	14,89
Ivestafonds	61,94	58,50	58,69
Japan-Pazifik-Fds.	78,79	75,91	76,13
Kapitalf. Spezial	144,38	135,36	134,12
Magdeb. W.-Fd. DIT	85,55	81,29	82,52
Medico-Invest	127,48	119,10	120,00
Merkur I	30,97	30,97	30,97
NB Rent	58,50	56,09	unerh.
Nordcumula	79,26	77,53	78,05
Nordstern Int.	61,49	59,78	59,59
Nordstern-F. RK	52,61	50,82	unerh.
Nürnberger Rentenfds.	50,65	48,57	48,27
Oppenh. Int. Rent.	102,88	99,87	unerh.
Oppenh. Priv.-Rent	115,57	112,19	unerh.
Oppenheim-Privat	59,13	56,30	unerh.
Oppenheim-Spez. I	133,43	129,53	unerh.
Oppenheim-Spez. II	95,45	89,18	unerh.
Plusfonds	78,31	74,79	75,38
Privatfonds	72,85	69,36	70,10
Re-Investa	172,85	148,52	147,44
Renditdeka	35,87	34,78	34,82
Renak	165,44	157,36	157,45
Rentex	111,67	108,31	108,31
Rentensparfonds	58,34	56,66	56,62
Ring Aktien-Fds. DWS	49,90	47,55	48,02
Ring Renten-Fds. DWS	48,90	46,31	46,25
Schröder-U-Fonds	172,61	147,58	167,58
SMH-Rentenfonds	54,18	52,52	52,65
Südinvest I	72,30	68,86	69,64
dgl. II	85,15	79,19	80,12
dgl. III	27,51	26,71	26,72
dgl. IV	90,69	87,20	87,87
Thesaurent	68,91	67,25	68,21
Thesaurus	263,37	257,92	261,20
Transatlanta	30,58	29,69	30,79
Unifonds	33,98	32,29	32,76
Uniglobal	100,40	95,56	94,98
Unikapital	85,85	82,98	–
Unirak	92,75	88,31	–
Unirenta	42,70	41,37	41,34
Unispezial I	–	58,73	58,49
Universal-Eff.-F.	99,20	97,25	97,25
Unizins	115,65	112,26	112,26
Verm.-Aufbau-F.	unerh.	unerh.	128,51
Verm.-Ertrag-F.	unerh.	unerh.	99,53
VICTORIA Rent-Adig	75,05	72,51	72,50

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,55	32,60	32,70
Bond Valor DM	112,53	110,43	110,44
Convert Fund A DM	–	33,40	33,40
Convert Fund B DM	–	99,90	99,98
CS Money Market DM	1081,30	1082,00	1081,38
Eurinvest DM	94,40	90,50	90,98
Eurunion DM	201,46	185,67	unerh.
Formular Sel. DM	83,76	78,33	78,33
GT Inv. Fund DM	66,10	62,40	62,20
Intersspar DM	29,57	27,85	27,95
Japan Sel. DM	407,35	380,80	380,80
Unico DM	79,50	76,95	76,92
America-Valor sfr.	511,75	484,75	480,75
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	295,30
Automation sfr.	131,80	121,50	122,50
Bond-Invest sfr.	65,50	64,25	64,50
Bond Valor Yen	10701,00	10560,00	10556,00
Bond Valor $	124,47	122,15	122,34
Bond Valor sfr.	107,95	105,95	105,95
Bond Valor Stsr.	109,11	107,07	107,16
Canasec	646,00	615,00	623,00
CBF-Bonds sfr.	80,08	77,25	77,25
CS Money Market $	1138,58	1138,57	1138,37
CS Money Market Stsr.	1098,58	1098,37	1098,37
CS Money Market Yen	102691,0	102690,0	102690,0
Convert Valor sfr.	139,75	137,15	134,25
Convert Valor $	153,58	151,02	157,58
Dreyfus $*	13,95	13,09	13,14
Dreyfus Intercont. $*	47,14	46,19	46,34
Dreyfus Intercont. $*	50,44	47,40	47,40
Dreyfus Leverage $*	22,60	22,68	20,76
Energie-Valor DM	174,65	145,98	147,27
Europa Valor sfr.	203,25	195,80	195,80
Fonsa sfr.	205,00	198,00	198,50
Founders Growth $*	9,59	9,59	9,61
Founders Mutual $*	10,91	10,91	10,96
Goldaktien bfl.	–	210,00	210,00
Intercont. Tr. sfr.	–	341,26	341,25
Intermobil sfr.	144,50	144,00	144,00
Intervalor sfr.	92,75	89,50	89,25
Japan Portfolio sfr.	1205,50	1198,50	1185,50
Kemper Growth $*	14,52	13,29	13,35
Pacific-Valor sfr.	195,75	185,50	182,75
Pharmafonds sfr.	338,50	305,00	304,00
Pioneer Fund $*	25,28	23,13	23,16
dgl. II $*	20,86	19,09	19,17
Schweizeraktien sfr.	531,25	505,50	507,00
Sial-Imm. sfr.	1738,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1368,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2570,00	2440,00	2540,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1320,00	1260,00	1315,00
Swissvalor sfr.	430,00	417,50	418,00
Technology $*	14,94	13,67	13,71
Technogrowth Fd.	117,06	110,44	118,44
Templeton Growth $*	14,58	13,34	13,28
Universal B.S. sfr.	81,00	78,00	77,75
Universal Fund sfr.	129,07	124,56	124,58
Ussec	815,00	774,00	790,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 5. 5. 86
3075 Optionen = 168 900 (186 250) Aktien,
davon 358 Verkaufsoptionen = 28500 Aktien.

Kaufoptionen: [illegible]

Verkaufsoptionen: [illegible]

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 172,83 (175,69); Elektrowerte: 512,05 (516,50); Autowerte: 821,22 (835,76); Maschinenbau: 167,98 (178,58). Versorgungsaktien: 185,69 (189,40); Banken: 433,25 (441,01); Warenhäuser: 144,66 (148,72); Bauwirtschaft: 513,23 (521,17); Konsumgüterindustrie: 170,32 (173,80); Versicherung: 1615,17 (1654,88); Stahlpapiere: 168,70 (172,53).

Kursgewinner (Frankfurt):

Horf Oberach. Vz.	310,00	+40,00	+14,8%
Triumph Int.	195,80	+15,00	+8,5%
Adt	89,00	+6,00	+7,2%
Berliner Kindl	175,00	+10,00	+6,0%
Gas Kaiserl.	360,00	+20,00	+5,8%
Engelhardt Bräu	295,00	+15,00	+5,3%
Die bl. Quellen	450,00	+19,00	+4,4%
Alte Leipziger B	1250,00	+50,00	+4,1%
DeTeWe	500,00	+20,00	+4,1%
Hemmoor Zement	260,00	+10,00	+4,0%

Kursverlierer (Frankfurt):

Bremer Vulkan	142,00	-18,00	-11,2%
Horten	188,00	-19,00	-9,1%
Bad Salzschl.	470,00	-30,00	-6,0%
Colonia Vers.	800,00	-48,00	-5,6%
Eschweiler Berg	85,00	-5,00	-5,5%
KSB Vz.	191,00	-11,00	-5,4%
Phoenix	200,00	-11,00	-5,2%
Herlitz Vz.	170,00	-9,00	-5,0%
Dyckerh. Vz.	217,00	-11,00	-4,8%
Thyssen Ind.	138,50	-7,00	-4,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 3000T. Düsseldorf: BASF 293, Bayer 292,5, BHF 520, Contigas 350, Contigummi 225T, Dresdner Bk. 440, IWK 295T, KSB St. 207T, KSB Vz. 187T, Linde 728T, Metallges. 552T, Nixdorf 600, Rütgers 415T, Salamander 332, Schering 538, VEW 174. Frankfurt: Adt 80, Allweiler St. 286G, Allweiler Vz. 252G, BASF 289,5, Bayer 292,5, BHF 530T, Commerzbk. 326,5, Dresdner Bk. 441, Hoechst 298, IWK 294, KSB St. 215bG, KSB Vz. 195T, Linde 745, Magdeburger Feuer NA 790T, Magdeburger Feuer 1620T, Metallges. 325, Moto Meter 295G, Nixdorf 605,2, Pfaff 238T, Salamander 332, Schering 548, VEW 174bG, Wella 885, Ymos Vz. 195. Hamburg: Doag 475rG, Schering 525G. München: BASF 290bG, Bayer 291, Contigas 308bG, Dresdner Bk. 457, IWK 300B, Knürr 305, Linde 730bG, Metallges. 334B, Nixdorf 605, Rütgers 405G, Salamander 330TB, Schering 535G, Stumpf 159T, VAB 3008TB, VEW 175, Wanderer 760.

Bezugsrechte: Frankfurt: Hoechst 1,38, Hoogovens 0,60, Swissair 55T.

Devisenmärkte

Die bereits am Anfang des Weltwirtschaftsgipfels erkennbaren Gegensätze hinsichtlich des richtigen Dollarkurses zwischen den USA einerseits sowie Japan und der Bundesrepublik Deutschland andererseits, ließ den Handel am 5. Mai weiterhin vorsichtig agieren. Der Dollar, zu Beginn mit 2,195 bewertet, ermäßigte sich auf 2,178. Nach der amtlichen Notiz von 2,1834 ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. Der Yen reagierte heute mit einem Anstieg um 1,3 Prozent auf 131,9. Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung der Norwegischen und Schwedischen Krone gegen den selbstgewählten Währungskorb, ließen die Kurssicherungskosten für die Norwegische Krone auf über 40 Prozent ansteigen und bewirkte eine Stabilisierung des Kurses. US-Dollar in: Amsterdam 2,4645; Brüssel 44,6325; Paris 6,967; Mailand 1514,00; Wien 15,356; Zürich 1,8262; Ir. Pfund/DM 3,046; Pfund/Dollar 1,5405; Pfund/DM 3,363.

Devisen und Sorten

5.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,1794	2,1874	2,1772	2,14	2,24
London[2]	12,0	3,356	3,370	3,317	3,29	3,44
Dublin[2]	12,8	3,039	3,053	3,005	2,96	3,11
Montreal[1]	8,97	1,5885	1,5955	1,5748	1,54	1,64
Amsterd.	4,50	88,575	88,795	88,505	87,75	89,50
Zürich	4,00	119,46	119,66	119,52	118,25	121,00
Brüssel	8,75	4,887	4,907	4,855	4,75	4,95
Paris	9,50	31,305	31,465	31,145	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,99	27,11	26,88	26,25	28,00
Oslo	8,00	31,41	31,53	30,56	30,75	32,50
Stockh.**	8,00	30,995	31,155	30,61	30,25	32,00
Mailand[3]**	13,0	1,4525	1,4625	1,4295	1,40	1,50
Wien	4,00	14,196	14,236	14,199	14,15	14,37
Madrid**	8,00	1,566	1,576	1,541	1,51	1,65
Lissabon**	17,5	1,487	1,507	1,420	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3175	1,3205	–	1,28	1,34
Helsinki	8,00	44,10	44,30	43,34	42,75	44,75
Buen.Air.	–	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	–	0,04	0,19
Athen* **	20,5	1,563	1,617	–	1,25	1,95
Frankf.	3,50	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	–	1,606	1,652	–	1,52	1,67
Johannbg.*	11,0	1,038	1,072	–	0,77	1,02
Hongkong*	–	27,89	28,17	–	26,50	30,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

ITALIENISCHE BANKEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND / Die Auslandsaktiva der Geldinstitute haben sich in den letzten Jahren verffünfacht

Auf dem Weg zum Multi-Produkt-Unternehmen

Italiens Banken sind im Aufbruch, denn seit Anfang der 80er Jahre beginnen auch für sie Begriffe wie Konkurrenz, Serviceoptimierung, Finanzinnovationen und Internationalisierung alltäglich zu werden. Bewacht und behütet von einer allgegenwärtigen Zentralbank, einem engmaschigen und umfassenden Gesetzeswerk und einer gestrengen Abschottung gegenüber dem Ausland konnten die Banken in den ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichen ruhig arbeiten. Darüber hinaus ließen hohe Zinsmargen und die in ihrer Geldpolitik großzügigen Regierungen und die Zentralbank über eine positive Gewinnsituation keinen Zweifel.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts hat sich die Umwelt für die Banken der Apenninenhalbinsel verändert. Hauptfaktor dabei war und ist die explosionsartige Steigerung der öffentlichen Verschuldung. Erreichte sie in den 70er Jahren 60 Prozent des Bruttosozialprodukts, wäre 1985 schon das gesamte BSP des Jahres notwendig gewesen, um den gewaltigen Schuldenberg des Staates abzutragen. Da seit 1980 durchschnittlich 80 Prozent der jährlich dazukommenden Neuverschuldung durch die Emission von hochverzinslichen und für den Anleger steuerfreien Anleihen gedeckt wird, stellt der Staat im Kampf um das Einlagengeschäft den größten Konkurrenten für die Kreditinstitute dar.

So sind die Spareinlagen bei den Kreditinstituten *in der Zeit zwischen* Ende 1980 und Ende 1985 um nominal magere 80 Prozent gestiegen, was bei einer gleichzeitigen Inflationsrate von über 97 Prozent real sogar eine Abnahme bedeutet, während das Volumen der ausgegebenen kurzfristigen *Schatzbriefe (BOT) um* 140 Prozent und das der ausgegebenen Staatsanleihen mit bis zu zehnjähriger Laufzeit (CCT) sogar um 837 Prozent gestiegen ist.

Die fast 1100 italienischen Banken mußten sich dem Kampf um die „Sparlire" stellen, die allerdings reich bemessen sind, da die Italiener sich durch eine konstant hohe Sparneigung auszeichnen. Bis vor einigen Jahren noch unbekannte Sparpläne werden angeboten und seit Anfang 1983 werden CDs ausgegeben.

Antwort auf die neue Situation geben die Banken auch verstärkt durch die Verbesserung schon bestehender Serviceleistungen, um zum Beispiel die Benutzung des Kontokorrents und der damit verbundenen Zahlungsarten der Massenkundschaft näherzubringen. Ein bedeutender Schritt war in diesem Sinne auch die Einrichtung des Netzes der Geldausgabeautomaten „Bancomat", das jetzt im ganzen Land voll funktionstüchtig ist.

Einen weiteren Kokurrenten im Kampf um den Sparer haben sich die Banken selbst geschaffen: die Investmentfonds. Diese erst seit eineinhalb Jahren arbeitenden Fonds erfreuen sich enormen Zulaufs und konnten zwischen Dezember 1984 und Dezember 1985 ihr Portefeuille von 1119 Milliarden *auf 18 825 Milliarden Lire aufstocken.* Meist von Banken gegründet, versuchen sie, auch den mittleren und sogar kleineren Sparer vom sicheren Sparkonto oder Staatspapier zum Einstieg in das gutgehende Börsengeschäft zu überzeugen. Bei der nun schon über ein Jahr anhaltenden Hausse an der Mailänder Börse (die zum guten Teil durch die Fonds selbst getragen wird) ist das Klima für eine solche „Umschulung" mehr als günstig.

Auf der Aktivseite stoßen die italienischen Banken heute auf die gleichen Schwierigkeiten, die auch in den anderen Industrieländern bekannt sind. Die sehr gute Ertragslage der Industrie, ihre hohe Selbstfinanzierungsquote und verbesserte Eigenkapitalausstattung und die wachsende Tendenz, *sich direkt auf den Kapitalmärkten zu finanzieren*, führt zum Phänomen der „Desintermediation" im Bereich des Großkundengeschäfts. Hier werden kurzfristige Finanzierungen wichtiger, während langfristige Kredite hauptsächlich an kleine und mittlere Betriebe gegeben werden können, und das bedeutet: höheres Risiko und geringere Gewinnspannen für die kreditgebenden Banken.

Auf der anderen Seite heißt das aber auch, daß die Banken die interne Personal- und Informationsstruktur darauf ausrichten müssen, um die von den Großkunden erwartete Vermittlerrolle zwischen ihnen und den Kapitalmärkten übernehmen zu können. Besonders auf der Aktivseite macht sich in Italien darüber hinaus die starke *Einschränkung einer flexiblen* Zinspolitik der Banken bemerkbar, der in letzter Instanz durch das vom starken Konkurrenten Staat bestimmte Passivzinsgefüge Grenzen gesetzt sind.

Unter dem Druck der hohen Zinssätze, *die dieser für seine Schuldver*schreibungen anbietet, müssen auch die Zinsangebote für Bankeinlagen, die darüber hinaus mit einer Quellensteuer belegt sind, wogegen die Staatstitel von jeglicher Steuer befreit sind, interessant gestaltet werden. Demzufolge haben die Banken auf der Aktivseite wenig Handlungsspielraum, der allerdings durch die verschärfte Konkurrenz unter ihnen voll ausgeschöpft werden muß. Die bis Ende der 70er Jahre üblichen und von den geldpolitischen Entscheidungsträgern *gewünschten* Absprachen der Banken über Aktiv- und Passivzinssätze werden heute nicht mehr getroffen.

Die Herausforderung, die sich für die Geschäftspolitik der italienischen Banken aus ihrer veränderten Umwelt *ergibt, faßt der Präsident der* Sanpaolo Bank Turin so zusammen: „Die Banken werden den Schritt von Mono-Produkt-Unternehmen in Multi-Produkt-Unternehmen tun müssen und die Gewinne aus der indirekten Intermediation, das heißt aus Beratung, und damit aus Provisionen, steigern."

Die italienischen Banken, die nicht die umfassende Geschäftsberechtigung haben wie die Institute des deutschen Universalbanksystems, müssen den Sprung aus dem klassischen Bank- in das moderne Finanzdienstleistungsgeschäft wagen und tun dies unter anderem, indem sie die Konkurrenz auch mit dem überall vordringenden Parabankensektor aufnehmen. Viele Erwartungen werden in den Start des Merchantbanking gesetzt, das jedoch immer noch einer gesetzlichen Regelung entbehrt, denn, da es bisher den italienischen Banken untersagt ist, sich direkt in Unternehmen zu engagieren, hofft man, daß diese neue Form die Banken wieder näher an Industrie und Handel und damit an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes heranbringt.

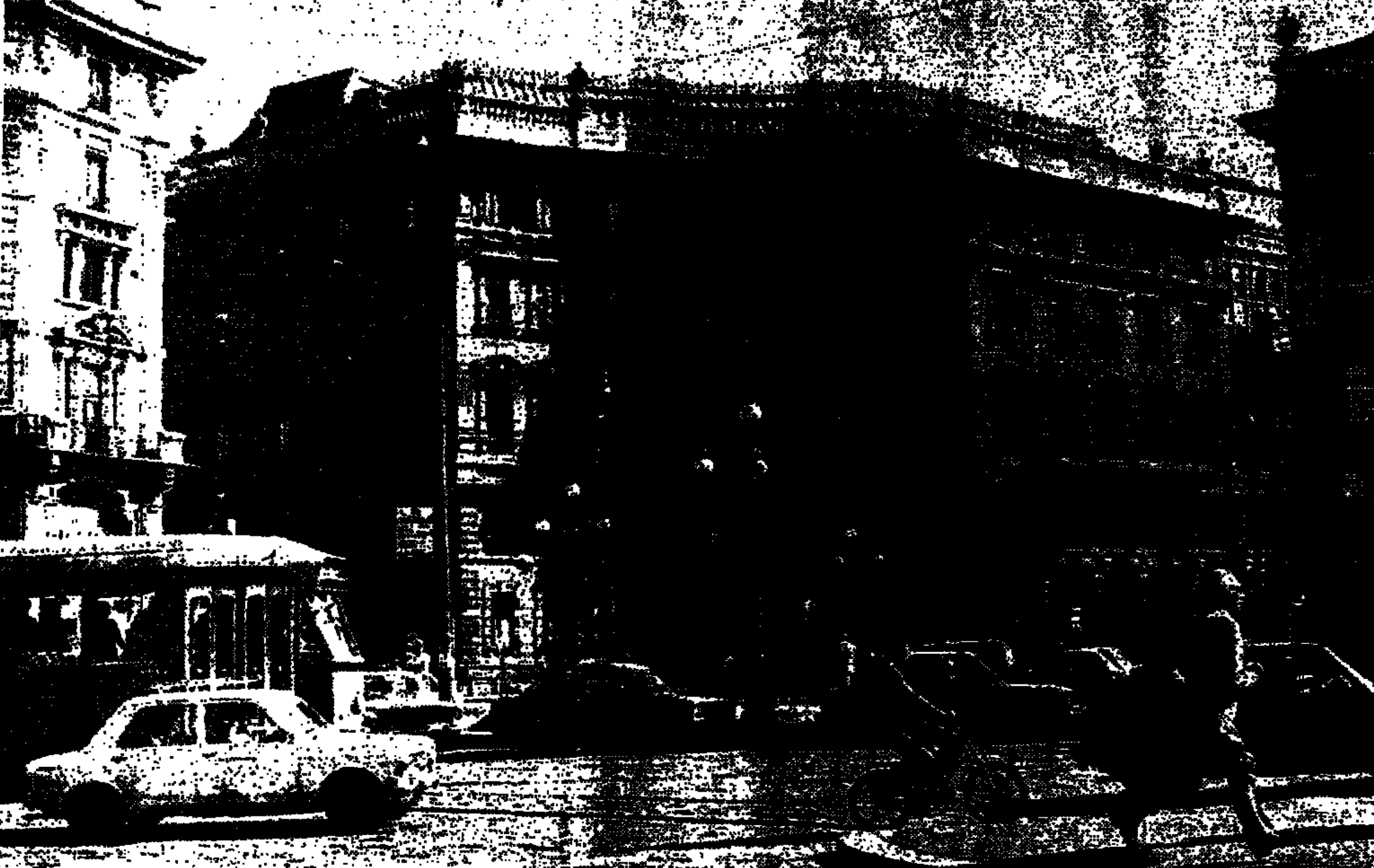
Frühzeitig schon haben die italienischen Banken einen Bereich in Angriff genommen, den die Entwicklung Italiens seit den 60er Jahren zum modernen, im internationalen *Handelsverkehr integrierten* Industriestaat und der damit zusammenhängenden Internationalisierung der großen, aber auch mittleren Firmen notwendig machte: den Bereich des International Banking und damit die Schaffung von Niederlassungen im Ausland. Seit Anfang der 70er Jahre haben die Großbanken die Anzahl ihrer im Ausland stationierten Zweigstellen und Repräsentanzen mehr als verdoppelt. Ende Januar 1985 waren 13 Banken mit insgesamt 73 Filialen im Ausland vertreten, während 51 Banken, zum Teil unter gemeinsamer Federführung, 131 Repräsentanzen unterhalten (gegenüber 29 Filialen und 49 Repräsentanzen 1983). Gleichzeitig verfügten elf italienische Banken über 24 rechtlich selbständige Kreditinstitute im Ausland. Die Tätigkeit dieser Niederlassungen konnte darüber hinaus die Auslandsgeschäftstätigkeit der im Inland tätigen Banken erheblich unterstützen. So haben sich die gesamten Auslandsak*tiva der* in Italien ansässigen Banken seit Anfang 1978 verfünffacht.

Deutlich geht das Interesse der italienischen Großbanken heute dahin, voll operierende Zweigstellen im Ausland zu eröffnen. Dies läßt erkennen, daß sie sich, obwohl sie im internationalen Vergleich erst relativ spät die nationalen Grenzen überschritten haben, nun vom heimischen Markt loslösen wollen. Denn während eine Repräsentanz ihre Hauptaufgabe darin sieht, Kontakte zwischen Banken und Unternehmen des Gastlandes und der eigenen *Muttergesellschaft* und Kunden im Heimatland herzustellen, ist die Filiale als „komplettes" Bankhaus im ausländischen Markt integriert, handelt unter den dort üblichen Regeln und arbeitet zielgerichtet auch auf den Kundenkreis im Gastland *hin*.

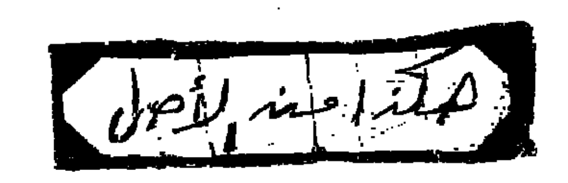
Da die Zweigstelle voll am Marktgeschehen des Gastlandes teilnimmt, hat sie den Einblick, den der italienische Kunde braucht, um Investitions- oder Finanzierungsentscheidungen im Gastland treffen zu können. So bietet *die Filiale zum* Beispiel dem deutschen Kunden zum einen die Kenntnis des italienischen Marktes und seiner Regeln. Andererseits hat sie die technischen Möglichkeiten, Operationen in Italien ohne Einschaltung Dritter über die Muttergesell*schaft abzuwickeln*.

Die Tendenz der großen italienischen Bankhäuser geht jedoch dahin, das Geschäft ihrer Auslandsfilialen von der in diesem Falle ausschließlich italienisch-deutschen Schiene wegzubringen und so die Marktchancen im Gastland voll ausschöpfen zu können. Der stark integrierte europäische Wirtschaftsraum schafft diese Möglichkeit, und die italienischen Banken haben diese Perspektive in ihre Geschäftspolitik aufgenommen. Der von allen erwünschte schrittweise Abbau der italienischen Kapitalverkehrsbeschränkungen und die Vervollständigung des europäischen Binnenmarktes für Waren und Kapital würden dieser Geschäftspolitik sicher neue Impulse geben.

SIGRID ESSER



Wichtigster Standort der Banken Italiens ist Mailand, ihr Platz in Deutschland Frankfurt FOTO: Zoltan Nagy



CARIPLO / Die Größte

Gewinnzuwachs liegt bei 35 Prozent

Die 1823 gegründete größte Sparkasse der Welt, die Mailänder Cassa di Risparmio delle Provincie Lombarde (Cariplo) in Mailand hat im vergangenen Jahr ihren Reingewinn von 90,8 auf 122,3 Milliarden Lire um 35 Prozent erhöht. Gleichzeitig wurden Eigenmittel und Reserven um 16,6 Prozent auf 3613 Milliarden Lire aufgestockt. Nach dem Vorbild der 1819 entstandenen Wiener Sparkasse ins Leben gerufen, als die Lombardei noch unter der Herrschaft des Habsburger Reiches stand, erstreckt die Cariplo ihre Aktivität inzwischen weit über die Grenzen der Region Lombardei hinaus. Im Ausland ist die Mailänder Sparkasse mit Repräsentanzen in Frankfurt, Paris, New York und Hongkong vertreten. Weitere Präsentanzen werden demnächst in Madrid (1986) und Peking (1987) eröffnet.

Außer dem klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft, das 1985 gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent auf 39466 Milliarden bzw. um 12,3 Prozent auf 20749 Milliarden Lire ausgedehnt wurde, betreibt die Cariplo auch den Hypotheken- und Agrarkredit. Zunehmende Bedeutung haben das Wertpapiergeschäft, Leasing und Factoring. Im Dezember 1984 gründete die Cariplo zusammen mit dem zwei Jahre vorher erworbenen Mailänder Kreditinstitut Instituto Bancario Italiano (IBI), der Sparkasse Genua und der Banca San Paolo in Brescia sowie 47 anderen Kreditinsituten, die Fondigest, die seit Frühjahr 1985 zwei Investmentfonds betreibt. Im Rahmen ihrer traditionellen merkantilen Tätigkeiten unterhält die Cariplo darüber hinaus 8 große Kühl- und Lagerhäuser in der Lombardei und im östlichen Piemont sowie seit Februar 1984 das hochmoderne Zollabfertigungslager Lombardia Nord Dogane in Busto Arsizio im Norden Mailands.

Ein großer Teil des Jahresgewinns fließt traditionsgemäß in die für gemeinnützige und soziale Zwecke geschaffenen zahlreichen Stiftungen der Sparkasse. Dazu gehört auch das Zentrum für afrikanische Entwicklungshilfe (Finafrica), das jährlich Bankkurse für Angehörige der Entwicklungsländer durchführt. G.D.

ITALIENISCHE SPARKASSEN / Anteilscheine der Banken werden künftig an der Börse gehandelt

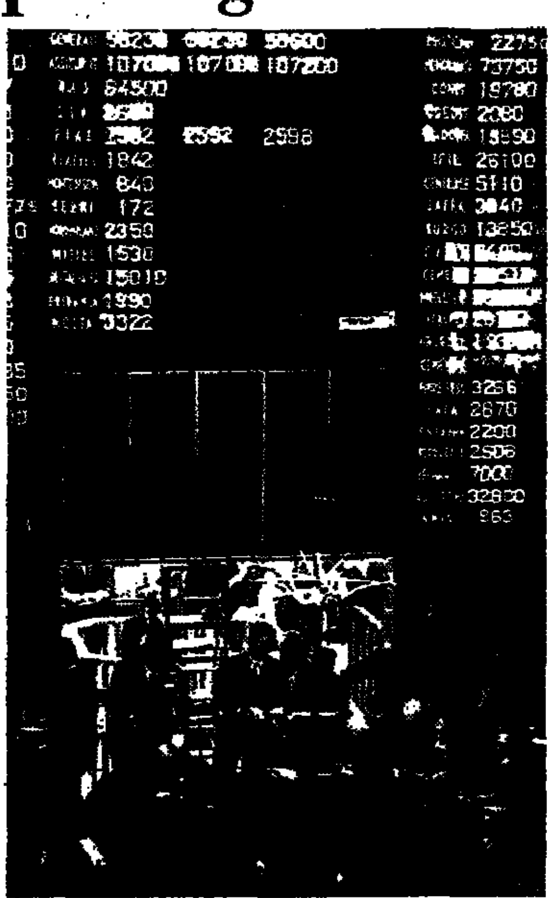
Stärkere Anpassung an den Kapitalmarkt

Die italienischen Sparkassen befinden sich gegenwärtig in einem schnellen Modernisierungsprozeß, an dessen Ende eine größere Marktnähe und eine stärkere Internationalisierung stehen werden. Deutliche Anzeichen für diesen Wandel sind die Anträge auf Börsenzulassung, die jetzt die Sparkassen in Prato und Pisa für ihre Anteilscheine gestellt haben, die sich im Besitz privater Anleger befinden.

Der Gang an die Börse stellt für die italienischen Sparkassen ein absolutes Novum dar. Vorbild und Ansporn dafür ist nicht nur die Initiative des öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts Banca Nazionale del Lavoro, Italiens größter Bank überhaupt, sondern auch die Satzungsreform, mit der sich die Sparkassen den in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen am Geld- und Kapitalmarkt anzupassen begonnen.

Leitlinien dieser Satzungsreform, der sich bereits ein großer Teil der Sparkassen unterzogen hat, sind die Einführung neuer Finanzierungsformen, die Institutionalisierung neuer Geschäftsbereiche und die Neuordnung der Institutsorgane. Was die Finanzierung anbelangt, so sind die Reformbestrebungen darauf gerichtet, neben das in Form von Stiftungen oder Zuweisungen aus öffentlichen Etats gebildete Sparkassenvermögen auch Eigenmittel zu stellen, die dem Risikokapital gleichzusetzen sind. Diese sogenannten Spar-Anteilscheine werden an private Anleger ausgegeben. Sie dürfen allerdings die Höhe des institutionellen Sparkassenvermögens nicht überschreiten. In den beiden Fällen der Sparkassen von Prato und Pisa, die als erste diese neue Form der Finanzierung praktiziert haben, bestehen die privaten Anteilseigner aus institutionellen Anlegern. Eine künftige Ausdehnung auf private Kleinsparer ist aber nicht ausgeschlossen.

So wie die Einführung neuer Finanzierungsformen dem Bedürfnis entspricht, sich die neuen Anlagetrends am Kapitalmarkt zunutze zu machen, entspringt die Neuordnung der Sparkassenorgane der Notwendigkeit, institutionell elastischer und reaktionsfähiger zu werden. Diesem Zweck dient in erster Linie die Einführung von Generalversammlungen der Anteilseigner und die Trennung des früher allumfassenden Aufsichtsorgans in ein Organ, das die Kontrolle führt und die strategische Linie absteckt auf der einen und das eigentliche Exekutivorgan auf der anderen Seite.



Die Mailänder Börse, offen auch für Italiens Sparkassen FOTO: MANFRED VOLLMER

Parallel zu diesen institutionellen Veränderungen ist in den italienischen Sparkassen ein Prozeß im Gange, der vor allem die Erweiterung des Dienstleistungs- und Wertpapiergeschäfts zum Ziel hat. Ausgangspunkt ist dabei die Tatsache, daß das klassische Kreditgeschäft auch im Falle der Sparkassen immer mehr die Konkurrenz anderer Finanzierungsformen zu spüren bekommt. Gleichzeitig müssen sich auch die Sparkassen der Herausforderung stellen, die sich daraus ergibt, daß Anlageformen wie die Investmentfonds, Rentenwerte und Aktien das klassische Sparbuch aus seiner einst überragenden Stellung mehr und mehr verdrängen. Die Folge davon ist, daß sich die Sparkassen nicht anders als die übrigen Kreditinstitute in den letzten Jahren in Leasing und Factoring stark engagiert und in allen Bereichen ihre Auslandsaktivität ausgebaut haben. Außerdem haben die Sparkassen entweder selbst oder in Beteiligung mit anderen Kreditinstituten Fonds-Gesellschaften ins Leben gerufen.

Herausragendes Beispiel dafür ist die größte italienische, die Mailänder Sparkasse, Cassa di Risparmio delle Provincie Lombarde (Cariplo), die im Jahre 1984 mit der Sparkasse in Genua, der Banca San Paolo in Brescia und anderen 47 Kreditinstituten die Fonds-Gesellschaft Fondigest gründete, die seit März 1985 zwei Investmentfonds betreibt. Gegenwärtig fungieren bereits über zwei Drittel der Sparkassen und der ihnen angeglichenen Pfandanstalten als Korrespondenzbanken ausländischer Institute mit weiter steigender Tendenz. Ihr Auslandsgeschäft ist an der gesamten Auslandsaktivität der italienischen Banken mit über 8 Prozent beteiligt. Besonders rührig ist dabei auch in diesem Fall die Mailänder Cariplo, die über Repräsentanzen in Frankfurt, Brüssel, Paris und Hongkong sowie eigenen Filialen in New York und London verfügt und schon in Kürze weitere in Madrid (1986) und Peking (1987) eröffnen wird.

Die Anstrengungen, mit denen sich die italienischen Sparkassen an dem Modernisierungsprozeß des italienischen Kreditwesens beteiligen, spiegeln sich auch in der Anwendung und Einführung neuer Techniken im Bankgeschäft. Das betrifft nicht nur die Büroautomatisierung, sondern auch die Einrichtung von automatischen Bankschaltern. Experten schätzen, daß im gesamten italienischen Kreditwesen inzwischen über 2000 Bancomat-Schalter in Funktion sind. Davon entfallen etwa 30 Prozent, das heißt ein überdurchschnittlich hoher Anteil, auf die Sparkassen.

Die ersten fünf italienischen Sparkassen (darunter die in Venedig) wurden im Jahre 1822 in dem damals zum Habsburger Reich gehörenden Venetien, ein Jahr später die in Mailand, das heißt in der Hauptstadt der ebenfalls habsburgischen Lombardei, ins Leben gerufen. Vorbild für die Gründung war in sämtlichen Fällen die Institution der Wiener Sparkasse. Gegenwärtig gibt es in Italien 79 Sparkassen, eine weitere hat ihren Sitz in dem Stadtstaat von San Marino, die wie die anderen Sparkassen dem italienischen Sparkassenverband angeschlossen ist. Zusammen mit den zehn Pfandanstalten, die allesamt auf die (insbesondere auf Initiative des Franziskanerordens) im 15. Jahrhundert erfolgten Gründungen zurückgehen, verfügen die Sparkassen über 3864 Haupt- und Zweigstellen (9 davon San Marino). Die größte Dichte weist die Region Emilia-Romagna mit 16 Sparkassen, 4 Pfandanstalten und insgesamt 1540 Haupt- und Zweigstellen auf, gefolgt von der Region Lombardei mit jeweils zwei Sparkassen und zwei Pfandanstalten sowie 520 Haupt- und Zweigstellen. Davon entfallen allein 461 auf die Mailänder Sparkasse, die außerhalb der Lombardei in anderen italienischen Regionen 8 Zweigstellen unterhält.

Mitte vorigen Jahres verfügten die italienischen Sparkassen über Einlagen im Wert von 120 384 Milliarden Lire gegenüber einem gesamten Einlagenbestand des italienischen Kreditsystems von 410 718 Milliarden Lire. Das entsprach einem Anteil von 29,3 Prozent, womit sich seit 1970 (29,1 Prozent) die Stellung der Sparkassen unverändert erhalten hat. Zur gleichen Zeit beliefen sich die Kreditgewährungen der Sparkassen auf 59 063 Milliarden Lire. Das waren 24,6 Prozent (22,7 Prozent im Jahre 1970) der gesamten Kreditgewährungen des italienischen Bankwesens. Insgesamt beschäftigen die Sparkassen rund 72 000 Personen.

GÜNTHER DEPAS

AUF EINEN BLICK

Banca Commerciale Italiana
Große Gallusstr. 9
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/28 73 63-5
Telex 4 11 752

Banca D'Italia
Brentanostr. 18
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/72 70 44-5
Telex 4 12 452

Banca Nazionale Dell'Agricoltura
Mainzer Landstr. 46
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/72 93 43
Telex 4 14 324

Banca Nazionale Del Lavoro
Neue Mainzer Str. 57
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/25 01 84
Telex 4 12 703

Banca Popolare Di Milano
Gutleutstr. 5
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/23 62 65, 23 61 65
Telex 4 11 434

Banco Di Napoli
Ulmenstr. 23–25
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/72 34 41
Telex 4 11 679

Banco Di Roma
Roßmarkt 12
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/29 50 65
Telex 4 12 078

Banco Di Sicilia
Schillerstr. 2
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/71 220

Cassa Di Risparmio Delle Provincie Lombarde
Große Gallusstr. 9
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/28 07 56
Telex 4 12 862

Cassa Di Risparmio Di Firenze
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/20 54 1
Telex 4 12 613

Cassa Di Risparmio Di Genova E Imperia
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/20 54 1
Telex 4 12 613

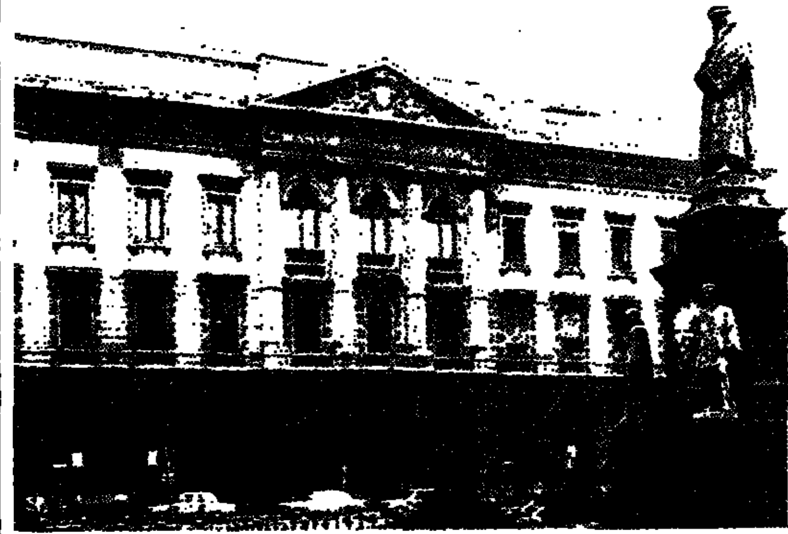
Cassa Di Risparmio Di Torino
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/20 54 1
Telex 4 12 613

Cassa Di Risparmio Di Verona, Vicenza E Belluno
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/20 54 1

Credito Italiano
Großer Hirschgraben 15
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/29 10 24 oder 28 05 44
Telex 4 12 101

Instituto Bancario San Paolo Di Torino
Schillerstr. 26
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/21 60 0

Banco Di Sardegna
Am Kattenbug 2
5000 Köln 1
Tel. 0221/12 04 28-29



Banca Commerciale, EBIC-Partner der Deutschen Bank FOTO: DB

Seagraves Buch über die chinesische Familie Soong

Die grüne Bande kommt

Für erhebliche Unruhen in Taipeh hat Sterling Seagrave gesorgt. Was die politischen Nachfahren Chiang Kai-Sheks so aufgebracht hat, ist das Buch „Soongs, eine Familie beherrscht China", das jetzt auch deutsch erschien. Taiwan mit der Hauptstadt Taipeh ist der letzte Rest der Republik China neben den Inseln Que Moi und Matsu, eine Landfläche von immerhin der Größe der Niederlande, bewohnt von 19 Millionen Chinesen, welche die Kommunisten unter Mao Zedong im Jahre 1947 nicht in ihre Gewalt bringen konnten.

Sterling Seagrave nun, ein in Burma aufgewachsener Kenner Ostasiens, behauptet, daß die Republik China ihre Entstehung dem Zusammenspiel mit dem organisierten Verbrechen in Shanghai verdanke, daß Sun Yat-sen mit Hilfe der Familie Charlie Soong und des Opiumhandels die Manchu-Dynastie an den „Rand des Zusammenbruchs" führte



und daß schließlich mit Hilfe des Verlegers von Time und Life, Henry Luce, die Amerikaner bei Laune gehalten und um Hunderte von Millionen, möglicherweise Milliarden Dollars, erleichtert wurden.

Dies ist eine Mixtur über die Verflechtung der Republik China mit den Soongs – eine Familie, die man sicherlich auf einer Stufe mit den italienischen Borgias stellen kann. Ihre Ingredienzen sind sorgfältiges, historisches Quellenstudium, journalistische Enthüllungen aber auch widergegebene Gerüchte, und sie hat durchaus das Zeug dazu, ein Bestseller zu werden. Die Regierung in Taipeh hat mit Anzeigenkampagnen schon ihren Teil dazu beigetragen.

Immerhin, Sterling Seagrave hat recht, daß die Familie der Soongs eine Darstellung wert war. Denn die gesamte Familie hat es weit gebracht. Nicht nur der Begründer Charlie. Seine drei Söhne studierten an amerikanischen Universitäten, der älteste, T. W. Soong, diente der Republik China als Finanz- und Außenminister und war Präsident der chinesischen Zentralbank. Seine beiden jüngeren Brüder T. L. und T. A. kamen als Bankiers, Industrielle und Manager zu Wohlstand. Die drei Töchter standen ihren Geschwistern nicht nach. Die älteste Ai Ling heiratete den Industriellen H. H. Kung, der ein direkter Nachfahre des Konfuzius war. Die mittlere Tochter Ching-Ling heiratete Sun Yat-sen und wurde nach seinem Tod im Jahre 1925 zunächst eine einflußreiche Vertreterin der radikal-liberalen Bewegung und zuletzt Vizepräsidentin der Volksrepublik China. Die jüngste Tochter May-Ling heiratete Chiang Kai-Shek.

Erstaunlicherweise gäbe es über die Familie nur wenig biographisches, weil, so Seagrave, der Clan um Chiang Kai-Shek dies zu verhindern wußte. Ganz unplausibel ist es nicht, daß das Wühlen im Hinter- und Untergrund der Soongs in gefährliche Tiefe führt. So wurde im Oktober 1984 der amerikanische Journalist Henry Liu in Kalifornien ermordet. Angeklagt sind Verbrecher aus Taiwan, bekannt als Bambusbande. Vorgeworfen wird ihnen, daß sie den Auftrag hatten, im Auftrag der Regierung von Taiwan den kritischen Journalisten zu beseitigen. Schon auf dem Festland, so Seagrave, habe Chiang Kai-Shek die Zusammenarbeit mit den Ganoven Shanghais, vor allen Dingen der grünen Bande, gepflegt und kann sich mit dieser Anschuldigung immerhin auf Polizeiakten der Briten und auf amerikanische Quellen stützen.

Das Buch schließt eine Lücke im Verständnis der chinesischen Geschichte zu Beginn unseres Jahrhunderts, und wenn man auch durchaus der Meinung sein kann, daß es nicht der grünen Bande in Shanghai bedurfte, um die Manchu-Dynastie zum Abdanken zu zwingen, sondern daß viele soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren die republikanische Revolution herbeiführten, und wenn man auch das Engagement Sun Yat-sens und Chiang Kai-Sheks etwa im Opiumverkauf nicht überbewerten sollte, denn immerhin waren in diesem Bereich die Briten und Franzosen die Meister, ist das Buch wichtig und, weil flott geschrieben, auch eine spannende Lektüre.

HANS-HERBERT HOLZAMER

Sterling Seagrave: Die Soongs – Eine Familie beherrscht China. 600 S., 16 Abb., dt. von Manfred Papst und Beate Reck. Benziger Verlag Zürich, 44 Mark



Seine Söhne sind sein ganzer Stolz: Dustin Hoffman als Loman (Mitte), Stephen Lang als Happy (links) und John Malkovich als Biff in Schlöndorffs Film FOTO: TOBIS

Schlöndorffs Film „Tod eines Handlungsreisenden" mit Dustin Hoffman

Mitleidlos wird ein Mensch besichtigt

Zwei müde Lichter blinzeln zum Vorspann auf der Leinwand, die man nur langsam als die Frontlampen eines Autos erkennt. Hupen ertönen, man hört ungeduldige Trucks beim Überholen. Die Kamera fährt zurück, man erblickt einen alten Mann am Lenkrad: Dustin Hoffman als Handlungsreisenden Willy Loman.

Die Dramaturgie des Films hatte Pate gestanden bei Arthur Millers 1949 uraufgeführtem Stück, das in ungewöhnlicher Technik, mit Rückblenden und Traumsequenzen durchsetzt, das Leben des amerikanischen Jedermann aufblättert. Es wundert also nicht, daß das Stück schon dreimal verfilmt wurde, zuletzt mit Frederic March in der Titelrolle. Jetzt kommt die dritte Version in die Kinos, für die sich Miller, der selber das Drehbuch schrieb, Volker Schlöndorff holte.

Darüber staunt man noch mehr, denn der deutsche Regisseur hat alles andere daraus gemacht, nur nicht die Bestätigung unbefragt geltender Klischees. Keine Spur von Ibsens „Lebenslüge" oder vom „amerikanischen Traum". Nichts von „Konkurrenzdruck" und „Ausbeutung", vom ausgepreßten Schwamm, den man auf den Müll wirft, wenn er keinen Tropfen mehr hergibt. Keine „Traumtechnik", ja, nicht einmal Rückblenden. Ein bemitleidenswerter Mensch wird mitleidlos besichtigt, schier wissenschaftlich und emotional unbeteiligt, von außen und von innen.

Einer, der sich von einem Satz zum nächsten widerspricht – Schlöndorff hat da das Buch genau gelesen. Einer, der sich in den Labyrinthen seines Denkens verlaufen hat, der sich nicht mehr zurechtfindet und deshalb die Wirklichkeit draußen im selben Maße verkennt wie sich selbst. Die Türen, die sich in diesem Film öffnen – die Kamera (Michael Ballhaus) geht dann immer ganz nah heran, und der Raum nebenan hat dieselbe Tapete wie der, aus dem man kommt –, führen in Rumpelkammern der Erinnerung.

Ganz folgerichtig trägt dieser Willy Loman, immer als 63jähriger, auch stets denjenigen Anzug, den er in diesem Augenblick anhat – auch dann, wenn die Szene um Jahre früher spielt, wenn seine Frau Linda (Kate Reid) oder seine Söhne Biff und Happy (John Malkovich und Stephen Lang, die diese Rollen auch in der dem Film vorangegangenen Broadway-Inszenierung verkörperten) um Jahre jünger aussehen müßten. Man kann beim besten Willen nicht sagen, wo alles das spielt: in der Wirklichkeit oder in Lomans Kopf.

Dustin Hoffman ist Willy Loman. Eben jener 48jährige, den wir kürzlich noch als Tootsie belächelten und der sich so in diese Rolle eines 63jährigen hineingebohrt hat, daß man den Schauspieler gar nicht mehr ausmachen kann: Vermutlich wird man sich diesen Handlungsreisenden künftig nur noch als Dustin Hoffman vorstellen können. Er schimpft, und er brüllt. Er schmunzelt, er spinnt vor sich hin und erzählt Schnurren. Er ist täppisch, wenn er im Bostoner Hotelzimmer seine Geliebte vor Sohn Biff versteckt. Er wird still, wenn man ihn feuert, und er ist stolz, wenn Charley, den er immer anpumpt (Charles Durning), ihm einen Job anbietet: Er habe ja einen! Keep smiling.

Eben das fällt einem als Zuschauer schwer. Man weiß nicht genau, ob man lächeln soll über den komischen Kauz oder ob in dieser Alltagstragödie und dem grandiosen Film, den Schlöndorff daraus machte, Tränen nicht doch angebrachter wären. Wochen danach ist man damit nicht fertig.

HORST ZIERMANN

Berlin zeigt die Ausstellung „Das andere Land"

Koffer, voll von Leid

Wenn man bedenkt, daß sich derzeit die Kunstszene gar nicht genug damit tun kann, das typisch „Deutsche" in der Gegenwartskunst zu entdecken – dann allein schon wirkt diese Ausstellung „Das andere Land" als wohltuende Irritation und Korrektur. Die Schau, die von Berlin aus anderthalb Jahre durch verschiedene Städte der Bundesrepublik reisen wird, kommt nicht aus dem traditionellen Veranstalterfeld für Kunstausstellungen. Träger ist die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke. Ihr gebührt Achtung. Denn sie hat ihr Konzept, dank besserer Einsichten, mehrmals korrigiert.

Denn die Situation der „ausländischen Künstler in der Bundesrepublik" (so lautet der Untertitel) ist nicht der Lage von Gastarbeitern vergleichbar, wo Künstler freiwillig hierher kommen, um etwa als Stipendiaten oder Professoren weiter zu arbeiten. Und während auf der einen Seite viele der 700 ausländischen Künstler, die man in der Bundesrepublik und Berlin kennt, liebend gern dabeigewesen wären, gibt es auch längst eine Reihe etablierter Künstler, die es ausdrücklich ablehnen, noch in der Rubrik „ausländisch" präsentiert zu werden.

Und dann erst die Jury! Unter den Kunstfachleuten gab es harte Auseinandersetzungen, als man sich auf 150 Werke von 48 Künstlern einigte, die aus 21 Ländern in die Bundesrepublik gekommen sind. Jener hehre „Qualitäts"-Anspruch, der da mit dem Kriterium „Ausländer sein" gekoppelt wurde, ließ sich nicht gleichmacherisch anwenden. Die Jury tat gut daran, ihre Auswahl ohne Rücksichten auf nationalen Proporz zu treffen.

Man möchte es als ein gutes Zeichen nehmen, daß so viele Werke so unterschiedlicher (und mit so verschiedenen Gründen) in Deutschland lebender Künstler jetzt Seite an Seite hängen und reisen werden. Daß Richard von Weizsäcker der Veranstaltung als Schirmherr dient und sie durch seine Anwesenheit ehrte, haben viele Künstler als besondere Auszeichnung verstanden.

Die Zahl der Künstler, die Werke ohne nationale oder heimatliche Merkmale schaffen und im weiten Bereich einer „grenzenlosen Kunst" arbeiten, ist groß. Aber da sind die Kollegen, die gerade im Exil noch die Bedrängungen verarbeiten wollen, die sie zu Hause erfahren haben oder deren Werke deutliche Zeichen ihrer heimatlichen Kultur aufweisen. Solche Bezüge auf die politische Realität, die Themen Asylsuche oder Flucht und Verfolgung, findet man hier besonders bei der Gruppe türkischer und iranischer Künstler. Riesig ist die Distanz zwischen solchen Arbeiten und den Stars der internationalen Kunstszene wie Paik oder den auf ästhetische Formgebung konzentrierten Installationen, Plastiken, Bildern.

Man muß es als positiv verbuchen, daß diese Ausstellung eben nicht harmonisierend wirkt, daß sie auch die Risse und Unvereinbarkeiten noch erkennen läßt; daß sie auch, jedoch eher unfreiwillig, ahnen läßt, wie schwer sich die Kunstfachleute tun, künstlerische und menschliche Ansprüche miteinander in Einklang zu bringen.

Dem Niveau der Ausstellung, ihrem Anspruch, Kommunikation und Kennenlernen zu fördern, wird der Katalog nur unzulänglich gerecht. Er unterschlägt die Antwort auf die Frage, warum der einzelne Künstler nach Deutschland kam, und druckt eingereichte Biographien und Ausstellungslisten proportionslos ab.

Welcher Sensibilität es bedarf, tiefgreifende Kränkungen zu vermeiden, zeigt sich bei dem bemerkenswerten Zeichner Ohannes Tapyoloi. Der deutsche Staatsbürger und Träger des Villa-Massimo-Preises mußte neben der pflichtgemäßen Angabe, er sei in Kangal, Türkei, geboren, den entscheidenden Hinweis, daß er Armenier ist, schmerzlich vermissen.

Zur Eröffnung hatte der Künstler seine Arbeiten mit schwarzen Bändern überkreuzt, großformatige Zeichnungen verhüllter Möbelstücke oder eines stehen gelassenen Koffers, die in magisch eindrucksvoller Weise an frühere, noch direktere Bilder anknüpfen, wie sie vor einigen Jahren in der Wiener Ausstellung „Türken – 300 Jahre danach" gezeigt wurden. Die Schau war der Auslöser für die jetzige Veranstaltung gewesen (bis 25. Mai, Katalog 34 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Nächste Stationen: Bochum 14.6. bis 27.7.; Frankfurter Paulskirche August; Saarbrücken September bis Mitte Oktober; Stuttgart Mitte Oktober bis Ende November; München Januar bis Mitte Februar 1987; Hannover Mitte Februar bis Ende März; Ludwigshafen April bis Mai 1987; Weitere Stationen in Planung.

Die Bobbies – früher reichte meist der Ordnungsruf: „Hallo, hallo, was haben wir denn hier?"

Der Fels der Zuverlässigkeit wird häufiger beschossen

Nur ein Polizist der Welt ist so beliebt geworden, daß er in großen Mengen als Püppchen verkauft wird an Touristen und andere Kinder: der Bobby. Dieser Fels der Zuverlässigkeit mit dem hohen Helmhut, dieser Beschützer zu Fuß oder doch bestenfalls zu Fahrrad, er ist Friedensstifter und ein Born schlichter Weisheiten. Nun ja, manche sagen, all das sei er mal gewesen, und heute sei alles anders.

Der Bobby wurde Bobby getauft, weil einer der letzten Premierminister vor Queen Victoria Sir Robert Peel hieß; Bobby ist die Koseform von Robert. Wie die meisten „uralten" britischen Traditionen stammt auch diese aus dem 19. Jahrhundert. Sie kam mit dem Industriezeitalter, mit dem wachsenden Wohlstand für wenige (aus den Kolonien und aus den Fabriken) und mit der Unruhe in größeren Bevölkerungsteilen, die nicht so begütert waren. Ordnung mußte ja sein, und die alten Hüter, Nachtwächter und Militär, sie waren vor allem in London nicht so recht geeignet zum Hüten.

Sir Robert schuf also eine Polizeitruppe. Mit der Schulung zum klassischen Bobby hatte es freilich noch gute Weile – etwa so lange wie bis zur Erfindung seines Helmhuts, denn der kam er erst nach 1850. Zu jener Zeit

Diese strammen Polizisten – ZDF, 22.05 Uhr

hatte sich das Londoner Polizisten-Modell auch in den Provinzen als praktisch erwiesen. Fortan stand der Bobby auch als Symbol dafür, daß das nach Queen Victoria benannte Zeitalter eine Ära gewesen sei der Ruhe, der Sicherheit und auch der festen, aber sanften Hand – was dieses Zeitalter natürlich nun auch wieder nicht gewesen ist.

Wer sich wundern sollte, daß man die klassische Polizisten-Figur, waffenlos bis auf das bißchen Knüppel, zwar an vielen Stellen Britanniens finden kann, an anderen aber nicht, dafür aber gewiß auf den Karibischen Inseln – nun, dem sei gesagt, daß dies mit der britischen Bürger-Eigenwilligkeit zusammenhängt. Jedoch, auch die Herren in Uniform ohne hohen Helmhut, jene nur mit Mütze, sind Polizisten ganz wie die Bobbies. Zu ihren Qualitäten gehörte bei jedem einst, daß er nur irgendwo aufzutauchen brauchte, wenn es gerade kritisch wurde, daß er nur zu sagen brauchte: „Hallo, hallo, was haben wir denn hier?" – und alles löste sich in Wohlgefallen auf.

Öfter ist das wirklich so gewesen. Und in den Polizeirevieren von heute hat es gewiß gegeben und gibt es bisweilen noch jene großartigen Sergeanten (oder in Dörfern auch Dorfpolizisten niederen Ranges, Constabler), die vor Verständnis kaum noch laufen können und Konflikte lösen mit strenger Milde oder milder Strenge. Allzu günstig solchen Idealtypus sind die Zeiten nun aber nicht mehr. Britische Polizisten im Kampf mit kiebigen Streik-Demonstranten; Bobbies, auf die häufig geschossen wird, von Bankräubern, in Nord-Irland oder aus der libyschen Botschaft – die Luft ist rauh geworden. Das Bobby-Bild als ein Vaterbild für den Bürger verschwindet. Noch tragen viele keine Schußwaffe, doch sie sind dabei nicht mehr so fröhlich wie einst.

Der heutige Bobby hat Sprechfunk bei sich, nicht mehr die Trillerpfeife, in die er stieß, wenn er wieder auf ein Opfer von Jack the Ripper gestoßen war. Wenn man also jetzt den Bobby fragt, ob denn in der Gegend ein Friseur sei – nun, dann bleibt er stehen und weiß es entweder, oder er fragt nach, per Sprechfunk im Revier.

CHRISTIAN FERBER

KRITIK

Mit Spielzeug inszeniert

Wenn ein Künstler Möbel in den Raum stellt, dann muß das ja Kunst sein. Und ist es keine, dann wird sich ein Kritiker finden, der es dazu ernennt. Ephraim Kishon verdanken wir solche Erkenntnis. Er spricht aus, was alle denken, in **Zieh den Stecker raus, das Wasser kocht** (ARD).

Beispielsweise denken alle, Künstler seien haltlos: Sie waschen sich nicht, sie haben einen erloschenen Zigarettenstummel im Mund, sie gehen mit ihrem Modell ins Bett. Kunst kommt von Können, aber moderne Künstler können nichts. Sie können nicht malen – das besorgt ein Spielzeug („mit der Lokomotive gemalt").

Auch daß Kritiker Schwätzer seien, denken alle: Gescheiterte Künstler oft genug, die mit immer den gleichen undurchsichtigen Formeln jonglieren, korrupt zudem und im Dienst des von geschäftstüchtigen Ignoranten beherrschten Kunsthandels. So wie Kunstsammler und -käufer von allen verdächtigt werden, genau zu wissen, daß es Tinnef ist und Humbug, was sie erwerben. Das ist wahrhaftig ein Spaß, das auch einmal ganz klar auszusprechen.

Er liegt dort, wo einer im Ernst annimmt, was alle denken, das sei die Wahrheit. Nur aus Vorurteilen läßt sich aber auch keine Satire gewinnen, geschweige denn ein Stück – es sei denn, man hält, wie die Künstler im Spiel, den Erfolg schon für Qualität.

Kishon begnügte sich nicht mit dem Text, dem im dritten Akt die Luft ausgeht: Er mußte es auch selbst inszenieren, so daß Mängel, die ein Autor übersehen mag, nicht ausgeglichen werden konnten. Was hilft's, daß er große Darsteller bemühte, wenn er sie nicht führen kann? Ursela Monn ist doch sonst viel besser. Herbert Bötticher und Wolfgang Kieling hingegen konnten sich auf ihre Routine verlassen.

KATHRIN BERGMANN

Die ARD und die Lehrer

Staatsmacht und die Zuversicht der Technik auf der einen Seite, Skepsis bis zum Untergangsglauben und Verfolgungs-Symptome auf der anderen – das war der harte Stoff, aus dem die Reportage **Kommt jetzt das Glück nach Wackersdorf?** (ARD) gewirkt war. Zu Wort kamen nur Nachbarn der geplanten atomaren Wiederaufarbeitungs-Anlage, so blieb die Sendung kompakt, ließ aber die Polizei außen vor, deren Beamte auch einiges Menschliche zu dem Geschehen um den Bauplatz sagen könnten.

Den Rahmen vieler anderer (auch Zeitungs-) Berichte über Wackersdorf sprengte die Reportage mit einem Rückblick auf den Braunkohle-Abbau in der Gegend; ein Aspekt, der notwendig ist, um den Strukturwandel zu verstehen. Die meisten Interviewten waren erstaunlich vernünftig in ihren Gedanken über das gigantische Vorhaben, das ihnen unheimlich nahe vor die Nase gesetzt wird. Leider waren Eckhard Garczyks Fragen zum Teil so unglücklich wie der Titel der Sendung mit der Unterstellung, Befürworter würden die WAA als „Glück" bezeichnen. Dies belegte keines der Gespräche. Arbeitsplätze kommen her, das war das „euphorischste" Argument, unter anderem eines Meisters, der meinte: „Die Handwerker sind dafür, die Lehrer dagegen."

Dann nahm der Film seinen über die Obrigkeit empörten Gang. Die mehrmals zu hörenden Vorwürfe über Gas- und Hunde-Einsatz der Polizei waren zum Teil demagogisch überzogen. Dennoch blieb das Unbehagen vieler über die massenhafte Anwesenheit der Polizei eindrucksvoll. Doch warum kommt ein solches Bauprojekt ohne Schutz nicht mehr aus? Ist das die Schuld des Staates?

Unsauber war es, über eine leicht identifizierbare Frau zu verbreiten, sie sei mit einer Lehrstelle für ihren Sohn auf die Befürworter-Seite herübergekauft worden. Das wollen wir belegt oder gar nicht sehen. Weit sachlicher als die Sendung war der katholische Pastor, der im Walde für die WAA-Gegner predigt, es aber für selbstverständlich hält, dieses Thema im Gottesdienst in seiner Kirche nicht zu erwähnen, um seine Gemeinde nicht zu spalten.

DETLEV AHLERS

Mit Liebe

Der Dienstagabend ist in der ARD für die Unterhaltung reserviert: seichter mit Jürgen von der Lippe („Donnerlippchen"), leichter mit Siggi Harreis („Montagsmaler") und manchmal sogar fast klassisch, wie es Michael Schanze zum fünften Mal mit seiner Show präsentiert. Er gilt seit Jahren als hoffnungsvoller Entertainment-Nachwuchs.

Nach einem beachtlichen Gesangs-Erfolg in den siebziger Jahren besann er sich darauf, daß er auch mit anderen Fähigkeiten unterhalten kann, zum Beispiel mit

Die Michael Schanze Show – ARD, 20.15 Uhr

Tanzen und Moderieren. In der Nachwuchs-Rolle scheint er sich aber auch jetzt noch wohlzufühlen: „Solange der Kuli nicht aufhört, gehöre ich zum Nachwuchs", flachste Schanze Anfang April bei den Dreharbeiten zu seiner Show, „und dann habe ich meine größten Erfolge noch vor mir." Ein solides Stück Arbeit legt er heute vor: Motiv der Sendung sind Liebeslieder.

Assistiert wird Michael Schanze von Harald Juhnke. Kann sein, daß Schanze bei diesem oder jenem Profi – auch bei seinem Gast – noch so einiges abgucken wird. Schon im November will er mit einer 90minütigen Show auf den Bildschirm kommen.

gh

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info Küche
10.00 heute
10.03 100 Karat
5. Folge: Der Künstler
10.55 Umschau
11.20 Verkehrsgericht
Vorsicht, Geisterfahrer
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Sie – er – Es
Themen: Magersucht. Leben im Altersheim. Irene Zacharias: „Meine sieben Kinder und der Lauf der Welt"
16.45 Die Besucher
Entdeckt!
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Michael Schanze Show
Mit Harald Juhnke, Starsisters, Grace Kennedy und den Dougie Squires Dancers
21.00 Report
Themen: Gerechtigkeit für Boock? Cruise Missiles und Pershing 2 im Hunsrück
Hat der VdK noch eine Existenzberechtigung?
Tatort Finanzministerium – Was wußten die Politiker?
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Am Rande des Grabes
Bobbys Tod hat die Ewings schwer getroffen. Pam macht sich Vorwürfe. J. R. reagiert mit heftigen Ausbrüchen gegen Sue Ellen.
22.30 Tagesthemen
23.15 Bücherjournal
Themen: Ludwig II. Jean Genet. Dylan Thomas. Gottfried Benn
Sendung von Dieter Zilligen
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express spezial
Deutschrock und Pop
Mit Ulla Meinecke, Udo Lindenberg, Klaus Lage und Geier Sturzflug
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: die Gruppe Munich
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
Mit Berichten vom Weltwirtschaftsgipfel in Tokio
19.45 Wenn einer Stadt die Luft wegbleibt
Aus Mexiko-Stadt berichtet Harald Jung
Keine Metropole der Welt hat mehr Einwohner und Automobile, keine wächst schneller.
20.15 UEFA-Pokal Endspiel
1.FC Köln – Real Madrid
Aus dem Berliner Olympiastadion
In der Halbzeit: heute-journal
22.05 Diese strammen Polizisten
Englischer Spielfilm (1960)
Inspektor Mills sitzt in der Klemme. Eine Grippewelle hat seine Mannschaft dezimiert. So bekommt er von der Polizeischule vier Ersatzleute gestellt.
23.25 585 Kilohertz
Fernsehspiel von Heiko Schier
0.25 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg Mathematik
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.15 Auslandsreporter
Schweiz: Mensch in der Röhre
20.45 Rückblende
Otto von Guericke
21.00 Formel Eins Hitparade
21.45 In der Gnade der späten Geburt
22.30 Drei vor Mitternacht
Frauen auf dem Vormarsch
Anschl. Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt: Sicherheit
Wissenschaft und Waffen
Interview mit Edward Teller
21.15 Smileys Leute (1)
Agent in eigener Sache
22.45 Autor-Scooter
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.35 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Tatort
Als gestohlen gemeldet
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur international
22.30 Erich Fried
Dichter mit seinem Widerspruch
23.20 Focus on Jazz

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Henry's Kater
18.35 Fauna Iberica
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Das Sandmännchen
19.30 Das Herz eines Fremden
20.15 Reisewege zur Kunst
England
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der rote Engel
Amerikanischer Spielfilm (1952)
22.35 Biedermeier-Kaleidoskop
23.05 Geschichte, ein Greuelmärchen
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Carolins Fleckerlteppich
20.00 Die Brüder Asam
20.45 Die Sprechstunde
Blüten und Bienen
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Berliner Ballade
Deutscher Spielfilm (1948)
23.15 Rundschau



15.00 Perrine
Ein unvergeßlicher Tag
15.30 Lassie
Der Kampfhahn
Anschl. Die Hillbilly Bären
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Frank Adams, wehre dich
18.00 Taxi
Der Ruf aus Hollywood
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Die Roboter
Anschl. Frank Sinatra und Orchester Buddy Rich
19.45 Love Boat
Anschl. APF Wetterblick
20.40 Airwolf
Mit Speck fängt man Mäuse
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z.etten
22.45 Starsky & Hutch
Aus purer Rache
23.35 APF blick



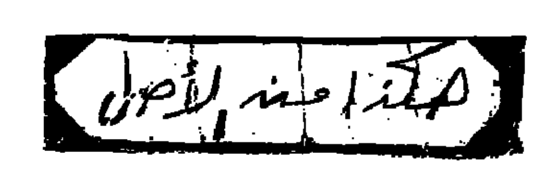
19.00 Unter deutschen Dächern
Im Süd-Oldenburgischen
19.45 eff-eff Autotest
Katalysatorautos:
Mitsubishi, Renault, Saab
20.00 Tagesschau
20.25 Polizeiinspektion 1
Der Skiausflug
20.40 Franz Xaver Brunnmayr
Mit Gusti Bayrhammer
21.05 Magdalena
Ein Volksstück von Ludwig Thoma
22.35 Glaskäfige
Französischer Spielfilm (1979)
Mit Geraldine Chaplin
Anne und Isabelle versuchen, sich in der Männerwelt durchzusetzen, um Selbständigkeit zu finden. Dabei geraten die jungen Frauen in neue Rollenzwänge und Gefühlsverwirrungen.
0.25 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Spielregeln
Der Diebstahl
Wieder sitzt ein Laiengericht einem „ordentlichen Gericht" gegenüber.
19.00 heute
19.35 3SAT-Studio
19.45 Ich heirate eine Familie
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. Nachrichten

RTL-plus

18.15 Deutsche Szene
18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.10 Kaz
Die Mutprobe
20.00 Endspiel im UEFA-Pokal
1.FC Köln – *Real Madrid*
21.55 RTL-Spiel
22.00 Blick in die Welt
22.10 Porträt: Rick Nelson
22.35 Zeichentrick für Erwach[illegible]
22.47 Wetter/Horoskop/[illegible]



Inflation der Parteiwörter

kru. – Unerwartete Selbstkritik aus Ost-Berlin. Das Verbandsorgan der „DDR"-Journalisten, die „Neue Deutsche Presse", hat in ihrer Nummer 3/1986 einen Artikel des Leipziger Sprachwissenschaftlers Wolfgang Böttger veröffentlicht, in dem dieser die allzu „ermüdende Monotonie im Sprachgebrauch" bei Zeitungsartikeln beklagt. Ihn stört zum Beispiel der inflationierte Gebrauch des Attributs „dynamisch". Mit diesem Beiwort werde „völlig zu Recht" die Wirtschaftsentwicklung in der „DDR" beschrieben, doch solle die „gut gewählte Bezeichnung" nicht dadurch entwertet werden, daß nun alles mögliche „dynamisiert" werde.

Neben „dynamisch" würden auch andere zentrale Begriffe der politischen Sprache verwässert, schreibt Böttger. Wörter wie „schöpferisch", „konstruktiv", „gestalten" oder „in Auswertung, in Durchführung, in Verwirklichung" usw. „Meist haben (diese Wörter) einen angemessenen Stammplatz. Falsch ist ihr inflationierter Gebrauch. Der macht sie zu Wortschablonen."

An die Haupt- und Kolossalphrasen der Partei soll also nicht gerührt werden. Bei der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" etwa dürfe der Satzteil „in ihrer Einheit" niemals zum Beispiel durch „in ihrer Zusammengehörigkeit" ersetzt werden, denn „schon kleinste sprachliche Änderungen würden eine Veränderung der politischen Bewertung der Situation ausdrücken".

Die Sprache als Machtinstrument der Partei will der Leipziger Semantiker nicht antasten, sondern gerade erhalten. Dann darf er sich freilich nicht wundern, wenn die politische Sprache im ganzen verkommt. Trittbrettfahrer der Macht machen sich wichtig, indem sie parteibesetzte Begriffe ausborgen und für alle möglichen banalen Tatbestände einsetzen. Simples Brotbacken gerät ihnen so zur „dynamischen Aufbaukampagne", die Vereinsmeierei eines Kaninchenzüchtervereins zum „Beitrag zur Sicherung des Friedens".

Die von Böttger beklagte „Monotonie" ist nicht durch noch härtere Begriffsverbote aus der Welt zu schaffen, sondern nur durch größere semantische Liberalität.

Eine Stiftung, eine Ausstellung und viele Konzerte: Wie der Musik-Mäzen Paul Sacher seine Heimatstadt Basel beschenkt hat

In den Notenlabyrinthen des Hauses auf Burg

Die Termine rund um den 80. Geburtstag des Industriellen, Dirigenten und musikalischen Mäzens Paul Sacher (s. WELT vom 26. April) drängten sich: *Das Basler Kunstmuseum* lud ein zur Vernissage der Ausstellung „Die Musik des 20. Jahrhunderts in der Paul-Sacher-Stiftung". Klangfiguren und Akkordgebilde aus Partituren von Bruno Maderna und Wolfgang Rihm breiteten sich zwischen den Reden aus, umhüllten die großzügig exponierten Skizzen und Partituren, Bilder und Schriftdokumente.

Zwei Tage darauf begannen im wirkungsvoll umgebauten, historischen „Haus auf Burg", gerade hundert Schritte vom Münster oberhalb des Rheins gelegen, Tage der offenen Tür. Sie sollten der Öffentlichkeit zeigen, daß die schon legendäre *Manuskript-* und Dokumentensammlung Sachers sich in ihrem neuen, so schön wie praktikabel ausgebauten Stiftungsdomizil fest etabliert hat, bereit, ihre selbstgestellten Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen.

Abends fand der Vielbeschäftigte die Zeit, zu Wohltätigkeitszwecken ein umfängliches Mozart-Programm zu dirigieren. Solistin: Anne-Sophie Mutter, die von Sacher immer wieder verpflichtete und (zuletzt durch einen Lutoslawski-Kompositionsauftrag) wirkungsvoll geförderte junge Geigerin.

Wieder zwei Tage später: Festakt *aus Anlaß der Stiftungseröffnung*, zugleich aber Festkonzert aus Anlaß des 80. Geburtstages des Stifters selbst. Was in Sachers Musikwelt Renommee und Freundesrang besitzt, war präsent und trug zur Akzentuierung des besonderen *Datums* bei. Pierre Boulez brachte erstmals wieder das kunstvolle Gebilde seines poetischen „Dialogue de l'ombre double pour clarinette et clarinette enregistrée" aus dem Jahre 1958 an die Öffentlichkeit (Solist: Alain Damiens).

Mstislav Rostropovitch fügte, zugleich als Sprachrohr der Freunde Benjamin Britten, Henri Dutilleux und Witold Lutoslawski fungierend, drei der vor Zehnjahresfrist zugeeigneten „Hommages" für Solocello an. Und wieder erklang Mozart, hier als bedeutungsvoller Rahmen fürs fast endlose Defilee der Prominentenreden und musikalischen Gratulationen.

Die Festrhetorik ist verklungen. Den Ausstellungsbesuchern bleibt es nun vorbehalten, den Dialog mit den Ausstellungsobjekten aufzunehmen. Wolfgang Rihm hatte anläßlich der Vernissage in farbiger Rede vom sinnlichen Reiz gesprochen, den Musik auch durch ihre äußerst subjektiv gehaltene Notation hindurch auszustrahlen vermag. Hier wird er erlebbar in all seinen Charakteren und Spielarten. Der aufgeschlossene Betrachter mag Bartóks weichgeschwungene Linienführung verfolgen, Boulez' akribisch aus Heerscharen winziger Zeichen gefügte Notenlabyrinthe zu entziffern suchen, sich von der Eleganz Honeggerscher Werkentwürfe (etwa den Particelli der „liturgique" oder der Streichersinfonie) verführen lassen oder (anhand zahlloser Eintragungen im Druckexemplar) Einblick nehmen ins Verfahren, wie Webern seinen Quartettsätzen op. 5 eine Zweitfassung für Streichorchester abgewinnt.

Schwerpunkte wurden naturgemäß im Hinblick auf die Großen der Stiftungsbestände gebildet. Viel Webern gibt es nicht nur zu sehen, sondern auch zu vergleichen. Aus dem Reichtum der jetzt in Basel domizilierten Moldenhauer-Sammlung werden vor allem die Skizzenbücher gezeigt und durch entsprechende Reinschriften oder Druckausgaben ergänzt. Etwas weniger Beachtung findet diesmal Strawinsky, dem vor zwei Jahren anläßlich der Nachlaßerwerbung eine eigene, überwältigend dokumentierte Ausstellung gewidmet war. Schönbergs Opus 16 etwa ist zu betrachten, Bergs „Lulu"-Reihentafeln laden zum kombinatorischen Nachvollzug ein, ebenso die Skizzen- und Partiturproben von Strauss, Martin, Martinu, Hindemith und Krenek bis hin zu den Jüngeren Ligeti, Huber, Henze und Holliger.



Erinnerungen: der junge Paul Sacher mit Richard Strauss FOTO: PETER ZIMMERMAN

Stolz herrscht darüber, daß man Peter Bartók bewegen konnte, die drei kaum je gezeigten „Basler Werke" seines Vaters aus Florida mitzubringen (Musik für Saiteninstrumente, Sonate für zwei Klaviere und Schlagzeug, Divertimento). Genugtuung empfindet man auch darüber, nicht nur den vielversprechenden Nachlaß Bruno Madernas in Händen zu haben, sondern in Luciano Berio und Pierre Boulez auch zwei Nachlaßgeber „zu Lebzeiten" zu besitzen, dank deren persönlicher Beratung besonders dicht gefügte Partitur- und Bildsequenzen geschaffen werden konnten.

Der gut 450 Seiten starke und fast zweieinhalb Kilogramm schwere Katalog kombiniert optisch wie strukturell fesselndes Anschauungsmaterial mit 45 Interviews und Aufsätzen kompetenter Autoren: Pflichtlektüre für nachdenkliche Zeitgenossen, die der Auseinandersetzung mit der Musikproduktion unseres Jahrhunderts nicht aus dem Weg gehen.

An welche Adressaten aber wendet sich die Institution der Paul-Sacher-Stiftung, wenn die Ausstellungssäle geräumt, die Autographen wieder in ihre Tresore gewandert sind? Sachers eindeutige Auskunft: „Bei dieser Stiftung handelt es sich um ein internationales Archiv und Forschungszentrum für Musik des 20. Jahrhunderts, soweit sie durch die Komponisten vertreten ist. Musikwissenschaftler aus der ganzen Welt können ihren Aufgaben und Studien nachgehen."

Durch vielerlei wissenschaftliche Hilfeleistungen dürfte das bestens qualifizierte Team der Stiftung unter der Leitung von Hans Jörg Jans binnen kurzem die Unentbehrlichkeit dieser Institution und ihre Fähigkeit, der Forschung nützliche Impulse zu vermitteln, nachgewiesen haben. Geplante Biographien oder musikologische Spezialstudien lassen sich mit Hilfe der Basler Bestände fundieren oder absichern.

Aufgeschlossene Programmschmiede dürften genug Anregung durch reichlich vorhandenes dokumentarisches Material erfahren. Kritische Interpreten können Textvergleiche mit den Autographen anstellen, deren Kopien am Lesegerät problemlos eingesehen werden können. Gesamtausgaben der Werke Bartóks, Strawinskys und Weberns harren der Erstellung. Keine Frage, daß deren künftige Editoren dann über Jahre hinweg im „Haus auf Burg" vorsprechen werden.

Ein Beispiel: Die handschriftliche Partitur der „Bläsersinfonien", die Strawinsky im Jahre 1920 im bretonischen Fischerort Carantec mit peinlicher Genauigkeit *in ein selbstliniertes* Schulheft eingetragen hatte, ging in den Folgejahren zu Aufführungszwecken durch die Hände mehrerer Dirigenten. Da der Komponist diese Erstfassung nie publizierte und lediglich den *Druck* der *deutlich abweichenden* Zweitfassung überwachte, werden die Herausgeber der heute zunehmend geschätzten Frühfassung in mühsamer Detektivarbeit die Eintragungen fremder Hand von denjenigen des Autors trennen, bewerten, zumeist aber eliminieren müssen. Von Mißständen dieser Art wissen kritische Dirigenten und Interpreten ein Lied zu singen. Hier sieht die Paul-Sacher-Stiftung eins ihrer Aufgabenfelder.

Daß Theorie und Praxis im Umkreis der Stiftung zusammengehören, dafür bürgt ihr Stifter: Einen Großteil seiner fast 200 Auftragswerke hat Paul Sacher dirigierend aus der Taufe gehoben (Ausstellung bis 20. Juli, Katalog 42 Franken).

KLAUS SCHWEIZER

Sternheim-Ausgrabung in Berlin: „Die Marquise von Arcis" nach Diderot

Muß Jacques immer ein Fatalist sein?

Selbst der *Sternheim-Kenner* staunt. Er ist entzückt. „Die Marquise von Arcis", dieses fest, witzig und mit geradezu bösartiger Sinnfälligkeit sich abwickelnde Stück von Carl Sternheim, ist, wie so viele seiner späteren Arbeiten, unseren Bühnen ganz aus den Augen geraten. Warum eigentlich?

Sternheim schrieb es im Jahre 1917. Er zog es, ziemlich genau, einem leidenschaftlichen, einem großen Begebnis aus der Feder des französischen Wunderautors Denis Diderot nach. Die dialogisierte Unerhörtheit war in Diderots Roman von „Jacques le Fataliste", der 1773 erschien, zu *finden gewesen*.

Goethe hat die Teilnovelle geradezu bestürzt gelesen. Schiller hatte sie, lange vor ihrem Erscheinen in Frankreich, selber übersetzt und in seiner Zeitschrift der „Rheinischen Thalia" gedruckt. Eine wahrhaft „unerhörte Begebenheit".

Eine hochgestellte Person bemerkt, wie die Liebe, die der Marquis von Arcis für sie empfand, schwindet. Sie sinnt auf eine wahrhaft grausame Rache. Sie sucht und findet unter den armen Mädchen des Landes eine schöne, junge Prostituierte. Die führt sie dem für sie selber erschlafften Liebhaber zu. Der entbrennt sofort hoch in Liebe.

Er will partout das schöne, verderbte, aber herzensgescheite Kind heiraten. Er bietet ihr und ihrer raffgierigen Mutter, wenn die beiden ihm zu Willen sein wollen, die Hälfte seines enormen Vermögens an. Er tappt voll in die Falle der rachsüchtigen Eifersucht.

Der Marquis – bei Diderot ist er garstig vernichtet und für alle Zeiten gebrandmarkt. Bei Sternheim und in seinem leidenschaftlichen Schauspiel aber endet die Vorlage nicht in gesellschaftlicher Verderbnis. Die reine, „unreine" Liebe siegt. Die Arglist der Eifersucht wird gerichtet. Die heftige, schwärmerische, die nur scheinbar beschmutzte *Leidenschaft* triumphiert über alles.

Diesen wahrhaft unerhörten Vorgang hat Carl Sternheim in seine leidenschaftlich gestanzte Bühnensprache gebracht. Das kleine Stück verfügt nur über fünf Personen. Erst schwelt die Tücke der intriganten Verführung brennend. Am Ende siegt und reinigt dann jedoch die Kraft der unüberwindlichen Leidenschaft und Liebe.

Die kleine dramatische Perle auszugraben war sicher seit langem an der Zeit. Man sieht im Berliner Schloßparktheater davon eine reizvoll pompöse und denn doch immer *wieder im Grunde raffiniert einfältige* Darstellung.

Gert Hagen Seebach führt in den blendend schönen Bühnenbildern von Walter Schwab kräftig Regie. Man sieht in den Rollen der beiden an Liebesüberdruß fürchterlich Erkrankten, in den hochgestellten Figuren, Joachim Bliese und Gabriele Köstler.

Beide sind vorzüglich. Man darf zuweilen füglich lachen über die Figur der raffsüchtigen Mädchenmutter, Sibylle Gilles. Wichtig aber wird dieser schöne Abend, streng und sprachstraff geführt, durch das Spiel von Katharina Thalbach.

Das schöne, verderbte Mädchen spricht wie aus holdem Kindermund. Sie sorgt für die reine Verblüffung der sieghaften Reinheit aus der Gosse. Sie eigentlich führt diese bewegende Sternheim-Ausgrabung zum *deutlich großen Erfolg*. Die Thalbach hat eine wunderbare, redliche, kinderkluge, eine entzückend reinliche Contenance und fast magische Sicherheit.

Reinheit siegt! Wer sähe dergleichen (wenigstens in der Komödie!) nicht gern? Blumen, Rufe, Erfolg für einen schier total vergessenen Sternheim.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Vorstellung: 8. 5. 86; Vorbestellungen: Tel. 030/7 91 12 13.

Mährisches Requiem: Yuri Ljubimow inszeniert in Zürich Janáčeks „Jenufa"

Aber der Rosmarinstock grünt noch

Der 68jährige Regisseur Yuri Ljubimow, mit einer jungen Frau und einem kleinen Kind heimat- und vermögenslos im Westen, leistet hier ein enormes Arbeitspensum. Im Rhythmus von vier bis sechs Wochen reifen jetzt seine Inszenierungen, für die er sich in Moskau Monate, ja Jahre Zeit nahm. Nun stellte er an der Zürcher Oper seine Sicht auf Leoš Janáčeks „Jenufa" vor (die, seltsame Koinzidenz, an den beiden vorausgehenden Tagen in Karlsruhe und Stuttgart zwei Premieren hatte).

Ljubimow fährt die Ernte seines langen Theaterlebens ein. Die Taganka-Zeit der Experimente und kühnen Entwürfe ist vorüber. Dies will doch vorausgeschickt sein bei einer Ljubimow-Premiere heute, die unter den Umständen ihrer Entstehung gar nicht mehr die traumwandlerische Sicherheit, die Modellhaftigkeit der frühen Inszenierungen erreichen können. Nicht mehr das Detail der Ausgestaltung will jetzt bei Ljubimow mit besonderer Aufmerksamkeit beachtet werden, sondern der poetische Aufriß und der szenische Entwurf, was die *Zürcher Aufführung* sogar ganz äußerlich dingfest macht, wenn der Theaterzettel Ljubimow selbst neben Paul Hernon als Bühnenbildner nennt.

Ljubimow ist ein Regisseur der *suggestiven Wirkungen. Er spitzt das* schwere Finale der „Jenufa" auf eine Weise zu, daß man heulen möchte über das Elend der Welt und die unerlöste Menschheit. Die ganze Aufführung greift heftig die Emotionen an. Keine mährische Mühlen-Folklore. Bloß ein dunkler Bretterboden, der sich in vielen Teilen aufklappen läßt und dann zum Beispiel Hauswand oder Sitzbank vorstellt. Wenige Akzente: ein Grab vorn an der Rampe, Jenufas grünender Rosmarin-Stock, nachher zur Hochzeit die Tabletts mit Schnaps und Kuchen und Kerzen, die zum Schlußtableau übrigbleiben wie Grablichter.

Ljubimow inszeniert also, den optimistischen Schlußgesang Jenufas und Lacas überhörend, abermals ein Requiem. Solange es um die Welt steht, wie es steht, gönnt Ljubimow, der Pessimist, uns wohl keinen versöhnlichen Schluß. Aber Jenufas Rosmarin grünt.

Ljubimow greift auf Traditionen des russischen Pantomimentheaters zurück. Erst herbstbunte, dann winterweiße, dann frühlingsgrüne Papierschnipsel säen *die Mimen zur* Markierung der in der „Jenufa" so symbolhaltigen Jahreszeiten aus. Sie bewegen und verändern das Bühnenbild, sie drehen an den Bühnenseiten Lamellen von Schwarz nach Weiß *und zurück, wenn höchste seelische* Erregung angezeigt werden soll, und sie sind der sanft wiegende Rausch, in den sich Stewa im Suff fallen läßt. Um der Aufführung ein markantes stilistisches Rückgrat zu geben, müßte diese Meta-Ebene freilich das ganze Stück durchziehen.

Wie schon die Berliner „Kát'a Kabanowá" mußte der Dirigent Bohumil Gregor nun auch die Zürcher „Jenufa" krankheitshalber absagen. Christian Thielemann, der 27jährige Ex-Assistent von Karajan und Barenboim und jetzige Düsseldorfer Kapellmeister, nutze die Einspringer-Chance grandios und formulierte Janáčeks Sprachmelodien mit kompromißloser Härte. Unter den Sängern ein glorioses Comeback: Stella Axarlis, einst selbst eine herausragende Jenufa, kehrte in der Partie der Küsterin mit gesenkter Stimme auf die europäische Opernszene zurück. In die Rolle der Jenufa hat sich dafür nun Beatrice Niehoff talentvoll eingefunden, während Martha Mödl, früher eine gefeierte Küsterin, nun die alte Matriarchin Burja verkörpert. *Jan Blinkhof und Peter Straka fallen* die schweren Tenorpartien des Laca und des Stewa zu.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 7., 9., 14., 16., 20. Mai; Kartenkasse: 00411/2 51 69 22/23

Das Essener Museum Folkwang präsentiert „Spanische Photographie zwischen den Weltkriegen"

Wo bronzene Athleten über Stoffballen springen



Ein Anblick von Pathos in jedem Bild: Joaquin Gomis' Foto „Paseo de la Ribera" ([illegible]). Aus der Essener Ausstellung FOTO: KATALOG

Als das Museum Folkwang in Essen vor einem Jahr die zeitgenössische Photographie Spaniens vorstellte, fiel auf, wie häufig sich die Photokünstler der *Photo-Montage* und Photo-Collage bedienten. Den Ausgangspunkt dieser Vorliebe führt derzeit die Ausstellung „Idas y Caos – Spanische Photographie zwischen den Weltkriegen" vor. Insbesondere Nicolás de Lekuona wirkte stilbildend. Eine Ausstellung seiner Arbeiten 1982 in Bilbao war zugleich für den Photographen Joan Fontcuberta der Ausgangspunkt für eine intensivere Beschäftigung mit der Photographie zwischen den Kriegen, deren Summe jetzt seine Auswahl für Essen zieht.

Im Gegensatz zu den bildenden Künstlern Spaniens – Dali, Picasso, Miró – wirkten die Photographen nicht über ihr Land hinaus. Das mag daran gelegen haben, daß die Spanier, vor allem nach Frankreich und Deutschland orientiert, die Entwicklungen in diesen Ländern intensiv verfolgten und mit einer gewissen Verzögerung nachvollzogen. Man würde viele der Aufnahmen deshalb nach ihren stilistischen Eigenarten um gut ein Jahrzehnt älter schätzen, als sie meist sind.

Die Ausstellung umfaßt alle Formen der Photographie, die künstlerische sowohl wie die professionelle. Als Blickfang wirkt zum Beispiel ein zweieinhalb Meter hohes Plakat mit zwei Zigeunerinnen in einem Kreis von Emili Vila, dem eine nicht einmal postkartengroße Photographie als Vorlage diente.

Dieses wie andere Plakate von Vila, die nach Photos gemalt wurden, sind allerdings nur noch als historische Dokumente interessant. Dasselbe gilt für die vielen Werbeaufnahmen, bei denen zum Beispiel bronzene Athleten über Stoffballen *springen (Josef* Masana), eine Cremedose zwischen Blumen und Stoffe drapiert wurde (Josef Sala) oder ein Fuß mit Bastschuh ein Hakenkreuz auf dem nassen Pflaster zertritt (Pere Catalá Pic).

Das Pathos, das in diesem Bild anklingt, scheint eines der Charakteristika der spanischen Photographie in dieser Zeit zu sein. Das gilt für Porträts genauso wie für Sachaufnahmen, zum Beispiel die frontal und *schräg von oben aufgenommene* Dampflokomotive oder die mächtigen Brückenbögen im Vergleich zu einer winzigen Frau (beide Inocento Schmidt de las Heras).

In Spanien hielt sich im übrigen der „Pictoralismus" bis weit in die vierziger Jahre. Das ist die Technik der „Kunstphotographie" um die Jahrhundertwende, die „malerische" Bilder zu erzielen suchte, indem sie mit extrem weich zeichnenden Objektiven arbeitete und außerdem Bromöl-Drucke und ähnliche Techniken bei den Abzügen bevorzugte, die jenen grobkörnig bräunlichen, „altmodischen" Ton ergaben.

Am eindrucksvollsten sind noch die Aufnahmen, die Emili Godes von Insekten in riesiger Vergrößerung oder von Blüten machte, mag da auch Kurt Bloßfeldt Pate gestanden haben. Sonst aber herrscht der Zeitgeist allzu mächtig über die künstlerische Vorstellung. Die Photographie ist eben eine Technik, die kaum nationale Züge zu entwickeln vermag.

Die Bilder lassen sich allenfalls durch Eigenarten des Bildgegenstandes, nicht aber durch den Stil lokalisieren. Das Pferdefuhrwerk oder Auto, aus der Vogelperspektive diagonal ins Bild gesetzt, ist bei Moholy-Nagy genauso wie bei Rodtschenko oder de Lekuona zu finden. Und die pflügenden Pferde, die Antonio Campañá um 1930 blut- und bodenträchtig auf den Betrachter zustampfen läßt, werden wenig später zu einem Topos nationalsozialistischer Photographie.

Es gibt in der Photographie allenfalls individuelle Stile, die – dafür ist Ansel Adams ein typisches Beispiel – *oft irrtümlich mit nationalen* verwechselt werden. Unter den Photographen, die jetzt in Essen vorgestellt werden, prägt sich jedoch keiner durch seine künstlerische Eigenart, die die Zeitbedingtheit zu überwinden vermag, ein. (Bis 11. Mai; Katalog 39,50 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Diözesanmuseum in Regensburg eröffnet

KNA, **Regensburg**

Als Schatzhalle mit kostbaren Skulpturen, Gemälden und Goldschmiedearbeiten aus einem Jahr*tausend Bistumsgeschichte* präsentiert sich jetzt die frühgotische Ulrichskirche in unmittelbarer Nachbarschaft des Regensburger Domes. In dem Gotteshaus, das zu den frühesten Zeugnissen der Gotik in Deutschland zählt, werden künftig die Schätze der ältesten Regensburger Kirchen und Leihgaben aus dem ganzen Bistum zu sehen sein; außerdem soll St. Ulrich für Gottes*dienste* kleiner Gruppen genutzt werden. Zu den interessantesten Stücken gehört ein archaisch wirkender Christuskopf aus dem 12. Jahrhundert. Die Sammlung soll künftig jeweils vom 1. April bis zum *1. November für die Öffentlichkeit* zugänglich sein.

Bonner Schauspiel nun mit eigenem Spielplan

Inw, **Bonn**

Die Spartenteilung von Oper und Schauspiel an den Bühnen der Stadt Bonn bringt für das Sprechtheater gleichzeitig die Wiederinbesitznahme eines ausgebauten Hauses mit sich: Für die Eröffnung der „Kammerspiele Bonn-Bad Godesberg" legte Schauspieldirektor Peter Eschberg jetzt den Spielplan 1986/87 vor. Er selbst wird zum Auftakt im Dezember Calderóns „Das große Welttheater" inszenieren. Des weiteren sollen Musil, Gorki und Wilde aufgeführt werden. Aufträge für neue Stücke sind ergangen an Tankred Dorst für ein Stück aus dem Parzifal-Sagenkreis, an Elfriede Jelinek („Krankheit oder Moderne Frauen"), an Harald Müller („Bolero") sowie an Gaston Salvatore („Stalin").

„Pantheon" nun als Jahreszeitschrift

DW. München

Die Internationale Zeitschrift für Kunst „Pantheon" erscheint nur noch jährlich. Sie verzichtet damit bewußt auf Elemente der aktuellen Berichterstattung. Statt dessen ist das neue Konzept auf eine Darstellung wesentlicher Forschungsergebnisse der Kunstgeschichte gerichtet. *So beginnt der* Band 1985, der gerade erschienen ist, mit Untersuchungen zum Speinsharter Wurzel-Jesse-Fenster (G. Fritzsche), stellt ein unbekanntes Werk von Jacques-Louis David vor (H. Körner/F. Piel) und beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Mondrian und Kandinsky (L. J. F. Wijsenbeek). Das Heft mit 206 Seiten und 298 Abb. erscheint bei Bruckmann, München, und kostet 118 Mark (im Abonnement 98 Mark).

Foto-Tage von Arles mit 33 Ausstellungen

dpa, **Paris**

Die diesjährigen Internationalen Begegnungen der Fotografie in der südfranzösischen Stadt Arles beginnen am 4. Juli mit der gleichzeitigen Eröffnung von 33 Ausstellungen. Eines der wichtigsten Themen der den ganzen Sommer über andauernden Veranstaltungen wird die Auseinandersetzung der Fotografie mit der modernen Musik sein. Dazu läuft eine Schau mit eigenen Fotos des amerikanischen Sängers Graham Nash und des britischen Rockstars Andy Summers („Police").

Internationale Händel-Akademie

Reg. **Karlsruhe**

In Karlsruhe findet vom 2. Juni bis 4. Juli als Konkurrenzunternehmen zur Stuttgarter Bach-Akade*mie eine Internationale* Händel-Akademie statt. Dabei sollen in zahlreichen Kursen namhafter Künstler nicht nur die instrumentalen Kenntnisse erweitert, sondern in Kolloquien auch die Gattungstypologie und Aufführungspraxis Händelscher Opern und Oratorien sowie die Problematik der Besetzungspraxis diskutiert werden. Im Rahmen dieser Festspiele zeigt das Badische Staatstheater sein Händel-Repertoire mit „Orlando" und „Julius Cäsar" sowie den „Pasticcio", das Jean-Louis Martinoty im Vorjahr aus Händels Œuvre kompiliert hat.

Die Preisträger bei „Salzbrand Keramik '86"

DW. Koblenz

Bernhard Allroggen wurde für sein Vorratsgefäß aus Westerwälder Steinzeugton der erste Preis im Wettbewerb „Salzbrand Keramik '86" zugesprochen. Vier Sonderpreise gingen an Stefan Emmelmann, Bente Hansen, Gerhard Hemberle und David Miller. Die 189 keramischen Arbeiten, die von Künstlern aus 20 Ländern zu dem Wettbewerb der Handwerkskammer Koblenz eingereicht wurden, sind in der Galerie der Kammer bis 25. Mai zu sehen. Gleichzeitig erschien als Band 5 in der Schriftenreihe der Handwerkskammer Koblenz die reich bebilderte Dokumentation „Salzbrand Keramik '86" (252 S., 50 Mark).

Deutscher macht mit Computern Dollar-Millionen

HELMUT VOSS, **Mountain View**

Seine amerikanischen Kollegen beschreiben ihn mit dem deutschen Wort „Wunderkind". Andy Bechtolsheim (30) aus Lindau am Bodensee ist der erste deutsche Computerexperte, der im berühmten kalifornischen Silicon Valley den ganz großen Erfolg gehabt hat: Fünf Jahre nach der Ankunft in Kalifornien ist der Bayer heute 28 Millionen Dollar wert.

„Ich komme mir eigentlich noch gar nicht wie ein Multimillionär vor", erzählte der kraushaarige Sohn eines Lehrers und Chef der Computerfirma Sun Microsystems jetzt in einem Interview, „der einzige Unterschied ist zur Zeit noch, daß ich meine Steuererklärung von einem Steuerberater ausfüllen lasse und daß ich eine Reinmachefrau beschäftige. Außerdem fahre ich einen Porsche 944."

Bechtolsheim, der auch heute noch am liebsten ohne Krawatte und in absatzlosen Hippie-Schuhen herumläuft, ging in Lindau auf die Oberschule und lernte später in München Elektrotechnik: „Ich wollte unbedingt etwas mit Computern machen, aber die Ausbildung in Deutschland war primitiv: Ich habe nichts gelernt. Da bin ich vor zehn Jahren zum erstenmal mit einem Stipendium für zwei Jahre an eine US-Universität in Pennsylvania gegangen."

Später ging er an die Stanford-Universität in Palo Alto südlich von San Francisco, die als die Keimzelle der heute in den umliegenden Ortschaften beheimateten Computerindustrie gilt. Dort ärgerte sich der Student in Computerwissenschaft darüber, daß es auf dem Markt noch keinen Tischcomputer mit der Leistungsfähigkeit eines Großrechners gab und baute schließlich zusammen mit mehreren Freunden seinen eigenen Arbeitsplatz-Computer (computer work station).

Aus dem Bastelprojekt wurde mit der im Silicon Valley üblichen Geschwindigkeit ein Riesengeschäft. Die von Bechtolsheim im benachbarten Mountain View gegründete Firma Sun Microsystems hat mittlerweile 1400 Mitarbeiter und wurde vor zwei Monaten in eine Aktiengesellschaft umgewandelt (Bechtolsheims 1,5 Millionen Anteile haben einen Wert von je 16 Dollar). Die von der Firma hergestellten Kompaktcomputer, an denen Ingenieure ganze Programme durchspielen können, gehen laut der Zeitung „San Francisco Examiner" „weg wie warme Semmeln".

Bechtolsheim, dessen Eltern noch heute in Lindau wohnen: „Es ist schön, auf dem Papier so viel Geld zu haben, aber ich werde deswegen keine schlaflosen Nächte haben. Wenn die Börse einen schlechten Tag hat, hat man von einem Tag zum anderen eine Million weniger. Was soll's?"

(SAD)

Gottfried Böhm (66) wird morgen in der Londoner Goldsmith Hall der Pritzker-Preis überreicht. Einen Scheck in Höhe von 100 000 Dollar nahm das Ehepaar Böhm bereits entgegen. Die Wallfahrtskirche in Neviges (rechts) gehört zu den Hauptarbeiten des Kölners, der als erster Deutscher mit dem „Nobelpreis für Architektur" ausgezeichnet wird.

Die Hingabe eine Mannes an seine einsame Vision

Wenn der Kölner Architekt Gottfried Böhm morgen den Pritzker-Preis, überreicht bekommen soll, so müssen die Festgäste, nach allem, was man von ihm weiß, auch damit rechnen: daß der Preisträger nicht erscheint.

Böhm hat sich oft entzogen, wenn über ihn gesprochen, wenn er gefeiert werden sollte. Er ist der Wortkarge unter Deutschlands Architekten, eine lebende Verkörperung von Schinkels Einsicht, daß „ordentliche Künstler nicht Zeit haben, über Kunst öffentlich viel zu schwatzen".

Aber auch über ihn ist nicht viel „geschwatzt" worden. Böhm fehlt in zahlreichen neueren Nachschlagewerken der Architektur, er gehört nicht zu den heiß umstrittenen, unerbittlich Gefeierten oder Bekämpften unter seinen Kollegen. Die „offizielle" Kunstkritik spart ihn aus.

Den „Modernen" war er verdächtig, weil er den Entwürfen des „neuen Menschen", der „neuen Gesellschaft" das Bekenntnis zu seinem Vater, dem großen Kirchenbauer Dominikus Böhm, und seinem expressiven Monumentalismus entgegenstellte. Im Büro des Vaters arbeitete Gottfried Böhm 1947–1950 und 1952 bis zu dessen Tod 1955, und manchem Architekturhistoriker wollen die Bauten des Sohnes wie weitergedachte Entwürfe des Vaters erscheinen.

Die „Postmodernen" verstört er mit der Hartnäckigkeit, mit der er die Renaissance des Ziegel- und Putzbaus mit immer neuen Monumenten aus Beton konterkariert. Von der Wallfahrtskirche in Neviges (1962–1964), der Kristallinen-Skulptur, und seinem berühmten Rathausturm von Bensberg (ebenfalls 1962–1964) bis hin zum Verwaltungsbau für das Betonbau-Unternehmen Züblin am Stuttgarter Stadtrand (1981–1984) hat er diesem schon von seinem Vater höchst eigenwillig und signalhaft verwandten Baustoff immer neue Möglichkeiten abzugewinnen verstanden.

Böhms Œuvre, wenn man so sagen soll, ist der eigene Weg, die Hingabe an die eigene, einsame Vision. Der tiefe Ernst seiner eigenbrödlerischen Experimente, seines monomanischen Suchens wird spürbar in der böcklinhaften, toteninselartigen Stimmung, die manche von seinen Zeichnungen prägt.

An ein riesiges Gewächshaus erinnert dieser Verwaltungsbau Böhms vor den Toren Stuttgarts FOTOS: AP/LACHMANN/DPA

Eine Ausstellung in Bielefeld vor einem Jahr hat seine Arbeiten unter dem Sinnbegriff „Zusammenhänge" gestellt. Sie hat damit den dienenden Grundzug seines Werkes unterstrichen. Er hält es frei vom Grundzug des Zeitalters, Gegenentwürfe zu feiern, und wird damit selbst zum Gegenentwurf.

Wohnlichkeit, Benutzbarkeit, das Gruppenbild der Bauten gelten ihm mehr als abstrakte ideologische Positionen. Böhms Kunst ist sich nie Selbstzweck, sie ist nie um des Gags um der Selbstdarstellung, um der Show willen da. Sie ist aber auch frei von der manischen Furcht vor Monumentalität. Sie weiß um den bergenden, stützenden, „sozialen", aber auch um den ästhetischen Auftrag der Architektur.

Als Böhm vor Jahren bei einem seiner sehr seltenen öffentlichen Auftritte vor Münchner Studenten sein Ringen um die Gestaltung von Fensterlaibungen beschrieb, über den selbstgestellten Auftrag, nicht nur Löcher zu machen, sondern dem Sehen und dem Licht einen Weg zu bereiten, wurde erfahrbar, daß es auch heute noch gibt, was Schinkel mit Resignation des Architekten beschrieben hat und was wir Demut nennen würden: „Die Resignation", so notierte Schinkel, „ist eine Haupttugend für den Künstler, besonders aber bei dem Architekten, wenn er die Ornamente eines Bauwerks bearbeitet".

Der amerikanische Preis feiert diesen Mut zur Selbständigkeit, diese Kraft des Dienens, diesen Ernst der Hingabe. Der Preis feiert in Gottfried Böhm Eigenschaften des Künstlers, die selten geworden sind. Er feiert die Kunst.

Gottfried Böhm, der bei Entgegennahme des Pritzker-Preises im 67. Lebensjahr steht, hat in München studiert – an der Technischen Hochschule Architektur, an der Akademie der Bildenden Künste Bildhauerei. Zu seinen architektonischen Lehrern gehören Adolf Abel, Robert Vorhoelzer und Hans Döllgast, aber auch Rudolf Schwarz, in dessen Kölner Wiederaufbaugesellschaft er 1950 mitgearbeitet hat.

1963 wurde er zum Ordentlichen Professor für Stadtbereichsplanung und Werklehre an die TH Aachen berufen. Seit 1968 gehört er der Akademie der Künste Berlin, seit 1976 der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung an. Immer wieder haben ihn Reisen in das Land geführt, das ihn jetzt auszeichnet. In New York arbeitete er im Büro Cajetan Baumann, auf Studienreisen durch die Vereinigten Staaten suchte er auch die Begegnung mit Mies van der Rohe und Gropius.

Die Berühmtheiten und die fremden Eindrücke haben ihn an sich selbst nicht irre gemacht. Hätte er sonst je den Pritzker-Preis bekommen? DANKWART GURATZSCH

Verkehrszeichen für Wohngebiete werden getestet

dpa, **Neuss**

Ein neues Verkehrszeichen zur Geschwindigkeitsbegrenzung in Wohngebieten mit hoher Unfallquote will die Stadt Neuss jetzt wissenschaftlich testen lassen. Wie Thomas Muthesius, Verkehrsdezernent der Stadt, gestern ankündigte, soll von Ende Mai an zwei Wochen lang elektronisch gemessen werden, ob sich Autofahrer an die auf den neuen Schildern geforderte Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometer halten. Das Bundesverkehrsministerium hatte im März vergangenen Jahres eine Verordnung erlassen, wonach die Städte bis Ende 1989 ein quadratisches Verkehrszeichen mit Angabe einer niedrigen Höchstgeschwindigkeit in Wohngebieten, die besonders von „Rasern" frequentiert werden, aufstellen sollen. Bei „Tauglichkeit" soll dieses Verkehrszeichen später in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen werden.

Weniger Fleisch

dpa, **Bonn**

Der Appetit der Deutschen auf Fleisch und Fleischwaren läßt offensichtlich nach. Dies geht aus dem Jahresbericht 1985/86 des Verbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch hervor. Vermutlich ist in diesem Bereich die Sättigungsgrenze erreicht. Die Unternehmen gehen daher verstärkt dazu über, die Kunden mit „aggressiven" Sonderangeboten an Fleisch und Fleischwaren zu locken. Zuwachsraten erzielten lediglich der Schnellimbißbereich und die Steakhäuser.

Schweres Busunglück

dpa, **Neu Delhi**

Bei einem schweren Busunglück im nordostindischen Staat Arunachal Pradesh sind, wie gestern bekannt wurde, am Freitag abend 44 Menschen getötet worden. Den Angaben zufolge ereignete sich das Unglück, als der Bus auf einer steilen Gebirgsstraße von der Fahrbahn abkam und in eine tiefe Schlucht stürzte. 63 Insassen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Gefährliches Experiment

dpa, **Kirchheim**

Bei der Explosion eines selbstgefertigten Sprengkörpers hat ein 17jähriger Metzgerlehrling aus Kirchheim (Landkreis Oberallgäu) schwere Verletzungen erlitten. Der junge Mann hatte den Sprengsatz in einem Nebenraum seiner Arbeitsstätte zur Explosion gebracht. Dort wurde er nach der Explosion blutüberströmt von seiner Arbeitgeberin gefunden.

Bahn haftet für Fracht

dpa, **Frankfurt**

Für verlorengegangenes Frachtgut muß die Deutsche Bundesbahn auch dann haften, wenn der Verpackungsaufdruck einen Anreiz zum Diebstahl bieten könnte. Dies hat das Frankfurter Oberlandesgericht in einem gestern bekanntgewordenen Urteil (Az.: 1 U 240/84) entschieden. In dem Rechtsstreit ging es um Expreßgutsendungen von Fernseh- und Videogeräten, die durch auffällige Aufdrucke gekennzeichnet waren.

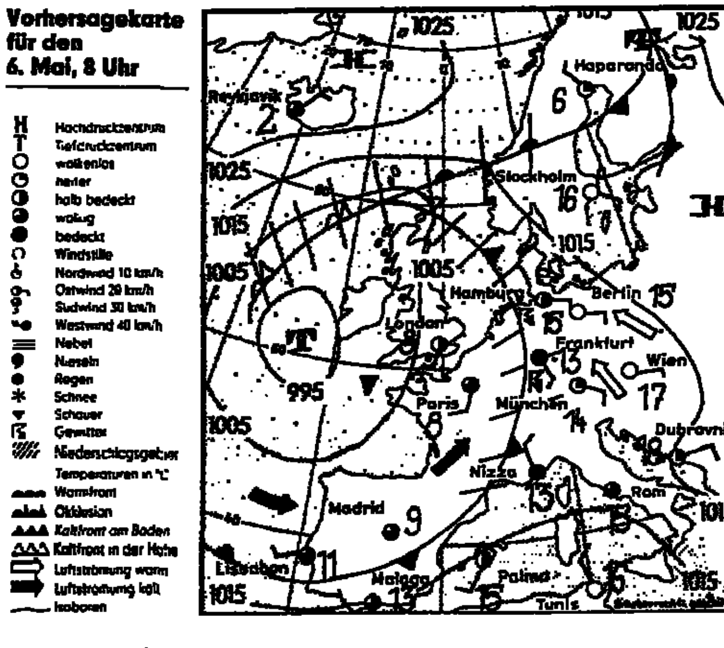
WETTER: Veränderlich

Lage: Am Ostrand eines umfangreichen Tiefs bei Irland wird mäßig warme und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Dienstag: Teils aufgeheitert, teils stark bewölkt und vor allem in der zweiten Nachthälfte einzelne Schauer oder Gewitter. Tiefste Temperaturen 14 bis 10 Grad. Am Dienstag wechselnd, vielfach stark bewölkt mit zeitweiligen Regenfällen, Höchsttemperaturen 16 bis 19 Grad. Schwacher, zeitweise auflebender und in Gewitternähe böig auffrischender Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Wechselhaft, etwas kühler.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.44 Uhr*, Untergang: 20.54 Uhr; **Mondaufgang:** 5.12 Uhr, Untergang: 19.33 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	21	be
Bielefeld	19	bw
Braunlage	21	bw
Bremen	19	be
Dortmund	20	bw
Dresden	24	be
Düsseldorf	20	be
Erfurt	22	be
Essen	20	bw
Feldberg/S.	8	Ne
Flensburg	16	bw
Frankfurt/M.	20	bw
Freiburg	19	bd
Garmisch	22	bw
Greifswald	18	bw
Hamburg	21	bw
Hannover	21	bw
Kahler Asten	17	bw
Kassel	21	be
Kempten	19	bw
Kiel	16	bw
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	19	bw
Konstanz	15	bd
Leipzig	25	be
List/Sylt	18	be
Lübeck	22	be
Mannheim	20	bw
München	21	bw
Münster	20	be
Norderney	15	bw
Nürnberg	24	bw
Oberstdorf	18	bw
Passau	24	be
Saarbrücken	16	bd
Stuttgart	19	bw
Trier	17	bw
Zugspitze	0	bw

Ausland:

Algier	20	be
Amsterdam	17	bw
Athen	20	bd
Barcelona	18	be
Belgrad	21	be
Bordeaux	13	bw
Bozen	20	be
Brüssel	18	be
Budapest	21	be
Bukarest	18	bw
Casablanca	17	be
Dublin	10	bw
Dubrovnik	20	be
Edinburgh	11	R
Faro	18	bd
Florenz	23	bw
Genf	18	be
Helsinki	12	be
Hongkong	27	bw
Innsbruck	23	be
Istanbul	19	be
Kairo	25	be
Klagenfurt	21	be
Konstanza	14	bw
Kopenhagen	16	be
Korfu	20	bd
Las Palmas	20	bw
Leningrad	9	bw
Lissabon	13	bw
Locarno	11	R
London	11	R
Los Angeles	13	be
Luxemburg	17	be
Madrid	10	R
Mailand	16	bw
Malaga	18	bw
Mallorca	19	be
Moskau	6	bw
Neapel	18	bw
New York	13	bw
Nizza	15	bd
Oslo	21	be
Ostende	17	be
Palermo	18	bw
Paris	12	bw
Peking	28	be
Prag	23	be
Rhodos	22	be
Rom	18	bw
Salzburg	26	be
Singapur	27	Gw
Split	22	be
Stockholm	20	be
Straßburg	18	bw
Tel Aviv	22	bw
Tokio	18	bw
Tunis	19	bw
Valencia	21	bw
Varna	15	be
Venedig	20	be
Warschau	18	be
Wien	21	be
Zürich	17	be

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Aktion gegen den Tod auf der Straße

dpa, **Aachen**

Jeder dritte Verkehrsteilnehmer, der im vergangenen Jahr tödlich verunglückte, war zwischen 15 und 25 Jahre alt, und über 40 Prozent aller Verletzten gehörten dieser Altersgruppe an. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Verkehrswacht – unterstützt von den Autoversicherern – gestern in Aachen die bundesweite Aktion „Junge Fahrer '86" gestartet. Die motorisierte Jugend soll mit Informationsmaterial, Trainingsmöglichkeit und der Chance, Preise zu gewinnen, zu einem verkehrsgerechteren Verhalten bewegt werden. Experten sehen die Ursachen für die überproportionale Beteiligung der Jugend an Verkehrsunfällen in unangemessener Risikobereitschaft, unzulänglicher Erfahrung und mangelndem Gefahrenbewußtsein.

LEUTE HEUTE

Indisponiert

Die Berliner haben kein Glück mit **Shirley Bassey.** Die britische Popsängerin, die am Wochenende eine neue glänzende Tournee an der Spree starten wollte, mußte wegen stimmlicher Probleme ihren Auftritt im „Congress Centrum" kurzfristig absagen und auf Herbst verschieben. Shirley, der man ein launisches Gemüt nachsagt, hatte bereits im Oktober vergangenen Jahres ein Konzert in Berlin platzen lassen. Damals versagte nach drei Nummern ihre Stimme und der Versuch, nach einer Pause das Konzert fortzusetzen, mißlang.



Vorprogrammiert

Der strahlende Sieg der 15jährigen **Sandra Kim** beim Chansonwettbewerb in Bergen hat in ihrem Heimatland Belgien neben Freudenkundgebungen zu ersten Mißklängen geführt. Kaum war Sandra ins Königreich zurückgekehrt und vom Premierminister **Wilfried Martens** begrüßt worden, begann auch schon zwischen Flamen und Wallonen das Tauziehen um den Austragungsort für den Grand Prix Eurovision im kommenden Jahr. Eine neue Runde im alten Sprachenstreit scheint vorprogrammiert.

Tote bei Erdbeben in der Türkei

AP, **Ankara**

Bei einem Erdbeben im Südosten der Türkei sind Rundfunkmeldungen zufolge gestern 15 Menschen unter den Trümmern ihrer Häuser ums Leben gekommen und etwa 100 verletzt worden. Es entstand großer Sachschaden. Das Beben hatte nach Mitteilung von Experten die Stärke 5,8 auf der Richterskala. Betroffen waren die Provinzen Malatya, Adiyaman, Elazig, Tunceli, Gaziantep, Sanliurfa und Diyarbakir. Den Berichten zufolge wurde auch der Surgu-Staudamm in Malatya durch das Beben leicht beschädigt. Die Behörden veranlaßten daher die Evakuierung von vier angrenzenden Ortschaften und die Leerung des Stausees.

Das Epizentrum des Bebens lag Beobachtern zufolge rund 1000 Kilometer östlich von Istanbul.

Wer in Sagorsk nicht betet, hat keine Seele

Ostern in Sagorsk – himmelblau, sternenverziert, goldglänzend ragen die mächtigen Zwiebelhauben und Türme hoch in den Frühlingshimmel der endlosen Landschaft. Künden schon von weitem vom Glanz und Gloria der russisch-orthodoxen Kirche in Rußland.

Ostern fällt spät ins Jahr. Schon stehen die Birken im ersten hellen Grün, sprießt die Jungsaat. Eine Autostunde von Moskau entfernt liegt das kleine Städtchen Sagorsk mit seinem übermächtigen Komplex des Sergius-Dreifaltigkeitsklosters, eine Arche Noah, ankernd im roten Meer des Atheismus. Hier ist der Sitz des geistigen Zentrums der russischen Kirche, hier regiert der Patriarch Pimen „religiöses Oberhaupt von Moskau und ganz Rußland". Viele Gläubige, junge und alte, Männer und Frauen, Kranke und Gesunde – haben sich auf Pilgerfahrt gemacht, haben Tausende von Kilometern in klapprigen Zugabteilen verbracht, um hier die Ostermesse zu feiern.

Gedränge und Geflüster am Kerzenstand. „Friede allen", sagt der junge Pope mit seinen langen fettigen Haaren und streicht die Rubel für die Kerzen ein. Oster-Kerzen, dünn wie *ein kleiner Finger, rot,* an das Blut Christi erinnernd. In der Kathedrale, deren Wände bis hoch zur Decke mit Fresken bemalt und schimmernden Ikonostasen ausgestattet sind, in diesem warmen Halbdunkel riecht es nach Weihrauch, Schweiß, Knoblauch und ungelüfteter Kleidung. Auf langen Tischen aufgebaut ist die Osterspeise. Kulitsch, Rußlands *österlicher Gugelhupf, rotgefärbte* Eier und süße Osterspeise Pascha. Popen gehen segnend durch die Menge, besprengen die Gaben mit Weihwasser.

Aus dem Portal dringt die monoton gesungene Litanei „Herr, erbarme dich unser". Flüsternde Lippen, die sich an die Ikonostase pressen. Nur von flackernden Kerzen ist das Gotteshaus erleuchtet. Wie schwarze Schatten wieseln die Diener Gottes durch das Halbdunkel. An den Wänden, wo die einzigen Kirchenstühle stehen, hocken und kauern alte Männer und Frauen. Sie sitzen seit Stunden hier, bewahren ihren Platz für die Osternacht. Männer mit zerzausten Bärten, Krücken, in Russenhemden, Filzstiefel an den Füßen. Alte zahnlose Frauen, mit eingeschrumpelten Gesichtern unter Kopftüchern. Alle mit brennenden Augenpaaren wie in Trance. Figuren wie aus einem Dostojewski-Roman entstiegen.

Die Stunden verrinnen. Die Nacht bricht an. Die Menschenmasse drängt herein. Sind es 10 000 oder 15 000? Immer wieder müssen die Kirchendiener für den Metropoliten eine Bahn durch die Menge freipressen. Längst sind die Kerzen in den Leuchtern entzündet, die Tische verschwunden. Dicht gepreßt die Gemeinde, *ein Meer von bunten Kopftüchern.* Der vollbärtige Priester wandelt vor der goldenen Ikonostase, singend trägt er seine Zeilen vor. Makellos antworten die Chöre, schwarzer Bariton und Bässe.

Die Ostermesse hebt an. Gesang füllt das Kircheninnere. Die kleinen Kerzen in den Händen der Gläubigen flackern, rotes Wachs tropft auf die Hände. Sie scheinen nichts zu spüren, wirken wie Gott-trunken. Die Zeit verrinnt. Der Gesang wird flehender, lauter. Der Kordon der Milizionäre draußen wird enger und dichter. Metallgitter sind aufgestellt, jeder Kirchengänger ist gezwungen, durch ein enges Spalier von Bewachern zu gehen.

„Wer in Sargosk nicht betet, hat keine Seele", sagen die Alten. Dicht aneinandergepreßt die Leiber der Betenden in der Kathedrale, die kaum Luft zum Stehen haben. Rublews Ikonen an den Kirchenwänden scheinen im flackernden Kerzenlicht zu leben. Immer häufiger spürt man die Blicke der „Ordnungsmänner", die sich in Zivil unter die Betenden gedrängt haben. Mitternacht.

Unter heftigem Glockengeläut beginnt die Osterprozession. Die Popen in silber- und goldstrotzenden Gewändern, gefolgt von Diakonen mit den einzelnen Ikonen formieren sich zum Zug um die Kathedrale. Graublauer Weihrauch steigt in den Osterhimmel. Der Wind bläst scharf, die Kerzen verlöschen. Schlag zwölf schallt es laut: „Christos woskresje!", und jubelnd antworten die Gläubigen: „Wo istinu woskres!" – er ist wahrhaft auferstanden. Wie ein reißender Strom setzt sich der Ruf fort, schallt denen provokativ entgegen, die hier zur Bewachung abkommandiert sind. Hell ist jetzt die Kirche von Lüstern und Kerzen. Auch die Leuchtschrift verkündet die „Auferstehung". Der Chor von Sagorsk klingt laut jubelnd.

Vergessen die Strapazen der Reise, des Wartens, vergessen die Müdigkeit – Erlösung bei allen. Stunde um Stunde verrinnt, die Menge harrt dichtgedrängt, betet, singt. Längst blaut der Morgen. Die Straße nach Moskau, die M 8, ist streng bewacht. Milizionäre auf Motorrädern wachen am Straßenrand. Aber Rußlands Kirche existiert und prosperiert.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

ZU GUTER LETZT

Auf ungewöhnliche Weise wollte ein 75jähriger Rentner im südfranzösischen Dorf Axat bei Carcassonne seinen Zahnschmerzen ein Ende bereiten. Er lud sein Jagdgewehr, hielt den Lauf gegen den schmerzenden Zahn und drückte ab. Mit schweren Verletzungen im Gesicht mußte er daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert werden.